

Nr.

11

November
1989

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Holger Börner · Walter Dirks · Günter Grass · Johannes Rau
Carola Stern · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1989
36. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Ulrike Ackermann (verantwortlich)
Norbert Seitz

Ständige Mitarbeit:
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Ferdinand W. Menne
Johano Strasser

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
In der Raste 2
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 23 80 83
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

Anschrift der Redaktion:
In der Raste 20-22
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 8 83-5 39/5 42
Telex: 8 85 479 a fest d

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 66,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 17

Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Editorial

Seitdem auch die außenpolitisch desinteressierten Zipfelmützen entdeckt haben, daß in Polen und Ungarn eine neue Zeit begonnen hat, seitdem die Nachrichtensendungen unserer Fernsehsender zur guten Hälfte von Übersiedlern aus der DDR handeln (und wahrscheinlich auch handeln müssen), also seit dem Spätsommer 1989, erleben wir eine Schußfahrt des Zeitgeists.

Ich nehme zum Beispiel meine Zeitungslektüre vom 14. Oktober 1989. Da lese ich zuerst einen Bericht über schrille Trompetentöne des Landsmanns Hasselmann. Der Mann führt die niedersächsische CDU, und das seit Jahrzehnten. Die Tatsache, sagt er, daß einem Volk nach mehr als vierzig Jahren ein Friedensvertrag verweigert, die Frage der deutschen Einheit tabuisiert und das deutsche Geschichtsbeußtsein verfälscht und ständig paralysiert werde, dränge auf Abänderung und Lösung. Dies um so mehr, als sich heute von Lettland bis zum Kaukasus, von Irland bis Serbien, von Korsika bis Israel nationales Bewußtsein als treibende Kraft der Weltpolitik erweise.

Seltsam, daß da ein Landwirt aus Niedersachsen das „nationale Bewußtsein“ in diesen Ländern als positives Beispiel anführt. Vielleicht sollte man dem Herrn mitteilen, daß das „nationale Bewußtsein“ dort viele Tote produziert. Man kann ja auch fragen: Wer ist Hasselmann? Ein Deutschnationaler mit einem gewissen Hang an Spielbanken. Vergessen wir ihn.

Der Höhepunkt kommt dann aber bei den Todesanzeigen in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN. Einem Mann, der am 7. 4. 1900 geboren wurde und der am 13. 5. 1989 starb, wird nachgerühmt, daß er sich in „Sicherheitseinsätzen im Freikorps Märker“ bewährt habe. Er sei führend in der studentischen Selbstverwaltung (D. St.) und darüber hinaus im politischen Raum (Gregor-Strasser-Richtung) tätig gewesen. Seit 1933 im Reichserziehungsministerium, zuständig für den Erstaufbau der staatlichen nationalpolitischen Schulinternate und Initiator der Landjahrpflicht. „Die Ausstrahlung seines Wirkens und die besonderen Dimensionen seines Denkens galten dem Leben seines Volkes.“ Man muß Todesanzeigen lesen, um den Zeitgeist aufzuspüren. Vor zehn Jahren, noch vor fünf Jahren wäre eine solche Anzeige nicht denkbar gewesen.

Am Tag darauf, es war der 15. Oktober, saß ich in der Paulskirche, umgeben vom Establishment der Republik, und lauschte der Verleihung des Friedens-

preises des Deutschen Buchhandels an den tapferen tschechischen Schriftsteller Vaclav Havel. Die Idee, den Preis an Havel zu geben, war gut, Havels Botschaft umsichtig und klug. Der Laudator allerdings, André Glucksmann, sagte zum Beispiel folgendes: „Beckett und Kafka haben eher recht als Marx. Das geht so weit, daß die lichtvollen Wahrheiten, die man bei Marx entdeckt, eher Ionesco und Jarry als Honecker ankündigen . . .“

Ich gebe zu, daß ich als Person immer wieder ein paar Sekunden im Sessel getobt habe (natürlich still). Glucksmann war ein berühmter 68er. Was ist man für ein armes Schwein, habe ich gedacht, wenn man nie für die Revolution und immer schon für die Marktwirtschaft war. Man kann keinerlei interessanten Paradigmenwechsel vorweisen. Man kann niemals durch eine Kehre um einhundertachtzig Grad ein würdiges Publikum begeistern.

Aber das waren Privatgefühle, uninteressant. Interessanter schon war die würdige Versammlung. Sie wußte genau, wann sie applaudieren mußte. Und jeder, der die Bundesrepublik kennt, wußte auch: Vor drei Monaten hätten sie an dieser Stelle noch nicht applaudiert. Ernst Bloch hat man den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels auch schon einmal verliehen. Damals dürfte man an anderen Stellen applaudiert haben. Wir sind ein reagibles Volk.

Warum ich diesen Bericht an die Spitze eines Heftes stelle, das sich in seinem „Schwerpunkt“ erneut mit der Entwicklung in Ostmitteleuropa beschäftigt? Weil die Trennung von Außen- und Innenpolitik eine kindische Illusion ist. In Ostmitteleuropa kämpfen die Menschen gegen den alten und den neuen Stalinismus – und man muß ihnen dabei volle Sympathie entgegenbringen. Die Rückwirkungen bei uns aber sind eine ganz andere Sache. Da wird das Abwirtschaften des östlichen „Sozialismus“ als giftiges Argument gegen die Sozialdemokratie instrumentalisiert. Da werden alle Gegner der Neostalinisten, auch die Nationalisten, auch die Chauvinisten, auch die mit antisemitischen Untertönen, zu Freiheitskämpfern. Da kommt plötzlich eine neue Atmosphäre auf. Martin Winter hat sie in seinem Artikel über den CDU-Parteitag in Bremen charakterisiert: „In Schwung brachten den Parteitag nur die, die mit pathetischem Schmelz über Wiedervereinigung, nationale Identität und den Siegeszug der Marktwirtschaft im Ostblock schwadronierten.“

Europa ist in Bewegung. Die Bundesrepublik auch. An vielen Ecken und Enden in Europa gibt es einen neuen Nationalismus. In der Bundesrepublik auch. Dort ist er besonders gefährlich. *Peter Glotz*

Inhalt

Martin Winter	Bremer Parteitag der CDU	964
Christian Fenner	Die Zukunft welcher Modernisierung?	966
Christian Deubner	Rüstungsexport und Arbeitsteilung in Westeuropa	972
Klaus von Schubert	Gemeinsame Sicherheit – das neue Paradigma	978
Walter Dirks	Eine reichlich offene Frage. Zu Problemen eines gemeinsamen Hauses	984
Karl Schlögel	Mitteleuropa hört auf, eine Ideologie zu sein	986
Tilman Fichter	Linke Zeitschriften und europäische Identität	992

Thema: Umbrüche in Ost- und Mitteleuropa

Heinrich-August Winkler	Polnische Zeitenwende	995
Wojciech Lamentowicz	Ein mühsamer Weg zur Demokratie. Polen nach den Wahlen	997
Petr Kabeš	Das Brockengespenst	1002
Jill M. Bystydziński	Frauen und Sozialismus. Eine vergleichende Studie über Frauen in Polen und der UdSSR	1003
Karla Hielscher	Auf der Suche nach Sündenböcken. Rechtsextremismus und Antisemitismus in der russischen Publizistik	1011
Gespräch mit Svetozar Stojanović	„Die Richtung ist selbstverständlich eine pluralistische Struktur und Kultur“	1018
Ursula Rütten	Streiflichter über jugoslawische Innenansichten des Nationalitätenkonflikts	1020
Richard Wagner	Mit dem Rücken zur Wand. Ceausescu und Ungarns Reformen	1024
Thomas Meyer	Diskussion: Bremer Programm der SPD Brauchbares und Unbrauchbares. Die Kommentare zum Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes	1029
Holger Paul	Fortschritte gegen die eigene Basis?	1031
Reimund Seidelmann	Zu den europapolitischen Aussagen des neuen SPD-Programms	1035
Wolf Scheller	Die schöne Tänzerin und der Pionier	1038
Hans-Martin Lohmann	Zeitschriften-Forum	1042
Hermann Glaser	Kulturpolitische Notizen	1044
Klaus Bloemer	Fasten seat bells	1048
	Kritik	1049

Martin Winter Bremer Parteitag der CDU

Martin Winter, geboren 1948, ist Redakteur bei der „Frankfurter Rundschau“.

In Bremen hat die CDU einen bedeutenden Abschnitt ihrer Geschichte beendet. Hinter all den Aufregungen um die Niederlagen von Lothar Späth und Ulf Fink, um den Dämpfer für die Geißler-Freunde und die Frauen, hat sich fast unbemerkt ein Wechsel der Themen, der Richtung und des Selbstverständnisses der Partei vollzogen. Nach dem Ende der Barzel-Ära 1973 waren Kohl, Biedenkopf, Geißler und die „68er“ unter den Christdemokraten aufgebrochen, aus dem Kanzlerwahlverein eine moderne Volkspartei zu machen. Eine Partei, die den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht hinterherhinkt, sondern sie rechtzeitig erkennt und die Modernisierung der Industriegesellschaft politisch gestaltet und absichert.

Dieses Konzept einer Reform-CDU ist aufgegangen. Seit dem Beginn der 80er Jahre beherrschen die Christdemokraten die politische Diskussion und die Machtzentren der Bundesrepublik. Gewiß, bei den Wahlen haben sie in den vergangenen Jahren die eine oder andere Feder lassen müssen und in Ländern und Gemeinden an Boden verloren. Aber Nutzen hat die Opposition daraus noch nicht ziehen können, und Helmut Kohl sitzt allen Wunschträumen zum Trotz immer noch fest im Sattel.

Und dennoch hat er Abschied genommen vom Projekt der Reformpartei, und der Parteitag in Bremen ist ihm gefolgt. Dieser grundlegende Richtungswechsel fand allerdings nicht an der Oberfläche statt. Wer ihn in Resolutionen und Beschlüssen zu finden hofft, der sucht vergeblich. Auch die Ergebnisse bei den Vorstandswahlen sind nur Hinweise. Die Kerntruppe der Reformpolitiker ist mit schlechten Ergebnissen abgestraft worden, während einer wie Volker Rühle, der Draufhauen schon für Politik hält, mit einem glänzenden Wahlergebnis belohnt wird.

Der wirkliche Wechsel deutete sich in Halbsätzen an und in den Themen, von denen sich die Delegierten bewegen ließen. Die Umweltdebatte, von Geißler und Töpfer als Vorstoß der Union auf dieses zentrale Gebiet der Politik vorbereitet, geriet zu einem Flop. In Schwung brachten den Parteitag nur die, die mit pathetischem Schmelz über Wiedervereinigung, nationale Identität und den Siegeszug der Marktwirtschaft im Ostblock schwadronierten. In Wallung gerieten die Delegierten, wenn der Kanzler „Einigkeit und Recht und Freiheit“ klassisch konservativ interpretierte, als nationale Einheit, als starke Polizei und Bundeswehr und als Zusammenbruch des Sozialismus.

Es wäre aber falsch, hinter dem Kurswechsel der CDU einen ordnenden Geist zu vermuten. Die Partei agiert nicht, sondern sie reagiert. Kohl ist kein Kombattant in ideologischen Auseinandersetzungen über Richtungen. Politische Inhalte betrachtet er instrumentell. Gut ist, was seiner Machterhaltung in Partei und Regierung nützt. Die Reformpolitik Geißlers hat er solange mitgetragen, wie sie mehr Nutzen als Schaden brachte. Als sich die Waage zur anderen Seite zu neigen schien, feuerte er Geißler – was er der CSU fest versprochen hatte –, um ein Signal nach rechts zu geben.

Die „Renaissance der nationalen Identität der Deutschen“, die der CDU-Abgeordnete Friedrich Vogel am Morgen nach dem Parteitag vor dem Bonner Parlament verkündete, muß Kohl schon eher als andere in der Nase gehabt haben. In der Nase hatte er wohl auch die ersten Anzeichen eines konservativen *roll back* in anderen Bereichen. Das Aufkommen der rechtsextremen Republikaner wird ihn nervös gemacht haben. Mit dem Rückgriff auf alte Werte – so wenig sie auch geeignet sind, zur Lösung heutiger und zukünftiger Probleme beizutragen – hofft er, Wähler zurückzugewinnen.

Es sei noch einmal gesagt: Hier zeigt sich nicht das eigentliche, das konservative Gesicht hinter einer Reformmaske, sondern hier zeigt sich der wahre Helmut Kohl. Der, der um der Macht willen alles zu tun bereit ist. Und der seine Partei nun dazu gezwungen hat, ihm auf diesem Weg zu folgen. Die 780 Delegierten der CDU-Basis haben in Bremen den eigenständigen politischen Anspruch der Partei mit der Wahl Rühes und mit der Abstrafaktion gegen die Reformer aufgegeben. Sie haben der neuen Linie Kohls allerdings auch keinen nennenswerten Widerstand entgegengesetzt. Die Sorge, nach rechts zu verlieren ohne in der Mitte zu gewinnen, scheint bei manchen Christdemokraten angesichts der bevorstehenden Wahlen zu panikartigen Zuständen zu führen.

In der Lage ist es kein Wunder, wenn man lieber auf vorgeblich Altbewährtes zurückgreift. Und das sind eben Themen wie Recht und Ordnung, Nationalstaat, heile Familie und klarer Antisozialismus. Alles, was nachdenklich macht, was differenziert gesehen werden muß, was als Bürger- und Freiheitsrechte querliegt zum einfachen konservativen Weltbild, findet nicht statt. Die Reformphase der CDU ist zu Ende. Kohl hat die Partei seinem „Ich will wieder Kanzler werden“ untergeordnet, und die Partei hat sich widerstandslos unterworfen. Geißler, dem wir ob seiner Beiträge zur Verrohung der politischen Sprache keine Träne nachzuweinen haben, ist mit seinem Konzept einer CDU gescheitert, die nicht an den Fäden der Regierung tanzt und genug eigenes Profil hat, um nicht von einem Kanzler und von der Macht abhängig zu sein. Wenn Kohl 1990 scheitert, wird mit ihm die Partei scheitern, und sie wird da wieder beginnen müssen, wo sie 1973 schon einmal war.

„Kunst
bleibt
Kunst.“

Johann Wolfgang von Goethe



DAIMLERBENZ

Christian Fenner

Die Zukunft welcher Modernisierung?

Zur Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes „Perspektiven und Orientierungen“

Dr. Christian Fenner, Dipl.-Politologe, Hochschullehrer und z. Z. Gastprofessor in Osnabrück; Veröffentlichungen über Parteien, Nationalismus, Schweden, Politische Kultur u. a. i. E.: Parteiensysteme und Politische Kultur im Vergleich westeuropäischer Länder.

„Wir schaffen das moderne Deutschland“, annoncierte die SPD Anfang der 70er Jahre. „Demokratisierung“, „Modernisierung der Volkswirtschaft“, ja „Orientierung“ bis ins Jahr 1985 versprach die Partei. Sie errang den größten Wahlsieg ihrer Geschichte. Allein, mehrheitsfähig wurde sozialdemokratische Modernisierung nicht. Den Linken ging's zu langsam, die Rechten fürchteten eine Dynamisierung der von den Sozialliberalen beförderten bildungs- und kulturrevolutionären Bestrebungen der 68er. Schon 1974 setzte die Gegenreformation ein. Nicht zufällig markieren die Thesen „Mut zur Erziehung“, verfaßt vom inzwischen zum konservativ-praktischen Modernisierungsphilosophen avancierten H. Lübke, den Beginn einer geistig-moralischen Wende, die auch vor Sozialdemokraten nicht halt machte. Das „Modell Deutschland“ erschien als das beste aller Welten. Auch dies ein Grund für die Entstehung der GRÜNEN.

1976: Freiheit oder Sozialismus? Zum letzten Mal vielleicht ließen sich die Wähler das Bekenntnis zur – in den Parteien geronnenen – historischen Alternative Progressismus versus Konservatismus aufzwingen. Hatte „Mut zur Erziehung“ noch etwas von dem Konservatismus evoziert, den man als Ausdruck der gesellschaftlicher Modernisierung immanenten Gegenbewegung (Greiffenhagen), als „Mut zur Vergangenheit“ verstehen konnte, so hatte sich die Szene zwölf Jahre später gründlich geändert: „Mut zur Zukunft“, „Wir entwickeln das Projekt der Moderne weiter!“ hieß es jetzt, 1986 – aber von seiten der CDU. Die Modernisierer der Union, die Geißlers,

Späths und Biedenkopfs und die „anderen 68er“, sie hatten scheinbar ganze Arbeit geleistet. Seit 1973 war die Republik mit Semantikkrigen, Kongressen, Programmen, Aktivitäten zur Besetzung von Themen überzogen worden. SPD und GRÜNE saßen in der Pessimismusecke: „Von den Bannerträgern zu den Klageweibern des Fortschritts“, höhnte W. Schönbohm aus der Parteizentrale. (Die FDP war vorsichtshalber von einem zum anderen Fortschritt übergewechselt.) Bildungsreform, antiautoritäre Erziehung, paritätische Mitbestimmung, herrschaftsfreie Gesellschaft, Gleichheit, mehr Demokratie waren „out“; Familie, Heimat, Vaterland, Markt, Pflichten, Tugenden, Leistung, Eliten, neue Techniken, Ordnung und innere Sicherheit waren „in“. Die Verkoppelung von „Mut zur Vergangenheit“ mit „Mut zur Zukunft“, sollte da das Geheimnis der Machttechnokraten aus der Unionszentrale liegen, das den „Machern“ der Sozialdemokratie verborgen geblieben war?

Der überragende Wahlsieg 1983, die Stärke des bürgerlichen Lagers (56 %), schienen der Union jede Chance einzuräumen, zur dominierenden, strukturellen Mehrheits- und Konsenspartei zu werden. Und wie zur „Rache“ für 1976 sollte die Wahl 1987 endgültig die Richtung über die Zukunftsfähigkeit des Landes entscheiden; „Fortschritt oder Rückschritt?“ Die Antwort, so H. Geißler auf dem Zukunftsparteitag der CDU 1986, gebe längst die Union: wirtschaftliche Dynamik, neue Arbeit, Dezentralisierung, aktive Subsidiarität, technischer Fortschritt, weniger Staat, neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, eine farbige Kulturgesellschaft, das seien die Themen der Zukunft. Wer wollte da von sozialdemokratischer Seite widersprechen? Zumal auch diese das Hauptschlachtfeld auf der Ebene „kultureller Modernisierung“ ansiedelt. Späths Diktum, für ein Industrieunternehmen sei heute Kultur wichtiger als ein Gleisanschluß, nahm auch der Bundeskanzler auf. Die neuesten Topoi der (wahl)soziologischen Debatte färbten seine „kulturstaatliche“ Perspektive: Wie sich die Industriennation zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft entwickle, müsse die Ausgestaltung der Kulturgesellschaft zur wichtigsten Zukunftsaufgabe werden, weil Kultur nicht in Nischen bleiben darf, sondern die ganze soziale Wirklichkeit durchdringen muß. Kohl ahnt aber als guter „Versöhnungskonservativer“, daß die Vision einer „wissenschaftlich-technischen Zivilisation jenseits der Grenze zweckrationaler Verfaßtheit“, geprägt vom Pluralismus der Lebensformen und -entwürfe, doch der

haltgebenden Institutionen diesseits bedarf. Die farbige-pluralistische, wenngleich auch immer funktionelle Seite der Kultur, verlangt auch den „starken Staat“ und die „identitätsstiftende Kraft“ der (heimatlichen) Kultur.

Indes, das Geheimrezept erwies sich als Flop. Als gebe es eine stille Koalition der Modernisierungskritiker und -verlierer, wurde auch die Union von Wahlniederlagen gebeutelt. Sogar die mit viel Geld gepöppelten „Laboratorien der Moderne“ (P. Glotz), die Kulturhochburgen Berlin und Frankfurt, gingen verloren. Vor lauter „Kulturgesellschaft“ und Lebensstilen hatte man die Nöte und Bedürfnisse der „kleinen Leute“ und „soziale Geselligkeit“ vergessen. So entstanden die REPs.

Dieses für die Modernisierer in der CDU unerwartet niederschmetternde Ergebnis wirft Fragen nach den Anwendungskriterien und der Bedeutung sozialwissenschaftlicher Expertisen und Politikberatung auf, insbesondere aber Fragen nach den Mängeln einer auf der Suche nach den letzten Marginalwählern sich an immer differenzierteren Konsum- und Lebensstilen orientierenden Wählerforschung, die Trends für's Ganze nimmt und die unterhalb veröffentlichter Meinung verborgene Rationalität der Stammwähler unterschätzt und damit zugleich die Möglichkeiten von Parteien, beliebig in alte und definitorisch bestimmte neue Sozialmilieus vorzustoßen, überschätzt. Gewiß, es ist leichter, das Programm und die Parteiorganisation zu modernisieren als die eigene (nicht nur kleinbürgerlich-katholische) Wählerschaft. Kann aber Modernisierung in einer kapitalistischen Gesellschaft gelingen, wenn, wie Grafe in seinem Büchlein zur CDU anmerkt, „die Verfolgung ökonomischer Interessen in ihrer Herrschaftsfunktion und in ihrer Eigendynamik und ihrer weiterhin zentralen Bedeutung qua Gesellschaftsverständnis gar nicht Untersuchungsgegenstand sein kann“? Kommt darin nicht ein „politizistisches“ Politikverständnis zum Ausdruck, wie es eine neokonservative Leitfigur der christlich-konservativen Modernisierungsmannschaft, Daniel Bell, formuliert hat, demgemäß Politik in der heutigen Gesellschaft gleichbedeutend sei mit dem „Management der Gesellschaftsstruktur“, also eine maßlose Überbewertung der Führungs- und Steuerungsmöglichkeiten einer Partei und ihrer Regierung „von oben“? Haben sich also die Modernisierer der CDU übernommen mit der Modernisierung? Muß auch die Union die Erfahrung machen, daß „der Gesellschaft“ voraus zu sein, „Mut zur Zukunft“ zu propagieren, nicht umstandslos honoriert wird? War der

„modernere“ Neoliberalismus für die Christlich-Konservativen doch ein zu großer Brocken?

Oder hat gar das den Zwängen einer Koalitionsregierung unterworfenen Bundeskanzleramt, haben der hinhaltende Widerstand anderer Linien der Partei, der CSU und beispielsweise der FAZ, die ja regelrechte Kampagnen gegen Geißler und seine Mitstreiter anzettelten, zuviel Widersprüchlichkeit produziert? Welche „Orientierungen und Perspektiven“ lagen und liegen da im Clinch? Ein wenig Einblick in dieses Fragenknäuel gewährt uns die Lektüre der gleichnamigen Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes.

Nun kann man füglich nicht erwarten, daß die im Auftrag der Bundesregierung erstellten Gutachten und Expertisen von Gegnern eben dieser Regierung angefertigt werden. Doch sie reden nicht nur zum Munde, und die Bandbreite reicht immerhin bis zu K. Fohrbeck und A. Wiesand, die mit ihrer Studie „Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft“ quasi in Person für das von beiden politischen Lagern als zentral erachtete Feld zur Eroberung politisch-kultureller Hegemonie stehen. Sie bieten geradezu eine alternative Option an gegenüber den Vorstellungen eines P. Koslowski und dessen „Postmoderne Kultur“ – schon in der zweiten Auflage (s. die Kritik von Eichner, NG/FH 6/88) –, aber auch zu einem Teil der Beiträge, die unter dem Titel „Herausforderungen für die Politik“ sich eher traditionell-konservative Gedanken über die Möglichkeiten „geistig-politischer Führung“ machen.

Wenn W. Schäuble in seinem Vorwort zu der Reihe schreibt, die Gutachten sollten einen „wissenschaftlichen Unterbau“ für politische Entscheidungsfindung abgeben („wertbezogen“ und „über den Tag hinaus“) und damit einen „Beitrag (leisten) zur Transparenz Bonner Politik“, so ist das gar nicht 'mal nur Rhetorik. Der Wirrwarr, den die Bonner Politik dem normalen Zeitungsleser und Fernseher bietet, er wird tatsächlich transparenter, wenn man diese Bücher liest.

Transparent wird, daß von grundsätzlichen Widersprüchen zwischen dem Konrad-Adenauer-Haus und dem Bundeskanzleramt nicht die Rede sein kann. Transparent wird eine überraschende Umstandslosigkeit, mit der etliche Themen der seit 1987 fortlaufend erscheinenden Bände Eingang in Reden und Absichtserklärungen von CDU-Politikern und Mitgliedern der Regierung gefunden haben. So hat sich H. Kohl – auch beim Umweltschutz will er an der Spitze marschieren – Oberndörfers Studie „zum Schutz der tropischen Regenwälder“ (Schuldenerlaß

gegen Naturschutz) zum höchstpersönlichen Anliegen auf dem Pariser Weltwirtschaftsgipfel erkoren. Ursula Lehrs Untersuchung zur „Situation der älterwerdenden Frau“ empfahl die Autorin sogar für einen Kabinettsposten. Das Wählerdefizit der CDU bei den Frauen macht's möglich. Daß Frau Lehr umstritten sein mußte, wurde jedem klar, der ihre Schlußfolgerungen las: ein eindeutiges Plädoyer für die berufsorientierte, gegen die einseitig familienzentrierte Frauenrolle.

Damit wird zugleich etwas Drittes transparent: Die unter neokonservativen Vorzeichen avisierte Modernisierung der Wirtschaft zur Weltmarktkonkurrenzfähigkeit, der „Mut zur Zukunft“ also gerät immer mehr in Widerspruch zu der anderen Aufgabe, der politisch-kompensatorischen Stabilisierung der Gesellschaft durch die Propagierung traditioneller („sekundärer“) Tugenden, Erziehungs- und Verhaltensweisen, also zum „Mut zur Vergangenheit“.

Die schon die SPD umtreibende Frage lautet: Läßt sich die historisch in Parteilagern geronnene „Komplementarität von Progressismus und Konservatismus“ (V. Höhle, Bd. 6, S. 50) in die entsprechenden Parteien und Wählerschaften selbst verlagern?

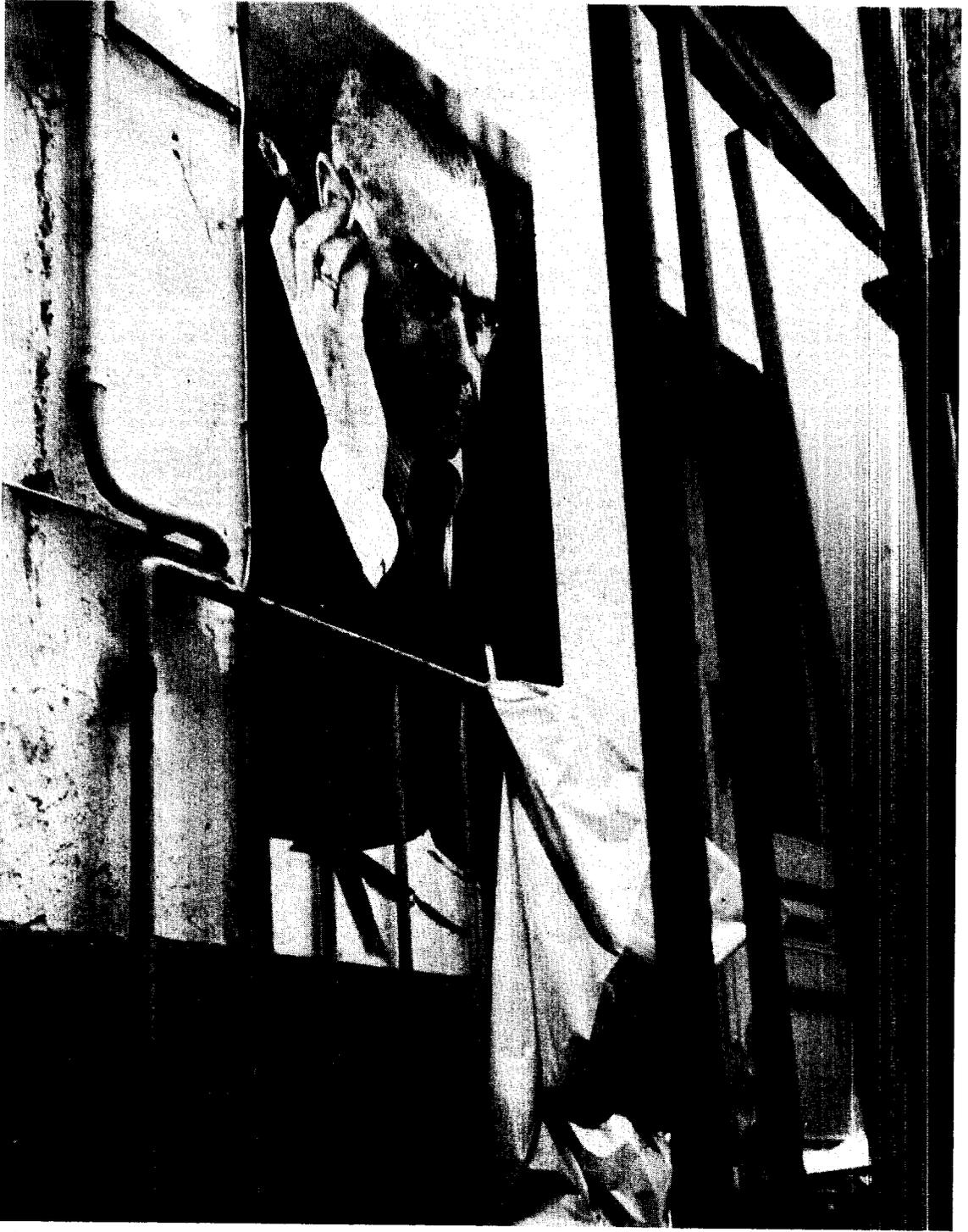
Nun mag es zwar sein, daß der Neokonservatismus das Verhältnis der alten Kernschichten von Kapital und Arbeit zu den Interessen und Motivlagen „libertär-progressistischer“ und „normativ-populistischer Haltungen“ (Schwengel bzw. Glotz) früher und klarer erkannt hat als die Linke. Auch scheint er diese für einige wichtige Gruppen in attraktive Bilder („Individualisierung“) umgesetzt zu haben. Aber Bilder bedeuten noch keine Hegemonie, und „Pluralität der Lebensstile“ ermangelt jener Ligaturen, die der Vereinzelung in der Massengesellschaft entgegenwirken, die auch „Kultur“ als Ferment der Kommunalpolitik (Wallmann) offensichtlich nicht hat schaffen können.

Die Quadratur des Kreises, die eine normative Bestimmung der „Volkspartei“ schon immer vergeblich anstrebte, wird auch auf diesem Wege nicht gelingen. Der entscheidende Stachel im Fleisch der Gesellschaft der politisch Gleichen, also die gewollte Reproduktion sozialer und positionaler Ungleichheit, die Ungerechtigkeit mit ihren Depravationen und Anomieprozessen, läßt sich, durch welche kulturelle und technische Modernisierung auch immer, nicht entfernen. Der Spagat, den die SPD üben muß, er wird nun auch von der Union verlangt – mit bisher negativem Erfolg. Der Weg von der In-

dustrie- zur „Dienstleistungs-/Informationsgesellschaft“ oder gar zur „Kulturgesellschaft“ wird immer noch auch und vornehmlich von der Qualität seines Substrats, von den Entwicklungstendenzen der von Politik so schwer zu beeinflussenden Sozialstruktur bestimmt.

Kein Wunder also, daß sich über die Hälfte der Gutachten mit relativ harten (z. T. Umfrage-)Daten dieses nicht zuletzt unter Wahlgesichtspunkten wichtigen Bereichs annehmen. Auch hier werden – allerdings erst durch Zusammenschau des Lesers – in eher bestandsaufnehmenden Lageanalysen, problematisierenden Entwicklungstrends und politischen Optionen die Widersprüche neokonservativer Modernisierungspolitik transparent. Wirtschaftliches Wachstum bildet die unhinterfragte Prämisse. So vermißt man jegliche ernsthafte Überlegung, die sich mit den Kosten der Modernisierung, also dem Zirkel von Modernisierung unter Einschluß der Modernisierungsverlierer, Individualisierungsnotwendigkeiten (Lübbe) und Sicherheitsbedürfnissen (Ausnahme: Zapf u. a.) beschäftigen, wie etwa Glotz mit seinem „Modernisierungskomprobiß“.

Als marktgläubigster, mittelstandsfreundlichster und härtester Gewerkschaftsgegner erweist sich Prof. Albach (ehem. Vorstand des Inst. f. Mittelstandsforschung). Wenngleich er, wie übrigens auch Rürup, vor einem undifferenzierten Trend zur Dienstleistungsgesellschaft warnt – sein Vergleich mit dem US-amerikanischen Dienstleistungssektor und sein Vorschlag zur Verbesserung der völlig unzulänglichen Dienstleistungsstatistik geben ihm gute Gründe zur Hand –, so sind doch seine Optionen für den Ausbau des Dienstleistungssektors unter Arbeitsmarktgesichtspunkten ein offenes Bekenntnis zur Privilegiengesellschaft: Würde man nur 10 % der in der Haushaltsproduktion erwirtschafteten Leistungen auf den Markt für „haushaltsbezogene Dienstleistungen“ verlagern, könnten bis zu 1,5 Mill. Arbeitsplätze entstehen: „Der Grundtypus einer neuen Ordnung des Marktes für haushaltsbezogene Dienstleistungen sollte der Typ des ‚selbständigen Dienstleisters‘, des ‚kleinen Dienstleistungsunternehmers‘ sein. Der Gesetzgeber sollte die ‚unternehmerischen Beziehungen‘ zwischen dem Kunden (der Hausfrau) und dem Dienstleister (der Putzfrau) zu einem ‚Modell des kleinen Dienstleistungsunternehmers‘ entwickeln und rechtlich regeln“ (S. 163). Diese „ordnungspolitisch erwünschte“ (S. 17) Option wäre nichts anderes als das, was A. Gorz die „Südafrikanisierung“ der Gesellschaft genannt hat. Die Verlagerung traditionell der „Hausfrau“ zuge-



Thomas Mann auf einem Hinterhof

Mechthild Veil

schriebener Tätigkeit auf eine ökonomisch und sozial marginalisierte Masse von Unterprivilegierten. Wer sich's leisten kann – Besserverdienenden soll sich schließlich lohnen – kauft sich zu seiner Bequemlichkeit fremde Hausarbeiter(innen); deren Arbeit verschafft dann nebenbei noch die Genugtuung, mit dem eigenen Vergnügen gleichzeitig „Arbeit zu geben“. Differenzierte Lebensstile in einer individualisierten „Kulturgesellschaft“ . . .

Rürups sehr viel breiter angelegte „Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven“ rechnen weniger mit reaktiver Ausweitung des Dienstleistungssektors zur Wiedereingliederung unqualifizierter Arbeitsloser; sie erschließen vielmehr eine Reihe von Optionen für zukünftige Wachstumsfelder, um einen weiteren (ggf. technologisch bedingten) Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern und neue zukunftsorientierte und bedarfsgerechte Arbeitsplätze zu schaffen. Er weist, wie Albach, die Überindustrialisierungsthese zurück. In der Bundesrepublik sind die produktionsorientierten Dienstleistungen längst nicht in dem hohen Maße in den tertiären Sektor ausgegliedert wie in anderen Ländern; gleichwohl ergeben sich erhebliche Tertiärisierungsdefizite im Humandienstleistungsbereich (ca. 1/2 Mill.). Denkt man an J. Hubers Zwei-Kulturen-These für die neuen Mittelschichten, kann man die zögernde Haltung der Union, den sozialorientierten Dienstleistungssektor auszuweiten, beinahe verstehen, und die Vorliebe des produktionsorientierten Dienstleisters für die konservativen und liberalen Parteien erscheint dann gar nicht mehr „so seltsam“ (P. Glotz).

Eine elementare Option ergebe sich aber für die mit der Entwicklung und Förderung neuer Schlüsseltechnologien erforderlichen höheren Qualifikationsanforderungen. Ausweitung und inhaltliche Neubewertung des schulischen und beruflichen Ausbildungs- und lebenslangen Weiterbildungssystems verlange rasches politisches Handeln. (Bemerkenswerterweise fehlt ein denkbare Gutachten über ein entsprechend modernes Bildungskonzept, das, folgt man Rürup, eher an den progressiven Reformen der 70er Jahre anknüpfen müßte als am „Mut zur Erziehung“.) Auch, daß der demographische Strukturwandel die Förderung der weiblichen Erwerbstätigkeit arbeitsmarktpolitisch und unter dem Gesichtspunkt emanzipationsorientierter individueller Lebensplanungen zwingend mache, wird in der Union auf eher gespaltene Meinungen stoßen; genauso wie Rürups Befürwortung von Arbeitszeitverkürzungen, der Vermehrung von Teilzeitarbeitsplätzen und

einer „zivilisationspolitisch“ notwendigen Vorbereitung der Bevölkerung auf die verstärkte Integration einer bis zum Jahre 2030 auf ca. 10 Mill. angewachsenen ausländischen Bevölkerung. Unwillkürlich läßt das einen an Geißlers „multikulturelle Gesellschaft“ denken. Ob eine „funktionale Begründung“, daß nur mit jener die Zukunft und Sicherheit unseres hohen Wohlfahrtsniveaus gesichert werden kann, die Gegner der Unionsmodernisierung in und außerhalb der Partei zufriedenstellen kann, ist zu bezweifeln.

Rürups Option für eine „soziale, liberale Industriegesellschaft“, die er als „Fortentwicklung im Sinne einer ‚Modernisierung‘“ des traditionellen „Wohlfahrtsstaates“ in Richtung vergrößerter und gesicherter individueller Gestaltungsräume verstehen möchte, verbindet nicht nur die in den Wünschen nach Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung „aufpolierten“ (Hondrich) traditionellen Werte von Freiheit und Gleichheit; er betrachtet sie auch als Bedingung einer funktional notwendigen sozio-kulturellen Modernisierung, die nicht so sehr auf sekundären, denn auf „kommunikativen Tugenden“ basieren muß.

So weit eine Position, die sicher auch für eine „Zivilisierung der Modernisierung“ zu haben wäre; und es ehrt den Herausgeber, den Streit um Modernisierung so offen – vielleicht mit dem mittleren SPD-Wähler im Visier – auszufeuchten. Aber, wie schon gesagt, das „Management von Gesellschaftsstrukturen“ ist so einfach nicht. Zwischen der Scylla einer kulturellen Modernisierung, die die Gefahr eines emanzipatorischen *over-spill* in Kauf nimmt, und der Karybdis einer kapitalistischen Modernisierung, die einen *cultural lag* und den Aufstand der Modernisierungsverlierer riskiert, fällt eine Wahl bekanntermaßen schwer. Bietet „Kultur“ da vielleicht einen Ausweg, Perspektive und Orientierung?

Die Identitäts- und Kulturdebatte seitens der Neokonservativen scheint, so darf man die Suche nach einem „staatsautonomen Sozialkitt“ (Gehlen) wohl interpretieren, vor allem in der Tat die zweite Gefahr im Auge zu haben. Wenn ein kluger Mann wie W. Dettling, „Kultur“ als Sinnstiftung jenseits von Markt und Staat ansiedelt, will er Trost bieten vor der seelischen Armut der Arbeitsgesellschaft. Für Lübbe bringt Alltagskultur unter den Bedingungen global expandierender technischer Zivilisation mit ihren objektiven Zwängen zur Selbstbestimmung, „in notwendigkeitentlasteten Lebensfreiräumen, glücklich wahrgenommene Selbstverantwortung zur Geltung“ (Bd. 6, S. 85). Koslowski hat das

Ganze im Auge und möchte per Kultur und Religion „von allen geteilte Lebensdeutungen und Grundüberzeugungen“ wiederherstellen. Und für H. Bonus bedeutet es eine „große Aufgabe geistig-politischer Orientierung, den Menschen einsichtig zu machen, daß wir uns wohl darein fügen müssen, daß Massenarbeitslosigkeit von Zeit zu Zeit unser Schicksal sein wird“ (Bd. 6, S. 18).

Daß die Zukunft der Modernisierung so nicht aussehen darf, ist schnell gesagt. Aber wie kann eine andere Modernisierung befördert werden? Täuschen wir uns nicht: Auch die Linke hat trotz allen Identitätsgeredes keinen „Sozialkitt“ anzubieten. Für die Zukunft einer „ökologischen Modernisierung“ ließen sich vielleicht *politische* Mehrheiten finden, die aber bekanntlich noch keine „gesellschaftlichen“ sind. Selbst wiedergewonnene „kulturelle Hegemonie“ stieße an die harten Kanten von Stammtischen, an die Zwänge des Weltmarktes und die Regeln betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens. Dennoch hat die Linke keine andere Wahl, als mit dem Ziel einer gesellschaftlichen Verständigung auf der sozio-kulturellen Modernisierung auch des Arbeitslebens zu bestehen. Die Perspektiven der Modernisierer in der Union, wie sie in der Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes dargelegt werden, stellen eine Heraus-

forderung für alle dar, denen die Zukunft des Fortschritts am Herzen liegt.

Literatur

- Perspektiven und Orientierungen. Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes; erschienen im C.H. Beck Verlag, München. s. a. Einzeltitel
- Bertram, Hans*: Jugend heute. Die Einstellungen der Jugend zu Familie, Beruf und Gesellschaft. 1987. VIII, 84 S., Kt., DM 12,-
- Koslowski, Peter*: Die postmoderne Kultur. Gesellschaftlich-kulturelle Konsequenzen der technischen Entwicklung. 2. durchges. Aufl. 1988. VII, 194 S., Kt., DM 32,-
- Lehr, Ursula*: Zur Situation der älterwerdenden Frau. Bestandsaufnahme und Perspektiven bis zum Jahre 2000. Unter Mitarb. v. Fachinger, Beate, 1987. VII, 246 S., Kt., DM 34,-
- Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. Von Zapf, Wolfgang /Breuer, Sigrid /Hampel, Jürgen /Krause, Peter /Mohr, Hans M. /Wiegand, Erich. 1987. V, 160 S., Kt., DM 28,-
- Oberndörfer, Dieter*: Schutz der tropischen Regenwälder durch Entschuldung. 1989. VI, 76 S., Kt., DM 18,-
- Herausforderungen für die Politik. Von Bonus, Holger /Grosser, Alfred /Höfle, Vittorio /Lübbe, Hermann /Rovan, Joseph /Schäuble, Wolfgang. 1989. 135 S., Kt., DM 26,-
- Rürup, Bert*: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland. 1989. 210 S., Kt., DM 34,-
- Albach, Horst*: Dienstleistungen in der modernen Industriegesellschaft. 1989. 190 S., Kt., DM 32,-
- Fohrbeck, Karla /Wiesand, Johannes A.*: Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft? 1989. 190 S., Kt., DM 32,-

Wir arbeiten mit Energie an neuen Ideen für unsere Kunden.

BfG:



Als große Universalbank sehen wir es als unsere Aufgabe, unseren Kunden mit ihren vielseitigen Anforderungen ein engagierter Partner zu sein. Kapitalsparbuch, Wachstumsobligation und Umweltkredit haben wir schon erfunden; wir werden auch in Zukunft innovative Lösungen bieten.

 **BfG: Ihre Bank**
Aachener und Münchener Gruppe

Christian Deubner Rüstungsexport und Arbeitsteilung in Westeuropa Risiken einer Fusion

Dr. habil. Christian Deubner, Jahrgang 1942, Diplom-Politologe, Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

I. Die neue Debatte um Rüstungs-Kooperation und -Export

Bei Rüstungsgütern aus dem Luft- und Raumfahrtbereich gibt es in anderen westeuropäischen Ländern einen seit 1945 gegenüber den Deutschen entwickelten deutlichen Vorsprung. Die konkurrenzstärksten Anbieter sind dort vor allem die Franzosen und die Briten. Kein Wunder also, daß die verschiedenen kleinen und mittleren westdeutschen Flugzeugfirmen, die sich seit den 60er Jahren in der Bundesrepublik wieder entwickelten, in einer Vielzahl von Kooperationsprojekten vom Marktzugang und dem technischen Know how der größeren und erfahreneren französischen Luft-/Raumfahrtunternehmen zu profitieren suchten. Hubschrauber, Düsentrainer und Raketen aller Art: was man für die Luftwaffe nicht gleich in den USA einkaufte, wurde vielfach gemeinsam mit den Franzosen fürs Militär entwickelt und erfolgreich verkauft – die „Exocet“ ist das berühmteste Beispiel.

Seit einiger Zeit indessen spürt man bei solchen Vorhaben der Rüstungs-Zusammenarbeit immer öfter deutschen Widerstand und lauter als früher werden insbesondere zwei Bedenken dagegen vorgebracht:

- erstens kommt man nicht an die „Systemführerschaft“ heran, die von den Franzosen eifersüchtig gehütet wird; nicht einmal an eine gleichberechtigte Kooperation auf Systemebene ist zu denken. Dadurch bleibt der Eindruck in das spezifische technologische Systemwissen des Partners verwehrt und man bleibt in der Position des „einfachen Zulieferanten“;
- zweitens kann man auf diese Weise nicht die ganz speziellen Bedürfnisse der Bundeswehr optimal erfüllen;
- wenn man diese beiden Punkte korrigieren will, ergibt sich ein dritter, der in der rein ökonomi-

schen Logik dazugehört. Es ist nämlich nicht denkbar, daß ein solches Unternehmen nur für die Nachfrage der Bundeswehr produziert. Denn es ist wohl bekannt, zumal durch das französische Beispiel, daß einmal erlangte Systemführerschaften dann, wenn man sie behalten will, nach stetiger und vor allem nach umfangreicher Produktion und Weiterentwicklung verlangen. Damit wird die Abnahmefähigkeit der Bundeswehr schon mengenmäßig bei weitem überfordert. Das Ziel muß also auf jeden Fall sein, die deutschen „Systemführer“ zu erfolgreichen Exporteuren auf dem Weltrüstungsmarkt zu machen.

Wird das Problem so gestellt, dann könnte die neue Allianz DB-MBB die richtige Antwort bringen. In diesem Sinne würde also die Möglichkeit zu mehr Spezialisierung der Produktion für die Bedürfnisse der nationalen Streitkräfte, zu Systemführerschaft bei hochtechnologischen Waffensystemen, zu mehr Exporten für hochtechnologische Rüstungsprodukte die Befürwortung einer Fusion DB-MBB begründen. Diese drei neuerdings höher als früher bewerteten Optionen bilden daher die eigentlichen Schwerpunkte der folgenden Diskussion.

1. Zur Frage der spezialisierten Produktion für die nationalen Streitkräfte

Es wird oft bezweifelt, daß ausländische, insbesondere in Kooperation mit Frankreich hergestellte Waffensysteme den besonderen Aufgaben und Ansprüchen der Bundeswehr gerecht werden können. Dieses Argument kann nach allen Regeln der Vernunft und der bisherigen Erfahrung nicht stichhaltig sein. Auch westdeutsche Firmen werden nicht bereit sein, etwa nur für den Bedarf der Bundeswehr, immerhin den größten konventionellen Waffenkäufer Westeuropas, Kampfgerät nach besonderen Vorgaben herzustellen. Auch für sie, wie für französische oder englische Lieferanten, lohnt sich das nur bei größeren Serien eines zumindest ähnlichen Produktes, das auch andere Käufer interessiert. Andererseits könnte die Bundesrepublik aufgrund geographischer Nähe und wegen der Härte ihrer Währung und schließlich wegen ihrer bewährten parlamentarischen Stabilität und NATO-Zugehörigkeit jederzeit von fast überall in bester Qualität und auf höchstem technischem Niveau Waffen und Kriegsgerät kaufen.

2. Zum Argument der Systemführerschaft Ist „Systemführerschaft“ oder zumindest Teil-

habe für die Mitwirkung größter westdeutscher Industriefirmen an fremdbestimmten Projekten wirklich erforderlich? Bauten und bauen nicht – um nur ein anderes Hochtechnologie-Beispiel zu nennen – die Deutsche Babcock Wärmetauscher oder die BBC Turbinen für Atomkraftwerke, deren Systemführerschaft bei der KWU lag und weiter liegt? Das entscheidende Kriterium ist dort, daß die Sache sich wirtschaftlich „rechnet“. Warum also nicht dieselbe Logik bei französischen Systemführern im Rüstungsgeschäft?

Die einzige glaubhafte Antwort ist natürlich, daß es sich um Franzosen handelt, und nicht wie bei der KWU um Deutsche – noch dazu aus dem SIEMENS-Konzern –, und daß man eine „deutsche“ Systemführungs-Fähigkeit auch bei komplexen Luft-/Raumfahrt-Rüstungsprojekten erlangen will. Das wird oft damit begründet, daß nur die eigene Entwicklung hochmoderner Rüstungsgüter den Anschluß an die technologische Spitzenklasse auf dem industriellen Weltmarkt und damit die Kaufkraft des deutschen Facharbeiters auf Dauer gewährleiste. Dies Argument überzeugt immer weniger. Die Gegenbeweise aus den Exportstatistiken Japans und Westdeutschlands, aber auch der USA, sind nicht zu übersehen. Und nach den USA haben nun selbst in Frankreich aufgeklärte Rüstungsfachleute erkannt, daß die Spezialisierung von Forschung und Entwicklung aufs Militärische in vielen einschlägigen Technologien schon lange nicht mehr die optimalen Resultate bringt. Vor allem in der immer entscheidenderen Elektronik kommen die auch für militärische Nutzungen interessanten Produkte und Verfahren oft aus Ergebnissen einer auf breite Massenverwertung angelegten zivilen FuE.

3. Zur Verstärkung der Exportposition im High-Tech-Rüstungsbereich

Mit Frankreich befindet sich der Welt drittgrößter Rüstungsexporteur in nächster Nähe, und man kann das Für und Wider leicht studieren, das mit umfangreichem Rüstungsexport verbunden ist. Kurz gesagt, das Beispiel kann nur abschrecken! Schon seit langem ist ein längerfristiger wirtschaftlicher Vorteil aus dieser Exportposition nicht mehr herzuleiten; auch kurzfristig ist ein solcher zur Zeit nicht aufweisbar. Allein die theoretische Möglichkeit einer Verringerung der wirtschaftlichen Nachteile durch nationale Rüstungsproduktion, nämlich die Verbilligung der eigenen Beschaffungen durch eine Verlängerung der Serien, zeichnet sich ab. Der Rüstungs-

produzent ist zum Export, wirtschaftlich gesehen, geradezu „verdammte“.

Denn alles, was gute internationale Geschäftsbeziehungen kennzeichnet, fehlt hier allzu oft: Stetigkeit und Vertrauen in den Beziehungen, kaufkräftige und expandierende Märkte, Sicherheit des gegenseitigen Vorteils – finanziell und durch den Beitrag zur jeweiligen industriellen Weiterentwicklung –, Abwicklung im Rahmen und nach den Regeln des normalen Geschäfts unter Geschäftsleuten, Zahlung in konvertibler Währung und innerhalb handelsüblicher Fristen.

Das Gegenteil ist immer häufiger die Regel, vor allem seit Mitte der 70er Jahre, nach dem Ende des kurzfristigen Öl-Dollar-Booms: Die meisten Märkte liegen in der Dritten Welt, sie schrumpfen, die Konkurrenz nimmt zu, die Kunden sind insolvent, gezahlt wird sehr schlecht, manchmal auch gar nicht oder mit Naturalien oder politischem Entgegenkommen, viel zu oft mit Hilfe zuvor gewährter Lieferanten-Kredite, die man aus dem eigenen Steueraufkommen finanzieren muß; das Geschäft ist im höchsten Maße konjunkturell und muß vielfach unter unwürdigen Bedingungen ergattert werden. Es kann sehr schnell in fatale politische Allianzen oder auch Streitereien, schlimmstenfalls zum Terror durch die jeweils nichtbeliebte Seite führen, wie Paris durch die Bomben des Herbst 1986 in der Rue de Rennes oder durch die große Zahl seiner in Libanon eingekerkerten Geiseln erfahren mußte. (Daran konnten Luchaire's knapp fünfhunderttausend Artilleriegranaten, 1983–86 illegal an den Iran geliefert, auch nichts ändern.)

Insgesamt bringt der Rüstungsexport ökonomisch also keinen dauerhaften Gewinn. Politisch sorgt er mit Sicherheit für Ärger. Nur für Industrieländer, die in ihrem Exportangebot sonst wenig Attraktives zu bieten haben oder die spezifische politische Allianzen suchen, mag der Rüstungsexport als solcher einen gewissen Vorteil bieten. Denn selbst das Streben nach Senkung der eigenen Rüstungskosten durch die Serienverlängerung führt nicht immer zum Ziel.

Nun mag man einwenden, daß durch die langfristige sichere Wiederverteuerung des Erdöls auch die größten Waffenkunden der letzten fünfzehn Jahre in absehbarer Zeit wieder solvent werden und daß sich gleichzeitig das rein wirtschaftliche Verkaufsinteresse der westlichen Industrieländer auch in diesem Sektor wieder erhöhen müsse. Dieser Annahme ist schon aufgrund ihres spekulativen Charakters nur schwer zu widersprechen. Aber sie ist aus demselben

Grund auch keine sehr gute Basis für Politik. Ganz davon abgesehen, daß die letztendlich schwererwiegenden politischen Bedenken gegen Abhängigkeit vom Rüstungsexport dadurch nicht berührt werden.

Eine wichtige Ausnahme gibt es natürlich zu dieser negativen Bewertung. Die Märkte, auf denen man wirklich etwas verdienen kann und wo auch die politischen Bedenken sehr viel weniger schwer wiegen, sind die der anderen Industrieländer. Entsprechend werden sie umworben.

Aber in diesen Ländern gibt es im allgemeinen auch die großen nationalen Rüstungsunternehmen, die jeden Fremdling von „ihrem“ Markt nach Kräften fernhalten. Das gilt – manchmal aus Neutralitätsgründen – selbst für kleine Industrieländer wie die Schweiz, Österreich, Schweden oder Belgien, die große Rüstungsindustrien traditionell aufgebaut haben. Sogar Holland läßt im Flugzeug-, Schiffbau- und Elektroniksektor diesen Bereich nicht aus und konkurriert auf dem Weltmarkt mit. Die Kämpfe der internationalen Rüstungslobby um die Industrieländeraufträge sind wohl die härtesten. Zu holen ist nur, was man den anderen Konkurrenten gegen deren erbitterten Widerstand entreißt.

Nun ist die westdeutsche Rüstungsindustrie bisher noch nicht „allseitig entwickelt“; besonders im Luft- und Raumfahrtsektor ist man vorerst noch auf Importe oder zumindest Kooperationen angewiesen. Die Bundesrepublik hat als Industrieland also eine jener seltenen wirtschaftlich für die ausländischen Anbieter hochinteressanten militärischen Versorgungslücken. Ist es trotz aller absehbaren Probleme beim Rüstungsexport wirklich im Interesse der Bundesrepublik, mit Hilfe der Fusion von DB-MBB diese Lücke zu schließen?

Damit kommen wir zurück zur eigentlichen Frage: warum können westdeutsche Unternehmen nicht wenigstens in einigen wichtigen Rüstungsmärkten, wo sie noch nicht „Systemführer“ sind, „einfache Zulieferanten“ und Kooperationspartner bleiben, und warum kann man nicht im übrigen aus Märkten importieren, wo Qualität, Zweckmäßigkeit, Preiswürdigkeit und – ausdrücklich sei dies ausgesprochen – auch politische Interessen, wie bereits gehabt, das interessanteste Angebot ergeben?

Das läßt sich nicht mit dem oft vorgebrachten Argument zurückweisen, daß man in der Marktwirtschaft die Unternehmen nicht am Bauen und Verkaufen von Rüstungsgütern und am Fusionieren hindern darf. Darum geht es ja eben nicht. Vielmehr ist die Konsequenz dieser Überlegungen, daß der Staat seine aktiven Maßnahmen zur Förderung der

Fusion und ihrer Erfolgchancen in der Zukunft nur zu unterlassen hätte.

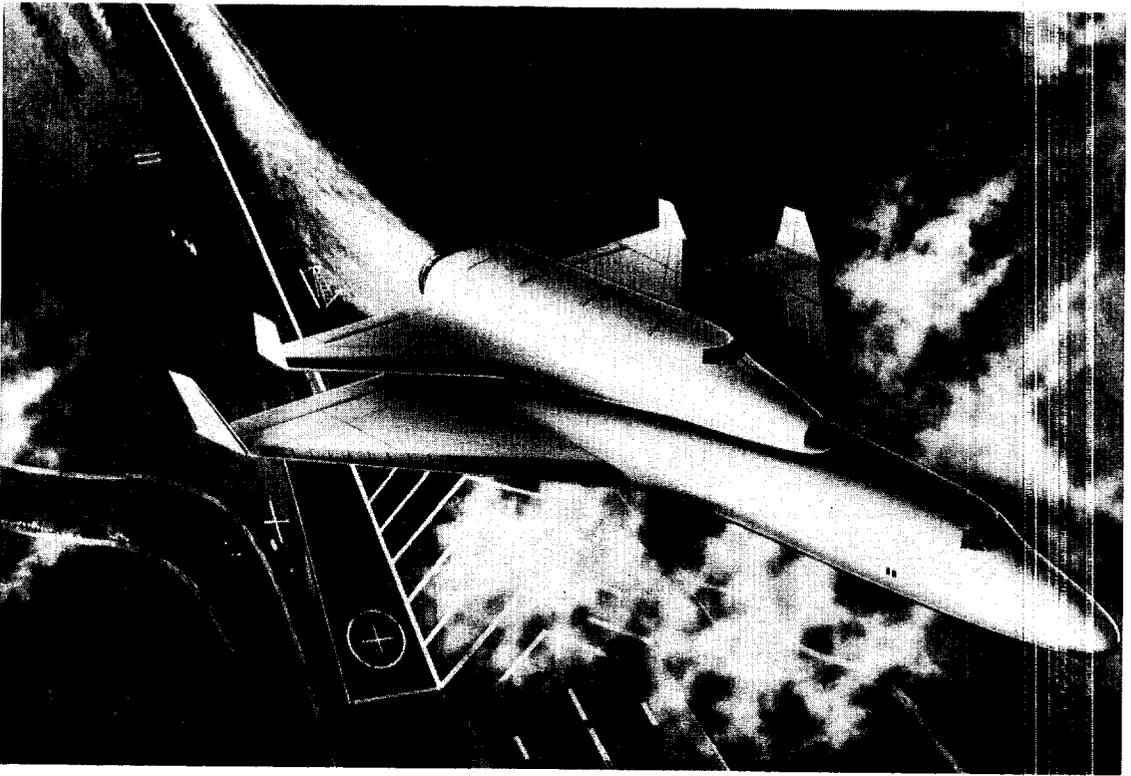
Im Ergebnis, und in den Grenzen der Ausgangsfrage, kann man die drei Optionen einer Fusion DB-MBB aus einer wohlverstandenen deutschen Interessensicht also nicht positiv bewerten. Darüber hinaus berücksichtigt die „Antwort“ einer Fusion von DB-MBB in einem zusammenwachsenden Europa die Interessen unserer Nachbarn – die mehr und mehr unsere eigenen werden – nicht ausreichend und wird im Gegenteil neue und vor allem völlig überflüssige Konflikte mit jenen für uns bringen, anstatt Bereiche vorteilhafter Arbeitsteilung zu öffnen. Dazu werden abschließend einige Überlegungen vorgestellt.

II. Außenhandelsüberschuß und Arbeitsteilung in Europa

Wenn der Wirtschaftsminister nichts täte, wenn das Verbot des Kartellamts also Gültigkeit behielte, wären dann alle hier geäußerten Befürchtungen gegenstandslos? Daimler-Benz ist ja ebenso wie andere westdeutsche Unternehmen bereits in der High-Tech-Rüstung und den damit verbundenen Exporten präsent und wird weiter nach einer Stärkung dieser Präsenz drängen. Aber der Staat hätte trotzdem ein Signal von großer Bedeutung gegeben, das seine politischen Präferenzen zeigen würde.

Er würde dabei nicht nur Geld sparen, das für zivile FuE anzulegen wäre, er würde uns nicht nur aus unangenehmen Geschäftsbeziehungen und Allianzen heraushalten, die Bundesrepublik würde ihre eigenen Kapazitäten nicht nur für die wirtschaftlich interessanten Märkte einsetzen, sie würde sogar etwas für die Moral der internationalen Beziehungen tun. Und sie würde unseren europäischen Alliierten die Möglichkeit einer Arbeitsteilung lassen, die für sie weit wichtiger ist als für uns.

Das ist deshalb eine ernste Sache, weil die Bundesrepublik Deutschland ihren ausländischen Handelspartnern ohnehin viel zu kleine Absatzmärkte bietet, im Vergleich zu den Gütermengen, die sie selbst im Ausland verkauft. Schon seit Jahrzehnten (!) ist sie mit ihren zunehmenden Handelsüberschüssen, die aus diesem ungleichen Austauschverhältnis stammen, in der Weltwirtschaft und innerhalb der EG ein struktureller Störfaktor erster Ordnung. (Der politische Druck der anderen gegen diesen deutschen Störfaktor hat nur deshalb etwas nachgelassen, weil es mit Japan inzwischen einen noch größeren Sünder gibt, der darüber hinaus das Pech hat,



Der Raumtransporter „Sänger“ der MBB-Unternehmensgruppe Raumfahrt

Foto: dpa

„asiatischer“ Neuankömmling in einer bisher von den „Weißen“ dominierten Weltwirtschaft zu sein.)

Gegenüber den Nachbarn im Westen, den Franzosen, sind die westdeutschen Exporte nun bekanntlich am größten; das gilt auch für das dabei zu Ungunsten der Franzosen entstehende Defizit, obwohl die Bundesrepublik zugleich der größte Kunde des Nachbarlandes ist. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern werden trotz der wachsenden Freundschaft immer wieder schwer dadurch belastet, selbst wenn viele Experten und Beteiligte das nicht wahrhaben wollen. Mit dem für 1993 in der EG beabsichtigten Wegfall der letzten Marktzugangssperren wird das politische Gewicht dieser Belastungen noch spürbarer werden.

Rüstungskäufe bei den Franzosen – auch und gerade im Luft-/Raumfahrtbereich – waren und sind daher ein erwünschter Beitrag zur Entschärfung eines ersten Problems. Die Bundesregierung sollte sie – natürlich im Rahmen des militärisch und technisch Zweckmäßigen und des wirtschaftlich Akzeptablen – nicht nur positiv beurteilen, sie sollte sie sogar begünstigen und unterstützen. Auch mit deut-

scher Technologie, wenn sie denn angeboten und nach ihr gefragt wird. Und wenn westdeutsche Unternehmen in diesem Sektor an „vorderster Front“ kooperieren wollen, warum denn nicht als „einfache Zulieferanten“ hochspezialisierter und -entwickelter Komponenten für die französischen oder auch andere europäische „Systemführer“. Mit dieser Rolle ist darüber hinaus wohl auch noch riskoloser Geld zu verdienen als mit der Führerschaft und -Verantwortung selbst.

Das wäre besser als ein Luft-/Raumfahrt-/High-Tech- und dazu noch Automobilkonzern aus Mercedes-Benz und Messerschmitt-Bölkow-Blohm, und von Gnaden oder vielmehr mit dem Drängen des Staates gegründet, der in Westeuropa alle vergleichbaren Konkurrenten in den Schatten stellt. Ein solcher Gigant wäre zum „Führen“ gemacht, auch zum Führen der Rüstungsgüter-Exportpolitik.

Wozu er dagegen nicht gemacht wäre, wäre zum Zuliefern. Allenfalls zum Kooperieren, selbstverständlich in „führender“, kaum mehr in mitführender Position. Das Merkmal und wohl gar die entscheidende Bedingung der traditionellen Rüstungs-

kooperation mit den Franzosen: kleinere und reichsweiser schwächere deutsche Partner, würde der Vergangenheit angehören. Der neue Konkurrent und Mitspieler lehrt die französischen Luft-Raumfahrt-Rüstungsunternehmen ja schon als noch Ungeborener das Fürchten, und gerade auf den einzigen Märkten, die ihnen noch wirtschaftliche Zukunftschancen bieten: in den westlichen Industrieländern.

Erst einmal Großrüstungsexporteur geworden, wäre die Bundesrepublik außerdem noch immer nicht dagegen gefeit, von jenen Dritte-Welt-Abnehmern abhängig zu werden, deren Kunden-Profil Schrecken einjagt.

Ginge es bei dieser Aufzeichnung nur um Fragen der Wirtschaft, so könnte man wohl bedauern oder Exportbeschränkungen formulieren; Käufe und Verkäufe lenken könnte man als Staat aber dort nicht! Hier, im Rüstungsbereich, handelt es sich aber gerade um das Reservat des Staates, dessen Legitimation just darin besteht, daß er nicht den Erwägungen eines noch so guten Geschäfts oder auch unternehmerischer Eroberungsstrategien zu folgen braucht, es bei Gegengründen staatspolitischer Art nicht einmal darf. Dafür hat er dieses Reservat, sonst wäre es sinnlos!

Wenn – neben allen vom Kartellamt und von anderen Kritikern bereits genannten Gründen gegen die DB-MBB-Fusion – auch wesentliche außenwirtschaftliche und außenpolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland dagegen sprechen, dann sollten auch letztere maßgeblich in den Erwägungen des Wirtschaftsministers berücksichtigt werden. Wenn das Fusionsverbot trotzdem aufgehoben wird, dann hätte der Verteidigungsminister Anlaß, zusammen mit den Zuständigen der Bundeswehr seinen Luft-/Raumfahrt-Rüstungsbedarf so zu planen, zu ordnen und zu kaufen, daß DB-MBB als „Systemführer“ dabei keine Chance hat. Als Zulieferant ja, und warum nicht für einen französischen Luft-/Raumfahrtkonzern. In dieselbe Richtung ginge übrigens eine völlige Abtrennung der Rüstungsaktivitäten von MBB vor dessen Übernahme durch Daimler-Benz.

Das wäre auch eine Möglichkeit, an anderer Stelle auszugleichen, was man in Sachen TGV und Minitel, um nur zwei Fälle zu nennen, versäumt hat. Statt diese französischen Erfindungen und kommerziell erfolgreichen Produkte, sie waren seit Anfang der 80er Jahre zu haben, auf den westdeutschen Markt zu lassen, wurden sie durch die staatlich regulierten oder geführten Unternehmen ferngehalten. Der westdeutsche Bahnkunde muß bereits seit 5 Jahren

warten, bis ein mit staatlichen Subventionen eilends entwickeltes deutsches TGV-Imitat, der ICE, auch nur seine Testfahrten macht. Und Minitel, das für den Massenbenutzer wie den Kommerz gleichermaßen weit besser konzipierte französische Pendant zum teuren deutschen Teletext, durfte der streng beschützte deutsche Postkunde erst 1988 kennenlernen.

Nicht nur, daß man den Franzosen dadurch verwehrte, mit kommerziell und technisch erfolgreichen Produkten in der Bundesrepublik aufzutreten und wenigstens einen Teil des Handelsdefizits gegenüber der Bundesrepublik auszugleichen. Der staatlich geförderte und noch nicht einmal im Verkehr befindliche deutsche „ICE“ wird darüber hinaus auch gegen den seit Jahren technisch und wirtschaftlich erfolgreich funktionierenden und weiter verbesserten „TGV“ in die internationale Konkurrenz geschickt. Er konnte den Franzosen kürzlich auch wirklich einen substantiellen Teil eines spanischen Großauftrags für ein neues nationales Schnellbahnnetz vor der Nase wegschnappen.

Offensichtlich ist, daß in beiden Fällen der Staat, nämlich Bundesbahn und Bundespost, die Franzosen an der Ausbeutung ihrer überlegenen Technologie in der Bundesrepublik hinderte. Jene deutsche Regierungspolitik, das darf man an dieser Stelle wohl sagen, die seit Jahrzehnten den hohen Wert der deutsch-französischen Freundschaft besingt, die die Franzosen schon gewohnheitsmäßig als Protektionisten und die Deutschen als Muster-Liberale deklariert, die die chronischen deutschen Handelsüberschüsse gegenüber den Franzosen immer wieder beklagt, zu deren Behebung gerade gegenwärtig im deutsch-französischen Wirtschaftsrat komplizierte Mittel ersonnen werden.

Wahrscheinlich wird die deutsche Politik auch mindestens einen guten legalistischen Grund für ihren Bahn-Post-Protektionismus haben: die französischen Staatsbetriebe kaufen ja auch fast keine deutschen Produkte; Gegenseitigkeit muß sein. Muß sie das aber wirklich?! Erstens – um nur das krassere Gegenbeispiel zu geben – kauft der westdeutsche Staat zum Beispiel in den USA seit über zwanzig Jahren weit mehr militärische Ausrüstung, als die westdeutsche Wirtschaft je an die USA geliefert hat. Reziprozität wurde proklamiert, aber nicht praktiziert. Und zweitens darf der Staat seine eigenen übergeordneten Gründe für ein nicht-reziprokes Vorgehen haben, von denen die Grundsatzabteilung des Wirtschaftsministeriums nicht immer wissen muß.

Wir arbeiten gerne zu Ihrem Vergnügen.



Suchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.
Informationen auch über Btx #50000 #

Um Ihnen während des Fluges den bestmöglichen Service bieten zu können, investiert Lufthansa kontinuierlich Zeit und Arbeit. Schließlich sind es bis zu 50.000 Einzelteile, die an Bord einer B 747 auf ihren Einsatz warten. Allein in diesem Jahr sind rund 150 Millionen DM für die Serviceaufwertung eingeplant. Deshalb können wir uns jetzt auf allen Langstrecken von einer völlig neuen Seite zeigen. Schon auf den modernen Menükarten läßt

sich einiges von unserem Anspruch ablesen, gerade im kulinarischen Bereich neue Wege zu gehen. So wurde nicht nur die Auswahl in der Business Class um ein drittes Menü erweitert, sondern die Qualität der Speisen insgesamt erhöht. Und in der Economy Class haben wir eine separate Vorspeise zur Selbstverständlichkeit gemacht. Natürlich denken wir über den guten Geschmack hinaus auch an Ihre Unterhaltung. Nach dem Essen können Sie unser

ausgesuchtes Filmprogramm mit vielen Neuheiten genießen. Ebenfalls Zuwachs bekommen die bereits zu 6 Zielgebieten vorhandenen Reisevideos. Auf den Monitoren des neuen Bordvideosystems verraten sie Ihnen Wichtiges und Interessantes über Ihr Reiseziel. Jede einzelne Verbesserung, und sei sie noch so klein, ist ein wichtiger Teil des Ganzen. Der Herausforderung nach Perfektion, der wir uns jeden Tag neu stellen. Zu Ihrem Vergnügen.



Lufthansa

Klaus von Schubert Gemeinsame Sicherheit – das neue Paradigma* Ein Beitrag aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland

Der nachfolgende Aufsatz von Klaus von Schubert ist eine der letzten Veröffentlichungen des Politologen und Sicherheitsexperten, der seit 1984 in der Nachfolge von Georg Picht Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg war und am 14. Juni 1989 im Alter von 48 Jahren gestorben ist. Er faßt in knappen Gedankengängen das Ergebnis umfangreicher Arbeiten zusammen, mit denen Klaus von Schubert internationale Beachtung in der Sicherheitsdiskussion gefunden hatte.

Die Alternative zur Abschreckung

Gemeinsame Sicherheit ist die Alternative zur Abschreckung. Gelingt es, die Abschreckung als leitende Denkfigur des Ost-West-Konfliktes durch gemeinsame Sicherheit zu ersetzen, so kann es gelingen, diesen Konflikt zu entmilitarisieren und in einen friedlichen Wettbewerb umzuwandeln.

Gemeinsame Sicherheit ist keine Strategie, sondern eine Denkfigur, die das zu lösende Problem anders definiert, als wir es gewohnt sind. In unserer Geschichte und in unserer politischen Gewohnheit beschreiben wir Sicherheit als ein Gut, das man gegen die Verletzung durch andere, durch Gegner, schützen muß. Alle Sicherheitspolitik war dementsprechend auf die Bewahrung der eigenen Integrität gegenüber den Herausforderungen oder Angriffen der Gegenseite gerichtet.

Mit der Denkfigur der Abschreckung gingen die Atomkräfte in der Ost-West-Konfrontation noch einen Schritt weiter. Sie schirmten sich nicht nur durch defensive gegeneinander ab, sondern sie verliehen dem eigenen Sicherheitsanspruch durch die Vernichtungsdrohung gegenüber einem möglichen Angreifer Ausdruck. In der Situation der gegenseitigen Abschreckung hält das gleichzeitige Drohen und Bedrohtsein den Prozeß des Gegeneinanderrüstens in Gang. Die Abschreckungsdrohung muß glaub-

würdig erscheinen, um wirken zu können. Sie muß technisch realisierbar sein, um glaubwürdig zu erscheinen. So versuchen die Teilnehmer des Systems von Abschreckung und Gegenabschreckung stets den technischen Fortschritt auch in Rüstungstechnik umzusetzen, um die Glaubwürdigkeit der Abschreckung aufrechtzuerhalten. Ja, die Dynamik der technischen Entwicklung wird sogar noch durch die Antizipation vorstellbarer Entwicklungen des Gegners angetrieben.

In den vier Jahrzehnten der nuklearen Abschreckung hat sich die ursprüngliche Hoffnung als Illusion erwiesen. Wegen des unvorstellbaren Schadens, den die Aussicht auf einen Krieg mit Massenvernichtungswaffen allseits auslöste, glaubte man, im Schatten dieser Drohung seien Kriege nicht mehr führbar, und die Kriegsdrohung wäre deshalb obsolet, Abschreckung werde im Laufe der Zeit ihren Anlaß verschwinden lassen und damit sich selbst aufheben. Heute wissen alle Beteiligten, daß die Denkfigur das Sicherheitsdilemma der Androhung des Schadens, der durch die Androhung vermieden werden soll, nicht aufzulösen vermochte, im Gegenteil: Die dem Abschreckungsprozeß innewohnende Rüstungsdynamik hat das Dilemma verschärft.

Das fortgesetzte Rüsten und Gegenrüsten, das Nach- und Nach-Nachrüsten hat allerdings nicht – wie viele befürchtet haben – zu einer puren Gewöhnung an das Undenkbare geführt. Der Zweifel an der Rationalität der Denkfigur blieb wach, und Rüstungsschritte wie der in eine neue Generation von Mittelstreckenraketen in den 70er und 80er Jahren haben das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Ost und West nicht gestärkt, sondern geschwächt. Es entstand allenthalben ein Bewußtsein von der enormen Gefährdung. Zunehmend wirkte die Abschreckungsdrohung nicht nur auf die Abzuschreckenden, sondern auch auf die Drohenden selbst. Zur Abschreckung und Gegenabschreckung kam die Selbstabschreckung hinzu.

In der Bundesrepublik fand nach der ersten Atomdebatte der 50er Jahre über die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägermitteln in den 70er Jahren eine zweite Atomdebatte statt über die Risiken der zivilen Nutzung der Atomkraft. In den 80er Jahren schließlich führten beide Diskussions-

* Klaus von Schubert, *Gemeinsame Sicherheit – das neue Paradigma*; aus: Dietrich Goldschmidt, *Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe*. (GTB Siebenstern 582.) Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh, 1. Auflage 1989.



Klaus von Schubert

Foto: Forschungsinstitut der Evangelischen Studiengemeinschaft

stränge zusammen zu einem Bewußtsein von dem enormen Gefährdungspotential, das nicht nur die Westdeutschen, sondern alle Europäer umgibt. Nicht nur die Kernkraftwerke, sondern zum Beispiel auch die vielfältigen chemischen Industrien, ja die gesamte sehr dichte Infrastruktur unserer industriellen Zivilisation sind so verletzlich, daß jede noch so begrenzte kriegerische Verwicklung in den europäischen Industrieländern in kürzester Zeit zum Zusammenbruch der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Energie, Nahrung und medizinischer Hilfe führen müßte. Der Unfall von Tschernobyl hat zudem alle europäischen Völker gelehrt, daß die Gefahren vor keiner Grenze, auch keiner Blockgrenze, haltmachen.

Wir leben im Ost-West-Konflikt, einem Konflikt zwischen den Industrieländern der nördlichen Hemisphäre, in der Situation gemeinsamer Gefähr-

dung. Von dieser Erkenntnis ist nur noch ein Schritt zur Denkfigur der gemeinsamen Sicherheit zu gehen.

Grundfragen der Sicherheitspolitik

Das Wort entstand meines Wissens in einem Seminar in der Universität der Bundeswehr München Mitte der 70er Jahre. Ich befand mich als Hochschullehrer mit Studenten, die zugleich junge Offiziere waren, in einem Gespräch über die Grundfragen der Sicherheitspolitik. Niemand bezweifelte, daß die Sicherheit der eigenen Gesellschaft und des eigenen Staates zunächst auf der Verankerung im eigenen Bündnis, auf dem Zusammenschluß mehrerer Staaten zum Zwecke der gemeinsamen Selbstverteidigung beruhe. Die Vorstellung aber, aus der Perspektive der Bundesrepublik sei auch die Ostpolitik mit den Verträgen von Moskau und Warschau, mit dem Berliner Abkommen und dem Grundlagenvertrag mit der DDR und nicht zuletzt die KSZE-Schlußakte Sicherheitspolitik, stieß auf Widerspruch. Kommunikation mit dem Konfliktgegner mochte sinnvoll sein, aber Sicherheitspolitik bezog sich doch auf die Auseinandersetzung mit ihm. Es war das Studium der enormen Verletzlichkeit aller Konfliktteilnehmer, das zum entscheidenden Argument der gemeinsamen Gefährdung führte. Dreht man die Medaille, auf deren einer Seite „gemeinsame Gefährdung“ steht, um, so zeigt sich auf der anderen Seite „gemeinsame Sicherheit“. Sicherheit können die Konfliktgegner im Ost-West-Konflikt nur gemeinsam bewahren, oder sie werden gemeinsam untergehen. Das gilt für die Amerikaner und die Russen ebenso wie für die Franzosen und die Polen, und es gilt ganz offensichtlich und unmittelbar für die Bewohner der beiden deutschen Staaten. Mit den beiden Seiten dieser Medaille ist noch kein Programm entworfen, sondern die Realität beschrieben. Um das Verstehen der Realität ging es in diesem Seminar, als das Wort von der „gemeinsamen Sicherheit“ entstand.

Alle Teilnehmer des Seminars waren daran gewöhnt, Sicherheit der Konfrontation von Konfliktgegnern zuzuordnen. Der allgemeinen Denktradition zufolge liegt die Lösung des Sicherheitsproblems darin, daß man Sicherheit voneinander gewinnt. Sicherheit miteinander zu suchen bedeutet eine Trennung von dieser Tradition, die schwerfällt, weil das alte Denken historisch tief verwurzelt ist. Das neue Denken besteht zunächst darin, das zu lö-

sende Problem anders zu definieren und damit die Lösung auf einer anderen Ebene als der der Konfrontation der Konfliktgegner zu suchen. Die genaue Betrachtung der Realität führt zu der Erkenntnis, daß die Gegner ihre Sicherheit nur gemeinsam wahren können. Dieses neue Denken verändert das Paradigma, das heißt das grundlegende Interpretationsmuster, des im Ost-West-Konflikt zu lösenden Problems. Es kann uns helfen, aus der Sackgasse des Wettrüstens herauszufinden. Wir können die existentielle Gefährdung des Drohens und des Bedrohens hinter uns lassen, wenn wir aus der Befangenheit des alten Denkens der gegeneinander gerichteten Sicherheitssysteme heraustreten. Dies kann per definitionem nur in einer gemeinsamen Anstrengung geschehen.[. . .]

Gemeinsame Sicherheit ist ein Begriff, in dem der Lösungsansatz des Problems enthalten ist. Er ist der Nukleus einer Strategie, aber noch keine ausformulierte Strategie, mit der wir die Abschreckungsstrategien hinter uns lassen können. Das neue Denken wird nicht nur aus einem Wort bestehen. Gemeinsame Sicherheit ist als Denkfigur nur der Kristallisationskern. Längst vor dieser Wortschöpfung tauchte in der Geistesgeschichte wiederholt der Gedanke der Friedensordnung auf, die mögliche Gegner umschließt. Von Kants Traktat zum ewigen Frieden über die Völkerbundsidee bis zur UN-Charta reicht der Versuch, die kriegerische Außenpolitik zwischen Staaten in die friedliche Innenpolitik einer Weltrepublik zu wenden. Die großen Kriege haben diese Versuche als zunächst erfolglos erscheinen lassen, keineswegs aber als falsch bewiesen.

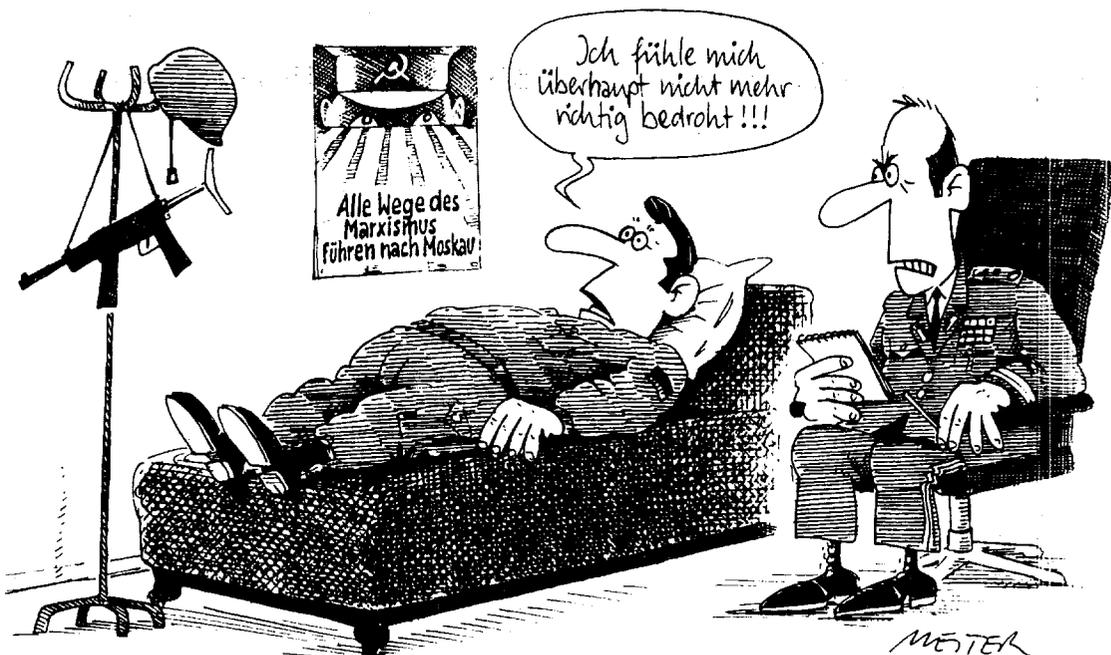
Diese Kriege haben die Überwindung der kriegerischen zwischenstaatlichen Politik nur um so dringlicher gemacht. Es hat nicht an Denkmern gefehlt, die dies schon während des Zweiten Weltkriegs geschrieben oder die danach in der Kritik an der Abschreckung zu einer die Gegner übergreifenden Sichtweise geraten haben. Die Entspannungsversuche im Ost-West-Konflikt, die Ostpolitik und der KSZE-Prozeß haben das Heraustreten aus der Befangenheit des konfrontativen Sicherheitsdenkens vorbereitet. Der Strom dieser Tradition hat sich schließlich in der gemeinsamen Sicherheit als Ansatz des neuen Denkens gebündelt. Einer der Architekten dieser Politik, Egon Bahr, griff Anfang der 80er Jahre das Wort von der gemeinsamen Sicherheit, das auch die von ihm mitkonzipierte Politik beschreibt, als Politiker auf. Die unter dem Vorsitz Olof Palmes tagende Ost-West-Kommission nahm es 1982 als Leitbegriff in ihren Bericht auf, dessen

englische Version unter dem Titel „Common Security“ erschien (Der Palme-Bericht. Bericht der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit: „Common Security“. Aus dem Englischen von E. Bohne und H. Boysen, Berlin 1982; Vorwort zur deutschen Ausgabe von Egon Bahr). Von da aus wurde die Denkfigur trotz der zur gleichen Zeit zu beobachtenden neuerlichen Konfrontation zwischen den Großmächten mit erstaunlicher Geschwindigkeit zu einer Leitvorstellung für die Metamorphose des Ost-West-Konflikts.

Das Ziel gegenwärtiger sowjetischer Politik: Gemeinsame Sicherheit

Jahrelang hatten Wissenschaftler in westlichen Instituten an Modellen einseitiger Schritte gearbeitet, um den Prozeß der Abrüstung in Gang zu bringen, da ein offener Dialog mit der Sowjetunion weit entfernt schien. Heute wissen wir, daß die Kollegen in sowjetischen Instituten nicht untätig waren. Denkmuster wie das der gemeinsamen Sicherheit waren dort längst aufgenommen und verarbeitet, als mit dem Amtsantritt Gorbatschows offenkundig wurde, was man im Westen kaum für möglich gehalten hatte. Die neue Führung der sowjetischen Politik hatte sich den Ansatz der gemeinsamen Sicherheit zu eigen gemacht. Der neue Generalsekretär der KPdSU entwickelte schon im ersten Jahr seiner Amtszeit ein Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzept auf dieser Basis. Die Warschauer Vertragsorganisation bot der NATO Gespräche über die gemeinsamen Probleme der Sicherheit an. Gorbatschow nahm Präsident Reagan mit dessen Angebot einer Null-Lösung bei Mittelstreckensystemen beim Wort und machte so den Weg frei für den INF-Vertrag im Dezember 1987. Ein Jahr später kündigte der sowjetische Generalsekretär in einer Rede vor den Vereinten Nationen sogar seinerseits einseitige Rüstungsverminderungen nennenswerten Umfangs an, um durch Abbau dessen, was man nun auch in der Sowjetunion „Überrüstung“ nannte, den Weg zu weiterreichenden Abrüstungsvereinbarungen mit dem Westen zu öffnen (Rede am 7. 12. 1988, in: Sowjetunion heute, 34. Jg., 1/1989, Beilage).

Das westliche Bündnis reagierte auf die unerwarteten Initiativen zunächst eher verblüfft. Zu Beginn des Jahres 1989 war die NATO noch damit beschäftigt, eine angemessene Antwort in Form eines westlichen „Gesamtkonzepts“ zu formulieren. Bundesaußenminister Genscher, der sich frühzeitig den Denk-



ansatz der gemeinsamen Sicherheit zu eigen gemacht hatte, mahnte indessen, die Gunst der Stunde nicht zu verpassen. Noch hat sich der Westen nicht dazu durchgerungen, Gorbatschow so beim Wort zu nehmen, wie es dieser mit Reagan getan hat.

Allerdings zeigt das von allen KSZE-Staaten gemeinsam im Januar 1989 verabschiedete Verhandlungsmandat für Gespräche über Abrüstung und Vertrauensbildung im Bereich konventioneller Waffen, dessen Geltungsbereich vom Atlantik bis zum Ural reichen soll, bereits eine Richtung an, in der das Denken und Handeln sich auf der Basis gemeinsamer Sicherheit entwickeln kann. [. . .]

Der Bauplan gemeinsamer Sicherheit als Grundlage für einen Umbau in Europa

Was vor uns steht, ist die Umsetzung des neuen Denkens in neues Handeln – ein Umbau in Europa nach dem Bauplan der gemeinsamen Sicherheit. Dieser Umbau muß zu tiefgreifenden Veränderungen der Militärstruktur führen, um die Invasionsängste zu beseitigen. Der Umbau muß blockübergreifende Institutionen zur gemeinsamen Krisenbewältigung hervorbringen, denn die größte Kriegsge-

fahr lauert hinter einer Krisensituation, die der politischen Beherrschung entgleitet. Die Militärdoktrinen und Strategien müssen Gegenstand des Umbaus sein, um die widersinnige Instrumentierung defensiver Absichten mit offensiven Mitteln zu beenden. Der Umbau muß auch zur Abrüstung, das heißt zu einer deutlichen Verminderung der Rüstungsquantitäten, im Ost-West-Konflikt führen. Nur so kann die Befürchtung, es könnte morgen der Dritte Weltkrieg ausbrechen, ihren Grund verlieren. Schließlich kann der Umbau vor dem politischen und ideologischen Überbau des Konfliktes nicht haltmachen, denn der Ausschließlichkeitsanspruch universalistischer Weltbilder verträgt sich nicht mit der gemeinsamen Sicherheit. Die Teilnehmer des Konfliktes werden sich in einer pluralistischen Weltstruktur einrichten und den Wettbewerb verschiedener politischer Ordnungsmodelle ertragen müssen. So kann der Umbau in Europa zu einem gemeinsamen Sicherheitsregime führen, ohne daß der Ost-West-Konflikt zuvor entschieden oder gelöst sein müßte. Im Gegenteil: Die gemeinsame Bewältigung des Sicherheitsproblems macht den Weg frei für einen friedlichen Wettbewerb, der nicht den Schaden des anderen zum Ziel hat, sondern die gemeinsame Mehrung des Nutzens. [. . .]

Gemeinsame Sicherheit ist nicht durchsetzbar gegen ein Gefühl der Wehrlosigkeit und des Ausgeliefertseins. Zu stark ist das Sicherheitsbedürfnis der meisten Bürger gegen äußere Gefahr. Wir kennen aus der inneramerikanischen Debatte über die Rüstungskontrollpolitik der 70er Jahre die Wirksamkeit des Bildes vom „Fenster der Verwundbarkeit“, das geöffnet werde, wenn man anfängt, die eigene Sicherheit mit den Augen des Gegners zu sehen. Der Umbau der Militärstrukturen und der Abbau der Potentiale in einem System gemeinsamer Sicherheit soll die Fähigkeit zur Offensive beschränken, die Fähigkeit zur Verteidigung aber zugestehen. Gemeinsame Sicherheit soll nicht das Gefühl der Unsicherheit erzeugen, sondern die Gefahren der bisherigen Sicherheitspolitik vermindern.

Damit dürfte die zunächst schwierige Aufgabe des Umbaus vor den Militärplanern liegen – der Strukturwandel zur nichtangriffsfähigen Verteidigung. Diese Aufgabenstellung scheint nicht sehr weit von der Quadratur des Kreises entfernt zu liegen, aber einfacher ist das Grundproblem des Sicherheitsdilemmas nicht zu lösen. Wer den Gegner mit offensiven Möglichkeiten bedroht, wird ihn zum Aufbau eigener Offensivkapazitäten veranlassen. So erzeugen Drohpotentiale das zu lösende Problem immer aufs neue. Die Sicherheitsvorkehrungen bringen neue Sicherheitsbedrohungen hervor. Das trifft auf die Mittel der nuklearen Abschreckung ebenso zu wie auf Panzerarmeen. Wer sich für den Fall äußerer Gefahr auf die Flucht nach vorne vorbereitet, wird sich durch ebendiese Gefahr bedroht sehen.

Ein System der zur Offensive ungeeigneten Verteidigung kann jede Seite weitgehend selbständig etablieren, ohne sich Blößen zu geben. Doch der Umbau fällt beiden Seiten leichter, wenn die Verteidigungsstrukturen spiegelbildlich und gleichzeitig entstehen. Die Baumeister der gemeinsamen Sicherheit denken multilateral und nicht unilateral. Sie versetzen sich in die Lage des Gegenübers; sie nutzen

der eigenen Sicherheit am meisten, wenn sie die Sicherheitsbedürfnisse der Gegenseite verstehen und in den eigenen Plänen berücksichtigen.

Der Umbau der Militärstrukturen ist nicht mit einem Baustein allein zu bewältigen. Wer etwa die Strategie verändert, ohne die Entwicklung der Rüstungstechnik zu beachten, kann wieder auf den Ausgangspunkt zurückfallen. Wer in Verhandlungen nur die Zahlen der Waffen begrenzt, aber zum Beispiel die Orte der Stationierung vernachlässigt, kann sich um den Erfolg der Vertrauensbildung bringen. So muß der Umbau aus verschiedenen Steinen gefügt werden, die sich gegenseitig stützen. Es bedarf eines integrierten Konzeptes aus Elementen der Militärstrategie, der Rüstungstechnik, der Streitkräfte und Stationierungsstruktur und der Rüstungskontrolle, die, untereinander widerspruchsfrei angeordnet, zu einem Netz der Vertrauensbildung geknüpft werden.

Die Partner dieses Verhandlungskonzeptes gestehen sich gegenseitig die Fähigkeit zur Verteidigung zu, und sie verzichten gemeinsam auf die Fähigkeit zur Invasion. Wenn der Vernichtungsschlag aus heiterem Himmel, wenn der Durchbruch in 48 Stunden ausgeschlossen ist, weil die Art, die Menge und die Anordnung der militärischen Mittel das nicht mehr zulassen, dann bleibt in künftigen Krisensituationen der Raum offen für die politische Krisenbewältigung, dann ist der Weg frei für die Abrüstung und Entmilitarisierung des Ost-West-Konflikts. Ist Europa vom Atlantik bis zum Ural in eine Region gemeinsamer Sicherheit umgebaut, können die Teilnehmer dieses gigantischen und anachronistischen Konflikts endlich ihre geistigen und materiellen Ressourcen zur Lösung der anderen großen Probleme, der ökologischen und ökonomischen, umwidmen. Auch auf diesem Felde wächst das Bewußtsein von gemeinsamen Gefahren, die gemeinsames Handeln nahelegen.



„Ein Mensch, der liegt in seinem Bett
und hat es warm, gemütlich, nett.
Doch draußen tobt ein Sturm ums Haus.
Er denkt ans Dach – hält es das aus?
Und zieht die Decke bis zum Kinn,
wie gut, daß ich versichert bin.“

Ob Lebens-, Sach-, Rechtsschutzversicherungen
oder Reise-Krankenversicherung,
sprechen Sie mit einem der 35.000 Volksfürsorge-Mitarbeiter.

Keine Sorge –
 **Volksfürsorge**
Versicherungen

Walter Dirks Eine reichlich offene Frage Zu Problemen eines gemeinsamen Hauses

Unser „gemeinsames europäisches Haus“: dürfen wir hoffen, daß es richtig konstruiert und solide gebaut werden wird? Werden unsere „Linken“, welcher Art und welcher Partei auch immer, sich rechtzeitig, das heißt lange vor dem Richtfest, darüber im klaren sein? Ist in dem geplanten Haus genügend Platz für sie vorgesehen? Die Sache sieht nicht sehr gut aus. Andere Leute, die uns als reichlich machtwillig und sehr geschäftstüchtig bekannt sind, sind lange vor uns zur Stelle, um die besten Zimmer zu beanspruchen. Im Ernst: Es genügt wahrhaftig nicht, den „sozialen Besitzstand“ einzuklagen. Viel mehr steht auf dem Spiel – nicht zuletzt auch Macht, eine Macht, die nicht nur zur intensiven Arbeit, sondern auch zum demokratisch legitimierten, aber harten und zähen Kampf befähigt. Die linke, humane Kraft hat gegen sehr starke andere Kräfte anzugehen, die ein nach unserer Überzeugung falsches Europa durchzusetzen bereit sind; anzukämpfen gegen die Macht internationaler Kartelle, gegen den strategisch-industriellen Komplex, gegen eine wuchernde Bürokratie, gegen die drohende Hegemonie der drei Großen, der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens. (Schon sprechen Manager der Unternehmen, die durch ihre Fusion ein Monopol geschaffen haben, das die Industrie der Bundesrepublik doch auf dem europäischen Markt „wettbewerbsfähig“ machen soll, von der nächsten Stufe: von der „Kooperation“ der nationalen Monopole.) Zu verhindern haben solches Unheil trotz der Verschiedenheit ihrer Strukturen die linken Parteien, die Gewerkschaften, die Medien, die Kirchen. Denn eine Voraussetzung des Erfolgs dieser Arbeit ist die Bildung eines kollektiven Bewußtseins . . .

Sind wir auf alles, was da auf uns zukommen kann, vorbereitet, gerüstet? Offenbar nicht oder doch nicht genügend. Daß schon unsere Phantasie nicht ausreicht, dafür ein einzelnes Beispiel! Machen wir uns Gedanken darüber, was eigentlich im Falle des Falles beispielsweise in Sibirien geschehen soll? Als Gorbatschow vom „gemeinsamen europäischen Haus“ sprach, waren wir nicht nur ein bißchen er-

staunt, sondern vor allem auch kräftig erfreut. Aha, haben wir gesagt, natürlich: Moskau und Kiew, Reval und Riga sind alte europäische Städte, nicht anders als Warschau, Prag, Budapest, Bukarest, Belgrad. Und hat nicht schon de Gaulle proklamiert, Europa, sein „Europa der Vaterländer“, reiche „vom Atlantik bis zum Ural“? So haben wir es ja auch in der Schule gelernt: Der Ural ist die Grenze zwischen Europa und Asien.

Kann diese Rechnung aufgehen? Darüber sollten wir uns rechtzeitig verständigen, wir Deutschen und die Westeuropäer, nicht zuletzt aber die Russen. Nicht einmal über die Grenzen des größeren Europa ist man sich im klaren, und schlimmer: wir merken es nicht. Gehen wir ein wenig in die Details!

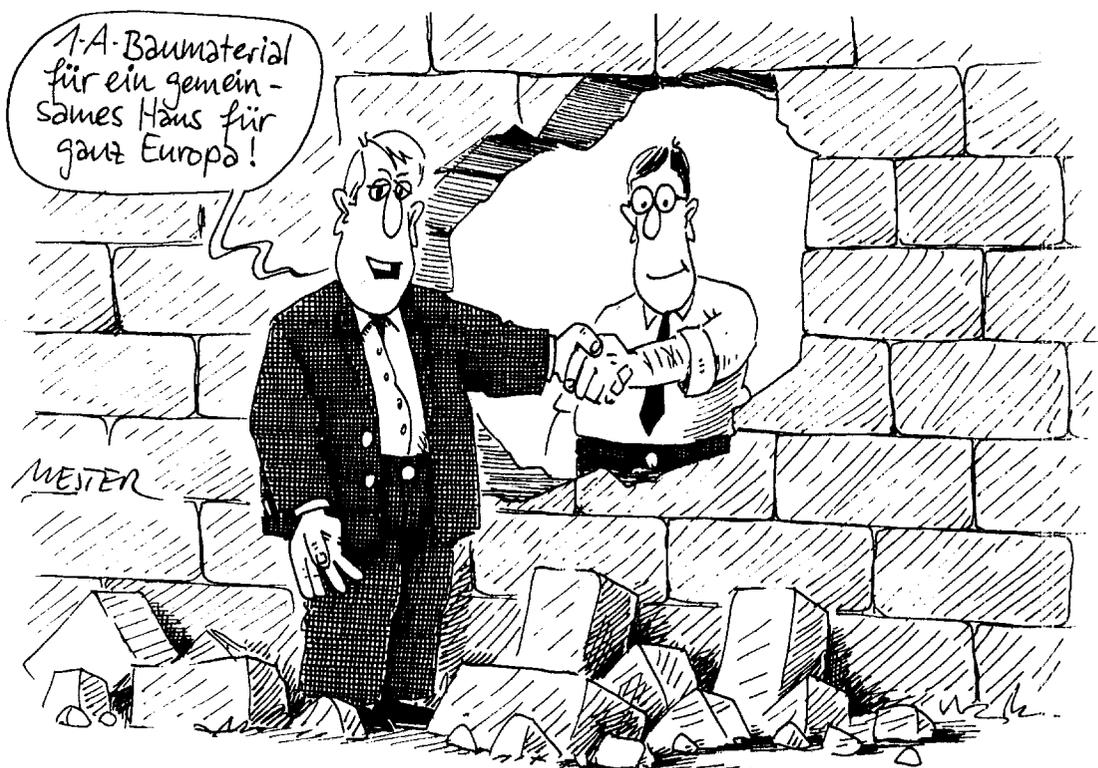
Viele verstehen das angestrebte Europa vor allem als den Ort eines gemeinsamen Weges, des altvertrauten „Dritten Weges“. So auch das im übrigen sehr verdienstvolle Gutachten, das der „Bensberger Kreis“ unter dem Titel „Europäische Konföderation“ veröffentlicht hat. Da gibt es die von der USA repräsentierte westliche Weltmacht, auf der anderen Seite die Sowjetmacht, gegen die man sich friedlich mitteleuropäisch abgrenzen will. Der Geograph könnte die Region Mitteleuropa sehr einfach als den mittleren Teil des Kontinents nicht nur zwischen West und Ost, sondern auch zwischen Nord und Süd bestimmen. Aber man hat „Mitteleuropa“ auch schon anders definiert. Wenn ältere Zeitgenossen diesem Wort begegnen, erblicken da manche von ihnen ein Gespenst, das sie in der Weimarer Periode reichlich beunruhigt hat: „Mitteleuropa“ war damals – man hatte gerade die „Geopolitik“ erfunden – der „Raum“, der die Staaten im Südosten sowie das Deutsche Reich umfaßte, natürlich unter dessen Führung oder gar Herrschaft. Sollte ein gut informierter Historiker dem Herrn des Kreml das bereits 1915 erschienene Werk von Friedrich Naumann „Mitteleuropa“ zu lesen gegeben haben, dann wird er darüber Bescheid wissen, welche Spielart des deutschen Imperialismus ihm ins eigene Haus steht. Vor allem aber: Wie sieht die Sache von Moskau aus gesehen aus? Läßt Gorbatschows Interesse darauf schließen, daß er das Haus selbst mitbauen und mitbewohnen will? Ist es aber so, dann ergeben sich Perspektiven, die wir nur als abenteuerlich empfinden können. Sonderbar, daß wir das nicht bemerkt haben!

Soll Europa bis Wladiwostok reichen? Das Baltikum wird kaum ein Problem bleiben, aber was wird aus den acht asiatischen Sowjetrepubliken? Werden dann die Nationalitäten-Konflikte unsere Sache und

unsere Sorge sein, in Aserbeidschan, Kasachstan und anderswo? Werden wir an den Stillen Ozean, an China und an Indien angrenzen? Sollen wir im Ernst Mittelasien „übernehmen“? Soll Europa, soll ein „Eurasien“ eine der beiden Weltmächte schlucken? Das sowjetrussische Militärpotential eingeschlossen? Natürlich nicht!

Willy Brandt hat in seinem letzten *SPIEGEL*-Interview angedeutet, daß ihn das Grundproblem beschäftigt. Vor allem aber von dem klugen Gorbatschow darf man annehmen, daß er es jedesmal, wenn er vom „gemeinsamen europäischen Haus“ spricht, im Hinterkopf hat. Vielleicht ist er sich selber noch nicht sicher über das, was auf ihn zukommt – falls er in der Stunde der Entscheidung noch leben und im Amt sein wird. Offenbar hütet er sich, zu früh davon zu sprechen; aber an einem vielleicht relativ nahen oder auch recht fernen Tag wird er oder wird sein Nachfolger (oder wer auch immer dann in Moskau regieren wird) sich der Frage nach der politischen und geschichtlichen Zukunft der gesamten Sowjetunion stellen müssen.

Nun ist der asiatische Osten der heutigen Sowjetunion einmal eine riesige Kolonie der Zaren gewesen, und dieser halbe Kontinent ist auch im kommunistischen Zeitalter eine Kolonie geblieben. Das gilt allerdings nicht ohne Einschränkungen. Besonders in Sibirien sind die Russen, unter denen hier der Einfachheit halber immer die Weißrussen und die Ukrainer mitgemeint sein sollen, nicht nur als Herren präsent geworden, sondern auch als Mitgenossen. Gewiß, die „Nomenklatura“ hatte und hat die Macht, und sie macht davon Gebrauch; aber das ganze Unternehmen ist auf Integration angelegt, anders als es in den von Westeuropa gegründeten, frühen amerikanischen und in den späteren afrikanischen Kolonien der Fall gewesen ist. Der asiatische Teil der Sowjetunion ist nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als gesellschaftliche Realität in die Union integriert, ein gewichtiges „Hinterland“ und mehr als das. Schließlich trennt der Ural, ein langes, aber schmales und niedriges Mittelgebirge, die Völker nicht so, wie das Mittelmeer Afrika, der Atlantische Ozean Amerika von Europa trennt.



Die elementare Frage: Wird, kann Gorbatschow – oder sein Nachfolger – die Sowjetunion offenem Auges spalten wollen? Kann die Sowjetunion daran denken, sich selber so zu schwächen? Kann sie es verantworten, die Sowjetrepubliken an der Südgrenze in die Freiheit zu entlassen und dadurch in Kauf zu nehmen, daß die asiatischen Angrenzer dieser Republiken ihre eigenen Interessen ins Spiel bringen? Und: Was wird aus Sibirien? Es handelt sich da um den am stärksten russifizierten Teil des Kontinents. Können die Russen diese Region sich selbst überlassen? Sie ist offenbar weit amorph, weit weniger strukturiert, als es beispielsweise die drei baltischen Staaten und die Sowjetrepubliken des Südens sind.

Gäbe es eine andere Lösung? Vielleicht diese: Gorbatschow, oder wer immer die entscheidende Instanz sein würde, müßte zwei politische Funktionen scharf voneinander trennen; dieselbe Instanz wäre – und zwar als herrschende Macht – zuständig und verantwortlich für den asiatischen Teil der Union, andererseits als Mitgliedstaat des europäischen Staatenbundes für das europäische Rußland. Gorbatschow wäre dann der Chef im asiatischen Haus und zugleich Miteigentümer des gemeinsamen europäischen. Das wäre doch wohl grotesk und kaum praktikabel. Werden wir mit einem Mon-

strum zu tun haben wollen, dessen rechtes Bein mit uns der Zukunft entgegen, dessen linkes aber in eine andere Richtung geht?

Oder doch nicht? Natürlich könnten vielleicht die kundigen Staatsrechtler, die zwischen dem Atlantik und dem Ural (oder dem Stillen Ozean) forschen und dozieren, sich noch speziellere staatsrechtliche Strukturen ausdenken, die dazu bestimmt wären, die Wirkungen jener Schizophrenie abzuschwächen. Aber dann würden unsere Historiker wohl darauf hinweisen, daß die Europäer mit einem ähnlich komplizierten Gebilde nicht sehr gut gefahren sind: mit dem ehrwürdigen, aber recht unpraktikablen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation.

So geht es also wohl auch nicht; so darf und wird es nicht gehen.

Wie es in Wirklichkeit gehen könnte, weiß ich nicht. Mich wundert's nur, daß unsere Politiker und Publizisten, daß unsere Medien offenbar das Problem überhaupt nicht sehen wollen. Unser „gemeinsames Haus“ wird von fast allen europäischen Staaten und hierzulande von allen Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Repts, eindeutig gewollt und angestrebt. Wir sollten uns mehr Klarheit über seine und unsere Zukunft verschaffen.

Oder ist am Ende dieser Wille zum einigen Europa gar nicht so eindeutig?

Karl Schlögel Mitteleuropa hört auf, eine Ideologie zu sein

Dr. phil. Karl Schlögel, geb. 1948, Historiker und Publizist, lebt und arbeitet in Westberlin; Veröffentlichungen: Moskau lesen, Berlin 1984; Der renitente Held – Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953–1983, Hamburg 1984; Die Mitte liegt ostwärts – Die Deutschen, Mitteleuropa und der verlorene Osten, Berlin 1986; Jenseits des Großen Oktober – Petersburg 1909–1921. Das Laboratorium der Moderne, Berlin 1988.

Obwohl ich die Form der Thesen*) nicht liebe, weil sie der Bewegung der Realität, die analysiert werden soll, äußerlich ist, möchte ich einige Bemerkungen machen.

1. Die Zukunft ist nichts anderes als das, was jetzt wächst. Alles andere ist Konstruktion, Vision, Traum. Konstruktionen sind oft interessant, aber künstlich, manchmal sogar gewaltsam. Visionen sind oft die Kompensation für genaues Hinschauen. Träume werden oft von der Wirklichkeit überholt. Die Wirklichkeit ist immer interessanter und zuverlässiger als der Traum, besonders dann, wenn sich die Realität rascher entwickelt, als man sich das hat „träumen“ lassen. Die Analyse der realen Kräfte wäre das Optimum.

2. Zentraleuropa oder „Mitteleuropa“ wird als Ideologie oder Programm hinfällig in dem Maße, wie es wirklich wird. Zentraleuropa ist eine neben anderen Regionen in einem Europa in Bewegung (es gibt das nördliche um die Baltische See, das östliche mit

*) Thesen, vorgetragen auf dem von ZNAK organisierten Symposium zur Zukunft Mitteleuropas, das vom 21. bis 25. Juni 1989 in Krakau stattfand.



Mit DDR-Flüchtlingen besetzter ungarischer Reisebus am Grenzübergang Passau-Suben

dpa/Mächler

Rußland als Kern, das westliche mit der Europäischen Gemeinschaft, das mediterrane). Zentraleuropa ist die von der Teilung am meisten betroffene und von der Aufhebung der Teilung am meisten profitierende Region. Man muß keine „Theorie von Mitteleuropa“ haben, um sich als Mitteleuropäer zu verstehen. Man ist schlechter Europäer, wenn man nur West- oder Osteuropäer ist. Es erübrigte sich überhaupt, in besonderer Weise von Mitteleuropa zu sprechen, wenn das zeitgenössische Bewußtsein gelassen europäisch und nicht bloß verkrampft westeuropäisch wäre. Das ändert sich jetzt. Europa wird, wenn es seine Spaltung überwunden hat, neue Grenzen vorfinden – vermutlich die zwischen einer reichen und pazifizierten europäischen und transatlantischen Welt und den hochexplosiven Regionen des Nahen und Mittleren Ostens, Afrikas und Lateinamerikas andererseits. „Kalkutta steht vor der Tür

Europas“. Das Verschwinden des Ost-West-Konflikts ist nur der Übergang zu anderen Konflikten.

Das „Ziel“ – um einen Terminus aus der unangemessenen Sprache der politischen Strategie zu benutzen – ist nicht die Schaffung eines aparten Mitteleuropas, sondern die Normalisierung in einer zentralen Region mitten in Europa. Europa, das seine Teilung überwindet, braucht ein dynamisches und stabiles Mitteleuropa.

3. Das heutige Zentraleuropa ist das Ergebnis eines dreißigjährigen Bürgerkriegs, in dem die zivilen den imperialen und hegemonialen Kräften unterlagen. Die zivilen Kräfte sind in diesem Ringen dezimiert, liquidiert, radikal geschwächt worden. Die Nachkriegsperiode ist über weite Strecken eine Geschichte der Neuakkumulation, der Neuaggregation der zivilen Kräfte. Die Zerstörung der zivilen

Kräfte in diesem Jahrhundert geht auf das Konto des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen Kommunismus. Europa hat sich von seiner Zerstörungskraft nicht erholt. Die Polarisierung im Nachkriegseuropa ist ohne die vom Nationalsozialismus vollzogene Liquidierung des zivilen Potentials nicht erklärbar. Europa ist jetzt dabei, sich zu erholen – nicht nur von der Teilung der Nachkriegszeit, sondern von der Liquidationspolitik des rassistischen Nationalismus. Man konnte Städte in 10 Jahren wieder aufbauen, aber beschädigte Zivilisationen brauchen Generationen, liquidierte Kulturen lassen sich vielleicht nie mehr restituieren.

4. Das Neue der letzten Jahre ist nicht das Ende des Kommunismus, sondern das Wachsen von Gesellschaften, die ohne den Kommunismus leben können. Es ist der Übergang von Staats- und Zivilgesellschaften, das Öffentlichwerden des Untergrunds, die Anerkennung des Schwarzen als des eigentlichen Marktes, der Übergang von geschlossenen zu offenen Gesellschaften. Unter der Decke der beschränkten Souveränität ist eine neue innere Souveränität herangewachsen. Die Grenzen werden geöffnet, weil davon die Existenz der Staatssicherheit nicht mehr abhängt. Die Krise, die jetzt überall zu sehen ist, ist nicht die Krise des Kommunismus – diese ist viel älteren Datums –, sondern der Kampf der Kräfte, die mit der Erbschaft des Kommunismus fertig werden müssen.

Im östlichen Europa ist der Prozeß der Neubildung und Konsolidierung der zivilen Kräfte behindert, gestört, immer wieder zurückgeworfen worden durch den Kommunismus: 1953, 1956, 1968, 1970, 1981. Sie sind jetzt dabei, sich durchzusetzen.

5. Zentraleuropa hat am meisten unter dem Nationalismus und unter dem Kommunismus gelitten. Es ist der Schauplatz einer doppelten Erfahrung und der Spaltung. Es könnte daher der Ort der Wiederherstellung eines europäischen Geschichtsraumes werden und nicht bloß eines halbeuropäischen Geschichtsbewußtseins. Das zivile Europa wurde von den Übermobilisationen im Zeichen des Nationalismus und Kommunismus überwältigt – es findet jetzt erst die Kraft, für beides eine begreifende Sprache zu finden.

6. Zentraleuropa ist in seiner gesamten psychischen, geistigen, kulturellen und politischen Ökonomie nach 1945 geprägt worden von der Polarisierung zwischen Amerika und Rußland. Die Kultur der

einen Seite läßt sich nur verstehen, wenn man die der anderen miterzählt. Das Theaterwesen, die Literatur, die Parteienlandschaften, das Zeitungswesen, die Intellektuellengemeinden etc. sind in den Sog der Polarisierung und Konfrontation hineingezogen worden. Wenn diese auf Polarität und Antagonismus beruhende Ökonomie aufhört zu funktionieren, wird alles anders: Das ist der eigentlich tiefere Sinn von „Entspannung“. Es ist eine „innere Entspannung“, und dann eine zwischen Staaten. Der inneren „Entgrenzung“ folgt die äußere. Die innere Politik vollbringt nie mehr als im vorpolitischen Raum sich akkumuliert hat, die äußere Politik sanktioniert nur nach außen, was selbstverständlich zu werden beginnt.

7. Die Rezentrierung Europas entlang der zivilisatorischen Grenzen statt der politischen, die Reorganisation Europas um die Problemherde seiner Zivilisation, nicht um seine politischen Hauptstädte. Die Herstellung von Netzwerken, die dem wirklichen Fluß von Menschen, Gütern und Ideen entsprechen, anstelle der administrativen Bündnisse und Verklammerungen.

Grenzverläufe ändern sich: der Eiserne Vorhang ist abgelöst durch ein System von Korridoren. Die einheitliche Schraffierung einer Geographie des Ostblocks stimmt längst nicht mehr. Er hat sich in freie und geschlossene Zonen aufgelöst. Es entstehen neue Grenzen: statt Mauern Einreisebeschränkungen, statt Stacheldraht Valuta. Es entstehen neue Problemherde: statt Waffenkonzentrationen Schadstoffkonzentrationen, statt der raschen Zerstörung im Kriegsfall die unausweichlich scheinende Zerstörung durch die Dynamik der industriellen Zivilisation. Die neuen Kristallisationspunkte des Kampfes um die Erhaltung unserer Welt sind: die Etablierung von Zentren des zivilen Lebens, Staudämme, Wälder, Atomkraftwerke, Städte, die unbewohnbar werden. Die Teilung, die heute durch Europa geht, ist die zwischen Menschen, die sich diesen Problemen zuwenden und jenen, die weitermachen wollen wie bisher. Es käme darauf an, die Umpolung der Polaritäten, die Auflösung der falschen Koalitionen, die Freisetzung der bisher gebundenen Kräfte zur Sprache zu bringen und sie zu fördern.

8. Wenn die Zukunft – seriös gesprochen – nicht eine Idee, sondern nur die Freisetzung dessen ist, was jetzt schon sich akkumuliert, dann muß man die Spur der Zukunft im Jetzt finden. Ich sehe sie im folgenden:

22B·214141

Reichsbanknote

Fünfhundert Milliarden

zahlt die Reichsbankhauptkassa in Berlin gegen
Banknote dem Einlieferer. Vom 1. Februar 1924
kann diese Banknote aufgerufen und unter Amt
gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingezogen we
Berlin, den 26. Oktober 1923

Reichsbankdirektorium

Handwritten signatures and names:
Hans J. G. ...
Hilmar ...
Wille ...



Der Banknoten nachmacht oder verfälscht,
oder nachgemachte oder verfälschte sich ver-
schafft und in Verkehr bringt, wird mit
Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft

EINE STABILE D-MARK BRINGT DIE SICHERSTE RENDITE

Hohe Zinsen allein bringen noch keine Rendite, wenn der Geldwert nicht stimmt. Ein stabiler Geldwert bedeutet Gewinn in Mark und Pfennig.

Deshalb können Sparer kein Interesse daran haben, daß die Zeit der höchsten Zinssätze wiederkehrt.

Damals entwertete die hohe Inflationsrate die Zinsen, das Einkommen und den Unternehmensgewinn.

Von Stabilität profitieren alle: private

Haushalte ebenso wie Industrie, mittelständische Betriebe und die öffentliche Hand.

Deshalb setzen sich die Sparkassen weiterhin nachdrücklich für eine am Geldwert orientierte Wirtschaftspolitik ein. Damit sich Sparen und die persönliche Vorsorge lohnen.

Die Sparkassen



- in einer neuen Migration von Ost nach West, aber auch von West nach Ost (als Tourismus, als kulturelle Bewegung, als Politourismus, als ökonomische Bewegung). Es wird zu einer Reeuropäisierung unserer städtischen Zentren kommen.
- neue Handelslinien. Die Schwarzmärkte in ganz Ostmitteleuropa sind der Vorläufer des Ausbaus neuer, wirklicher Handelswege, auf denen sich die Intelligenz des ökonomischen Kalküls Bahn schafft – jenseits der Planökonomie. Der Naturalientausch ist eine Karikatur, aber vielleicht auch der Beginn einer entwicklungsfähigen Kette.
- die Reeuropäisierung der Öffentlichkeit. Es gibt wieder europäische Zeitungen, nicht nur osteuropäische oder westeuropäische. Es gibt wieder Konferenzen, Symposien, Themen etc., die über die halbeuropäische Thematik und Horizontbildung hinaus sind.
- die Neuvernetzung Europas – intellektuell, ökonomisch, kulturell. Alles braucht Zeit und läßt sich nicht als „Maßnahme“ bewerkstelligen. Es ist die Erarbeitung einer neuen Sprache, eines neuen Stils, einer neuen Ästhetik. Etwas Neues läßt sich nur organisieren, wenn etwas Neues da ist, d. h. nachgewachsen ist. Die Konstruktion Europas ist an ein Ende gekommen, die Arbeit hat begonnen.

9. Die Aufgabe von Intellektuellen ist es, diesen Prozeß freizusetzen oder zumindest zu helfen, besonders da, wo sie es können. Das heißt in erster Linie zu beschreiben und evident zu machen, was unter unseren Augen abläuft. Das Leichte ist: sich ausdenken, was sein könnte. Das Schwierige ist: verstehen, was geschieht.

Es ginge um den Aufbau von Stützpunkten einer autonomen und daher block- und parteiunabhängigen Öffentlichkeit, die sich in das Denken und den Horizont der Nachkriegszeit nicht mehr fügt.

10. Der Horizont, der sich öffnet, wird keine Idylle sein, sondern spannungsreich, dramatisch, risikoreich – so sehr, daß irgendwann irgend jemand Beifall erhalten wird, wenn er an die „gute alte Nach-

kriegszeit“ erinnern wird. Das Programm der Normalisierung ist eines von „Schweiß, Blut und Tränen“, mit inneren Konflikten, Massenentlassungen, sozialer Unsicherheit, dem Zusammenbruch von Hierarchien und Werten, der Erzeugung von Vakuen etc. In den Außenbeziehungen wird die Normalisierung nicht anders als durch Wandel erreichbar sein. Die neue Stabilität kommt durch die Destabilisierung der obsolet und gefährlich gewordenen Scheinstabilität der späten Nachkriegszeit. Man muß auf die neuen Kräfte setzen und mit den alten Kräften rechnen. Politik zeigt jetzt erst, was sie kann, wo Europa in einen neuen Status quo übergeht.

Warum Europa Zentraleuropa braucht, ist ganz einfach: Es sind kleine Länder, die auf Nachbarschaft angewiesen sind; sie haben überschaubare Öffentlichkeiten, die die qualvolle und spannungsreiche Normalisierung auf kontrollierte und halbwegs zivile Weise bewerkstelligen können. Es sind Länder, die alle möglichen Wege einer Erholung bereits hinter sich gebracht haben: den Aufstand, die Revolution, den Massenstreik, den aktiven und passiven Widerstand, die weiche und die harte Linie der Opposition. Mitteleuropa verliert nicht gleich die Nerven. Es besitzt eine bemerkenswerte Selbstdisziplin, weil es den Preis kennt, der bezahlt werden muß, wenn etwas schiefeht. Es sind Länder, in denen sich am raschesten eine Erholung von den statistischen Auszehrungsprozessen erreichen läßt, weil die Standards des Wirtschaftens, der Kultur, die einmal bestanden – vor 1914 oder vor 1938 oder 1948 –, noch präsent sind. Die bürgerliche Entwicklung hat eine tiefe Spur hinterlassen, nicht nur schöne Cafés. Die Begegnung mit dem Westen ist illusionsloser, und die Begegnung mit dem Osten beruht auf mehr Erfahrung als anderswo.

Wenn Europa über seine große Endzeit vor der nationalsozialistischen Katastrophe und vor dem kommunistischen Alleingang hinauswill, kommt es um das mittlere Europa nicht herum: es finden sich dort alle Kräfte, die die zivile Transformation des beschädigten Kontinents tragen können.

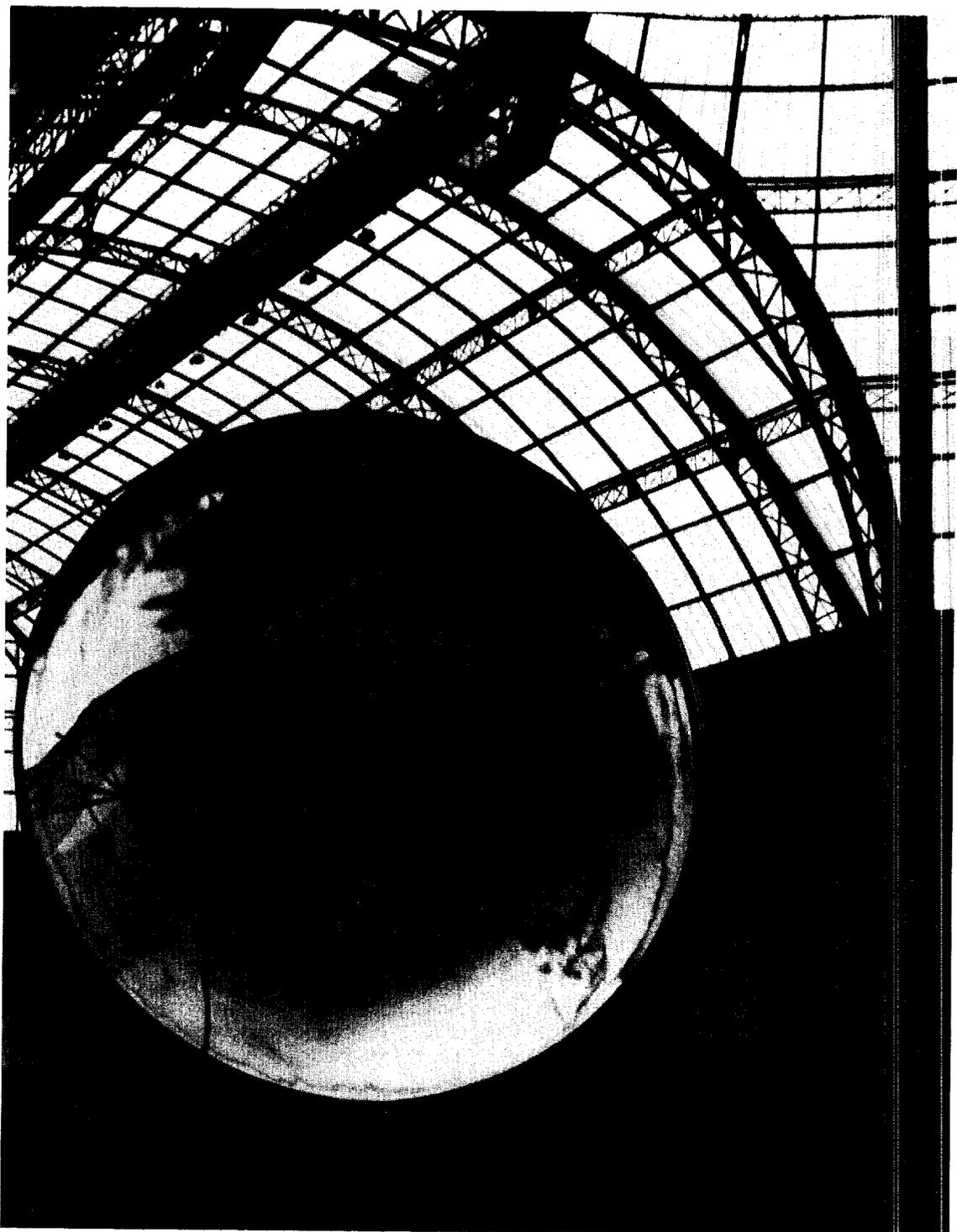


Foto: Mechthild Veil

Tilman Fichter Linke Zeitschriften und europäische Identität

Seit 1986 kommen einmal im Jahr Zeitschriftenmacher zusammen und diskutieren über Theorie, Politik, Kultur und Medien (vgl. Tilman Fichter, *Europäisches Netzwerk linker Zeitschriften*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Nr. 6, Juni 1989, Seite 533 ff.). So auch heuer: In der weiträumigen, zugleich verwinkelten Schule des italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL in Ariccia bei Rom trafen sich vom 22.–24. September 1989 erneut mehr als 70 *Redakteure, Journalisten und Autoren*, die 52 linke Publikationsorgane aus 13 europäischen Staaten (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Jugoslawien, Österreich, Polen, Spanien, Ungarn) vertraten. Die politischen Theorie- und Kulturzeitschriften bzw. alternativen Stadtillustrierten und linken Tageszeitungen gaben in Ariccia den Ton an. Unterrepräsentiert waren dagegen die periodischen Schriften der neuen Frauenbewegung und der Gewerkschaften.

Hier nur einige wenige der Tages-, Wochen-, Monats- und Vierteljahreszeitschriften, die in Ariccia vertreten waren: Die politphilosophischen Blätter *TEORIJA IN PRAKSA* aus Ljubljana, *VILÁGOSÁG* aus Budapest und *KRYTYKA* aus Warschau; die Gewerkschaftszeitschriften *GACETA SINDICAL* aus Madrid, *RASSEGNA* aus Rom und *CFDT-AUJOURD'HUI* aus Paris; die sozial-demokratischen Theorie-Zeitschriften *SOCIALISME EN DEMOCRATIE* aus Amsterdam, die *NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE* aus Bonn und die *ZUKUNFT* aus Wien; die unabhängigen marxistischen Hefte für politische Ökonomie und sozialistische Politik *PROKLA* aus Berlin – in Italien, wie Elmar Altvater in Ariccia ausdrücklich betonte, noch immer als „Probleme des Klassenkampfes“ bekannt – und last but not least: die altehrwürdige Zeitschriftentante der Neuen Linken aus London mit dem noch immer programmatischen Titel *NEW LEFT REVIEW*. Abgerundet wurde dieser Kreis noch durch Jutta Roitsch (*FRANKFURTER RUNDSCHAU*), Georgia Tornow (*TAZ*), Rossana Rossanda (*IL MANIFESTO*) und Maria Vittoria de Marchi (*RINASCITA*).

Eröffnet wurde der Veranstaltungsreigen am Freitagsvormittag mit einem politischen Länderbericht

über Italien. Zunächst referierten Claudio Petruccioli (Sekretariat der KPI) und Giuseppe Tamburano (SPI-nahe Nenni-Stiftung) über die parlamentarische Blockade in der italienischen Gesellschaft. Denn seit Beginn des Kalten Krieges regiert die Christdemokratische Partei (DC) – mal in einer Alleinregierung, dann wieder in einer Mitte-Rechts-Regierungskoalition oder sogar mit Zustimmung der Kommunistischen Partei – ununterbrochen in Rom. Über diese Konstellation klagten dann auch fast alle Referenten und forderten eine „andere Republik“. Nur wie? Auch Franco Bassanini (Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen Linken in der italienischen Kammer), Gianni Mattioli (Vorsitzender der GRÜNEN in der italienischen Kammer) und Domenico Jervlione (*Democrazia Proletaria*) beschrieben wortreich die Dauerkrise des italienischen Regierungssystems. Nur der ehemalige Generalsekretär des Einheitsverbandes der Metallarbeiter in Italien (FLM) und jetzige Bundessekretär des italienischen Gewerkschaftsverbandes (CGIL), Bruno Trentin, versuchte, die ökonomische und politische Situation der italienischen Industriegesellschaft zu analysieren. Zunächst wies er auf die hohe Verschuldung in Italien und die ständige Verringerung der Staatsausgaben hin. Für eine intelligente Sozial-, Struktur-, Arbeits-, Verkehrs-, Wissenschafts-, Schul- und Kulturpolitik stehe immer weniger Geld bereit. Diese soziale Stagnation könne nur durch eine Neuverteilung des Reichtums, durch mehr Chancengleichheit und eine grundsätzliche Modernisierung der italienischen Gesellschaft überwunden werden. Allerdings sähen die Möglichkeiten für eine erfolgreiche Politik der italienischen Gewerkschaften nicht allzugut aus. Denn durch die wachsende Schwarzarbeit verlören die Gewerkschaften ständig an Einfluß. Nicht zuletzt deshalb müßten die Gewerkschaften ihre Strukturen völlig verändern.

Am Freitagnachmittag fand eine Podiumsdiskussion über die Krise des Wohlfahrtsstaates und mögliche Gegenstrategien für eine demokratische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik auf europäischer Ebene statt. Über dieses Thema referierten u. a. Glyn Ford (Zweiter Fraktionsvorsitzender der Labour Party im Europäischen Parlament), Elio Giovannini (Präsident des Forschungszentrums IRES der CGIL), Jean Luis Moynet (Association Rencontre de Saint-Fons) und Christian Deubner (Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen). Zunächst analysierte Giovannini die ökonomischen Unterschiede zwischen den westeuropäischen Ländern, Moynet referierte anschließend über die „politischen Mittel“ und Op-

tionen der EG-Kommission in Brüssel. Danach sprach Ford über die sozialistischen Strategien und Durchsetzungschancen für mehr Arbeit, für besseren Umweltschutz und für größere soziale Gerechtigkeit im EG-Wirtschafts- und Sozialraum. Alle Redner forderten eine weitgehende Harmonisierung nationaler Rechtsvorschriften und dachten laut über gemeinsame soziale Mindeststandards nach. Anschließend wurde über die traditionelle politische und konfessionelle Spaltung der Gewerkschaften in Europa diskutiert. Man war sich darin einig, daß ohne eine *aktionsfähige* europäische Gewerkschaftsbewegung alle Konzepte für einen sozialen Umbau in Westeuropa scheitern würden. Denn die schönsten Parlamentsbeschlüsse in Straßburg können langfristig eine gewerkschaftliche Gegenmacht in Westeuropa nicht ersetzen.

Am Samstagvormittag stritten dann Luciana Castellina (Europaabgeordnete der KPI), Gérard Beloin (*COSMOPOLITIQUES*, Paris), Linda Reisch (Kulturforum der Sozialdemokratie in Bonn), Rossana Rossanda (*IL MANIFESTO*), Gabor Papp (Budapest), Robert Mrozewicz (Warschau) und Slavko Fras (Ljubljana) über die Frage, ob es in Europa, neben den unterschiedlichsten nationalen Identitäten, auch schon so etwas wie eine europäische Identität gibt? In der Diskussion wurde schon bald deutlich, daß die Gesprächspartner aus West- und Osteuropa wichtige Grundwerte (wie Selbstbestimmung, Souveränität und Freiheit) völlig unterschiedlich definierten. Während sich z. B. Mrozewicz für eine völlige Unabhängigkeit Polens und der baltischen Staaten von der UdSSR aussprach, plädierte Elmar Altvater für mehr Zurückhaltung in Warschau, Berlin, Riga, Tallinn (Reval) oder Kischinow (Chizinau). Auch der Hitler-Stalin-Pakt – so Altvater – rechtfertigte in Osteuropa heute keinen nationalen Befreiungskampf à la ETA gegen die Sowjetunion. Dieser Status-quo-Argumentation widersprachen von den Westeuropäern nur Paul Scheffer (Amsterdam) und Tilman Fichter (Berlin/Bonn). Sie wiesen auf die Ideale der Französischen Revolution hin und plädierten für einen raschen Ausbau *überstaatlicher Gremien* in Europa sowie für eine allgemeine Respektierung des nationalen Selbstbestimmungsrechts. Warum sollen eigentlich die Basken, Esten, Letten oder Deutschen im zukünftigen gesamteuropäischen Haus nicht eigene Zimmer bewohnen dürfen? Natürlich müßten bei einer solchen Entwicklung auch die historisch begründeten Sicherheitsinteressen der Russen, Polen oder Franzosen berücksichtigt werden. Die Diskussion zeigte, daß eine mo-

derne europäische Identität erst in Umrissen erkennbar ist. Voraussetzung für eine demokratische europäische Identität wären nicht nur ein allgemeines Selbstbestimmungsrecht, sondern auch Meinungsfreiheit, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand, ökologische Erneuerung und eine demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Macht.

In der Berichterstattung über diese Diskussion, skizzierte Jutta Roitsch in der *FRANKFURTER RUNDSCHAU* vom 4. Oktober 1989 die Emotionalität in der Linken über die Wiederkehr des Nationalen in der Politik: „Erstarrt saßen die alten Kämpfer für das ‚Vaterland der Vaterländer‘. Mühsam rangen sie sich eine Antwort ab. Schmal und zerbrechlich wirkte die fast legendäre Rossana Rossanda, die vor zwanzig Jahren von Paris bis Berlin zu den Symbolfiguren der Studentenbewegung gehörte. Viele Illusionen und Irrtümer hat sie schon eingestanden. Doch die Wiederkehr des Nationalen trifft sie in ihrem politischen Glaubenskern. ‚Nationalismus ist kein Wert für die Linke‘, sagte sie blaß vor Beherrschung. Der nationale Drang sei ein ‚Ersatz für Politik‘. Eine tiefe Kluft zu dem Polen öffnete sich. ‚Nicht alles, was national ist, ist rational‘, brachte Rossana Rossanda noch heraus. An eine Auflösung aller Nachkriegsstrukturen mochte auch Elmar Altvater nicht denken. ‚In den meisten Gesellschaften ist Nationalismus reaktionär‘, meinte er. Und er wandte ein: ‚Jeder hat ein Recht auf ein eigenes Land, was bedeutet das für andere Teile der Welt: für Nordirland, für die ehemaligen Kolonialländer in Afrika oder Lateinamerika, für die Schwarzen in den USA? Seine Antwort kam schnell und erregt: ‚Das bedeutet Krieg, permanenten Krieg‘. Tilman Fichter, neben Luciana Castellina einer der Initiatoren dieses Treffens, sah in solchen Sätzen nur intellektuelle Abwehr und ‚Spuren von Imperialismus im Denken‘. ‚Könnten wir nicht wenigstens mal darüber reden, ob ein Modell denkbar ist, das mehr nationale Rechte einräumt, aber weniger nationale Institutionen? Modelle für Europa-West und Europa-Ost? Zunächst war dies in Ariccia nicht möglich, obwohl die Erregung wich und die Nachdenklichkeit wuchs: Türkei oder Österreich, dies ist schon längst nicht mehr das Problem. Slavko Fras baute den Ratlosen und von düsteren Zweifeln Geplagten eine Brücke. ‚Es entsteht etwas, was offen ist.‘ Dies allerdings sei für Linke, die immer vorher alles wüßten, schwer zu akzeptieren.“

Zum Ausklang fand am Samstagnachmittag ein Diskurs über geopolitische Probleme statt. Herrmann Scheer (SPD-Bundestagsabgeordneter) sprach

über die politischen Wirkungen der Atomwaffen. Da die westeuropäischen NATO-Staaten diese nach wie vor bereitwillig akzeptierten, entmündigen sie sich fortwährend selbst. Denn die USA bänden mit ihren nuklearen Waffen die Staaten der NATO ebenso in eine Überlebensklammer ein, wie dies die UdSSR mit den Staaten des Warschauer Paktes tue, in denen sie noch immer Atomwaffenstandorte unterhalte. Gleichzeitig versuchten die beiden Supermächte, sich Zug um Zug aus diesen Überlebensgemeinschaften der Bündnisse herauszulösen. Am meisten betroffen seien übrigens die beiden deutschen Teilstaaten, die zu atomaren Wehrgräben der Supermächte geworden sind, womit ihr Schicksal auf Ge-
deih oder Verderb an das der beiden Großmächte gekoppelt sei. Paul Scheffer (*SOCIALISME EN DEMOCRATIE*) kritisierte zunächst die weitverbreitete Euphorie in Westeuropa über Gorbatschows Rhetorik über ein „Gemeinsames europäisches Haus“, da hier die Rolle transnationaler Staatenbünde im Gefüge der internationalen Beziehungen weit überschätzt werde. Darüber hinaus würden durch Gorbatschows Konzeption die qualitativen Unterschiede in der Entwicklung zwischen Ost- und Westeuropa verwischt. Der Aufnahmeantrag des neutralen Österreichs in die EG – stelle die Europäische Gemeinschaft vor die Frage, ob sie auch zukünftig eine kohärente Außenpolitik betreiben wolle. Denn Neutralität einerseits – so Scheffer – und die Schaffung eines westeuropäischen Pfeilers innerhalb der NATO andererseits schlossen sich gegenseitig aus. Der österreichische Botschafter bei der OECD in Paris, Georg Lennkh, trat dieser Gleichsetzung von EG und NATO entschieden entgegen. Westeuropa sei auch ein Teil von Gesamt Europa und dürfe deshalb Österreich, Ungarn und andere mitteleuropäische Staaten nicht länger ausgrenzen.

Quintessenz der Tagung: Das supranationale Europa ist das Projekt der europäischen Linken für die 90er Jahre. Und die Diskussion über dieses Projekt soll in Amsterdam fortgesetzt werden.

WILLY BRANDT

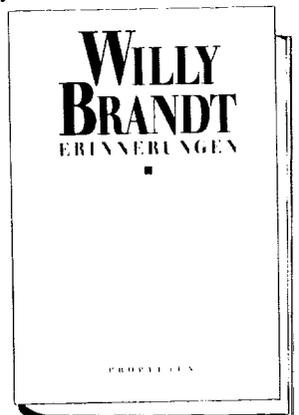
ERINNERT SICH

■ Willy Brandts Leben ist »ein deutsches Schicksal dieses Jahrhunderts. Ein Leben voller Risiken der Existenz, geprägt von gutem Gelingen, harten Rückschlägen und neuen Ufern.« (Richard von Weizsäcker) ■

Nun legt Willy Brandt seine lange erwarteten Erinnerungen vor: Manches, was bisher als unumstößlich richtig galt, wird neu bedacht werden müssen. Und vieles, was bislang nicht bekannt war, wird jetzt offenbar. Ein Staatsmann, der – wie nur wenige – das politische und geistige Klima in diesem Land geprägt hat, zieht Bilanz – analytisch, scharf in der Sache, offen, fair und sehr persönlich.

Willy Brandt
Erinnerungen
512 Seiten,
32 Tafelseiten,
Leinen, DM 48.-
Jetzt in Ihrer
Buchhandlung

Propyläen



Thema: Umbrüche in Ost- und Mitteleuropa

Heinrich-August Winkler Polnische Zeitenwende

Heinrich-August Winkler, Jahrgang 1938, ist o. Professor der Neueren und Neuesten Geschichte an der Universität Freiburg i. Br. Wichtigste Veröffentlichungen: Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat, Tübingen 1964; Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln 1972; Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen 1978; Liberalismus und Antiliberalismus, Göttingen 1979; Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 3 Bde., Berlin u. Bonn 1984–1987. Ende August 1989 begleitete er Johannes Rau bei seinem Besuch in Warschau.

„In Polen entscheidet sich das Schicksal Europas“: Das Gespräch, das Johannes Rau am Nachmittag des 30. August 1989 mit Senatoren und Abgeordneten des Bürgerkomitees Solidarność führt, neigt sich bereits dem Ende zu, als Bronislaw Gerek sein Plädoyer für westliche Hilfe in diesem einen Satz bündelt. Der Fraktionsvorsitzende des Bürgerkomitees im Sejm spricht als Politiker und Historiker, wenn er die aktuelle Situation seines Landes in eine große geschichtliche Perspektive rückt und als Herausforderung für den ganzen Kontinent wertet. Niemals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand für Europa so viel auf dem Spiel wie heute, da Polen sich anschickt, seine Gesellschaftsordnung von Grund auf zu verändern.

Fünfzig Jahre nachdem in Polen Hitlers Krieg begonnen hat, geht ebendort die Nachkriegszeit definitiv zu Ende. Sie war geprägt von einer weltlichen Variante des Prinzips des Augsburger Religionsfriedens von 1555: Cujus regio, ejus religio. Nach 1945 hieß das: Die Siegermächte konnten in ihrem Einflußbereich ihr politisches und gesellschaftliches Modell durchsetzen. Während in Westeuropa Sieger und Besiegte sich im Willen zur Demokratie trafen, gab es im östlichen Mitteleuropa keinen vergleichbaren Grundkonsens zwischen den Völkern und der siegreichen Großmacht. Soweit der Arm der Roten Armee reichte, wurde der Bevölkerung ein System aufgezwungen, das in allen wesentlichen Zügen dem der Sowjetunion entsprach.

Damit hat es seit 1989 ein Ende. Die Sowjetunion hat sich damit abgefunden, daß die ehemaligen „Sattellitenstaaten“ innenpolitisch ihre eigenen Wege gehen. Sofern sie die Bündnisverpflichtungen des Warschauer Pakts und die Mitgliedschaft im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe nicht in Frage stellen, können die westlichen Anrainerstaaten sehr viel mehr Marktwirtschaft und Demokratie wagen als Gorbatschows Sowjetunion selbst. Ungarn und Polen haben diese Chance genutzt, während die CSSR und die DDR es einstweilen vorziehen, hinter den sowjetischen Standards in Sachen Glasnost und Perestrojka weit zurückzubleiben.

In Ungarn vollzieht sich der Wandel ähnlich wie in der Sowjetunion in Gestalt einer Revolution von oben. Es sind vor allem Reformkräfte innerhalb des Parteiapparats, die den Bruch mit dem bisherigen System propagieren und exekutieren. Polen hingegen bietet das einzigartige Schauspiel einer friedlichen Revolution von unten. Ohne die Massenbewegung von Solidarność wäre der historische Kompromiß nicht zustande gekommen, in den die Parteiführung im Frühjahr 1989 schließlich einwilligen mußte. Es ist ein Experiment mit ungewissem Ausgang, aber mit größeren Erfolgchancen, als sie irgendeine der vielen polnischen Erhebungen seit 1945 gehabt hat.

Die erste Bedingung für das Gelingen des neuen Anlaufs in Richtung Demokratie ist die Haltung der Sowjetunion. Würde Moskau militärisch in Polen intervenieren, wäre dies das Ende von Perestrojka. Solange Gorbatschow im Kreml das Sagen hat, ist damit nicht zu rechnen – jedenfalls dann nicht, wenn Polen seinerseits die unsichtbare „rote Linie“ respektiert, die durch die Großmachtinteressen der Sowjetunion gezogen ist. Die Architekten der polnischen Erneuerung kennen diese Grenze. Wäre es anders, hätte es im Frühjahr 1989 keinen „runden Tisch“ gegeben.

Die zweite Bedingung ist die Lernfähigkeit von Teilen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Der Reformflügel der Kommunisten weiß, daß es in der Übergangphase der faktischen Großen Koalition um das Sein oder Nichtsein der Partei geht. Wenn die PVAP sich in einem pluralistischen System behaupten will, muß sie sich radikal ändern. Sie muß selbst mitwirken bei der Beseitigung der Nomenklatura – auch wenn das zur Spaltung der



Das erste Kabinett von Ministerpräsident Mazowiecki

Foto: dpa/interpress

Partei führen sollte. Die Regierung Mazowiecki ist ein Ausdruck der Tatsache, daß zur Zeit die kommunistische Partei nicht mehr und Solidarność noch nicht in der Lage ist, das Land allein zu regieren.

Scheitert der historische Kompromiß, dürfte zu nächst einmal die Stunde des Militärs schlagen. Schon heute ist die Armee etwas anderes als bloß ein Instrument in den Händen der bisher herrschenden Partei: Die Generäle sind mittlerweile ein eigenständiger Machtfaktor geworden. Als verselbständigte Exekutivgewalt könnte das Militär versucht sein, in der polnischen Innenpolitik eine ähnlich freischwebende Rolle zu übernehmen, wie sie Karl Marx in den 1850er Jahren der Armee im Frankreich Napoleons III. zugeschrieben hat. Ob die polnische Gesellschaft eine derartige neuerliche Entmündigung hinnehmen würde, ist mehr als zweifelhaft. Aber sicher ist, daß weder Solidarność noch der Reformflügel der PVAP sich von einer präsidial verbrämten Militärdiktatur etwas erhoffen können und darum

entschlossen sind, eine „bonapartistische“ Krisenlösung, selbst wenn sie unter Berufung auf den immer noch populären Marschall Pilsudski daherkäme, zu verhindern. In ebendiesem gemeinsamen Interesse liegt die Chance des historischen Kompromisses.

Die dritte Bedingung für den Erfolg des polnischen Experiments ist die schwierigste: der Umbau der Wirtschaft und die Sanierung der Staatsfinanzen. Eine starke Regierung müßte die Einsicht Macchiavellis beherzigen, daß ein kluger Regent notwendige Grausamkeiten zu Beginn seiner Herrschaft begeht. Eine Währungsreform – die Vorbedingung eines frei konvertiblen Zloty – wäre solch eine notwendige Grausamkeit. Sie könnte als Befreiungsschlag wirken und würde neuen westlichen Investitionen den Boden bereiten, auf die Polen so dringend angewiesen ist. Eine Regierung der Großen Koalition wäre theoretisch zu einem derart harten Schritt durchaus in der Lage, ja dafür geradezu prädestiniert. Aber einstweilen lehnen Präsident Jaruzelski und die

PVAP eine Währungsreform strikt ab, und auch namhafte Sprecher des Bürgerkomitees wie der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Sejm, Ryszard Bugaj, stehen entsprechenden Plänen, wie sie vor allem der renommierte Harvard-Ökonom Jeffrey Sachs befürwortet, skeptisch gegenüber. In beiden Lagern ist es die Angst vor sozialen Explosionen, die die Akteure vor einer Radikalkur zurücksehnen läßt.

Unter diesen Umständen ist es eher unwahrscheinlich, daß sich das Kabinett Mazowiecki schon bald zu einer Währungsreform entschließt. Wenn sich diese Vermutung bestätigt, werden Umfang und Wirkung westlicher Wirtschaftshilfe wohl hinter dem zurückbleiben, was Polen erwartet und benötigt. Die monetäre Zäsur wird also früher oder später doch kommen müssen, und die Zeit drängt. Wenn sich nicht binnen weniger Monate – Optimisten in Polen sagen: binnen eines Jahres nach dem teilweisen Machtwechsel – eine deutliche Besserung der materiellen Lage einstellt, wird Solidarność den Vertrauensvorschuß einbüßen, den die unabhängige Gewerkschaft jetzt noch besitzt.

Das Gelingen des polnischen Experiments ist, wenn denn westliche Werte mehr sein sollen als sonntägliches Wortgeklingel, ein westliches Interesse. Und es läge zumal im deutschen Interesse, daß das polnische Beispiel einer friedlichen Revolution Schule macht. Die deutsch-deutsche Politik der Bundesrepublik wird die polnische und die ungarische Erfahrung erst noch verarbeiten müssen. Man hört es nicht nur in Warschau, es liegt auch auf der Hand, daß die Reformblockade der SED zu erheblichen Teilen auf das Konto einer widerspruchsvollen bundesdeutschen Politik geht. Eine großangelegte Wirtschaftshilfe (man denke an die handelspolitische Privilegierung der DDR durch die EG via in-nerdeutschen Handel und an den von Franz Josef Strauß eingefädeltten Milliardenkredit) hat den ökonomischen Reformdruck in der DDR vermindert, also das System, so wie es ist, stabilisiert. Daß kritische Köpfe in großer Zahl die DDR in Richtung Bundesrepublik verlassen haben, liegt *auch* daran, daß Bonn die Erweiterung der Freizügigkeit bisher praktisch als *einzigem* Gradmesser für menschliche Erleichterungen betrachtet hat. Schließlich wird die Demokratisierung der DDR auch nicht dadurch gefördert, daß wir dem zweiten deutschen Staat als Langzeitperspektive lediglich seine Abschaffung vor Augen halten. Ebendies ist der Effekt bundesdeutscher Wiedervereinigungs-Rhetorik.

In der Zeit vor der Perestrojka war die Politik der

kleinen Schritte eine Politik ohne realistische Alternative. Heute droht ein „Weiter so“ in der Deutschlandpolitik die Perestrojka zu gefährden. Daß sich in Prag und Ost-Berlin Reformgegner an der Macht behaupten können, stärkt das Gewicht der Orthodoxen in Moskau und Warschau. Wir können Polen auch dadurch helfen, daß wir über unseren Beitrag zur Demokratisierung der DDR nachdenken. Mit wirtschaftlicher Hilfe allein, so wichtig sie ist, werden wir der Herausforderung nicht gerecht, vor die uns das polnische Experiment stellt.

Am wenigsten ist Polen mit wohlfeilen Kassandrarufern aus der Bundesrepublik gedient. Es gibt hierzulande Stabilitätsfetischisten, denen zu Polen nichts anderes einfällt als die Warnung vor einem „Umweg über die Anarchie“ (Günter Gaus). Deutsches Ordnungsdenken hatte es mit der Freiheitsliebe der Polen immer schon schwer – selbst dann, wenn sie mit so viel Realismus gepaart war und ist wie bei Solidarność. Wir sollten nach allem, was war, aufhören, die politischen Lehrmeister unserer östlichen Nachbarn sein zu wollen. Was den Willen zur Freiheit angeht, können wir von den Polen lernen.

Wojciech Lamentowicz Ein mühsamer Weg zur Demokratie Polen nach den Wahlen

Prof. Dr. Wojciech Lamentowicz, geb. 1946, ist Mitglied des Bürgerkomitees; Berater und Mitglied von NSZZ-Solidarność.

Man könnte die Parlamentswahlen in Polen als Erdbeben sehen, das den alten kommunistischen Mythos vom oppositionslosen Staat zerstört hat. Denn zum ersten Mal in der Geschichte der Systeme vom Sowjettypus wurde der Opposition das Recht auf legale Existenz zugestanden und von der kommunistischen Partei sogar formell anerkannt. Der Weg, der zu dem am Runden Tisch gefundenen Kompromiß führte, war beschwerlich und extrem lang, wenn man die Anfänge im August 1980 und das Drama des Kriegsrechts berücksichtigt.

Nicht ein, sondern vier außerordentliche Dinge geschahen in Polen im Juni. Zuerst verloren die herrschenden Koalitionsparteien eine Wahl, aber nicht die Macht, denn sie hatten noch immer die Armee, die Polizei, den bürokratischen Apparat und die formelle Mehrheit von 65 % der Sitze im Unterhaus (Sejm), die in dem Abkommen garantiert waren. Eine weit verbreitete Meinung besagt, daß der wirkliche Verlierer trotzdem das autoritäre und monopolisierte Machtsystem und nicht die von den drei Koalitionsparteien (der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Vereinigten Bauernpartei, der Demokratischen Partei) nominierten Kandidaten waren.

Zweitens, es war keine politische Partei, die gewonnen hat, sondern eher ein breites Spektrum sozialer Kräfte; deren gemeinsamer Bezugspunkt – vermittelt über Symbole und Erinnerungen – die starke Gewerkschaftsbewegung war. Es wäre merkwürdig genug gewesen, wenn die Gewerkschaft die Parlamentswahlen gewonnen hätte. Aber ihr Symbolwert hat sozusagen die Wahlen gewonnen: die wirkliche Stärke dieser Gewerkschaft liegt heute nämlich bei 15 – 20 % ihrer ursprünglichen Glorie. Die Gewerkschaft „Solidarität“ hat ungefähr 1,5 Millionen Mitglieder in der Industrie- und Stadtbevölkerung und etwa 1 Million Mitglieder auf dem Land.

Drittens, die in den Bürgerrechtskomitees vereinigte Opposition entzog der kommunistischen Partei zwar jegliche Legitimität, nicht jedoch die Möglichkeit der politischen Kontrolle. Diejenigen, die das volle Recht zu regieren haben, sind nicht in der Lage, die Regierung zu übernehmen, und diejenigen, die kein Recht zu regieren haben, verbleiben in den mächtigsten Positionen. Das führt zu einem neuen Widerspruch: Es stehen sich Macht ohne Autorität und Autorität ohne Macht gegenüber. Deshalb sind die Bemühungen zur Bildung der neuen Regierung, die stark genug sein sollte, die Strukturkrise der Wirtschaft zu bekämpfen, so schwierig. Das erklärt, warum die kommunistischen Führer die Opposition zum Eintritt in die Regierung bewegen wollten. Sie bieten eine Große Koalition an, und die Führer der Opposition zögern, diesen Vorschlag anzunehmen.

Die Repräsentanten der herrschenden Gruppe argumentieren, daß die einzige hinreichend starke Regierung aus „Solidaritäts“-Politikern und der bestehenden Drei-Parteien-Koalition, die die Wahlen verloren hat, bestehen müsse. Die Opposition antwortet darauf: die Große Koalition wäre eine ungerechte Verteilung der Verantwortung, ohne eine tat-

sächliche Neuverteilung der Macht, weil fast alle Strukturen, mit denen Politik durchgesetzt werden kann, von der bisherigen kommunistischen Nomenklatura beherrscht sind. Dies ist der Hauptgrund, warum die Opposition die Idee einer Großen Koalition ablehnt und eine Übergangsregierung von Experten vorzieht, die für beide Seiten akzeptabel sind.

Viertens verfälschten die kommunistischen Wahlverlierer zum ersten Mal nicht das Wahlergebnis, sondern gaben öffentlich zu, daß die demokratische Opposition gewonnen hat. Dies ist eine Art Wunder und wahrscheinlich ein echter Durchbruch in der politischen Kultur der Nachkriegszeit.

Die Wahlen zum Unterhaus waren nicht ganz frei. In den Vereinbarungen am Runden Tisch wurden 65 % von 460 Sitzen den Koalitionsparteien zugestanden. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei bekam 38 %, die Vereinigte Bauernpartei 15 %, die Demokratische Partei 7 % und drei kleine katholische oder christliche Vereinigungen, die loyal zu den Kommunisten stehen, erhielten 5 %. Nur 35 % der Sitze (das sind 161) wurden nach der Mehrheit der Stimmen verteilt, und nur für diese Sitze konnten die Unabhängigen kandidieren.

Die Opposition durfte 35 % der Sitze gewinnen, und 100 % der Sitze (von 161) wurden in der ersten Runde mit einer durchschnittlichen Mehrheit von 60 – 70 % gewonnen. Die Koalition gewann in der ersten Runde nur 3 Sitze von 297. Die konkurrenzlose „Nationale Liste“ mit 33 führenden Personen der Koalition scheiterte fast völlig. Bis auf zwei Kandidaten wurden fast alle von den Wählern ausgestrichen. Unter denen, die verloren waren, waren alle Politbüromitglieder, Premierminister Rakowski und die Vorsitzenden der beiden kleineren Parteien. Dies geschah trotz des Appells von „Solidarität“-Führer Lech Walesa, der versuchte, seinen Partnern vom Runden Tisch zu helfen, ins Parlament zu kommen. Den Wählern machte es am meisten Spaß, die „Roten“ einfach auszustreichen, selbst wenn sie als pragmatische Reformer bekannt waren.

Eine Wahlenthaltung von mehr als 38 % in der ersten Runde ist gefährlich hoch. Es gibt viele Gründe für diese geringe Wahlbeteiligung, die niedrigste bei Parlamentswahlen in der Nachkriegsgeschichte Polens. Wahrscheinlich folgten einige wenige – nicht mehr als 5 % – den radikalen Appellen, selbst diese halbfreien Wahlen zu boykottieren. Die zweite Gruppe der Nichtwähler setzt sich wahrscheinlich zusammen aus Kommunisten und Anhängern der Koalitionsparteien, die ihrer eigenen Parteien so überdrüssig waren, daß sie zu Hause blieben. Doch

der Hauptgrund war offensichtlich eine tiefe Verdrossenheit und die Überzeugung, keine politische Kraft – Establishment oder Opposition – könne die wirtschaftliche Misere meistern und den verzweifelten materiellen Niedergang des Landes stoppen.

Diese pessimistische Stimmung unter den Wählern könnte noch zunehmen, wenn die jetzige Regierung gezwungen sein wird, gegen den Willen ihrer politischen Wählerschaft Austerity-Maßnahmen zu ergreifen. Das Risiko einer populistischen Massenrebellion wird sich beträchtlich erhöhen.

So könnte sich der Schock über den Sieg leicht in einen Schock über das ökonomische Desaster verwandeln. Die Experten auf beiden Seiten sind sich darin einig, daß die Inflationsrate dieses Jahr über die 200-Prozent-Marke steigen könnte. Die wachsende Knappheit der Konsumgüter und die Inflation könnte auch die Anhänger des am Runden Tisch erreichten Kompromisses dazu provozieren, die Auseinandersetzung um unterschiedliche Positionen zu verschärfen.

Das Risiko einer Rebellion der Verärgerten ist hoch, weil die bisher praktizierte Entscheidungsfindung die demokratische Identität der Opposition in Frage stellen könnte. Die herrschende Elite zieht es vor, mit der kleinen Elite von „Solidaritäts“-Führern und Intellektuellen zu verhandeln, anstatt eine offene Debatte und geheime Wahlen nach dem Mehrheitsprinzip zuzulassen. Während die Probleme hinter geschlossenen Türen verhandelt werden, könnten die beiden Eliten den Kontakt mit der Basis verlieren und etwas beschließen, was für den Mann auf der Straße kaum akzeptabel ist.

Die besondere Mischung aus korporatistischen und höchst geheimen Verhandlungen und auf dem Mehrheitsprinzip basierenden parlamentarischen Verfahren ist per se instabil und könnte aus diesem Grund zur allgemeinen Instabilität beitragen.

Selbst die Wahl des Präsidenten – das neue Amt wurde eingeführt, um die Übergangsstrukturen zu stabilisieren – war für beide Seiten riskant. Die Kommunistische Partei befürchtete das Scheitern ihres Kandidaten, und die Opposition zögerte, ihn zu unterstützen, weil das ihre Unabhängigkeit und moralische Integrität hätte gefährden können. General Jaruzelski wurde mit zwei Tricks gewählt. Zuerst trat er zurück, um damit die Spitzenfunktionäre seiner eigenen Partei zu überzeugen, daß sie keinen besseren Kandidaten für die Präsidentschaft hätten als ihn selbst. Der zweite Trick wurde von der Opposition während der Abstimmung in der Nationalversammlung angewandt.

Jaruzelski „gewann“ mit einer Stimme, mit der kleinstmöglichen Mehrheit. Sein Sieg wurde durch die Opposition und nicht durch seine eigene Drei-Parteien-Koalition künstlich bewerkstelligt. Als die Führer der Opposition feststellten, daß viele Abgeordnete der Bauernpartei und der Demokratischen Partei gegen Jaruzelski stimmen wollten, entschlossen sie sich, ihm auf indirekte Weise zu helfen: 11 Mitglieder der Opposition kamen an diesem Tag nicht ins Parlament, 18 Personen beteiligten sich nicht an der Abstimmung, und 7 Mitglieder der Solidarität machten ihre Stimmzettel absichtlich ungültig. Kein Oppositionsmitglied hatte die Kandidatur Jaruzelskis offen unterstützt, aber 36 Mitglieder verzichteten bewußt auf echte Opposition gegen ihn.

Dieser besondere Fall zeigte einmal mehr, wie die hinter den Kulissen getroffenen neokorporatistischen Vereinbarungen mit dem parlamentarischen Mehrheitsprinzip in Konflikt gerieten. Wenn diese besondere Mischung aus korporatistischen Verhandlungen und Mehrheitsprinzip sich fortsetzt, könnten die desillusionierten Wähler und frustrierten Konsumenten den Eindruck bekommen, sie würden zum Narren gehalten und manipuliert werden, und zwar sowohl von der alten wie von der neuen Elite. Die alte Elite ist wesentlich stärker an korporatistischer Entscheidungsfindung interessiert als die Führer der Opposition. Sie könnten versuchen, die Führer der Opposition ihrer eigenen Wählerschaft zu entfremden. Die alte politische Elite erwartet vielleicht, daß sich die an die „Solidarität“ geknüpften Hoffnungen durch die enge Kooperation der beiden Eliten verringern lassen. Sie wissen sehr wohl, daß der Dualismus der beiden Eliten wahrscheinlich besser ist als das Monopol einer Elite, aber ein Großteil der kritischen Wähler ist nicht bereit, diesen geheimen Diskurs zu akzeptieren. Die Wähler, die die Oppositionskandidaten unterstützten, erwarten, daß die Ehrlichkeit offener Debatten und das Verfahren geheimer Abstimmungen die alte, auf geheime Debatten von Eliten und offene Abstimmungen ihrer Anhänger gegründete Gewohnheit ersetzen.

Offensichtlich gibt es vier politische Strömungen innerhalb der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, und keine ist mehrheitsfähig. Die erste versucht, die Partei durch die Kombination von Parlamentarischer Demokratie und Marktwirtschaft „sozialdemokratischer“ zu machen. Die pragmatischen Reformen wie Jaruzelski, Kieszcak und Rakowski wissen, daß ihnen im Zentralkomitee drei andere Richtungen gegenüberstehen: die autoritären Populisten,



In einer Warschauer Metzgerei

Foto: dpa

die von Miodowicz angeführt werden, die nationalkommunistische Richtung vieler hochrangiger Armee- und Polizeioffiziere und die Überreste eines genuinen orthodoxen Stalinismus. Die beiden letztgenannten Gruppen, also die Nationalisten und die Stalinisten, haben keine Führerpersönlichkeiten, die die Autorität Jaruzelskis in Frage stellen könnten. Nur die Populisten in der PVAP haben einen dynamischen Führer, der gleichzeitig Führer der offiziellen Gewerkschaften (OPZZ) ist. Je mehr die „demokratische“ Fraktion auf Marktwirtschaft drängt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer populistischen Rebellion innerhalb der Partei. Die Gefahr dieser Rebellion ist größer, weil die unzufriedenen Arbeiter dazu tendieren, ihre Frustrationen eher in populistischer Weise auszudrücken, als sich an stalinistische Dogmen zu halten. Nachdem die traditionelle Ideologie ausgedient hat, gewinnen Populismus und Nationalismus immer mehr an Boden.

Die demokratische Transformation der PVAP ist

eine notwendige und noch unerfüllte Bedingung für freie Wahlen nach Ablauf von vier Jahren. Wenn jene Partei, die die Monopolgewalt ausgeübt hat, sich nicht in eine moderne linke Sozialdemokratie wandeln kann, wird sie bei den nächsten Parlamentswahlen der Totalverlierer sein. Aber ohne diese Umgestaltung (d. h. neues Programm und neuer Parteiname und vor allem offene Debatten und Wettbewerb zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb der Partei) wird die PVAP von den Wählern einfach weggefegt. Ist diese Gefahr sehr groß, so ist die Wahrscheinlichkeit von freien Wahlen 1993 extrem niedrig. Das erklärt, warum die gemäßigte Opposition daran interessiert sein sollte, die „sozialdemokratische“ Minderheit innerhalb der PVAP zu unterstützen.

Als Lech Walesa im August 1989 eine neue Koalitionsregierung anbot, wollte er die dominante Stellung der kommunistischen Partei brechen. Seine Ideen waren sehr einfach und radikal – er schlug eine

Koalitionsregierung unter seiner Führung vor, die die PVAP eliminieren und sowohl die Bauernpartei wie die Demokratische Partei stärken würde. Diese Idee wurde von ihm eigenmächtig vorgetragen, ohne vorherige Abstimmung mit der Parlamentsfraktion der „Solidarität“.

Tadeusz Mazowiecki ist nach seiner Rückkehr aus Belgien von Walesa aufgefordert worden, stellvertretender Premierminister zu werden. Doch Walesa wurde von seinen engsten Beratern überzeugt, daß seine ursprüngliche Idee einer Regierung ohne Kommunisten eine Selbstfesselung der „Solidarität“ gewesen wäre. Dank seiner ihm eigenen Flexibilität gab er den Plan auf, selbst Premierminister zu werden und schlug vor, daß in der von Solidaritätsministern dominierten Großen Koalition Tadeusz Mazowiecki der beste Premierminister wäre. Der Ausschluß der PVAP ist so vermieden worden, und die strategische Überlegenheit der Solidarität setzte sich durch, als Präsident Jaruzelski ohne Schwierigkeit Mazowiecki nominierte und die Vorstellung von einer Regierung, in der die wichtigsten ökonomischen Positionen von Solidaritätspolitikern besetzt werden, akzeptierte.

In dieser besonderen Weise hat die *Eigenmächtigkeit* Walesas sehr zu einem *demokratischen* Durchbruch in der polnischen Nachkriegspolitik beigetragen. Nicht nur die Monopolstellung der Kommunisten, sondern auch ihre dominante Rolle innerhalb der Koalitionsregierung war gebrochen. „Solidari-

tät“ hat 12 Posten in der neuen Regierung, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei 4, die Demokratische Partei 3. Ein Ministerium wird von einem unabhängigen Kandidaten geleitet – K. Skubiszewski, ein 62 Jahre alter römisch-katholischer Professor für internationales Recht, hat das Außenministerium.

Der Kompromiß ging so weit, daß der Spitzenposten für Rundfunk und Fernsehen an den „Solidaritäts“-Intellektuellen Andrzej Drawicz ging. Die Entlassung von Jerzy Urban von diesem Posten ist eine der am meisten unterstützten Entscheidungen, die Premierminister Mazowiecki getroffen hat.

Die wirtschaftlichen Schlüsselposten werden von Vertretern der freien Marktwirtschaft in der „Solidarität“ gehalten: Finanzminister: Leszek Balcerowicz; Industrieminister: Tadeusz Syryjczyk; Vorsitzender des Wirtschaftsrates: Witold Trzeciakowski; Wohnungsbauminister: Aleksander Pszynski; Vorsitzender der allgemeinen Planungsabteilung: Jerzy Osiatynski. „Das ist das beste Team, das die Liberalen präsentieren konnten“, sagte Ryszard Bugaj, „Solidaritäts“-Ökonom und bekannter Sozialdemokrat.

Viele Menschen befürchten jedoch, daß sich die wirtschaftliche Lage bis zur Unerträglichkeit verschlechtert. Die Chancen für eine politische Demokratie sind abhängig vom ökonomischen Erfolg der neuen Regierung. Wenn die Regierung in der Lage ist, das Problem der Inflation zu lösen – dann wird sie Erfolg haben.

Übersetzt von Angelika Schweikhart

Das Brockengespenst

Der Glorienschein.

Eine oder etliche Serien der Farbringe, die der Wetterbeobachter rund um den Schatten seines Körpers auf einer nahegelegenen Wolke sehen kann, sehr oft aus kleinen Wassertropfen gebildet.

Anmerkung: Wenn sich die Wolke sehr nah am Beobachter befindet, kann der von ihm geworfene Schatten größer erscheinen. Das Phänomen wird als das Brockenspektrum oder das Brockengespenst bezeichnet; es kann auch mit einem Farbglorienschein umkränzt werden.

(Anleitung für Wetterbeobachter der ČSSR)

Im dreiunddreißigsten Jahre des Alters
lernte ich die Zähne zu nutzen
im Steinturm während der Arbeit
den vierten Monat bereits
bewache ich das Wetter
beiße die Zähne zusammen
und auf dem Laufsteg des Turmes bei Dämmerlicht
wechsle das sonnenversengte Farbband,
das der Wind mir (Stärke acht heute –
nach Beaufort) vom Munde nach Beaufort reißt
mundtot bin ich auf dem Steinturm
vermag nicht reden in den Wind
selbst wenn er meine Greif-Bilder mehrt
ich kann nichts bieten dem Zahn da unten
der Zeit da unten den Zeiten der Zähne
nur diese Augen so Aug' um Aug'
unter der Stiege aus Stein
wenn ich das Wetter beschatte
und setze den Namen in die Spalte
Gemeldet von:

Petr Kabeš

Übersetzt von Georg Birno

Petr Kabeš, geboren 1941 in Pardubice (Ostböhmen), Dichter und Publizist. Seit 1966 leitete er das Literaturmagazin „Sešity pro literaturu a diskusi“ (Hefte für die Literatur und Diskussion) bis zur Einstellung des Blattes (1969) nach dem russischen Einmarsch. Strafrechtlich verfolgt wegen der Veröffentlichung angeblich pornographischer Texte in seinem Blatt. Dann als Bademeister, Kellner, Nachtwächter und (ab 1973) Wetterbeobachter der Meteorologischen Station auf dem Berg Měšovka (Donnersberg) im Böhmischem Mittelgebirge, von wo er nach der Unterzeichnung der Charta 77 entlassen wurde. Arbeitslos, später Hilfsarbeiter im Bauwesen, jetzt wieder als Nachtwächter. Sein erstes Buch „Die Handlinien“ ist in Prag 1961 erschienen. Es folgten: „Die Gärten barfuß“ (1963), „Die Landschaft – verschoben“ (1970, die Auflage wurde vernichtet), „Das Kommen des Schattens“ (1971, im Samizdat sowie auch alle weiteren genannten Titel), Die Wohnleiber (1974), Freilichtmuseum (1977), „Der Stein vom Herzen“ (eine Sammlung poetischer Zeitkommentare, die P.K. „poesie-publik“ nennt, 1977), „Beschwerer“, Aphorismen (1988).

Jill M. Bystydzienski
Frauen und Sozialismus
Eine vergleichende Studie
über Frauen in Polen
und der UdSSR

Dr. Jill M. Bystydzienski ist Professorin für Soziologie am Franklin College of Indiana in Franklin, USA; Veröffentlichungen zur Situation der Frauen in Norwegen und Amerika. Die Originalversion des Artikels ist in der amerikanischen Zeitschrift SIGNS, Journal of Women in Culture and Society, Vol. 14, Nr. 3, 1989 erschienen.

Sozialwissenschaftler, die über Frauen in sozialistischen Ländern forschen, betonen meist die Gemeinsamkeit der Lebensumstände von Frauen in diesen Gesellschaften¹. Friedrich Engels hatte vorausgesagt, daß dann, wenn Kapitalismus und Privateigentum an den Produktionsmitteln einmal durch Kollektiveigentum ersetzt wären, vollkommene Gleichheit der Geschlechter herrschen würde (*Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates 1884*). Und doch haben Frauen unter keinem existierenden sozialistischen System den gleichen Status wie Männer erreicht, und daher wird manchmal auch angenommen, das Los der Frauen sei überall im Sozialismus gleich. Beispielhaft für diesen Ansatz ist eine Studie von Barbara Wolfe Jancar, die zu dem Schluß kommt, daß „Frauen in allen kommunistischen Ländern annähernd dasselbe Statusniveau erreicht haben“; die Autorin findet es daher gerechtfertigt, „die Wirkung des kommunistischen Systems – in allen seinen verschiedenen kultur- und nationübergreifenden Manifestationen – auf den Status von Frauen“ zu untersuchen (*Women under Communism*, Baltimore 1978, 2. Jancar steht mit dieser Annahme nicht allein, siehe auch Chao; Heitlinger; Miller; Molyneux).

Doch kann ein Vergleich des Status von Frauen in zwei sozialistischen Gesellschaften durchaus signifikante Kontraste aufdecken. Wie Unterschiede in der Lage der Frauen innerhalb der westlichen kapitalistischen Welt gefunden wurden, zum Beispiel zwischen den Vereinigten Staaten und den skandinavischen Gesellschaften (siehe z. B. Alice H. Cook, Val R. Lorwin und Arlene Kaplan Daniels [Hg.] *Women and Trade Unions in Eleven Industrialized Coun-*

tries, Philadelphia 1984) oder den Vereinigten Staaten und Kanada (z. B. S. J. Wilson, *Woman – The Family and the Economy*, Toronto 1982), so finden sie sich wahrscheinlich auch, wenn zwei sozialistische Nationen, Polen und die UdSSR, verglichen werden.

Ein Großteil der Forschung über Frauen in sozialistischen Gesellschaften verwendet traditionelle Statusindikatoren – Ausbildung, Beruf und Einkommen – und vertritt die Meinung, daß es wenig Variationen im Status der Frauen gibt (siehe Bodrova und Anker [Hg.]; Jancar; Molyneux). Doch können diese Indikatoren nur sehr begrenzt einfangen, welche Dimensionen im Alltag die Stellung der Frauen hat. Polnische und sowjetische Frauen könnten zur Arbeit, zu der Bedeutung, die sie der Familie oder ihrem Beitrag zur Gesellschaft geben, oder zu Scheidung, Abtreibung und Empfängnisverhütung unterschiedliche Einstellungen haben. Der Ursprung für solche Unterschiede ist wahrscheinlich in einer Kombination von historischen, politischen und kulturellen Faktoren zu finden, die in jeder dieser Gesellschaften einzigartig ist².

Traditionelle Statusindikatoren

Sowohl in Polen wie in der Sowjetunion bestehen substantielle Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich Ausbildung, Beruf und Einkommen. Es gibt Belege, daß die Kluft zwischen den Geschlechtern hinsichtlich dieser Indikatoren in Polen etwas größer als in der UdSSR ist, aber dieser Unterschied ist statistisch nicht signifikant (siehe z. B. A. Ya. Kvasha u. a., *Uzbek Soviet Socialist Republic*, 167–94, und Jerzy Z. Holzer und Halina Wasilawska-Trenkner, *Poland*, 129–64, beide in Bodrova und Anker, Hg.).

Ausbildung

1984 waren in Polen 50,8 % der Studenten an den Hochschulen Frauen (Glowny, *Urzad Statystyczny, Rocznik statystyczny* [Statistisches Jahrbuch], Warschau 1985, 461), in der Sowjetunion waren es 1981 56 % (Leo Hecht, *The U.S.S.R. Today: Facts and Interpretations*, Springfield 1982, 206). In beiden Nationen tendierten die Frauen schwerpunktmäßig zu Medizin, Pädagogik, Kunst und Humanwissenschaften und bildeten in diesen Fächern auch die Mehrheit. Machten 1981 in Polen die Frauen jedoch ein Drittel aller Studenten in den technischen, rechtlichen und administrativen Bereichen aus (Harold D. Nelson [Hg.], *Poland. A Country Study*. Foreign Area Studies, Washington 1983, 153), so waren es in



Frauen arbeiten an Drehbänken in einer sowjetischen Landmaschinenfabrik in Kasachstan

Foto: dpa

der Sowjetunion über 40 % (Hecht, 207). In beiden Gesellschaften ist der Prozentsatz der Frauen, die einen höheren Grad erreichen, signifikant niedriger als bei Männern. Dennoch waren in der Sowjetunion 1974 über 30 % aller Promovierten Frauen (Larisa Kuznetsova, *Zhenshchina na rabote i doma* [Frauen bei der Arbeit und zu Hause]. Moskau 1980), während die entsprechende Zahl für Polen 24 % war (Glowny, *Urząd Statystyczny, Rocznik statystyczny* [Statistisches Jahrbuch], Warschau 1975, 22).

Verteilung der Berufe

Sowohl in der Sowjetunion wie in Polen finden sich Frauen mit größerer Wahrscheinlichkeit in bestimmten Sektoren der Ökonomie. Ein hoher Prozentsatz von Frauen in beiden Ländern hat Berufe im staatlichen Gesundheits- und Sozialwesen, im Bildungsbereich, in der staatlichen Verwaltung, im Kredit- und Versicherungswesen, im Handel, bei öffentlichen Diensten und im Verkauf (Hecht, 312;

Renata Siemińska, „Woman and the Family in Poland“, in *The Changing Position of Women in Family and Society*, hg. von Eugen Lupri, Leiden 1983, 276–95, bes. 281). Von diesen wird oft als von den „feminisierten“ Sektoren der sozialistischen Ökonomie gesprochen, Gebiete, auf denen Frauen ihren traditionellen fürsorglichen, erzieherischen und untergeordneten Bürofunktionen nachkommen (Jan-car, 38; Michael Swafford, „Sex Differences in Soviet Earnings“, *American Sociological Review* 43, Okt. 1978, 657–73, bes. 659; Janet S. Schwartz, „Women under Socialism: Role Definitions of Soviet Women“, *Social Forces* 58, Nr. 1, Sept. 1979, 67–88, bes. 82). In Sektoren, die traditionell als männlich gelten, besonders in denen körperliche Kraft verlangt wird, wie beim Bau, in der Landwirtschaft, in Transport und Industrie, sind Frauen typisch unterrepräsentiert. Doch gibt es in der Sowjetunion einen etwas höheren Prozentsatz von Frauen in diesen Männerberufen als in Polen. In Polen wa-

ren 1984 nur 19 % aller Bauarbeiter Frauen (Główny, Urząd Statystyczny, *Rocznik statystyczny*, 1985, 57), wogegen es in der Sowjetunion 1981 30 % waren (Hecht, 312). Im Verhältnis zur weiblichen Bevölkerung gibt es in der Sowjetunion mehr weibliche Ingenieure, Ökonomen, Industrie-, Landwirtschafts-, Kommunikations- und Transportarbeiter als in Polen (Ibid.; Siemienska, 200). Obwohl also in beiden Gesellschaften Frauen in den „feminisierten“ Berufen gleich überrepräsentiert sind, haben die sowjetischen Frauen in den traditionellen männlichen Sektoren der Wirtschaft eine etwas größere Repräsentanz erreicht. Doch innerhalb dieser Sektoren schätzen die sowjetischen Frauen ihre Aufstiegschancen als sehr schwierig ein und leisten in der Mehrzahl unbeliebte, körperlich belastende und niedrigbezahlte Arbeiten (Barbara Holland, Hg., *Soviet Sisterhood*, Bloomington 1985, 13; Tatyana Mamonova, Hrsg., *Women and Russia*, Boston 1984).

Obgleich die Frauen in der UdSSR und in Polen die Mehrheit bilden (53 % und 51 %), stellen sie in der Sowjetunion 51 % der Arbeitskräfte (Gail W. Lapidus, *Women, Work and Family in the Soviet Union*, New York 1982), in Polen 44 % (Główny, Urząd Statystyczny, *Rocznik statystyczny*, 1985, 57).

Teilzeitbeschäftigung für Frauen gibt es in der Sowjetunion praktisch nicht (Swafford, 994), und über 90 % der Frauen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren arbeiten oder studieren ganztags (Alexander Dallin, „Conclusion“, in *Women in Russia*, hg. von Dorothy Atkinson u. a., Palo Alto, Calif. 1977, 385–98, bes. 385). In Polen sind über 5 % der Frauen im Arbeitsalter offiziell in Teilzeitjobs beschäftigt (Główny, Urząd Statystyczny, *Rocznik statystyczny*, 1975, 37), und 30 % der verheirateten Frauen sind den Angaben nach ausschließlich Hausfrauen (Barbara Lobodzinska, *Rodzina w Polsce* [Die Familie in Polen], Warschau 1978). In Polen sind Frauen daher weniger in die offizielle Wirtschaft einbezogen als in der Sowjetunion.

Einkommen

In Polen und in der Sowjetunion liegen die Durchschnittseinkommen in den Sektoren, wo Frauen die Mehrheit der Arbeiter ausmachen, unter dem nationalen Durchschnitt (Mary Ellen Fischer, „Women“, in *The Soviet Union Today: An Interpretive Guide*, hg. von Donald L. Brown, New York 1968, 311; Siemienska, 282). Die Einkommensungleichheit bleibt, wenn Männer und Frauen bei gleicher Ausbildung, Fähigkeit, Verantwortung und gleichem Alter die

selbe Position innehaben (Swafford; Piotr Wieruszewski, *Rownosc kobiet i mezczyzn w Polsce Ludowej* [Gleichheit von Männern und Frauen in der Bevölkerung Polens], Poznan 1975, 46). Doch lassen die Daten vermuten, daß die Diskrepanz zwischen den Löhnen von Männern und Frauen in Polen etwas größer ist als in der UdSSR. Renata Siemienska zum Beispiel schätzt, daß die polnischen Frauen im Durchschnitt 60 % dessen verdienen, was polnische Männer bekommen (Siemienska, 282), wogegen Schätzungen für die UdSSR vermuten lassen, daß sowjetische Frauen zwischen 65 und 70 % des Durchschnittslohns eines sowjetischen Mannes verdienen (Fischer, 311; Lapidus, xxi).

Grenzen der Indikatoren

Die bisher behandelten Indikatoren für Ungleichheit – Ausbildung, Beruf und Einkommen – sind die in der Soziologie üblicherweise verwendeten Variablen, wenn der Status von Frauen im Westen wie in den sozialistischen Gesellschaften analysiert und verglichen werden soll. Diese Kriterien erlauben es den Sozialwissenschaftlern, relativ vergleichbare und sofort verfügbare Daten zu verwenden. Damit läßt sich das Ausmaß der Geschlechterdifferenz in diesen Bereichen bestimmen, sowohl innerhalb spezifischer Gesellschaften wie über Grenzen der Nationen und über ideologische und ökonomische Systeme hinaus. Der Status von Frauen, gemessen an den Kriterien Ausbildung, Beruf und Einkommen, unterscheidet sich nicht wesentlich zwischen kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaften (siehe z. B. Schwartz; Swafford). Wie die Analyse oben zeigt, können die Unterschiede innerhalb der sozialistischen Welt sogar noch weniger signifikant sein. Solche Ergebnisse scheinen anzudeuten, daß trotz riesiger Unterschiede in den Bedingungen und Mustern des täglichen Lebens, und trotz klarer Unterschiede in den ökonomischen und politischen Systemen der Status der Frauen – jeweils im Verhältnis zu dem der Männer – sich je nach Kultur kaum unterscheidet.

Haltungen und Einstellungen von Frauen

Feministische Wissenschaftler haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Berichte über und von Frauen hinsichtlich ihres Alltagshandelns, ihrer Haltungen und Einstellungen eine in der Soziologie oft vernachlässigte, aber potentiell besonders ergiebige Datenquelle sind³. In vielen Fällen gelangen solche Berichte in Form von persönlichen Tagebüchern, Briefen und Leserbriefen an Zeitungen und



Moskau

Foto: Jürgens/Ost+Europa

Zeitschriften. Obgleich sie oft ephemere und nach den Kategorien der traditionellen sozialwissenschaftlichen Methoden nicht repräsentativ sind, vermitteln diese Daten wertvolle Einsichten in die tatsächlichen Erfahrungen von Frauen. Werden sie von Umfragen und Interviews ergänzt, liefern sie eine komplexere Basis für einen Vergleich.

Einstellung zu Familie und Arbeit

Zahlreiche persönliche Darstellungen wie auch Umfragen zur Einstellung von russischen und polnischen Frauen zu Arbeit und Familie zeigen einen wichtigen Unterschied zwischen den beiden Gesellschaften. Russische Frauen berichten durchgängig, daß die Arbeit außerhalb des Hauses für sie sehr wichtig ist (Atkinson u. a., Hg., 385–98; Holland, Hg.; Mamonova, Hg.). Polnische Frauen legen nicht so viel Wert auf Arbeit außerhalb des Hauses (Lobodzinska; Magdalena Sokolowska, *Plec a przemyśniany obyczaju* [Geschlecht und Kulturwandel], Warschau 1979).

Sicher ist aber, daß in beiden Gesellschaften berufstätige Frauen zwei Jobs haben – einen im und einen außerhalb des Hauses: Frauen und Männer in Polen und in der Sowjetunion akzeptieren im allgemeinen die Vorstellung, daß der Haushalt und die Betreuung der Kinder „Frauenarbeit“ sind (Dallin, 388; Siemienska, 284). Jedenfalls wird von sowjetischen Frauen „erwartet, und sie werden dazu aufgefordert, sich auf beiden Gebieten, als erfolgreiche Mütter und Hausfrauen, aber auch als gesellschaftlich und politisch aktive berufstätige Frauen zu beweisen“ (Maggie McAndrew, „Soviet Women’s Magazines“ in Holland, Hg., 78–112, bes. 94). Sie akzeptieren also nicht nur, daß ihre Kinderbetreuung und ihre Haushaltspflichten in die natürliche Zuständigkeit von Frauen fallen, sondern auch die Ansicht, daß es „normal und natürlich“ ist, außerhalb des Hauses zu arbeiten (Dallin, 391). Für sowjetische Frauen (und besonders sowjeteuropäische, die eine besonders hohe Beschäftigungsrate haben) scheinen Berufstätigkeit und Familienrolle relativ gleiche Wichtigkeit zu haben (Fischer). Für polnische Frauen ist es dagegen wichtiger, Mutter und Hausfrau zu sein, als einen bezahlten Job zu haben (Lobodzinska; Siemienska).

Nach verschiedenen Umfragen unter sowjeteuropäischen Frauen über ihre Einstellung zur Arbeit würde ein hoher Prozentsatz auch dann weiter arbeiten, wenn das Gehalt des Ehemannes für alle Bedürfnisse ausreichen würde⁴. Nach diesen, zwischen 1970 und 1978 durchgeführten Umfragen, *wollten*

zwischen 70 % und 83 % der russischen Frauen unabhängig vom Einkommen ihres Mannes außerhalb des Hauses arbeiten. In polnischen Umfragen sind dagegen nur zwischen 40 % und 45 % der weiblichen Befragten, die weiter gearbeitet hätten, selbst wenn das Einkommen des Mannes angemessen wäre (Lobodzinska, 88). Und während 85 % der russischen Frauen Frauenarbeit für richtig hielten (Blekher, 110), waren nur 70 % der polnischen Frauen prinzipiell für weibliche Beschäftigung (Lobodzinska, 88).

Auf die Frage nach Gründen für ihre Arbeit verweisen polnische und russische Frauen darauf, daß sie primär durch das Extra-Einkommen motiviert sind (Blekher, 110). Doch die Mehrzahl der russischen Frauen möchte arbeiten, weil sie einen Beitrag zur Gesellschaft leisten, Teil der arbeitenden Gesellschaft sein wollen und weil sie ihre Ausbildungsqualifikationen nicht verschwenden wollen (Ibid.; Vishneva-Sarafanova, 70). Dagegen sehen die meisten der polnischen arbeitenden Frauen die materiellen Bedürfnisse der Familie als die einzige Motivation für ihre Beschäftigung, und relativ wenige (weniger als 20 %) berichten, daß sie arbeiten, weil sie Qualifikationen haben, ihre Arbeit genießen, oder ihre sozialen Kontakte ausbauen wollen (Lobodzinska, 88).

Obgleich Frauen in beiden Gesellschaften, besonders Angestellte und Arbeiterinnen, dazu tendieren, ihre Arbeit durch das Prisma der Familie zu sehen (Lobodzinska; Schwartz), unterscheiden sich polnische und russische Frauen auf allen sozioökonomischen Ebenen wesentlich im Hinblick auf ihre Einstellung zur Arbeit. Nach Anna G. Kharchev und Sonya Golod (*Profesionalnaia rabota zhenshchin* [Berufsarbeit von Frauen], Leningrad 1971, 123) berichteten nur 53,5 % der russischen Arbeiterinnen, sie arbeiteten vorwiegend für ein zusätzliches Familieneinkommen, während Barbara Lobodzinska herausfand, daß dies für 72,5 % der polnischen Arbeiterinnen zutrifft (Lobodzinska, 91).

Selbst unter Frauen in hochqualifizierten Berufen, die in beiden Gesellschaften ihre Arbeit besonders genießen, zeigt die Einstellung signifikante Unterschiede. In eingehenden Interviews sprechen polnische Frauen in Berufen im Bereich Technik, Recht und Medizin von einer Hingabe an die Arbeit, die sich auf persönliche Erfüllung und durch die Arbeit hergestellte soziale Kontakte gründet (Krystyna Krychala, *Zatrudnienie kobiet w Polsce Ludowej w latach 1966–1974* [Beschäftigung von Frauen in Polen in den Jahren 1966–1974] Warschau 1978, 95). In ähnlichen Interviews erwähnen russische Frauen außer dem Selbstwertgefühl und der persönlichen

Befriedigung aber auch regelmäßig ein Gefühl des Stolzes, zur Gesamtgesellschaft einen Beitrag leisten zu können (Holland, „Introduction“, in Holland, Hg., 5–22; Vishneva-Sarafanova). Persönliche Interviews mit 45 hochqualifizierten Frauen in der Sowjetunion, darunter auch Universitätsprofessorinnen, zeigten, daß sie ihre Rolle im Beruf für mindestens ebenso wichtig halten wie die in der Familie (Kuznetsova, 92–95). Interviews mit 25 Professorinnen in Polen zeigten jedoch, daß die Mehrheit Mutterschaft und Haushalt für wichtiger hält als die Karriere (Elizabeth Steiner, „Polish Professional Women’s Workspace“ [Aufsatz für Polish Studies Seminar Series, Indiana University, Bloomington, April 1985]).

Daß eine große Mehrheit der russischen Frauen die Arbeit außerhalb des Hauses hochschätzt und daß viele die Arbeit als sinnvoll und als Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe ansehen, wird durch zahlreiche Berichte von Besuchern der Sowjetunion, wie Journalisten und Diplomaten, bestätigt (siehe

z. B. Blekher, 83–85; Dallin; Holland, „Introduction“). Manche haben sogar berichtet, daß im europäischen Teil der Sowjetunion der „Nur-Hausfrau“ ein soziales Stigma anhaftet⁵.

Daß die Geburtenrate in Polen die der europäischen Sowjetunion (1983 19,7 auf 1000 Einwohner in Polen [Central Statistical Office, *Concise Statistical Yearbook of Poland*, Warschau 1984, 29], gegen 16 auf 1000 für Russen [The Soviet Union, Amsterdam 1984, 76]) weit übersteigt, könnte ein Faktor bei den unterschiedlichen Einstellungen zu Arbeit und Familie in den beiden Gesellschaften sein, da eine größere Anzahl von Kindern in Polen eine intensivere Beschäftigung mit der Familie u. U. nötig macht.

Ein weiterer Faktor, der das Zögern der polnischen Frauen, am bezahlten Arbeitsleben teilzuhaben, verursachen könnte, ist das Angebot von Teilzeitarbeit in der Privatwirtschaft. In der Sowjetunion ist dies eine seltene Möglichkeit. Es gibt Anzeichen, daß viele polnische Hausfrauen Heimarbeit



Frauen-Arbeit in Kielce

Foto: Unipix

leisten, die ihnen mehr Flexibilität in ihrer Verantwortung für Haushalt und Kinderbetreuung gestattet und gleichzeitig ein Extra-Familieneinkommen liefert (Lobodzinska; Stewart Steven, *The Poles*, New York 1982). Viele Arbeitskooperativen in Polen haben es bei der Herstellung von kleinen Artikeln wie Spielsachen, Puppen, Volkskunst und Bekleidung möglich gemacht, daß die Arbeit zu Hause und auf Teilzeitbasis getan werden kann (Robert Oakeshott, *The Case For Worker's Cooperatives*, London 1978, 218).

Es könnte sein, daß viele sowjetische Frauen, wenn sie andere Optionen hätten, ebenfalls aus der offiziellen Ökonomie aussteigen und Teilzeitarbeit oder Heimarbeit verrichten würden. Da sich aber die sowjetischen Frauen entscheiden müssen, ob sie ganztags oder aber überhaupt nicht arbeiten, könnte ihre größere Bereitschaft, außerhalb des Hauses zu arbeiten, zum Teil lediglich den relativen Mangel an anderen Alternativen widerspiegeln⁶.

Übersetzt von Angelika Schweikhart

Teil II folgt in Heft 12/89

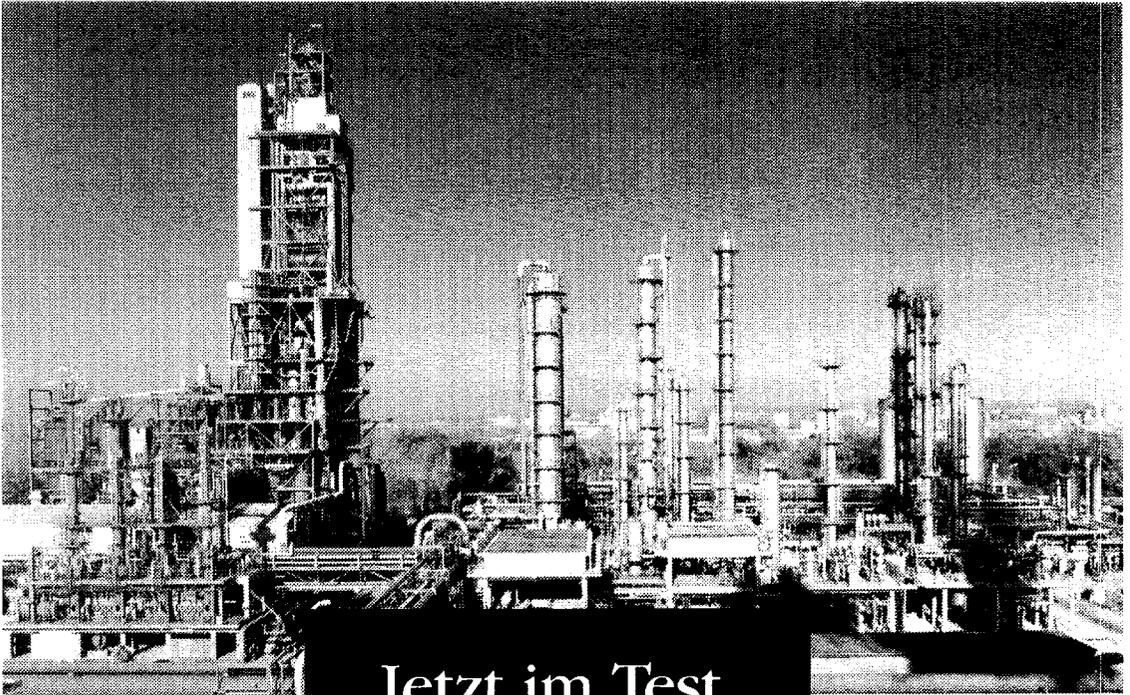
Anmerkungen

- 1 Siehe z. B. Valentina Bodrova und Richard Anker, Hg., *Working Women in Socialist Countries: The Fertility Connection*, Genf, IAO 1985; Paul Chao, *Women under Communism: Family in Russia and China*, New York 1977; Alana Heitlinger, *Women and State Socialism*, Montreal 1979; Sally Miller, *Flawed Liberation: Socialism and Feminism*, Westport 1981; Maxine D. Molyneux, *Women's Emancipation under Socialism: A Model for the Third World?*, Brighton, Institute of Developmental Studies, 1981.
- 2 Die polnische Bevölkerung ist im Vergleich zur sowjetischen relativ homogen. Die UdSSR besteht aus mehr als einhundert großen und kleinen ethnischen Gruppen, von denen viele ihre eigenen Territorien haben (Vadim Medish, *The Soviet Union*, Englewood Cliffs 1981). Da die ethnischen Russen (die europäischen Sowjets) bei weitem die größte Gruppe sind (etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung), und da sie geographisch und kulturell den

Polen näher stehen als die in Zentralrußland oder im fernem Osten lebenden Gruppen, scheint uns diese Bevölkerung als Grundlage für einen Vergleich besonders geeignet. Außerdem hat sich ein Großteil der Forschung über die Stellung der Frauen in der Sowjetunion auf die Russinnen konzentriert; deshalb sind, soweit nicht anders angegeben, die hier angeführten Studien aus dieser Teilbevölkerung erhoben. Die Leser sollten auch wissen, daß ich mich fast ausschließlich auf sekundäre Datenquellen stütze, zumeist auf statistische und qualitative Quellen, die in der Sowjetunion und in Polen veröffentlicht wurden. Dadurch entstehen einige Probleme für direkte Vergleiche, da die verwendeten Kategorien nicht immer genau dieselben sein mögen (z. B. Berufskategorien), außerdem sind Daten für die beiden Länder nicht immer für dieselben Jahre vorhanden. Direkt vergleichbare Daten stehen nur für die 70er Jahre zur Verfügung. Trotz dieser Schwierigkeiten zeigen die Daten doch signifikante Unterschiede, die nicht außer acht gelassen werden sollten.

- 3 Jesse Bernard, *Women, Wives, Mothers: Values and Options*, Chicago 1975; Estelle Freedman, *Their Sister's Keepers: Women's Prison Reform in America*, Ann Arbor 1981; Shulamit Reinharz, „Experiential analysis: A Contribution to Feminist Research“, in *Theories of Women's Studies*, hg. von Gloria Bories und Renate Duelli Klein, London 1982, 162–91.
- 4 Feiga Blekher, *The Soviet Woman in the Family and in Society*, New York 1980, 110; McAndrew, 112; V. B. Mikhailjuk, *Ispol'zovanie zhenskogo truda v narodnom khozyaistve* [Verwendung von weiblichen Arbeitskräften in der Ökonomie], Moskau 1970, 4; Natasha Vishneva-Sarafanova, *Soviet Women: A Portrait*, Moskau 1981, 69.
- 5 Dallin, 393; Georgie Anni Geyer, *The Young Russians*, Homewood, III. 1975, 194–96. Ein weiterer Indikator für die größere Teilhabe an der Gesellschaft unter russischen und sowjetischen Frauen ist ihr Engagement in der Politik. Obwohl die sowjetischen Frauen in den politischen Spitzenpositionen nicht vertreten sind, bilden sie dennoch 50 % der Mitglieder der lokalen Sowjets und 32 % der Abgeordneten für den Obersten Sowjet (Holland, Hg., 208). Polnische Frauen machen etwa 30 % der Volksräte in der Provinz und nur 15 % der Mitglieder des polnischen Parlaments aus. Siemienska, (*Women and the Family ...*, 285). In beiden Ländern ist der rechtliche Zugang für Frauen zu den entscheidenden Positionen durch die Verfassung formal gegeben.
- 6 Es wäre interessant zu sehen, ob die sowjetischen Reformen der achtziger Jahre, die manche Aktivitäten in der Zweiten Ökonomie legalisiert haben, bewirken werden, daß sie die Frauen weg von der sozialisierten Ökonomie und in eine Teilzeitbeschäftigung führen.

Die sauberste Art, Braunkohle zu verstromen.



Jetzt im Test.

Ein großer Schritt nach vorn auf dem Weg zum Braunkohlenkraftwerk der Zukunft: In Wesseling hat eine Anlage ihren Betrieb aufgenommen, die Braunkohle in Brenngas umwandelt. Sie ist das Kernstück eines neuen Kraftwerktyps, in dem aus der gleichen Menge Kohle 25% mehr Strom erzeugt werden kann. Entsprechend geringer ist der CO₂ Anfall.

Dieser Kraftwerktyp der Zukunft ist auch bedeutend für die Zukunft der Region. Denn wettbewerbsfähige Energieerzeugung unter umweltfreundlichen Bedingungen – das ist für Land und Leute eine stabile wirtschaftliche Basis.

Warum wir die Braunkohle brauchen ...

- In NRW werden rund 40% des Stroms aus der billigen Braunkohle erzeugt. Das hält den Strompreis niedrig.
- Braunkohle sichert 40.000 Arbeitsplätze. Davon leben 100.000 Menschen in unserer Region.
- Milliarden an Investitionen, Lohnzahlungen und Steuerleistungen beleben die Wirtschaft unseres Landes.
- Die Braunkohlenvorräte machen uns energiepolitisch unabhängiger.

BRAUNKOHLE
ein Glück, daß wir sie haben.

Karla Hielscher

Auf der Suche nach Sündenböcken

Rechtsextremismus und Antisemitismus in der russischen Publizistik

Dr. Karla Hielscher, Jahrgang 1938, ist Slawistin/Literaturwissenschaftlerin und arbeitet als freie Publizistin und Funkautorin; zahlreiche Publikationen zur russischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts.

Glasnost, die neue Offenheit, hat sie an den Tag gebracht, jene jahrzehntelang durch die offizielle Lüge und von oben verordnete Scheinharmonie verdeckten, tiefreichenden Gegensätze im geistigen Leben Rußlands. In dem immer aggressiver, immer unbarmherziger geführten „Bürgerkrieg“ der Literaten in den Medien ist inzwischen die scharfe Polarisierung zwischen „Linken“ und „Rechten“, „Liberalen“ und „Konservativen“, „Internationalisten“ und „Patrioten“, „Kosmopoliten“ und „Nationalradikalen“, wie die verschiedenen in der Debatte benutzten Etiketten für die feindlichen Lager lauten, für jeden sichtbar geworden. In diesem Kampf gewinnt eine starke, chauvinistisch rechtsradikale Strömung immer stärkere Konturen.

Der bedeutungsschwere Begriff „Pamjat/Gedächtnis“, ohne den der Prozeß der geistigen Perestroika mit seiner Aufarbeitung der eigenen Geschichte, dem Wiederanknüpfen an abgebrochene Traditionen, der Rückgewinnung eines ausgelöschten kulturellen Erbes überhaupt nicht denkbar ist, wird nun zunehmend mit dem Namen jener „patriotisch-historischen Vereinigung“ identifiziert, über deren bedrohliche chauvinistische und antisemitische Aktivitäten die Presse immer wieder berichtet. Aber trotz häufiger Meldungen über Meetings der Gesellschaft in Leningrad und Moskau, über das aggressive Auftreten schwarzgekleideter Männer mit offen antisemitischen Parolen und die unverständliche Passivität der Miliz dabei bleiben die Informationen über den Status der informellen Vereinigung, über deren zwielichtige Führergestalten, über ihre Verbindungen zu höchsten Parteikreisen, über die immer wieder gemunkelt wird, seltsam vage. Und

obwohl sie sich gelegentlich von den „extremistischen Schreibern“ in der „Pamjat“ distanzieren, ist die große ideologische Nähe von angesehenen und auch bei uns bekannten Autoren wie Valentin Rasputin, Viktor Astafjew, Wassilij Below, Jurij Bondarew u. a. zu den Grundideen der patriotisch historischen Vereinigung für niemanden in der Sowjetunion ein Geheimnis. Symptomatisch erscheint da z. B. die „Distanzierung“ des Chefredakteurs der Zeitschrift *Molodaja gwardija*, des Schriftstellers Anatolij Iwanow, der in einem Interview auf meine Frage nach seinem Verhältnis zu dieser Organisation deren Existenz ableugnete und von „Provokationen zionistischer Elemente“ sprach. Für jeden, der die erbitterten geistigen Auseinandersetzungen der letzten beiden Jahre in den Zeitschriften verfolgt, ist offenbar, daß die rechtsradikale Organisation „Pamjat“ nur die Spitze eines Eisbergs darstellt, der im trüben Wasser einer weit verbreiteten, konservativ nationalistischen, extrem antiwestlichen Ideologie schwimmt, deren fremdenfeindliche und antisemitische Züge immer deutlicher werden.

Mir liegt ein in Moskau im Samisdat vertriebenes Programm der Organisation unter dem Titel „Für eine Perestroika auf sozialistisch. Über Situation, Aufgaben und Ziele der patriotischen Bewegung „Pamjat“ aus dem Jahr 1988 vor. Die Analyse des Textes führt zu zwei gleichermaßen erschreckenden Ergebnissen:

1. Es gibt auch nicht eine Aussage des unsäglichen Hetzprogramms, die man inzwischen nicht auch in seriösen literarischen Zeitschriften des Schriftstellerverbandes nachlesen könnte. Obwohl sicherlich jeder Russe die abstruse Theorie von der „jüdisch-freimaurerischen Verschwörung gegen das russische Volk“ schon einmal gehört hatte, gab es bis vor kurzem ein Tabu, das Thema in der Presse offen anzusprechen. Das galt sowohl für die Vertreter dieser „Theorie“, die es noch nicht wagten, wie für die liberalen Intellektuellen, denen dies offensichtlich eine vom Schamgefühl diktierte Vereinbarung verbot. In den letzten Monaten jedoch sind einige Zeitschriften von den früher üblichen dunklen Andeutungen zu offener Hetze in schamlosem Vokabular übergegangen.

2. Das vorliegende „Pamjat“-Programm macht überzeugend deutlich, daß es eine enge Verbindung zwischen der rechtsradikalen Bewegung und den parteiinternen stalinistischen Antiperestroikakräften gibt. Ich will versuchen, diese beiden Thesen in aller Kürze zu belegen. Zuerst eine Zusammenfassung des „Pamjat“-Programms:

Das „Pamjat“-Programm

Auffällig ist, daß man sich von der berüchtigten Moskauer Gruppe unter ihrem Führer Dmitrij Wasiljew distanziert und die „Pamjat“ als „breite Massenbewegung“ darstellt. Man beklagt sich bitter über die Verfolgung der Organisation und die fehlenden Möglichkeiten, ihr Programm in den Medien bekannt zu machen. „Dabei sind wir nicht nur keine Oppositionellen, sondern konsequente und entschiedene Anhänger dessen, was der 27. Parteitag verkündete.“ Mit wiederholten Berufungen auf Lenin, auf den Klassenstandpunkt und die führende Rolle der Partei stellt sich die Organisation als die wahre Vertreterin einer sozialistischen Perestrojka dar, die Gorbatschows Parole „Mehr Sozialismus“ die Parole „Nur Sozialismus“ entgegenstellt. Zwei mögliche Wege der Perestrojka stünden zur Wahl: „der Weg der Modifizierung der NEP“ [der Neuen Ökonomischen Politik], der zur „Abhängigkeit vom ausländischen Monopolkapital“ und zur „Vernich-

tung der gesamten russischen Kultur“ führe, oder der „sowjetische, leninistische, patriotische und antikosmopolitische Weg“. Man müsse entscheiden, ob man eine „Perestrojka à la Korotitsch“ [Chefredakteur der radikalen Perestrojka-Illustrierten *Ogonjok*, Anm. d. Verf.] oder „à la Rasputin“ [patriotischer Schriftsteller der Dorfliteratur, Anm. d. Verf.] anstrebe. Ausgehend von der Schilderung der katastrophalen Situation gerade der russischen Republik mit ihrer hohen Kindersterblichkeit, dem Alkoholismus, der ökologischen Krise und dem Rückgang der Geburtenzahlen, der als „Anzeiger für den Genozid des russischen Volkes“ betrachtet wird, interpretiert das Programm die gesamte Geschichte der Sowjetunion als Verrat der Revolution durch „russophob-zionistische Elemente mit Lejba Trotzki (Bronstein) an der Spitze“. „Die Revolution sollte nicht Rußland dienen [...], sondern dem Judentum.“ Dabei wird auf „die bekannten Theorien des kosmopolitischen Freimaurertums [...], verschmolzen mit den Zielen und Methoden des Welt-



Pamjat-Bewegung

Foto: Ogonjok/Alexander Issajew

zionismus und seiner Idee der Weltherrschaft“ verwiesen. Während man heute bemüht sei, alle Verbrechen „auf Stalin und das russische Volk abzuwälzen“, sei es „die auf dem Zionismus basierende Russophobie“ gewesen, die nach Lenins Tod das Zepter in die Hand bekommen hätte. Durch ständiges Aufzählen von Verantwortlichen für den GULAG mit jüdischen Namen werden die „wahren Schuldigen“ benannt. „Wir wollen und wir werden nicht fremde Verbrechen auf uns nehmen“, heißt es dann weiter.

Auch in der Gegenwart wirkten diese bösen Kräfte in Rußland, was man in den Massenmedien und im Fernsehen tagtäglich beobachten könne. Ihre Mittel seien die Zersetzung der Jugend durch die Predigt von Amoral und Pornographie, durch die Propagierung der „Rock-Pest“ und mit den Methoden des „Alkoholgenozids“. „Man hat alle Schleusen geöffnet für Satanismus, Antikultur, Rock-Wahnsinn, Rauschgiftsucht, moralischen Verfall, die Amerikanisierung und Kosmopolitisierung unserer Grundsätze.“ Ein weiteres Mittel sei die Gleichberechtigung der Frau, „die für sie selbst und ihre Familie tödliche Emanzipation, Losungen, die vor allem von den Kosmopoliten verkündet werden“.

Während im Programm der Vorwurf des Antisemitismus immer wieder gereizt und empört zurückgewiesen wird, da man „gegen Juden niemals nur wegen ihrer jüdischen Nationalität aufgetreten“ sei, sondern immer nur gegen den Zionismus, quillt der irrationale antisemitische Haß aus jeder Zeile. Mehrfach wiederholt wird das altbekannte Proportionalitätsargument, die Juden, die weniger als 1 % der Bevölkerung ausmachten, stellten 50 % der bekannten Wissenschaftler und Künstler. Direkte Ziel-scheibe des Hasses sind vor allem Künstler. Das sind zum einen die im Prozeß der Perestroika gerade in die heimatliche Kultur Zurückgeholten wie Marc Chagall oder Josif Brodsky. „Solche Leute Russen zu nennen, bedeutet ein Bestehlen und Anschwärzen des russischen Volkes, von Rußland. Wenn sie auch in Sowjetrußland gelebt haben, so verrieten sie es doch und emigrierten dorthin, wo man nicht freier, sondern leichter und süßer lebt und wo nicht Russen sie Russen nennen, sondern kosmopolitische Russophoben und Schabbesgoi.“ Was Pasternak, Mandelstam, Nabokov u. a. geschrieben haben, sei „russophobe und freimaurerische Kotze“, „Doktor Schiwago“ ein „Werk der literarischen Okkupation der Russophoben“. Genauso wird gegen die zeitgenössischen Autoren gehetzt, die mit ihren Werken wesentlich zur Perestroika des Denkens beigetragen haben, wie Anatolij Rybakow, Daniil Granin und Mi-

chail Schatrow. Schatrow – und natürlich wird sein jüdischer Familienname Marschak in Klammern dazugesetzt – beweiße mit seinen Stücken, „daß der Trotzismus und Zionismus für ihn wichtiger ist als der Leninismus“. Es sei die typische „Arbat-Kinderkrankheit“, laut über die Verbrechen Stalins zu schreien, um von den wirklich Schuldigen abzulenken.

Aufhorchen lassen sollten in diesem Zusammenhang vor allem die „Enthüllungen“ über Bucharin, einer der wenigen Nichtjuden, der attackiert wird. Ist es doch gerade die Gestalt Bucharins, der als Verfechter der Neuen Ökonomischen Politik heute zu einer der Leitfiguren der Perestroika geworden ist. In dem „Pamjat“-Programm wird Bucharins „politische Reanimation“ als „Wiederauferstehung und Stärkung der Russophobie“ gewertet und Bucharin als „einer der größten Verbrecher des 20. Jahrhunderts“ denunziert. „N. I. Bucharin war ein schrecklicher Strafvollstrecker gegen Rußland, gegen seine Kultur, seine Traditionen, Sitten und Gebräuche. Das wurde besonders deutlich, als Bucharin, als gelehriger Schüler Trotzki und dessen faschistisch-zionistische Methoden aufgreifend, die wahrhaft russischen Dichter ausrottete, als ersten den genialen Jessenin.“

Der direkte Angriff auf Leitideen der Perestroika zeigt sich auch in der Verteidigung der Positionen der Nina Andrejewa, die diese in jenem berühmten Brief vom März 1987 in *Sowjetskaja Rossija* niedergelegt hatte, der erst nach einigen Wochen atemlosen Schweigens in der Presse von der *Prawda* als „Manifest der Perestroika-Gegner“ scharf zurückgewiesen wurde. In dem „Pamjat“-Programm wird nicht der Brief der unseligen Chemie-Dozentin, in dem diese gegen den „militanten Kosmopolitismus“ der „Linksliberalen“ wütet, sondern die Entgegnung in der *Prawda* einer pseudoanalytischen Kritik unterzogen und der *Prawda* Revision von Parteibeschlüssen vorgeworfen. „Alle heutigen gesellschaftlich-sozialen Nöte kommen von oben.“

Alle in dieser Programmschrift in besonders ekel-erregender Lexik ausgebreiteten Thesen werden auch in seriösen Zeitschriften vertreten, wenn auch bis vor kurzem in eher verdeckter Form und zwischen den Zeilen. Sie sind mehr oder weniger ausgeprägt bei einer ganzen Reihe von Schriftstellern und Literaturkritikern anzutreffen. Und der Vorstand des Schriftstellerverbandes der RSFSR ist zu einer Bastion der „Nationalradikalen“ geworden, wovon die Protokolle seiner jüngsten Konferenzen in Rjazan und Moskau erschreckendes Zeugnis ablegen.

Die Sympathisantenszene um „Pamjat“

Schon seit Anfang der siebziger Jahre waren ja in der ungeheuer populären und einflußreichen Dorfprosa, die sich um die Herausbildung eines ökologischen Bewußtseins und die Verabschiedung eines platten sozialistischen Fortschrittsglaubens große Verdienste erworben hat, auch beunruhigende Untertöne zu vernehmen. Mit der kritiklosen Idealisierung der bäuerlichen Welt, der Bindung an den Boden und der wertenden Gegenüberstellung von „den Unseren“, den eigenen Leuten, und den „Fremden“, von außen Kommenden, die diese Literatur leitmotivisch durchzieht, erinnert sie manchmal bedenklich an die Blut-und-Boden-Ideologie deutsch-völkischer Herkunft. Und schon in den letzten Jahren wurde bekannt, daß auch so einflußreiche Schriftsteller wie Valentin Rasputin, Viktor Astafjew und Wassilij Below, die unter den sowjetischen Lesern große moralische Autorität genießen, durchaus zwielichtige Positionen vertreten. So gibt es mehrere Auftritte Rasputins, bei denen er – mit vorsichtiger Distanzierung von besonders extremen Standpunkten – die Organisation „Pamjat“ in ihren Grundideen verteidigt (*Nasch sowremennik* 1/88). In einem Artikel in der *Prawda* drückt Rasputin seine Überzeugung aus, „daß wir es morgen nicht mehr mit Einzelgängern und informellen Gruppen zu tun haben werden, sondern mit einem Volk, das sein Gedächtnis (Pamjat) wiedergefunden hat“. (*Prawda* vom 24. 6. 88). Und nach seinen immer gereizteren Attacken gegen die internationale Jugendkultur und die gesamte Avantgarde der zwanziger Jahre, die er „provokativ, aggressiv und artfremd“ nennt, gehen immer mehr ehemalige Verehrer des Schriftstellers kopfschüttelnd auf Distanz.

Astafjew hat in einem im Samisdat herausgegebenen Briefwechsel mit dem jüdischen Historiker Nathan Edelman, in dem dieser die fremdenfeindlichen Motive in dessen Roman „Der traurige Detektiv“ kritisiert hatte, offensiv chauvinistische und antisemitische Standpunkte vertreten, die unter den Moskauer Intellektuellen große Bestürzung auslösten.

Wassilij Belows vieldiskutierter Roman „Alles liegt vor uns“ über den Zerfall der Familie im Moloch der Großstadt, dessen negativer Held und satanischer Bösewicht der jüdische Intellektuelle Mischka Brisch ist, enthält – abgesehen von seiner extrem wertkonservativen, ja reaktionären Grundhaltung – zahllose Andeutungen auf „böse, geheimnisvolle Mächte“, die die sittlichen Fundamente des russischen Volkes untergraben.



Swja-Toslaw Fjodorow, Mitglied der Pamjat-Bewegung
Foto: Jürgens/Ost+Europa

Schon im Herbst 1987 haben die Schriftsteller Rasputin, Below und Bondarew in einem offenen Brief in der *Prawda* zum Kampf gegen die die Jugend zersetzende Rock-Musik aufgerufen. In zahlreichen Artikeln in der Zeitschrift *Molodaja gwardija* konnte man über die geheimen Kräfte des Bösen, die in Rußland ihr unheilvolles Zersetzungswerk betreiben, über „den Faschismus, das Freimaurertum, den Kosmopolitismus und den Zionismus“ lesen. In einem dümmlichen Agentenroman in der Zeitschrift *Nasch sowremennik* mit dem Titel „Der Gerichtstag“ von Viktor Iwanow wurden alle Mißstände der sowjetischen Gesellschaft der letzten Jahrzehnte als Folge einer jüdisch-freimaurerischen Konspiration dargestellt.

Der angesehene Literaturkritiker Wadim Koschinow vertritt in umfangreichen Artikeln zur sowjetischen Geschichte und Literaturgeschichte fragwürdige Thesen, die in den Kreisen der Rechten inzwischen Allgemeingut geworden sind: Der Schuldige

an der Rekonstruktion Moskaus, also der Zerstörung des gesamten historischen Stadtkerns Mitte der dreißiger Jahre, sei nicht Stalin gewesen, sondern Lasar Mojssejewitsch Kaganowitsch; der Initiator der Zwangskollektivierung sei der damalige Volkskommissar für Landwirtschaft Jakow Arkadijewitsch Jakowlew (dessen Lebensdaten und eigentlichen Familiennamen Epstein Koschinow scheinobjektiv aus dem Lexikon zitiert), und auch der Biologe Lysenko, der die gesamte Elite der sowjetischen Genetik ins Lager oder in den Tod getrieben hatte, sei nur ein „dumpfes Werkzeug“ in den Händen der Theoretiker Deborin und Present gewesen. Und der gesamte Kult um Stalin sei, was Koschinow mit zahlreichen Äußerungen westlicher Intellektueller unter Beweis stellt, keine typisch russische, sondern eine weltweite Erscheinung gewesen, „Resultat des Wirkens einer gewaltigen, die ganze Welt erfassenden Kraft“. Der große Terror habe nicht erst unter Stalin, sondern schon in den zwanziger Jahren begonnen, wobei allerdings das Wirken Lenins bei Koschinow von jeder Kritik ausgenommen bleibt. Bucharin und die „Linken“ seien es gewesen, die die bäuerlichen Schriftsteller, insbesondere Jessenin, auf dem Gewissen hätten.

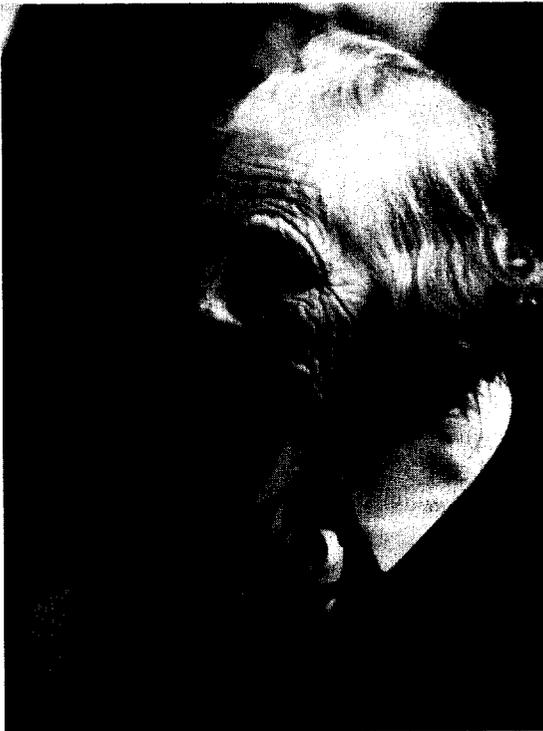
In den unterschiedlichsten Artikeln wurde die Heimholung des großen verdrängten Erbes der russischen Literatur der 20er bis 40er Jahre als „Nekrophilie“ oder als „Durchsetzung snobistischer ästhetischer Vorstellungen von Kunst“ zurückgewiesen, und mit dem „Prüfstein der Volkstümlichkeit“ jede ästhetisch anspruchsvollere Literatur als „Diktat von Intellektuellen“ denunziert. Hier wird die unselbige Verquickung von Antisemitismus und Antiintellektualismus besonders augenfällig. (Detaillierteres zu diesen Entwicklungen in meinem Aufsatz „Verschwörung gegen das russische Volk“? In: E. Reißner [Hg.], Literatur und Perestroika, Berlin 1989.)

All diese seit Jahren zu beobachtenden beunruhigenden Tendenzen haben jedoch in den letzten Monaten eine ganz neue Qualität bekommen, sind offensiv und aggressiv an die Öffentlichkeit getreten. In den überregionalen Zeitschriften des Schriftstellerverbandes, *Molodaja gwardija* (Auflage 655 000), *Moskwa* (750 000), insbesondere aber in der Zeitschrift *Nasch sowremennik* (250 000), wird das Gedankengut, das im vorgestellten „Pamjat“-Programm zusammengefaßt ist, in umfangreichen Beiträgen pseudowissenschaftlich untermauert. Die Attacken etwa gegen die Rehabilitierung Bucharins werden in jüngster Zeit in einer ganzen Serie von Ar-

tikeln aufgegriffen und vertieft. Der Ökonom Michail Antonow, einer der Hauptvertreter einer eigenständig russischen ökonomischen Entwicklung, der alle an der NEP orientierten Ansätze vehement zurückweist, stützt sich dann allerdings bei seiner „Entlarvung“ Bucharins auf dessen Selbstbeschuldigungen im Schauprozeß des Jahres 1938, dessen Protokolle er zynisch für seine Argumentation, Bucharin habe in der Sowjetunion den Kapitalismus wieder einführen wollen, heranzieht (*Nasch sowremennik* 2/89). In einem Artikel gegen die Gesellschaft „Memorial“, die sich um die detaillierte Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen bemüht und ein Denkmal für seine Opfer errichten will, heißt es als Warnung vor den falschen „Opfern“: „Trotzki träumte davon, das Land in einen feudalen Militärstaat zu verwandeln, um mit seiner Hilfe die Weltrevolution zu verwirklichen [...] Das heißt, er träumte von der Realisierung der Freimaureridee, der Macht über die ganze Welt. Das Haupthindernis auf dem Weg Trotzki war Stalin, der offensichtlich das Abenteuerliche dieser zionistisch-freimaurerischen Verschwörung gegen die Menschheit erkannte und verstand.“ (*Moskwa* 4/89, S. 170).

Und der bekannte Autor historischer Trivialromane, Valentin Pikul, dessen Werke in Millionenauflagen verbreitet sind, äußert sich in einem Interview über das Hauptziel der Freimaurer: „deren Symbole und Rituale dem Judentum entnommen“ seien, „die Eroberung der ganzen Welt“. Er empört sich über die Versuche, „die Verantwortung für die jüngste Vergangenheit auf das russische Volk abzuwälzen“. Und für ihn ist Rußland im Verhältnis zu den anderen Nationalitäten der Sowjetunion weiterhin der „ältere Bruder“, der uneigennützig geholfen habe und nun diffamiert werde. Die abstruse Verschwörungstheorie geistert übrigens überall herum und wird auch in die russische Geschichte zurückverfolgt. So wird etwa der tragische Duelltod Puschkins und Lermontows als Folge dunkler freimaurerischer Verschwörungen und Intrigen gedeutet, kürzlich erst in der verfilmten Lermontow-Biographie von Nikolaj Burljajew, der diese These gerade in einem Artikel in *Nasch sowremennik* (6/89) erneut bestätigt.

In ganzen Serien von weitschweifigen Artikeln werden der Roman Rybakows, „Die Kinder vom Arbat“, die Stücke Michail Schatrows und das große Romanwerk von Wassilij Grossman über den 2. Weltkrieg auseinandergenommen. Dagegen wäre ja nicht das geringste einzuwenden, wenn nicht die ideologische Zielrichtung und das ständig durchbre-



Mitglied der Pamjat-Bewegung

Foto: Jürgens/Ost+Europa

chende Ressentiment gegen die jüdischen Autoren die Seriosität der Kritik unglaublich machten. Grossmans bedeutendem Roman, durch den die Totalitarismusdebatte in die Perestroikadiskussionen eingebracht wurde, wird sein „Mißtrauen gegen das Volk“ und sein Eintreten für die Rechte des Einzelmenschen gegenüber Volk und Staat angekreidet und aus der Isoliertheit und Abgeschnittenheit des Autors vom russischen Volk erklärt (*Nasch sowremennik* 11/88). Wladimir Buschin polemisiert giftig gegen den „Internationalismus“ von Rybakows Roman, indem er die handelnden Personen aufzählt: „Der Grusinier Stalin und der Jude Trotzki, der Lette Rudsutak und der Jude Sinowjew, wieder der Grusinier Lominadse und der Jude Kaganowitsch . . .“ Nach dieser Auflistung höhnt er: „Was für ein Reichtum! Welche Vielfalt! Welch ausgesprochener Internationalismus!“ (*Nasch sowremennik* 4/89) Und die Übersicht des Theaterkritikers Mark Ljubomudrow über die Entwicklung des russischen Theaters, in der z. B. die Rolle des Theaterrevolutionärs Meyerhold als „Verwirklichung des trotzkistischen Programms der Denationalisierung Ruß-

lands“ betrachtet wird, sieht als die wichtigste Aufgabe heute: „Schluß machen mit der Russophobie, deren menschenverachtendes Wesen aufdecken, die Ideologen, Mietlinge und Helfershelfer jener dunklen Kraft entlarven, die das russische Leben erstickt.“ (*Nasch sowremennik* 2/89)

Die Serie der Beispiele für ein derartiges Denken könnte beliebig verlängert werden. In den allerjüngsten Ausgaben dieser Zeitschriften scheint jedoch noch einmal ein Damm gebrochen zu sein, der eine neue schmutzige Welle rechtsradikaler und antisemitischer Ideologie in die Öffentlichkeit schwappen läßt. In der Juninummer der Zeitschrift *Nasch sowremennik* entwickelt der international renommierte Mathematiker Igor Schafarewitsch unter dem Titel „Russophobie“ in widerlich pseudowissenschaftlichem Stil seine Theorie vom „Kleinen Volk“ im „Großen Volk“, jener Schicht in der Gesellschaft, „die sich sehr klar ihrer Einheiligkeit bewußt ist, die besonders deutlich durch die scharfe Entgegensetzung gegenüber dem gesamten übrigen Volk hervortritt“, jener Schicht, die sich selbst „bald als ‚Intelligenzija‘ (sehr häufig), bald als ‚Dissidenten‘ (selten), bald als ‚Elite‘, bald als ‚auserwähltes Volk‘ bezeichnet“ und „deren Rolle die endgültige Zerstörung der religiösen und nationalen Lebensgrundlagen ist“. Nun muß man nicht lange raten, wer gemeint ist. Jeden Verdacht des Antisemitismus empört von sich weisend, heißt es weiter: „Offensichtlich spielt im Leben des ‚Kleinen Volkes‘, das heute in unserem Lande lebt, der jüdische Einfluß eine außerordentlich große Rolle: wenn man danach urteilt, in welchem Maße die Literatur des ‚Kleinen Volkes‘ durchdrungen ist vom Standpunkt des jüdischen Nationalismus, ist es nur natürlich anzunehmen, daß der zentrale Kern, um den herum sich jene Schicht kristallisiert, aus nationalistisch gestimmten Juden besteht.“ „Die Losgelöstheit von der Psychologie des ‚Großen Volkes‘, die Unfähigkeit, seine historische Erfahrung zu verstehen [. . .], garantiert in Krisensituationen die Möglichkeit, dessen lebendigen Körper skrupellos zu schlachten und zurechtzuschneiden.“ Besonders bedrohlich sei die „spezifische Aktivität hinsichtlich der Ausrichtung der öffentlichen Meinung“, wobei Schafarewitsch „an den Einfluß des Gelehrten Freud, den Ruhm des Komponisten Schönberg, des Künstlers Picasso oder des Poeten Brodsky“ erinnert.

In der gleichen Ausgabe von *Nasch sowremennik* greift deren neuer Chefredakteur Stanislaw Kunjawjew, der schon in seiner Rede auf dem Vorstandsplenum des Schriftstellerverbandes (vgl. Literaturnaja



Das Moskauer Jüdische Theater

Foto: Jürgens/Ost + Europa

gasetta 10/88) zur Rettung vor „jener national-nihilistischen Schicht, die gleichsam einen Staat im Staate darstellt“, aufgerufen hatte, in aller Offenheit die „russisch-jüdische Frage“ auf. Er verteidigt die Organisation „Pamjat“, argumentiert mit dem Proportionalitätsargument, hält die russischen Pseudonyme vieler Juden für „unmoralisch“ und rühmt die „Protokolle der Weisen von Zion“, jene nachweisliche Fälschung, derer sich schon Hitler bedient hat, als das „Buch der politischen und sittlichen Apokalypse unseres Jahrhunderts“. Auch Lenin habe die Protokolle gelesen, „um die Führer dieses Typs zu kennen“. Kunjajews „Lösungsvorschlag“ für die „russisch-jüdische Frage“ sieht folgendermaßen aus: Er plädiert am Beispiel von Chagall und Levitan für die offene Trennung der russischen und der jüdischen Kultur. Chagall sieht er nicht als russischen, sondern als jüdischen Maler an, Levitan jedoch könne trotz seiner jüdischen Herkunft als russischer Künstler gelten. Dieser „großzügige“ Vorschlag zur Anerkennung einer eigenständigen jüdischen Kultur läuft natürlich auf nichts anderes hinaus als auf die Ausgrenzung aller nicht genehmen jüdischen Künstler und Intellektuellen aus der Kultur Rußlands.

Zusammenfassend läßt sich konstatieren: Die neue Offenheitspolitik hat ein sehr verbreitetes, dumpfes, irrationales rechtsextremistisches Ideengemisch aus der Tiefe an die Oberfläche gespült. Für den nun zutage getretenen, völligen wirtschaftlichen,

ideologischen und moralischen Zusammenbruch werden Sündenböcke gesucht. In den letzten Monaten ist ein deutliches Anschwellen dieser rechtsradikalen Welle zu beobachten, die in immer offensiveren und aggressiveren Artikeln ihren Niederschlag findet, wobei kaum noch ein Unterschied festzustellen ist zwischen den Programmschriften der rechtsradikal-antisemitischen Organisation „Pamjat“ und den Publikationen bekannter Autoren und Literaturkritiker in seriösen literarischen Zeitschriften. Die Zielrichtung des Kampfes dieser Strömung schält sich immer deutlicher heraus. Es sind die liberalen und demokratischen Kräfte in der Partei und der Gesellschaft, die für eine Demokratisierung des Landes, eine Öffnung gegenüber Westeuropa, den freiheitlichen Rechtsstaat und eine marktwirtschaftlich orientierte Ökonomie eintreten. Obwohl die meisten Rechtsradikalen in Rußland die Revolution grundsätzlich ablehnen, verbünden sie sich in diesem Kampf mit den Altstalinisten als den Anhängern eines starken, von Rußland angeführten Sowjetstaats.

Das, was Andrej Amalrik schon in den 70er Jahren in zahlreichen Artikeln als die gefährlichste zu erwartende Entwicklung voraussah, nämlich die Verbindung der Nationalisten mit den Stalinisten, einen „neostalinistischen Nationalismus“, zeichnet sich immer deutlicher ab. Das verheißt nichts Gutes für das Schicksal der Perestroika.

„Die Richtung ist selbstverständlich eine pluralistische Struktur und Kultur“

Gespräch mit
Svetozar Stojanović

Svetozar Stojanović ist Professor für Philosophie aus Belgrad, Autor u. a. der Bücher: „Kritik und Zukunft des Sozialismus“ und „Geschichte und Parteibewußtsein“; „Veteran“ und „opinion leader“ der 68er Studentenbewegung in Jugoslawien, insbesondere aber einer der führenden Köpfe der jugoslawischen Philosophengruppe PRAXIS (gleichnamige Zeitschrift in serbokroatischer und internationaler Ausgabe 1965 bis 1975, Sommerschule auf der dalmatinischen Insel Korčula – bis 1974), der sich wegen seiner system- und ideologiekritischen Haltung gemeinsam mit 7 Kollegen aus Belgrad, Zagreb und Ljubljana schließlich (1975) ein Berufsverbot einhandelte; bis auf ein Lehrverbot kann sich Stojanović inzwischen wieder frei in Jugoslawien bewegen und äußern. Er hat eine Anstellung am Belgrader Institut für Sozialtheorie an der dortigen Universität.

Das Gespräch führte Ursula Rütten.

NG/FH: Wenn Sie politisch mitentscheiden könnten, was würden Sie anregen zur Überwindung der gegenwärtigen Krise?

S. Stojanović: Wie früher denke ich, daß wir eine radikale sozial-politische und ökonomische Reform durchführen sollen. Zuerst selbstverständlich eine politische Reform, weil dieses System in Jugoslawien ein polit-ökonomisches ist, in dem die Politik dominiert. Deswegen sind das alles Illusionen, daß man eine radikale ökonomische Reform machen könnte ohne eine radikal politische Reform. Eine radikale politische Reform in Jugoslawien bedeutet u. a. eine radikale Reform der politischen Struktur und der politischen Organisationen. Wie früher würde ich selbstverständlich betonen: eine radikale Demokratisierung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), aber das genügt heute nicht mehr. Was wir brauchen, ist eine neue Organisation, einen Bund der Sozialisten, eine Massenorganisation von denjenigen, die für den demokratischen So-



Svetozar Stojanović

Foto: Ursula Rütten

zialismus in Jugoslawien eintreten, die aber keine Kommunisten sind. Ein demokratisierter Bund der Kommunisten müßte dann im Rahmen von diesem neuen Bund der Sozialisten funktionieren. Eine weitere Konsequenz wären freie Wahlen in Jugoslawien.

Weil ein unbeschränkter politischer Pluralismus in Jugoslawien nicht an der Tagesordnung ist, müßte man diese freien Wahlen im Rahmen des neuen Bundes der Sozialisten organisieren. Ich schlage vor, daß es einen Pakt zwischen dem Bund der Kommunisten und dem Bund der Sozialisten geben sollte, wonach 51 % der Kandidaten für alle Posten Kommunisten sein sollen, aber für alle Posten Kommunisten gegen Kommunisten konkurrieren müssen. Mit anderen Worten: Es muß mehrere Kandidaten geben. Ein weiterer Vorschlag von mir ist, daß nicht nur die Kommunistische Partei diese Kandidaten aufstellen sollte, sondern auch die Nichtkommunisten. Alle anderen, d. h. 49 % der Posten, sollen ganz offen sein für eine völlig freie Konkurrenz, und das

bedeutet, daß ich als Endziel ein Mehrparteiensystem in Jugoslawien sehe. Aber nur als Endziel, weil ich mir keinen demokratischen Sozialismus ohne Mehrparteiensystem vorstellen kann. Die realpolitische Frage ist: Wie kann man dieses Endziel verwirklichen? Das wird ein politischer Prozeß sein, der mehrere Stufen durchlaufen wird.

NG/FH: Glauben Sie, daß es so viele demokratische Kräfte in Jugoslawien gibt, die nichtkommunistisch denken, sich aber auf dem Boden der Verfassung und des Selbstverwaltungssozialismus engagieren würden in der Form, die Sie jetzt angeregt haben?

S. Stojanović: Natürlich werde ich immer gefragt, ob das alles realisierbar ist. Viele Freunde von mir sagen, das ist überhaupt nicht verwirklichbar. Darauf antworte ich immer: Wir müssen ja einmal mit etwas beginnen. Also, ich würde nichts dagegen haben, wenn die Kommunistische Partei mit dieser sozialistischen Allianz beginnen würde wie zum Beispiel in Slovenien. Das würde ein Schritt in diese Richtung sein. Mir geht es nicht um Details. Mir geht es mehr um die Richtung. Und die Richtung ist selbstverständlich eine pluralistische Struktur bzw. Kultur, im Gegensatz zu der, wie wir sie heute haben. Heutzutage ist es so, daß die in Slovenien einen sozialistischen Pluralismus im Rahmen des Einparteiensystems irgendwie versuchen zu organisieren. In anderen Teilen Jugoslawiens wird immer noch versucht, mit einem strikten Einparteiensystem die Krise zu überwinden. Ein solches striktes Einparteiensystem im Leninschen Sinn kann überhaupt keine Krise überwinden. Aber ich glaube, daß es in Jugoslawien noch viele Leute gibt, die keine Kommunisten sind, die aber demokratische Sozialisten sind und für die bestehende sozialistische Selbstverwaltung eintreten, und ich glaube, daß es in Jugoslawien – und das ist die Chance für die Reform – doch noch genügend demokratische Kommunisten gibt.

NG/FH: Wie schätzen Sie die Rolle der slovenischen Regierung, des slovenischen Bundes der Kommunisten ein? Sehen Sie vielleicht, daß sich dort Kräfte zu formieren beginnen, die in diese Richtung denken und versuchen, Politik zu machen – in Opposition zu anderen Sektionen des BdkJ?

S. Stojanović: Selbstverständlich. Das ist eine Avantgarde im Rahmen einer Avantgarde, die überhaupt keine mehr ist. Deswegen unterstütze ich hauptsächlich diese Richtung in Slovenien, diese Demokratisierung bürgerlicher und Menschenrechte, diese Liberalisierung, diese unabhängigen Organisationen, autonome Gruppen, soziale Bewegungen usw. Ich würde sagen, daß die slovenische

Kommunistische Partei ein Grenzfall zwischen dem regierenden Kommunismus ist, den wir aus der Geschichte kennen und der so heute immer noch in Jugoslawien praktiziert wird, und dem Eurokommunismus. Und es sollte wohl so sein, weil das ja auch eine geographische Nähe zu Italien ist. Das bedeutet natürlich nicht, daß ich keine kritischen Anmerkungen dazu hätte, aber gar nicht mal soviel über die Kommunistische Partei in Slovenien, sondern eher über die eine oder andere Gruppierung.

NG/FH: Wie schätzen Sie die gegenwärtige Potenz der Slovenen ein, sich gegen orthodoxe kommunistische Kräfte in Jugoslawien durchzusetzen?

S. Stojanović: Glücklicherweise gibt es ähnliche Bestrebungen in manchen anderen Teilen von Jugoslawien. Gruppierungen gibt es in Belgrad, unter Intellektuellen hauptsächlich, aber es gibt auch eine veränderte Situation in Bosnien/Hercegovina. Wer hätte das noch vor einem Jahr gedacht? Und natürlich ist die Presse sehr liberalisiert dort, die diskutiert alle Fragen, die kritisiert die Parteispitze, die Regierung. Es ist eine ziemlich offene Situation. Nun, ich glaube, daß diese slovenische Richtung eine realistische Chance hat, aber unter einer Vorbedingung, daß sie sich bemühen, mehr als bis jetzt, die Liberalisierung und Demokratisierung so zu formulieren, daß sich das nicht nur auf Slovenien beschränkt, sondern daß mehr jugoslawisch-demokratische Programme formuliert werden, zusammen mit anderen demokratischen Gruppierungen. Ich sehe, daß es da einige demokratische Gruppierungen gibt, die sich hauptsächlich bzw. ausschließlich auf Slovenien beschränken. Und es gibt da so eine Illusion bei diesen Gruppierungen, die glauben schon, daß sie in einer Konföderation leben. Jugoslawien ist in einem gewissen Sinne eine Konföderation, aber nicht in allem. Wenn man also nicht in einer Konföderation lebt, muß man die Föderation eben so organisieren, daß sie in dieser Richtung funktionieren kann. Nun, die jugoslawische Föderation ist völlig paralysiert, was die ökonomische und die politische Reform betrifft, weil sich diese Gruppierungen in den einzelnen Republiken und Provinzen gegenseitig blockieren.

NG/FH: Was müßte Ihrer Meinung nach geändert werden, damit das verhindert wird?

S. Stojanović: Wir müssen die Verfassung radikal ändern. Was den Entscheidungsprozeß auf Bundesebene betrifft, muß man in der Verfassung ein paar Punkte so konkret umdefinieren, daß es keine Möglichkeit der Abstimmung geben sollte (gemeint ist hier die Kritik an dem Konsensprinzip, das jeder

Republik bzw. Provinz das Vetorecht einräumt, wodurch bundespolitische Initiativen zu Fall gebracht werden können). Ich denke hierbei an Fragen, die ich als essentiell für die nationale Gleichberechtigung ansehe. Zum Beispiel die Sprache, die Kultur, die dezentralisierte Administration usw. Über alle anderen Fragen müßte dann, wie in allen Staaten, irgendwie abgestimmt werden, in einigen Fällen sollten 51 % der Stimmen reichen. Anders gibt es keine Möglichkeit einer funktionierenden Föderation in Jugoslawien oder einer Überwindung unserer Krise. **NG/FH:** Vergegenwärtigen Sie sich bitte einmal die junge Generation, die nicht so bewußt unter Tito aufgewachsen ist. Wie schätzen Sie deren Engagement für Jugoslawien ein, deren Identifizierung mit Jugoslawien?

S. Stojanović: Mein Eindruck ist, daß viele der jungen Leute immer noch die nationale Bewegung zwischen '41 und '45 respektieren, daß sie auch sehr den Abbruch mit Stalin respektieren, 1948 und die Konsequenzen daraus, daß sie auch die Idee der Selbstverwaltung respektieren, aber realistischer definiert als die Demokratisierung des Arbeitsplatzes. Also, die glauben nicht an einen Mythos der Selbstverwaltung. Ich möchte weiterhin zwei Typen junger Leute miteinander vergleichen: eine Generation, die '68, die Studentenbewegung, die Studentendemonstrationen geführt hat, und die heutige Generation. Ich glaube, daß der Hauptunterschied zwischen diesen zwei Generationen ist, daß für die '68er Generation, die Linke, der Hauptwert die Egalität, die Gleichberechtigung war, die die Freiheit nach sich ziehen würde. Jetzt ist es, glaube ich, umgekehrt. Der Hauptwert für diese Generation ist die Liberalität, die Freiheit, und im Zusammenhang damit tendiert diese Generation dahin, die Egalität zu definieren, weil diese Generation aus der Erfahrung der früheren Generation gelernt hat, daß in diesem System des Etatismus es viel leichter ist für die herrschende etatistische Klasse, mit Egalität zu manipulieren als mit der Freiheit. Für diese Generation braucht man eine grundlegende Umdefinierung des Sozialismus. Die ist überhaupt nicht daran interessiert, irgendein utopisches Programm zu verwirklichen, sondern wenn die sozialistisch orientiert sind, wollen sie so etwas wie Demokratischen Sozialismus im ausgehenden 20. Jahrhundert, der also verwirklichbar ist und funktionsfähig.

Und deswegen glaube ich, daß einige wesentliche Punkte des klassischen marxistischen Paradigmas für diese Generation irrelevant sind, zum Beispiel das Absterben des Staates. Das bedeutet überhaupt

nichts für diese Generation, weil sie weiß, daß sie in einem Staat lebt, wo eine soziale Gruppierung, die herrschende Klasse, ein Strukturmonopol der Kontrolle über den Staat ausübt und durch den Staat eine Strukturmonopolkontrolle über die strategischen Produktionsmittel ausübt. Und deswegen ist für diese junge Generation ein politisches Programm nur dann realistisch, wenn man auf dieses Monopol mit dem Programm der Pluralisierung des Staates, mit einem rechtsstaatlichen Programm antwortet. Für diese Generation sind die ganzen 70er Jahre verloren, weil es da einen repressiven Kurs in Jugoslawien gab anstatt einer radikalen politisch-ökonomischen Reform.

Ursula Rütten Streiflichter über jugoslawische Innenansichten des Nationalitätenkonflikts

Dr. Ursula Rütten, geboren 1950, ist freie Journalistin.

Besonders die auf einen politischen Wandel hinweisenden Ereignisse in Polen und Ungarn während dieses Jahres haben ein Land des kommunistischen Machtbereichs Europas aus publizistischen Betrachtungen weitgehend ausgeblendet: Jugoslawien. Nun ist dies kein Land, das für westliche „Heim-ins-Reich“-Visionen attraktiv werden könnte, weil es Moskau trotzt, indem es auf Autonomie hinsichtlich seiner inneren Angelegenheiten pocht. Jugoslawien ist ein blockfreies Land. Den Widerstand gegen die politische und ideologische Bevormundung seitens der Kremelführung hat es ebenso hinter sich (41 Jahre) wie Diskussionen über politischen Pluralismus, Selbstverwaltung und Marktwirtschaft einschließlich praktischer Konsequenzen daraus. Tragisch ist für dieses Land, daß die politische Wirklichkeit nicht mit den theoretischen Ansprüchen Schritt gehalten hat, ebenso wie es die föderative Struktur und die den Gegebenheiten eines multinationalen Staates besonders Rechnung tragende Verfassung von 1974 nicht erreicht haben, die Gegensätze, ja so-

gar die Rivalitäten zwischen einzelnen Nationen zu kompensieren zugunsten eines gesamtjugoslawischen Interessenskonsenses.

Besonders eine Tatsache ist heute im Vergleich zu früher offenkundig: die Vereinzelung der Teilrepubliken, besonders Sloweniens, Kroatiens und Serbiens, aber auch der zu Serbien gehörenden autonomen Provinz Kosovo. Das, was zur Beschreibung eines „Zeitgeist“-Phänomens „Rückzug in die Innerlichkeit“ genannt wird, trifft gewissermaßen auch auf diese Nationen im Kollektiv zu: auf die politische Standortbestimmung der Zentralkomitees der jeweiligen kommunistischen Bünde wie auch auf die informellen intellektuellen Zentren, besonders in Gestalt der Schriftstellerverbände und Akademien der Wissenschaften und Künste.

Hört man die Slowenen, wie sie gegen den serbischen Parteichef Slobodan Milošević wettern – nicht selten vergleicht man ihn dort mit Goebbels, sogar mit Hitler –, gegen den serbischen Unitarismus, gegen serbische Versuche, kritische veröffentlichte Meinung als „konterrevolutionäre Machenschaften“ zu diffamieren, dann wird man leicht befangen gegenüber Serbien, dieser größten Nation in der jugoslawischen Föderation. Schließlich gibt es zahlreiche Belege für ein knallhartes (groß)serbisches Auftreten gegenüber Slowenien, auch ohne daß da gleich Schüsse fallen müssen wie im Kosovo.

Es gibt neben andauernden Pressepolemiken z. B. das geheime Dokument eines „Befriedungsplanes“ eines „Militärrats“ in Belgrad, der dem „konterrevolutionären Treiben“ in Slowenien Einhalt gebieten sollte. Das Dokument wurde der Zeitschrift MLADINA von einem Armeegefreiten zugespielt, doch noch vor Drucklegung der Nummer 13 der Mai-Ausgabe 1988 abgefangen. Deswegen wurden vier Männer vor ein Militärgericht in Ljubljana gestellt – drei Journalisten und der Gefreite, dem das Papier in die Hände gefallen war. Die Gerichtsverhandlung erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne zivile Anwälte. Sie wurde in serbokroatischer Sprache geführt – gegen Slowenen in Slowenien; es war das erste Mal seit Kriegsende, daß sich Zivilisten vor Militärs verantworten mußten.

Von diesem Affront, einschließlich der Ursache, zehren die Slowenen bis auf den heutigen Tag. Die Parteiführung distanziert sich sachlich und sucht weiter nach einem „Sozialismus nach Maß des Menschen“; der slowenische Jugendverband, die wohl stärkste systemimmanente Opposition, entwirft gemeinsam mit Vertretern des slowenischen Schriftstellerverbandes, des Komitees für den Schutz der

Menschenrechte, des Bauernverbandes, des Sozialdemokratischen Bundes und des Slowenischen Demokratischen Bundes SDZ, eine noch weitergehende alternative Verfassung für Slowenien in deutlicher Ausrichtung auf politische Demokratisierung und politischen Pluralismus. Der SDZ, dem nahezu alle namhaften slowenischen Intellektuellen angehören, propagiert eine *slowenische* Lösung zur Aufhebung der Demokratie- und Liberalismusdefizite in Jugoslawien.

Die Kroaten erscheinen im internationalen Rampenlicht, seit Tito ihren politischen „Frühling“ 1971 ex cathedra vorzeitig ausdörnte, ziemlich kleinlaut und politisch eher profillos. Das täuscht in der Bewertung. Die Zurückhaltung hat taktische Gründe. Kroatien will nach den Worten von Dražen Vukov-Colić, Chefredakteur des einflußreichen Zagreber Wochenmagazins DANAS, weder eine ideelle noch eine praktisch-politische Koalition mit dem „zentralistisch-etatistischen“ Serbien, das könne nur zu einer Ausgrenzung von Slowenien führen als Nation II. Klasse; andererseits vermag sich Vukov-Colić nicht mit den „Oberlehrer-Attitüden“ Sloweniens einverstanden erklären, was den „richtigen Weg“ Jugoslawiens zur Bewältigung der derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Krise angeht. Die kroatische Politik sei momentan eben eine re-aktive, eine Politik der Mitte zwischen einem eher „rechten“, kommunistisch-orthodoxen und einem linken Reformflügel. Die serbische Politik gegenüber Kosovo und natürlich jüngste Stimmen aus Belgrad, die um die Rechte der serbischen Minderheit in Kroatien bangen, werden indes einmütig verurteilt, nicht nur in den Massenmedien. Auch Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt sind ein Indiz für die wachsende aktuelle zwischennationale Auseinandersetzung einschließlich einer kritischen Retrospektive auf die historische Rolle Titos und Stalins.

So irrational, wie die serbischen Ausfälle gegen Slowenien, zum Teil auch gegen Kroatien, geschädert werden, können die Serben doch gar nicht denken und empfinden? Die Hauptstadt Belgrad ist immer noch eine Stadt mit einer hochentwickelten Kultur, sie ist Lebensmitte zahlreicher international renommierter Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler. Alexander Petrov, der serbische Schriftsteller und bis vor kurzem noch Präsident des Schriftstellerverbandes, bedauerte gegenüber der kommunistisch fundierten Massenorganisation „Sozialistischer Bund der Werktätigen Völker Jugoslawiens“, daß ein so hervorragender beliebter Politiker wie Slobodan Milošević mit dem Makel Präsi-



Ljubljana

Foto: C. Prella

dent geworden sei, daß er nicht gewählt, sondern nur ernannt wurde. Ein Defizit an Demokratie wird hier also ausgemacht im Zusammenhang mit einem zweifellos charismatischen Führer, den weite Teile der serbischen Bevölkerung hochjubeln, der aber nicht gerade für demokratische politische Umgangsformen und Toleranz gegenüber Andersdenkenden bekannt ist.

Slobodan Milošević steht in erster Linie für die Erstarkung, aus seiner Sicht: die *Rehabilitierung* serbischer Interessen ein. Die sieht er eklatant beeinträchtigt durch die albanische Bevölkerungsmehrheit in der serbischen Autonomen Provinz Kosovo und die nach – serbischer Lesart – „Autonomiebestrebungen der albanischen Irredenta“. Und dies ist sicher keine singuläre anachronistische Einschätzung eines postmodernen serbischen Großfürsten unter ziviler Tarnkappe. Diese Ansicht teilen wer weiß wie viele – alle? – Serben quer durch die gesellschaftlichen Schichten und Bildungsgrade. Auf meine Frage, ob er denn Anhaltspunkte dafür sehe, daß sich die Kosovo-Albaner lieber ihrem albanischen Nachbarstaat anschließen, als weiterhin im

jugoslawischen Staatsverband zu leben, meinte beispielsweise Ivan Ivanji, serbischer Schriftsteller und Ende der 70er Jahre Presse- und Kulturattaché seiner Bundesregierung in Bonn: Nein, er kenne niemanden, der das wolle, aber: seiner Ansicht nach liefe die Idee jener Albaner, die für eine (siebte) Teilrepublik Kosovo eintreten, auf das klare Ziel hinaus, Kosovo von Jugoslawien zu lösen, es nicht Albanien einzuverleiben, sondern das heutige Albanien zu schlucken. Sie, die jugoslawischen Albaner, seien „wahrscheinlich zu Recht der Meinung, daß sie besser gebildet sind, daß sie die Welt besser kennen . . ., daß sie dazu berufen sind, ein Groß-Albanien zu beherrschen“. Und was das innerjugoslawische Problem mit diesen Kosovo-Albanern angehe, so liege das Hauptproblem in der Geburtenrate. Diese sei die größte in Europa, eine der größten weltweit, während die Zuwachsrate der südslawischen Völker stark rückläufig sei. „Das bedeutet“, so folgert Ivan Ivanji, „daß es schon längst nicht mehr um Kosovo geht. Die Albaner haben eine Mehrheit in einem Drittel von Makedonien und in drei Bezirken im Süden Serbiens. Man kann es nicht buchstäblich mit Ir-

land vergleichen, aber Jugoslawien wird mit Kosovo leben müssen wie Großbritannien mit Irland.“

Gerade diesen Vergleich will der kroatische Journalist Jurij Gustinčić von der Tageszeitung „SLOBODNA DALMATIJA“ eben nicht gezogen sehen, wenngleich Kosovo „das dramatischste aller politischen und ethnischen Schlachtfelder des Landes“ sei. Meist stammten die apokalyptischen Warnungen von den Chefs der verschiedenen politischen Lager. Aber es seien Warnungen, die von taktischen Erwägungen getönt seien und vornehmlich auf das Geringel zielten, das sich heutzutage von einer Sitzung des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens zur nächsten vollziehe.

Auf dieser Ebene, die nach meinem Eindruck etwas von südslawischer Bazar-Händler-Mentalität selbst auf dem „Markt“ der politischen Entscheidungsfindung zu erkennen geben will, begegnet uns auch wieder der Serbe Ivanji. Ihm stellt sich z. B. die

öffentlich ausgetragene Fehde zwischen dem serbischen und dem slowenischen Parteiführer, Milošević und Kučan „als Ersatz für den fehlenden gesamtjugoslawischen Pluralismus“ dar. Auf Bundesebene könne sich niemand derart stilisieren, wie seinerzeit Tito, weil dies die Verfassung verhindere. Also müßten schon die einzelnen Führungspersonlichkeiten der jeweiligen Republiken, so sie solche überhaupt sind, als Konkurrenten und Kontrahenten auftreten.

Von den außerhalb der politischen Brennpunkte Belgrad, Priština, Ljubljana und Zagreb liegenden Republikhauptstädten Sarajevo (Bosnien/Herzegovina), Titograd (Montenegro) und Skoplje (Makedonien) lassen sich zur Zeit weniger markante Entwicklungen in Richtung eines eigenidentifizierten, eigenwilligen politischen Kurses ablesen. Die Korruptionsskandale in Bosnien stehen ebenso auf einem anderen Blatt wie der latente Konflikt Makedoniens um Landsleute, Sprache, Geschichte und



Slobodan Milošević, Präsident des ZK der Serbischen Kommunisten, vor Arbeitern in der Bundesversammlung in Belgrad

Foto: dpa

Kultur mit Bulgarien und Griechenland. Diese drei südlichen Teilrepubliken fungieren gegenwärtig mehr als – wechselnde – Koalitionspartner bei Wahlen gesamtjugoslawischer Regierungs- und Parteivertreter und bei einzelnen politischen und ökonomischen Standortfragen.

Die Frage, ob Jugoslawien denn nun vor dem Zerfall stehe, steht eigentlich schon seit seiner Staatsgründung im Raum. Das macht sie zwar nicht lächerlich, nimmt ihr aber doch die Spitze. Immer wieder haben sich nicht nur „gesunder Menschenverstand“, das Abwägen von alternativen Führungspersönlichkeiten in den einzelnen Republiken und auch mal das eine oder andere „Machtwort“ aus Belgrad bewährt, um sich wieder an einen gemeinsamen Tisch zu setzen.

Daß es jetzt zu solchen Erosionserscheinungen kommt, besonders zwischen Belgrad und Ljubljana, kann durchaus ein politisch-kreatives Potential enthalten, mehr als jener mystisch verbrämte „Fahnen-eid“ auf „Brüderlichkeit und Einheit“, wie Tito ihn seine „Mannen“ zwischen Ljubljana und Skoplje schwören ließ. Dieses Hoffungsprinzip der durch

die „gemeinsamen Interessen der werktätigen Völker Jugoslawiens“ überwindbaren nationalen Konflikte stellt sich nach Titos Tod als unrealistisch heraus. Es hat die bestehenden Probleme unter den Teppich seines Charismas und des Rekurses auf den gemeinsamen antifaschistischen Volksbefreiungskampf gekehrt.

Nunmehr verwalten die Enkel dieses postrevolutionäre Erbe. Und sie blicken durchweg alle auf mehr Demokratie, mehr Liberalität, mehr individuelle Freiheit.

Über die Zukunft des Sozialismus ist damit in Jugoslawien noch längst nicht entschieden. Der zukunftsweisende Diskurs in Jugoslawien trägt andere Akzente. In seinem Mittelpunkt steht die „Zivilgesellschaft“, die „bürgerliche Gesellschaft im Sozialismus“ oder – ohne ihn. Hier steht die Diskussion noch am Anfang. Aber in diese Denkrichtung dürfte auch die Standortfrage der Nationalitäten münden. Und – auf dem pluralistischen Fundament dieses Diskurses dürfte die Nationalitätenfrage nicht schlecht aufgehoben sein.

Richard Wagner Mit dem Rücken zur Wand Ceausescu und Ungarns Reformen

Richard Wagner, geboren 1952 in Lowrin/Banat (Rumänien). Veröffentlichte in Rumänien mehrere Lyrik- und Prosabände in deutscher Sprache. Lebt seit 1987 in Berlin. In der Bundesrepublik erschienen u. a. die Erzählungen „Ausreiseartrag“ und „Begrüßungsgeld“.

Die Länder Osteuropas stehen sich heute in zwei Gruppen gegenüber, die der Konservativen und die der Reformer, wobei sich die Konservativen ebenso uneins sind wie die Reformer. Einig sind sich allerdings viele Reformer und Konservative untereinander: es geht um die Machterhaltung, es geht nicht um

die Ziele des Kommunismus, es geht um die Machterhaltung der Nomenklatura.

Die Konservativen stehen mit dem Rücken zur Wand, die Reformer ähneln oft jenen Verzweifelten, die die Flucht nach vorn angetreten haben. Die Konzepte der einen wie der anderen sind fragwürdig. Die Konservativen wollen die Macht mit allen Mitteln festhalten, die Reformer taktieren. Ihr Verhalten erinnert stark an das kommunistische Auftreten in der Übergangsphase der Machtübernahme nach dem Zweiten Weltkrieg.

Daß das Ceausescu-Regime zu den Konservativen gehört, überrascht in Rumänien keinen. Ceausescu selber ist ein Kommunist der ersten Stunde. Er befand sich schon zu Stalins Lebzeiten in der Spitze des rumänischen Parteiapparats und war an allen wichtigen Maßnahmen (und Verbrechen) der fünfziger Jahre maßgeblich beteiligt: am Umbau der Armee, an der Kollektivierung, an der Disziplinierung der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen.

Das entscheidende Erlebnis für die rumänischen Kommunisten, einer Partei, die bei Kriegsende keine tausend Mitglieder zählte und politisch und

intellektuell gesichtslos war, aber sich dann bald mit allerlei Opportunisten und Aufsteigern zur Massenpartei füllte, war offenbar der Volksaufstand im benachbarten Ungarn im Jahr 1956. Sie lebten damals in der Angst, daß die Bewegung auf Rumänien, das eine starke ungarische Minderheit mit einer bedeutenden Rolle in Wirtschaft und Sozialleben hat, übergreifen könnte.

Die rumänischen Kommunisten beteiligten sich aktiv an der Diskreditierung der ungarischen Entwicklung und an der Niederschlagung des ungarischen Aufstands. Ein Teil der sowjetischen Truppen fuhr durch Rumänien nach Ungarn, die Nagy-Leute wurden schließlich in Snagov, in der Nähe der rumänischen Hauptstadt Bukarest, interniert. Es ist eine pikanterie der Geschichte, daß das bürgerliche Rumänien 1919 mit Truppen zur Vernichtung der Budapester Räterepublik beigetragen hatte.

Nach der Episode des ungarischen Aufstands begannen die rumänischen Kommunisten anscheinend intensiver über die Machterhaltung nachzudenken. Sie führten ein paar kosmetische Wirtschaftsreformen durch, es gelang ihnen 1958, die sowjetischen Besatzungstruppen aus Rumänien zu verabschieden. Ohne den Abzug der Sowjettruppen wäre die spätere Entwicklung in Rumänien undenkbar gewesen. Es folgte, seit dem Anfang der sechziger Jahre, eine vorsichtige, aber immer deutlichere Distanzierung von der Sowjetunion, die bald in den bekannten spektakulären Gesten (neutrale Haltung im chinesisch-sowjetischen Konflikt, kein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel 1967, keine Beteiligung beim Einmarsch in Prag 1968) münden sollte, die den Westen so beeindruckten und Ceausescu so kreditwürdig erscheinen ließen.

Die Rumänen haben, wie alle Balkanvölker, ein überschwengliches nationales Denken und, wie alle Balkanvölker, einen tiefen nationalen Frust. Die rumänischen Kommunisten haben bereits am Ende der fünfziger Jahre ihre Überlebenschance in der Instrumentalisierung der nationalen Gefühle erkannt. Dadurch, daß sie sich von der Sowjetunion distanzieren, konnten sie als Retter der antirussisch denkenden Nation auftreten. Das war nach der materiellen Enteignung ein wichtiger Schritt zur ideellen Enteignung der Nation. Indem die Kommunisten die nationalen Belange sichtbar auf ihre Fahnen schrieben, entzogen sie einer potentiellen antikommunistischen Opposition den Boden. Lieder, für deren Absingen in Kneipen man in den fünfziger Jahren ins Gefängnis kam, waren bald im Fernsehen zu hören, eines davon wurde am Ende der siebziger Jahre

von Ceausescu sogar zur neuen Staatshymne erhoben. Die Kommunisten führten alte Feiertage wieder ein und ließen sich als letzte Konsequenz der nationalen Geschichte feiern. Sie gaben der Nation die Illusion der Normalität.

Ceausescus Nationalkommunismus okkupierte die nationalen Symbole. Jede Kritik wurde als pro-sowjetisch eingestuft, jeder Kritiker Ceausescus innerhalb der Partei als Handlanger der Sowjets diffamiert. Das konnte man, mit Rücksicht auf den großen Bruder, nicht in den Medien verbreiten, und so bediente sich bei derlei Diskreditierungsmanövern Ceausescus perfider Geheimdienst der Flüsterpropaganda. So geschehen auch im Fall des Altkommunisten Constantin Parvulescu, der 1979, auf dem zwölften Parteitag, die Absetzung Ceausescus gefordert hatte. Jede unpopuläre Maßnahme wurde vor der Bevölkerung mit den „Russen“ erklärt, jede Öffnung der Gesellschaft wurde mit dem Hinweis abgewürgt, die „Russen“ kommen. Diese Strategie, so einfach wie effektiv, hat sogar den Westen überzeugt. So schrieb Georg Reißmüller am 1. 9. 1982 in der FAZ: „Man hielt im Westen den rumänischen Führern zugute, daß sie im Angesicht der mißtrauischen Sowjetunion nicht zuviel Veränderung riskieren durften. Man erwog auch, daß in einem innenpolitisch aufgelockerten Rumänien die Sowjets es leichter hätten, Unruhe zu stiften.“

Ceausescu hat durch seine aberwitzige Industrialisierungspolitik, durch seine utopistischen Gesellschaftsambitionen, die als „Homogenisierung der Nation“ und „Systematisierung der Ortschaften“ daherkommen und zur weiteren Unterdrückung der Minderheiten und zur Zerstörung der historisch gewachsenen Siedlungen geführt haben, durch Personenkult und eine beispiellose Überwachungsstrategie mit seinem Clan Rumänien in die tiefste Krise seiner Geschichte geführt, wobei es für die Bevölkerung nur noch ums tägliche Überleben geht. Seit dem Beginn der achtziger Jahre hat Ceausescu zunehmend Schwierigkeiten, das Feindbild Sowjetunion in der Bevölkerung wachzuhalten.

Hätte 1968 bei einem Einmarsch in Rumänien die gesamte Bevölkerung hinter Ceausescu gestanden, so würden die Leute heute, angesichts der Lage in Rumänien, die Russen mit Blumen empfangen, wie in den stalinistischen Propagandafilmen der frühen fünfziger Jahre. Das Feindbild ist ausgereizt, und das hat nicht einmal in erster Linie mit der Attraktivität der Gorbatschowschen Reformideen zu tun, sondern mit der Rücksichtslosigkeit des Ceausescu-Regimes. Die Bevölkerung, die die Gorbatschow-

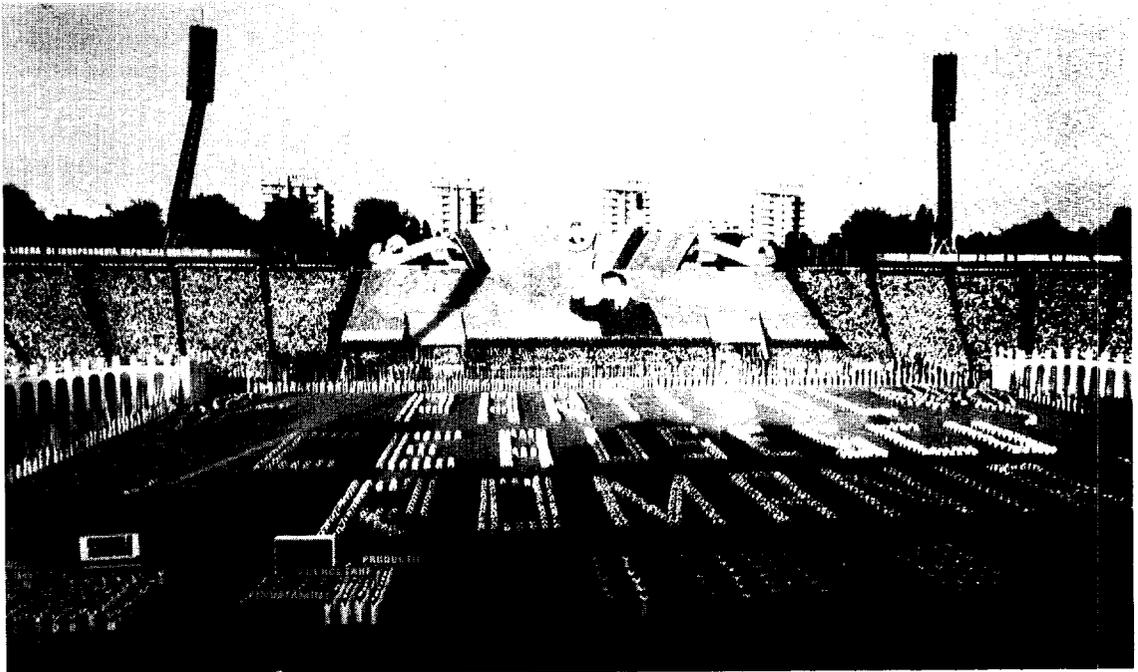
sche Politik nur vom Hörensagen kennt – die rumänischen Medien ignorieren Perestroika und Glasnost –, ist so verzweifelt, daß es ihr egal ist, was nach Ceausescu kommt, Hauptsache er verschwindet. So erschöpft sich eine politische Diskussion in Rumänien oft in Spekulationen über vermutete Krankheiten des umtriebigen Diktators.

Seit den frühen achtziger Jahren ist in Rumänien sichtbar geworden, daß das Regime versucht, das verblässende Feindbild „Russen“ durch die Ungarn zu ersetzen. Spekuliert wird dabei auf eine historische Konfliktsituation zwischen den beiden Völkern, die in großen Teilen der Bevölkerung bis heute emotional wirksam ist. Es geht um Territorialfragen, um Siebenbürgen, das bis 1919 mit Ungarn, zuletzt im Rahmen des Habsburgerreichs, verbunden war, 1940 im Wiener Schiedsspruch geteilt wurde und seit Kriegsende wieder ganz zu Rumänien gehört, was dazu geführt hat, daß Rumänien eine ungarische Minderheit von annähernd zwei Millionen Menschen hat, die zum Teil in geschlossenen Siedlungsgebieten, vor allem im Inneren des Karpatenbogens, lebt. Dort hatte die ungarische Minderheit eine autonome Region, die von den Rumänen merkwürdigerweise als stalinistisches Relikt betrachtet wurde und

von Ceausescu auf der Welle der nationalistischen Begeisterung am Ende der sechziger Jahre durch eine Verwaltungsreform abgeschafft worden ist. Seither rissen die Versuche, diese Minderheiten zu schwächen und ihren kulturellen Hintergrund auszulöschen, nicht ab.

Seit den siebziger Jahren häuften sich die Repressionen gegen die Minderheiten in Rumänien. Es fing mit Sparmaßnahmen gegenüber den Medien an, führte zum Verbot von Ortsnamen in der Sprache der Minderheiten und reicht bis zum Programm der „Systematisierung“ oder im Klartext der Zerstörung der historisch gewachsenen Siedlungsstrukturen des Landes, was für die Minderheiten durch die Aufhebung ihres kulturellen Zusammenhalts das Aus bedeutet.

Wegen der ungarischen Minderheit gab es bereits seit den siebziger Jahren große Differenzen mit Ungarn. Ceausescu und Kadar gingen sich seit vielen Jahren aus dem Wege. Die Kontakte zwischen den beiden Parteien waren unergiebig. Als Anfang der achtziger Jahre in Rumänien die ersten Diffamierungskampagnen gegen die ungarische Minderheit begannen, war Ungarn durch seinen höheren Lebensstandard und seine größere Offenheit für die ru-



Rumänien: Nationalfeiertag als Ehrenschaufest für Ceausescu

Foto: dpa

mänische Bevölkerung bereits interessant geworden. In weiten Teilen des westlichen Landesgebiets kann man das ungarische Fernsehen empfangen, und für eine in einem Staat eingeschlossene Bevölkerung ist nichts aufschlußreicher als das ausländische Fernsehen. Ich selber habe seinerzeit im Grenzgebiet Leute getroffen, die gar nicht wußten, auf welchem Kanal das Bukarester, also das rumänische Fernsehen sendet.

Ausschlaggebend für die Haltung des Ceausescu-Regimes gegenüber der ungarischen Minderheit war nicht zuletzt deren intellektuelle Aktivität. Die erste und bisher einzige politische Samisdat-Publikation in Rumänien, die Zeitschrift „Ellenpontok“ (Kontrapunkt), erschien auf ungarisch. Seit den Ereignissen von 1956 in Ungarn fürchteten die rumänischen Kommunisten alles, was ungarisch war. Die Kommunisten haben in Rumänien zwar ein Terrorregime installiert, vor dem die ganze Bevölkerung Angst hat, aber die Angst der Kommunisten vor der Bevölkerung ist ebenso groß.

Die Kommunisten sind nicht fähig, die realen gesellschaftlichen Probleme zu begreifen. Ihr Zugang zur Realität ist ein ideologischer, ihre Reaktionen sind emblematisch. Der Realitätsverlust bei den Herrschenden hat die Angst, daß sie die Macht verlieren könnten, paradoxerweise nur noch vergrößert. Sie mißtrauen allem und allen. So verdächtigen sie die ungarische Minderheit unentwegt des Irredentismus, während sie die Deutschen als Nazis bezeichnen. Egal von welcher Position aus man das Regime in Rumänien kritisierte, weil es die reale Problematik nicht akzeptieren konnte und wollte, die Kritiker wurden diffamiert: ein Deutscher war ein Nazi, ein Ungar wollte Siebenbürgen wiederhaben. Die Verknüpfung der Siebenbürgenfrage mit dem Problem der ungarischen Minderheit erweist sich als fatal für diese Minderheit. Anfang der sechziger Jahre begann man in Rumänien, gezielt die Verbrechen des ungarischen Horthy-Staates und die Episode Szalasi im letzten Kriegsjahr im – aus rumänischer Sicht – besetzten Nordsiebenbürgen zu diskutieren. Es erschienen plötzlich üppige historische Romane, die in Rumänien immer schon der Geschichtsschreibung den Rang abliefen, und auch die polemischen Beiträge der Bukarester Historiker ließen nicht lange auf sich warten. Das Böse wurde mit ungarisch gleichgesetzt. So wurden die Repressionen gegen die rumänische Bevölkerung in den Kriegsjahren in Nordsiebenbürgen und die Judenvernichtung dort als größtes ungarisches Verbrechen thematisiert. Die Judenvernichtung in Nordsiebenbürgen fand

nach der deutschen Intervention in Ungarn statt und unterstand großenteils einem Sonderkommando Eichmanns. In der Diskussion wurde aber eine beispiellose Geschichtsklitterung betrieben, und am Ende sah es so aus, als ob die heutige ungarische Minderheit in Rumänien dafür verantwortlich wäre und nur darauf warte, neue Pogrome veranstalten zu können. Die Kampagne ist ein Beispiel dafür, wie Ceausescu mit verbrecherischen Mitteln Innenpolitik macht. Der Attraktivität der ungarischen Reformpolitik soll in der rumänischen Bevölkerung durch Geschichtsklitterung und mit dem Schüren ungarnefeindlicher Emotionen begegnet werden.

Ceausescu steht wie die anderen Konservativen des Ostblocks mit dem Rücken zur Wand. Er hat als Mann der ersten Stunde das Scheitern aller bisherigen Reformprozesse in Osteuropa erlebt. Er ist also überzeugt, daß es auch diesmal so sein wird, und er setzt auf Zeit. Ceausescu gibt sich nun als Gralsbüter der wahren marxistischen Lehre und erteilt mittlerweile auch öffentlich den Reformern, die er als Abwechler begreift, seine skurrilen Lektionen. Die Abwehr gegen die Reformen verfolgte bisher zwei Argumentationslinien. Wenn es anfangs hieß, Rumänien brauche keine Reformen, da es diese längst durchgeführt habe, so wird in der letzten Zeit immer häufiger auf den antisozialistischen Charakter der osteuropäischen Veränderungen hingewiesen. Ceausescu ist der Warner, dem Honecker im vorigen Jahr den Karl-Marx-Orden angeheftet hat. 1968 solidarisierte sich dieser Ceausescu mit Dubček, in den siebziger Jahren interessierte er sich für den Eurokommunismus und blieb den Pol-Pot-Leuten auch nach deren Machtverlust diplomatisch treu. Bis heute wird dieses Regime von Rumänien anerkannt. Was ist das für eine halbsbrecherische Glaubensstou? Es waren immer nur Gesten der Machterhaltung, und darin sehe ich die Kontinuität der kommunistischen Politik in Rumänien seit den fünfziger Jahren.

Der Konflikt mit Ungarn hat in den letzten zwei Jahren eine maximale Eskalation erreicht. Er ist mit dem Tempo der Reformen im Nachbarland gewachsen. Zehntausende Flüchtlinge aus Rumänien, vor allem Angehörige der ungarischen Minderheit, leben mittlerweile in Ungarn, artikulieren sich zum Teil auch politisch. Die Medien des Landes liefern eine ausführliche und kontinuierliche Analyse der Ereignisse in Rumänien, Bücher über die Lebensverhältnisse im Ceausescu-Staat erscheinen selbstverständlich auf dem ungarischen Buchmarkt. Eine rumänische Exilorganisation „Freies Rumänien“ darf in Budapest ihre Erklärungen und Aufrufe gegen das



Ceausescu zieht seine Baupläne eisern durch

Foto: dpa

Ceausescu-Regime verbreiten. Es sieht so aus, als wehrten sich die angegriffenen Ungarn gegen Ceausescu. Allerdings ist das Problem der ungarischen Minderheit in Rumänien auch ein wichtiger Faktor der ungarischen Innenpolitik. Es ist offensichtlich leichter, nationale Emotionen zu pflegen, als eine Wirtschaftskrise zu überwinden. Das offizielle Rumänien reagiert mit wütenden Ausfällen. So haben die rumänischen Medien das Begräbnis von Imre Nagy am 16. 6. 89 als eine Veranstaltung mit reaktionären, antirumänischen und faschistischen Zügen bezeichnet.

Die Probleme zwischen Ungarn und Rumänien können beim derzeitigen Unentschieden in der ost-

europäischen Entwicklung nicht geklärt werden. Sie sind Teil der Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Reformern. Vorläufig versucht sich Ceausescu gegen die Reformländer abzuschotten und knüpft Zweckbündnisse in RGW und Warschauer Pakt mit den Führungen in Prag und Ost-Berlin.

Eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen Rumänien und Ungarn ist davon abhängig, wer sich in Osteuropa durchsetzen können – Reformen oder Konservative. Bis dahin bleibt die einzige Garantie, daß es nicht zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung kommt, die Mitgliedschaft der beiden betroffenen Staaten im Warschauer Pakt.

Diskussion: Bremer Programm der SPD

Thomas Meyer Brauchbares und Unbrauchbares Die Kommentare zum Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm

Dr. Thomas Meyer, geboren 1943, stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission und Mitglied der Programmkommission des SPD-Parteivorstandes; Privatdozent an der Universität Siegen.

Über die Rolle von Grundsatzprogrammen für die Orientierung und das Handeln politischer Parteien herrschen viele Vorurteile und Mißverständnisse. Auf sie ist ein ansehnlicher Teil der in der Partei selbst aufgekommenen Kritik an dem Entwurf für das Bremer Grundsatzprogramm zurückzuführen. Auf ihr Konto geht auch der Kern dessen, was Oskar Negt in seiner pauschalen Rüge dem Entwurf angekreidet hat.

Nach meiner Auffassung muß ein Programm mindestens folgende vier Funktionen erfüllen:

1. *Orientierungsfunktion:* Das Grundsatzprogramm soll den Mitgliedern und Mandatsträgern der Partei politische Orientierung vermitteln und ein Bild der hauptsächlichen Probleme und eine konkrete Utopie, die alles politische Handeln im einzelnen inspiriert und verbindet, darbieten.
2. *Handlungsanleitung:* Das Grundsatzprogramm soll für alle Politikfelder die grundsätzlichen Handlungsanleitungen und deren Vernetzung bereitstellen.
3. *Sozialisierungsfunktion:* Das Grundsatzprogramm dient über mehrere Jahrzehnte hinweg als Grundlagentext für die politische Sozialisation der neuen Parteimitglieder. Insofern bildet es den Analyse- und Ideenrahmen dafür, daß eine große und vielfältige Mitgliederpartei wie die Sozialdemokratie eine in sich zusammenhängende politische Kommunikation überhaupt ausbilden kann.
4. *Werbungsfunktion:* Ein Grundsatzprogramm

prägt das öffentliche Bild der Partei. Es ist ihre Visitenkarte, mit der sie im Wettbewerb mit anderen Parteien in der Öffentlichkeit, in den Medien und bei den Wählern um Wohlwollen und Zustimmung, wenn möglich Unterstützung, wirbt.

Diese Funktionen in ihrer Gesamtheit kann nur ein Grundsatzprogramm erfüllen, da alle anderen Programme sich nur mit Teilfeldern der Politik oder kurzfristigen Aufgaben befassen. In der Konkurrenzdemokratie kann eine Partei weder erfolgreich sein noch auf die Dauer politisch überleben, die diese Funktionen nicht wahrnimmt. Freilich können die Analysen, Grundwerte und Ideen, die den Politikentwurf einer Partei im ganzen ausmachen, auch losgelöst von der Lektüre eines Programmtextes wirken, wenn sie erst einmal das Bewußtsein genügend vieler Mitglieder und der Öffentlichkeit erfaßt haben. Das war in der Nach-Godesberger Zeit weitgehend der Fall. Wenn sich die Zeiten geändert haben, ist die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm das beste soziale Instrument, über das eine Volkspartei verfügt, um für die geänderten Bedingungen aufs neue einen gemeinschaftlichen Politikentwurf zu erarbeiten.

Diesen Grundsachverhalt der politischen Soziologie von Grundsatzprogrammen politischer Parteien übersieht Oskar Negt völlig, wenn er etwas wie eine geschlossene wissenschaftliche Analyse erwartet, die die Realität auf einen bestimmten Begriff bringt. Die Problem- und Analyseskizzen, die der Grundsatzprogrammtext teilweise voraussetzt und teilweise in Kurzform enthält, sind das Ergebnis kollektiver Analysen vieler Wissenschaftler, Politiker und Parteimitglieder. Daß Analyse nur in dieser Form in Programme eingehen kann, ist eine Bedingung ihres demokratischen Entstehungsprozesses ebenso wie eine Bedingung der Mehrheitsfähigkeit der Handlungsstrategien, die auf ihnen basieren.

Wollte ein einziger „Durchblicker“, aus welcher wissenschaftstheoretischen Ecke auch immer, dieses Geschäft übernehmen und womöglich, wie Negt es empfiehlt, dann seine vielen offenen Fragen auflisten, statt der vorläufigen Antworten, an denen sich ein berechenbares Handeln orientieren wird, so würde die Partei schnell zur Sekte und das Programm zur Verkündigung. Sie würde dann, wie Negt und andere Intellektuelle wohl auch, rasch der Ver-



suchung erliegen, den breiteren politischen Kommunikationszusammenhang der Massenpartei zu scheuen. Ich meine, die unpolitische Haltung, die Verfügung über zugespitzte Begriffe von der Realität sei schon Realpolitik.

Die Gesamtheit der aufgelisteten politischen Funktionen eines Grundsatzprogramms verbieten nach meiner Auffassung das Unterschreiten eines gewissen Mindestniveaus der Konkretion. Daher bin ich auch gegen eine Kurzfassung des Programms.

Für einen offensiven Begriff des Demokratischen Sozialismus

André Gorz hat dem Entwurf das Zeugnis ausgestellt: Geht in Ordnung. Das ist vor allem deshalb eine Ermutigung und ein wichtiger Schritt zu einem neuen politischen Dialog der Linken in Europa, weil Gorz auch mit interessanter Kritik im einzelnen nicht geizt.

Ich halte seine Definition vom ökonomischen und ökologischen Prinzip, wonach das erste auf größtmögliche Produktion und das andere auf mög-

lichst geringe Produktion zielt, theoretisch für falsch und daher seine politische Kritik für gegenstandslos. Richtig daran ist sicher, daß der Konflikt zwischen einer kurzfristigen Ökonomie und einer langfristigen, nämlich ökologisch reflektierten Ökonomie, nicht mit dem Grundsatzprogramm aus der Welt verschwinden wird. Es spricht aber nichts dagegen, so wie der Grundsatzprogrammwurf es unternimmt, die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation durch eine Politik des ökologischen Umbaus gesellschaftlich zu kanalisieren, ohne sie aufzuheben. Darüber hinaus kann die Frage offenbleiben, ob eine wirkliche Ökologisierung am Ende auch weniger oder immer nur andere Produkte hervorbringt.

Die interessante Definition des Sozialismus, die Gorz – ähnlich wie der Programmwurf, aber mit einer anderen Zuspitzung – gibt, sollte uns veranlassen, das Konzept des Demokratischen Sozialismus als die integrative Idee des ganzen Entwurfs noch klarer und offensiver herauszustellen, als das bisher geschehen ist: „Eine Gesellschaft wird sozialistisch, wenn den durch die ökonomische Rationalität der Kapitalverwertung geprägten gesellschaftlichen Beziehungen nur noch eine nichtquantifizierbaren Werten und Zielen untergeordnete Rolle zu-

kommt...“ Das kapitalistische Prinzip, das es durch die Politik des Demokratischen Sozialismus zu überwinden gilt, ist also nicht die ökonomische Rationalität mit allem, was sie an Markt, Organisation und Eigentumsvielfalt voraussetzen mag, son-

dern deren gesamtgesellschaftliche Übermacht, die es zu brechen gilt. Ein solcher Begriff des Demokratischen Sozialismus ist handhabbar, offensiv und illusionslos, ohne etwas von dem preiszugeben, worum es in der sozialistischen Tradition immer ging.

Holger Paul Fortschritt gegen die eigene Basis?

Dr. phil. Holger Paul, geboren 1945, Mitglied des ÖTV- und DGB-Kreisvorstands Bonn; jüngste Veröffentlichung: Michael Rott. Ein „fast“ vergessener Beitrag zum Wiederaufbau der Gewerkschaften in Bonn, in J. Matzerath (Hg.), Bonn. 54 Kapitel Stadtgeschichte, Bonn 1989.

Von verschiedener Seite, zuletzt von Oskar Negt (im Heft 8/89 der NG/FH), ist auf den Hauptmangel des vorliegenden SPD-Programmentwurfs hingewiesen worden: Es fehlt die Realanalyse. Oskar Negt hat den Finger in diese Wunde gelegt und festgestellt, daß im Rückgriff auf die Kantsche Theorietradition in der Partei eine „Prinzipiendokumentation des guten Willens, der Solidaritätsziele und der humanen Versprechungen“ die kritische Gesellschaftsanalyse ersetzen soll.

Dies trifft für manche Teile des Programms, insbesondere für den ersten Teil, zu. Den Kapiteln über „die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit“ sowie „ökologisch und sozial verantwortlich Wirtschaften“ liegen m. E. jedoch Analysen zugrunde, die bei aller Kompromißfähigkeit des Formulierens nicht offen ausgesprochen werden.

Michael Wendl (Modernität und soziale Utopie, in Sozialist 1/2 1989) hat darauf hingewiesen, daß die in der Öffentlichkeit ausgetragene Auseinandersetzung zwischen „Modernisierern“ und „Traditionalisten“ als Streit um Markt contra Lenkung z. T. zu kurz greift.

Angesichts des offenkundigen Scheiterns planwirtschaftlicher Modelle in den osteuropäischen Staaten und einer auf den ersten Blick gescheiterten keynesianischen Politik der sozialliberalen Koalition gewinnt die Rückbesinnung auf die ökonomische Steuerungsfähigkeit des Marktes eine neue An-

hängerschaft, die bis in Kreise der Grünen hineinreicht. Dabei gelingt es vor allem, an die sozialen Utopien jener Menschen anzuknüpfen, die Arbeit suchen oder für sich selbst als Jugendliche eine Arbeitsperspektive entwickeln. Doch wie der Kraftakt einer nationalen Beschäftigungspolitik aussehen soll, die sich in einen internationalen Pakt der Staaten gegen die Massenarbeitslosigkeit integriert und zugleich die Perspektive einer Gesellschaftsveränderung beinhaltet, ist von dem Kreis der „Modernisierer“ bisher offengelassen worden. Um so mehr liegt es nahe, anhand der Schlüsselfrage „Schaffung von Arbeitsplätzen“ den wirtschaftspolitischen Teil des Programmentwurfs unter die Lupe zu nehmen.

Im Kern sind im Entwurf nur drei zentrale Forderungen angegeben, die sich konsequenterweise auch im Arbeitsbericht der Gruppe „Fortschritt 90“ vom Juli 1989 wiederfinden:

1. Die Bundesrepublik muß als Industriestandort international wettbewerbsfähig bleiben.
2. Die Politik der ökologischen Erneuerung ist ein Instrument zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.
3. Im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung stehen die Sozialdemokraten an der Seite der Gewerkschaften: mit der Forderung nach dem 6-Stunden-Tag und der 30-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit. Arbeitszeitverkürzung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

1.

Wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik erhalten oder gefördert werden soll, läßt der Programmentwurf offen. Zusammenhänge lassen sich erst dann herstellen, wenn man die Vorstellungen der Arbeitsgruppe „Fortschritt 90“ hinzunimmt. Sie gehen eindeutiger als der Programmentwurf von einem positiven Bezug auf Marktwirtschaft und Unternehmertum aus und propagieren eine Strukturpolitik mit dem Ziel der Mobilisierung der Kräfte des Marktes.

Tatsache ist, daß die Industrie mit Unterstützung des konservativ-liberal geführten Staates längst eine Strategie verfolgt, die man unter den Oberbegriffen Flexibilisierung und Deregulierung zusammenfassen kann. Beide dienen den Unternehmern als Mittel, um Arbeitskräfte bedarfsorientiert einzusetzen und zu einer optimalen Auslastung der Maschinenlaufzeiten zu kommen.

Längst haben im Dienstleistungssektor (vom Einzelhandel bis zur Gebäudereinigung) Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf (Kapovaz), Befristungen und die Anstellung sog. geringfügig Beschäftigter das Normalarbeitsverhältnis unterhöhlt. Leidtragende sind in den meisten Fällen Frauen, die zu Löhnen am Rande des Sozialhilfesatzes in solchen deregulierten Arbeitsverhältnissen stehen. Eine ähnliche Politik der Flexibilisierung und Deregulierung hat inzwischen auch den öffentlichen Dienst ergriffen. Der Verlängerung der Ladenschlußzeiten entspricht der Ruf nach dem langen Donnerstag als Dienstleistungsabend.

Im Industriebereich geht es inzwischen um die Samstags- und Sonntagsarbeit, mit dem Ziel, die Produktionskosten weiter zu optimieren. Dabei sind aufgrund der Spitzenstellung in der Produktivität nach einer Analyse der EG-Kommission von 1989 die Arbeitskosten in dem „Hochlohnland“ Bundesrepublik bereits die niedrigsten innerhalb der EG.

Ein Konzept der Öffnung der Sozialdemokratie gegenüber den Flexibilisierungsplänen der Industrie erscheint angesichts des Kampfes der Gewerkschaften gegen Flexibilisierung und Deregulierung bemerkenswert.

Der Programmentwurf versucht, die gewerkschaftliche Forderung nach individueller Zeitsouveränität und Flexibilisierung miteinander zu verbinden. Das Ergebnis ist äußerst dürftig und z. T. widersprüchlich. Zwar soll Flexibilisierung arbeitnehmerorientiert und kollektiv abgesichert sein, doch samstags kann im Prinzip gearbeitet werden. Der Samstag soll nur „nicht zum Regelarbeitstag“ werden. Überstunden sollen nicht abgeschafft werden, sondern „sind gesetzlich zu begrenzen“. „Kürzere Arbeitszeit bedeutet nicht automatisch kürzere Maschinenlaufzeit“ – dieser Satz klingt wie eine Einladung an die Industrie, im Rahmen der Arbeitszeitverkürzung über neue Formen der Schichtarbeit nachzudenken.

Zur Deregulierung der Arbeitsverhältnisse enthält der Entwurf lediglich zwei Sätze: „Ungeschützte Arbeitsverhältnisse darf es nicht geben. Leiharbeit ist zu verbieten.“ Da nützt es aber gar nichts, daß im

nächsten Kapitel eine Reihe hehrer allgemeiner Ziele „für eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt“ angegeben werden, die jeder Arbeitnehmer unterschreiben kann. Im Hinterkopf haben die Beschäftigten Oskar Lafontaines öffentliche Äußerung zu Wochenendarbeit und neuen Arbeitszeitmodellen: „Keiner hat das Recht, den Leuten, die vier freie Tage in der Woche wollen und dafür am Wochenende arbeiten, Steine in den Weg zu legen.“ Seine Vorstellungen der Verbesserung des Produktionsstandortes Bundesrepublik schließen eben Verlängerung der Maschinenlaufzeiten ebenso ein, wie die Vorstellung der Lohn- und Gehaltsumverteilung innerhalb der Arbeitnehmerschaft, ohne die Arbeitgeber zur Kasse zu bitten.

Ob und wieweit dabei neue Arbeitsplätze herauspringen, hängt jedoch von der Unternehmerentscheidung und den Marktverhältnissen ab. Umverteilung innerhalb der Arbeitnehmerschaft schafft auf dem Binnenmarkt keine neue zahlungsfähige Nachfrage, und weltweit sind die Realzinsen für Verleihen statt Investieren zu hoch, die Märkte weiterhin in vielen Bereichen übersättigt.

2.

Mit der Politik der ökologischen Erneuerung wird zu Recht ein Problemfeld aufgezeigt, das ökologische Strukturpolitik zur Überlebensfrage unserer Gesellschaft macht. Im Gegensatz zu anderen Abschnitten des Programmentwurfs wird hier auch das Problem „Kontrolle der wirtschaftlichen Macht des Kapitals“ angesprochen. Gleichzeitig gibt es auch Ansätze einer Analyse der Weltwirtschaftsordnung. Nur wie man die internationalen Konzerne, z. B. der Chemieindustrie, zu einer Umorientierung zwingt, bleibt offen. Der allgemeine Hinweis auf das Ensemble von staatlicher Steuerung, gesellschaftlichem Konsens und Gegenmacht der Gewerkschaften drückt eher Hilflosigkeit aus. Er ersetzt keine Strategie.

So bleibt dann letztlich der Versuch, durch ein ökologisches Steuer- und Abgabensystem beim Endverbraucher (und das ist im Zweifel wieder die Masse der Bevölkerung) Mittel abzuschöpfen, um als Staat Kapital für die Förderung von Investitionen in Ökologieprojekten (Abwärmenutzung, Kraft-Wärme-Kopplung, regenerierbare Energieträger) zur Verfügung zu haben.

Diese Politik, im wesentlichen als Förderung der mittelständischen Industrie konzipiert, kann allerdings ebensowenig das Problem der Arbeitslosigkeit lösen. Sie schöpft über das System indirekter Steu-

ern zahlungsfähige Nachfrage ab, die sie hofft durch Schaffung von Arbeitsplätzen im Ökologiesektor wieder neu herzustellen. So ökologisch notwendig die Strukturmaßnahmen auch sind, arbeitsmarktpolitisch können sie nicht greifen. Statt dessen offenbart dieses Konzept wiederum das Prinzip der Umverteilung innerhalb einer Klasse: Nicht die Produktion umweltschädlicher Produkte wird verboten, sondern der Bürger wird für den Kauf bestraft. Die Unternehmer bleiben ungeschoren.

Gelöst ist dabei schließlich überhaupt noch nicht das vor uns stehende Problem der Entsorgung umweltzerstörerischer Energien, wie der AKW-Ruinen, deren Finanzierung letztlich auch noch der öffentlichen Hand zu Lasten fällt.

3.

Wie sieht es mit der im Programm mehrfach angesprochenen Solidarität und Stärkung der Gewerkschaften aus?

Dort, wo es konkret wird, wo es um Parteinahme in der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital geht, fehlen oft klare Positionen. An keiner Stelle im Programm steht etwas über das Verbot der Aussperrung. Wenn die Gegenmacht von Gewerkschaften gegen die Unternehmer gestärkt werden soll, dann muß ein sozialdemokratisch geführter Staat konkrete Maßnahmen zur Stärkung von Arbeitnehmerkraft ergreifen: Dazu gehört die Beseitigung des Streikverhinderungsparagraphen 116 AfG ebenso wie die Abschaffung des Beschäftigungsförderungsgesetzes. An vielen Stellen im Entwurf ist von mehr Mitbestimmung die Rede, die Forderung nach Einführung paritätischer Mitbestimmung im Betrieb und in Dienststellen durch qualitative Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes und Personalvertretungsrechts in Bund und Ländern fehlt.

Im Kapitel Wirtschaftsdemokratie schließlich werden in Anknüpfung an Naphthalis Strategie-Konzept der Weimarer Sozialdemokratie Perspektiven einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft durch wachsende Mitbestimmung auf allen Ebenen aufgezeigt, die statt konkreter Handlungsschritte den Blumenstrauß einer Vielfalt alter sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Forderungen zusammenbindet. Der Herrschaftsmacht des Kapitals sollen Markt und Wettbewerb einerseits, starke Gewerkschaften andererseits die Zügel anlegen. Zur stärksten Waffe gegen die Umsetzung wirtschaftlicher Macht in politische wird die Öffentlichkeit. Eine Aufgabe des Staates bei der Umwandlung der Gesellschaft fehlt im Programm.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lastet allein auf den Schultern der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer, die durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnverzicht Arbeitsplätze schaffen sollen. Damit ermöglicht das Programm eine marktwirtschaftliche Politik der „Modernisierung“, die der konservativ-liberalen Politik die Perspektive eines neuen Korporatismus zwischen Arbeit und Kapital gegenüberstellt.

Die Alternative zur bisherigen Wendepolitik, die lediglich reaktiv die politischen Interessen der verschiedenen Industriegruppen umzusetzen versucht, ist eine vorausschauende Strukturpolitik. Durch Mobilisierung der Marktkräfte für den Umweltschutz werden gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen korrigiert, ohne daß die Kapitalverwertung angetastet wird. Arbeits- und Einkommensumverteilung erfolgen in einer Klasse, sei es durch indirekte Besteuerung oder durch Umverteilung der Einkommen zwischen den Beziehern höherer und niedrigerer Gehälter. Den Gewerkschaften soll die Beteiligung an diesem Zukunftspakt dadurch schmackhaft gemacht werden, daß ihnen angesichts des bevorstehenden EG-Binnenmarktes Mitbestimmung, Tarifautonomie, Arbeitsschutz und Erhalt des Sozialstaates garantiert werden.

Die Schwäche dieses Konzepts ist die Rechnung mit zwei Unbekannten, deren Entwicklungstendenzen jedoch abschätzbar sind.

Das Umbau-Konzept unterstellt für die kommenden Jahre einen langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung, der die Voraussetzungen für hinreichende Handlungsspielräume des Staates angesichts seiner extrem hohen Verschuldung schafft. Der seit Jahren anhaltende Sozialabbau in den westlichen Industrieländern mit der Reduzierung der zahlungsfähigen Nachfrage spricht ebenso gegen einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung wie die seit Jahren anhaltende internationale Verschuldungspolitik mit ihrer unverändert hohen Zinspolitik im Gefolge. Investitionen in Osteuropa und in der Sowjetunion geraten ebenso rasch an die Grenze zahlungsfähiger Nachfrage. Ein weltweiter Investitionsschub als Kopie des Marshallplans ist angesichts der allorts maroden Staatshaushalte nicht in Sicht.

Die zweite Unbekannte sind die Gewerkschaften. Bis auf die IG Chemie, die längst Sozialpartnerschaft praktiziert, und die IG Bergbau und Energie, die aufgrund staatlicher Subventionspolitik traditionell in den Sozialpakt eingebunden ist, liefern die Gewerkschaften bei einem solchen Bündnis Gefahr, große Teile ihrer aktiven Basis zu verlieren. Die Politik

konsequenter Interessenvertretung hat nach IG Metall und IG Medien längst auch Gewerkschaften wie HBV und ÖTV erreicht, die sich anschicken, Streikfähigkeit auch in Angestelltenbereichen wie Einzelhandel und Gesundheitswesen herzustellen. Es erscheint daher mehr als unwahrscheinlich, daß sich die Gewerkschaften in einen solchen Zukunftspakt einbinden lassen.

Letztlich läge einer derartigen sozialdemokratischen Zukunftspolitik eine Strategie zugrunde, mit der sich die SPD, gleichgültig wie sie an die Regierungsmacht gelangt wäre, mittel- und langfristig die eigene soziale Basis entziehen würde.

Wie könnte demgegenüber eine Alternative formuliert werden? Im folgenden sollen hier nur einige Elemente des Konzepts einer gesellschaftsverändernden Reformpolitik formuliert werden, deren Ausgestaltung die von Oskar Negt eingeforderte Realanalyse voraussetzt.

1. Schlüsselfrage einer staatlichen Wirtschaftspolitik, die gesellschaftliche Veränderung auf ihre Fahnen geschrieben hat, ist die Durchsetzung des Primats der Politik gegenüber der Ökonomie.
2. Will man diese Politik durchsetzen, braucht man starke Bündnispartner. Die einzige Gegenmacht, die

den Unternehmern gegenwärtig Schranken auferlegt, sind die Gewerkschaften. Sie haben konkret erfahren, daß nur kollektive Gegenwehr, Arbeitskampf oder die im Hintergrund bereitstehende Streikfähigkeit Arbeitgeberhandeln beeinflussen kann. Diese Erfahrungen sind es, die die Gewerkschaften dazu veranlassen, Gegenmachtstrategien zu entwickeln und dabei die Rolle des Staates mit einzubeziehen. Darüber hinaus entwickeln GewerkschafterInnen in zunehmendem Maße Alternativen, soziale Utopien als mögliche konkrete Alternativen, die aus einer kritischen Analyse ihres Arbeits- und Lebensumfeldes resultieren. Dies reicht von der IG Metall (der Zukunftskongreß ist hier nur ein Element) bis zur ÖTV (die gegenwärtig ihre Debatte über die Zukunft des öffentlichen Dienstes führt). Gewerkschaften sind ein unerläßlicher Partner für die Entwicklung einer alternativen Wirtschaftspolitik.

3. Aufklärung der Bevölkerung kann dann öffentlichen Druck erzeugen, wenn in aller Offenheit die Handlungsspielräume des Staates und der Politiker aufgezeigt werden, wenn die Handlungszwänge, die das Kapitel setzt, analysiert und dargelegt werden.

4. Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft setzt eine



Strategie zur Begrenzung der Macht der Chemie-, Energie- und Entsorgungsunternehmen voraus. Versorgung und Entsorgung gehören in staatliche Hand. Die Kommunen bedürfen einer grundsätzlichen finanzpolitischen Stärkung, um überhaupt wieder unabhängige Handlungsfähigkeit gegenüber der Industrie zu erlangen.

5. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß durch eine umfassende staatliche Beschäftigungsinitiative eingeleitet werden. Hier bieten sich neben Investitionen im Ökologiesektor Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und zum Ausbau der sozialen Dienste an. Für die Finanzierung hat Oskar Lafontaine mit seiner Ankündigung eines Verzichts auf den Bau des Jäger 90 einen Hinweis in die richtige Richtung gegeben: Abbau der Ausgaben

Reimund Seidelmann Zu den europapolitischen Aussagen des neuen SPD-Programms

Prof. Dr. Reimund Seidelmann, geb. 1944, lehrt an der Universität Köln Internationale Politik; Arbeitsschwerpunkte: Friedens- und Sicherheitspolitik, Europapolitik und internationale Parteienkooperation.

Die folgende Stellungnahme bezieht sich auf die europolitischen Aussagen des neuen Grundsatzzprogramms der SPD, insbesondere in bezug auf das EG/EPZ/EP-System und seine Politik. Dabei muß grundsätzlich betont werden, daß sowohl die Einführung der weltgesellschaftlichen Sichtweise wie die Aufnahme europapolitischer Forderungen und Ansätze zu einem neuen Europa- bzw. Internationalismusverständnis zu begrüßen sind. Allerdings weisen diese Ausführungen sowohl im einzelnen als auch in ihrer Gesamtheit eine Reihe von analytischen Defiziten, mangelhafte Problemkenntnis, unzureichende Operationalisierung von programmatischen Zielen und insbesondere tiefgreifende Widersprüche und Ungenauigkeiten auf. Dies wird besonders augenfällig, wenn man den gegenwärtigen Diskussionsstand in Wissenschaft, Politik und sozialdemokratischen Fachkreisen berücksichtigt. Aus die-

im Rüstungssektor und Umschichtung zugunsten sozialer Bereiche.

6. Entwicklung einer umfassenden selbständigen Sozialpolitik und Aufkündigung des Rentenpakets mit der CDU, den sozialdemokratische Arbeitnehmer ohnehin kaum nachvollziehen können.

Erarbeitung eines gemeinsamen Konzepts mit den Gewerkschaften, europaweit die Standards des bundesrepublikanischen Sozialsystems durchzusetzen.

Alle Forderungen könnten Elemente einer gesellschaftsverändernden Reformstrategie mittlerer Reichweite sein, die Realanalyse, Ziel und Handlungsschritte angibt in Richtung einer demokratischen und sozialen Gesellschaft, in der alle solidarisch gemeinsam arbeiten und leben können.

sem Grund wird eine weitreichende Überarbeitung der europapolitischen Forderungen bzw. eine diesbezügliche Umarbeitung des gesamten Programms empfohlen.

Der Widerspruch zwischen internationalistischem Anspruch und nationalstaatlicher Orientierung

Sowohl das Programm in seiner Gesamtheit als auch der überwiegende Teil seiner europapolitischen Aussagen weisen den für sozialdemokratische Politik typischen Widerspruch zwischen internationalistischem Solidaritätsanspruch und nationalstaatlicher Politik auf. Auf der einen Seite werden Internationalismus (29, 115–119) und Aufruf zum gemeinsamen Handeln der demokratischen Sozialisten aller Länder (17) betont und auf der anderen Seite wird unter „Staat“ lediglich der Nationalstaat verstanden, dessen „Souveränität“ wiederhergestellt werden müsse (87). Der Abschnitt zum Kriegsausbruch 1914 (23) macht dabei deutlich, daß die Verfasser des Programms dies nicht als Problem sehen bzw. die Kritik am nationalstaatlichen Souveränitätsbegriff des 19. Jahrhunderts, der große Teile des Programms wie ein roter Faden durchzieht und in direktem Gegensatz zu den weltgesellschaftlichen, internationalistischen bzw. friedenspolitischen Aussagen des Programmes steht, nicht verarbeitet haben. Dies wird auch dadurch unterstrichen, daß die Aussagen über die aufklärerischen Traditionen in der Arbeiterbewegung nicht den Hinweis enthalten, daß gerade Aufklärung – und frühe Arbeiterbewe-

gung! – nicht nur den Gesellschaftsvertrag für den (National-)Staat sondern auch – siehe z. B. Kants „Zum ewigen Frieden“ – sehr dezidiert für eine vernünftige Ordnung der Weltgesellschaft eingetreten sind. Nimmt man also die weltgesellschaftlichen Forderungen des Programmes ernst, besinnt man sich auf die internationalistischen Traditionen im demokratischen Sozialismus und geht man davon aus, daß der traditionelle Nationalstaat sich angesichts der zunehmenden Verflechtungen als unfähig erwiesen hat, Aufgaben wie Frieden, Wachstum und gerechte Verteilung von Reichtum, sichere Umwelt und chancengleiche Entwicklung angemessen zu lösen, dann erfordert dies nicht nur ein neues Staatsverständnis, sondern auch die Rolle des Nationalstaates bei allen großen Zukunftsaufgaben zu relativieren, anstatt das „Modell-Deutschland“-Denken fortzuschreiben.

Der Verzicht auf eine konsequente Fortschreibung der Grundwertediskussion

Obwohl die Ausführungen zu den Grundwerten bzw. zu den Menschenrechten zu den Stärken des Programms gehören, muß darauf hingewiesen werden, daß dabei zwei grundsätzlich wichtige Diskussionslinien unberücksichtigt geblieben sind; dies ist kein Zufall, sondern Ergebnis eines Denkens, das im Nationalstaat verhaftet ist. Erstens werden Grundwerte a priori national verstanden; eine Ausweitung, wenigstens auf EG-Europa, findet nicht statt. Die gerade für eine Umgestaltung der EG so wichtigen Probleme, wie mangelnde Chancengleichheit zwischen den EG-Regionen und nicht nur den bundesrepublikanischen Ländern (191), ungleiche soziale, bildungspolitische, umweltpolitische etc. Entwicklungs- und Bewußtseinsstände, und die daraus resultierenden Spannungen werden deshalb auch nicht angesprochen. Zweitens werden die gerade für den Ausbau von EG-Integration und gesamteuropäischer Kooperation so wichtigen Menschenrechte der dritten und vierten Generation nur am Rande berücksichtigt bzw. die Frage, wieviel nationalstaatliche Selbstbestimmung bzw. supranationale Kompetenz bei der Neuordnung Europas (Vorwort) anzustreben ist, nicht beantwortet.

Das unzureichende Verständnis der europapolitischen bzw. internationalen Dynamik

Die häufige Erwähnung internationaler Probleme bzw. der wiederholte Appell an weltgesellschaftliches Denken kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Programm in Sachen Europa- und Global-

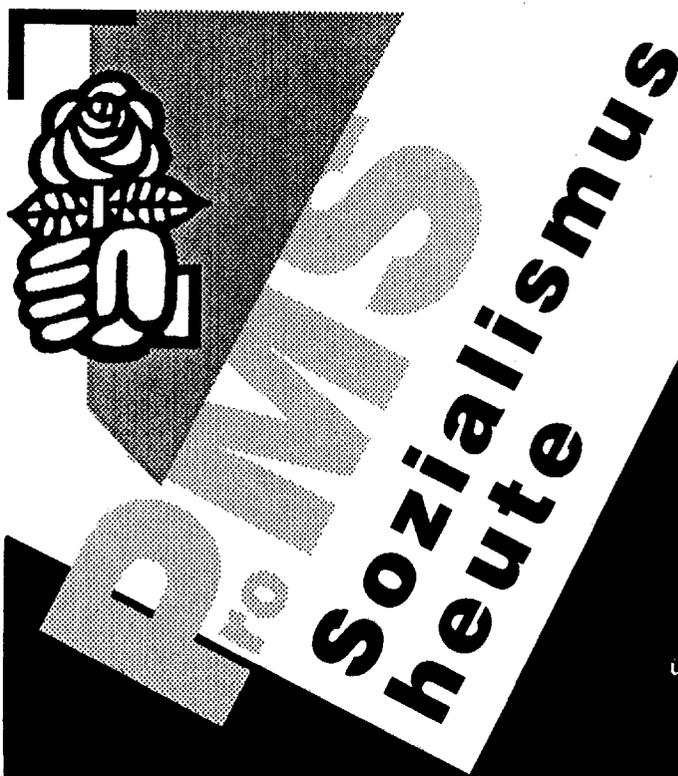
politik zwei wesentliche Argumentationsschwächen aufweist. Erstens ist die politische Dynamik des EG-europäischen Integrationsprozesses entweder nicht erkannt oder in seinen Folgen für bundesrepublikanische Politik weitgehend unterschätzt. Es ist z. B. kein Zufall, daß die sich aus der Dynamik des Single European Act's bzw. weiteren integrationspolitischen Maßnahmen, aus einer Erweiterung der EG, aus der ökonomisch-politischen Dominanz der EG gegenüber den NN- und Osteuropäern, aus einer Globalisierung von EG-Politik ergebenden Konflikte bzw. Probleme nicht gesehen werden; das Zukunftsprogramm beruht auf einem Rückblick in die europapolitische Vergangenheit, ohne bereits sich abzeichnende Strukturprobleme angemessen zu berücksichtigen. Angesichts der Entwicklungen innerhalb der EG ist unverständlich, warum im Zusammenhang mit Wirtschaftsdemokratie zwar von einem handlungsfähigen (National-)Staat und von starken Gewerkschaften, aber nicht von entsprechenden EG-Strukturen gesprochen wird (292); und angesichts bereits bestehender Europäisierungstrends von Rüstungsindustrien, Verteidigungs- und Militärpolitiken erscheint die Forderung nach einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der EG (94) schwammig, die eigentlichen Probleme ausklammernd und als ein Rückschritt gegenüber früheren grundsätzlichen Parteitagbeschlüssen.

Zweitens werden internationale bzw. europäische Entwicklungen in der Regel negativ verstanden, d. h. als Bedrohung nationaler Interessen oder Einschränkung des nationalstaatlichen Handlungsspielraums (69, 297–301). Der Hinweis, daß die globalen Entwicklungen über eine weltgesellschaftliche Ordnungsmacht EG gerade für den demokratischen Sozialismus neue Gestaltungsmöglichkeiten, die weit über die weltwirtschaftliche Neuordnung (313) hinausgehen, daß z. B. die Sozialistische Internationale in ihrer Organisationspraxis und mit ihren Konzepten dazu ganz wesentliche Hilfen gibt, und daß ein Gestaltungsauftrag an die EG eben eine politisch handlungsfähige und demokratisch legitimierte EG erfordert, fehlt. Hinzu kommt, daß der Ordnungsauftrag z. B. in Sachen Frieden oder globaler Entwicklungsgerechtigkeit lediglich aus dem Sachzwang (68), nicht aber aus dem Anspruch, daß sozialdemokratische Grundwerte nicht allein für die bundesrepublikanische Gesellschaft, sondern auch und gerade global gelten, abgeleitet wird. Dabei erscheint es sinnvoll, auf die friedenspolitischen Leistungen der EG und der KSZE hinzuweisen.

Es ist verständlich, daß ein nationales Programm

sich in erster Linie mit Modernisierungs- und Reformstrategien befaßt, die aus der eigenen Gesellschaft heraus entwickelt bzw. beschleunigt werden. Trotzdem vernachlässigt eine solche national ansetzende Strategie erstens die Tatsache, daß sich die bundesrepublikanische Gesellschaft insbesondere seinen westeuropäischen Nachbargesellschaften sehr viel stärker geöffnet hat als noch in den 60er Jahren, und zweitens die Möglichkeit, gerade über

eine aktive Europäisierungsstrategie Modernisierungs- bzw. Fortschrittseffekte zu erzielen. Wenn z. B. eine neue politische Kultur gefordert wird, können gerade über eine Europäisierung bzw. den aktiven Einbezug des innereuropäischen Gedanken- und Erfahrungsaustausches wesentliche Impulse erzielt werden. Dies setzt allerdings den Abschied vom Modell-Deutschland-Denken voraus.



Bundesweite
Konferenz
in Köln am

**16./17.
Dez. '89**

**Veranstalter:
Projekt Moderner Sozialismus**

Es diskutieren u.a.:
Prof. Detlev Albers
Prof. Wolfgang Fritz Haug
Susi Möbbeck
Katja Barloschky
Harald Wolf
Joachim Bischoff
Karin Roth

über: 'Sozialismus - Krise und Zukunft'
Foren zu: 'Reformprojekt 1990-2000'
'Re-Formierung der Linken'

Infos über: Kongreßbüro • c/o Kulturverein • Postfach 420366 • 5000 Köln 41

Wolf Scheller

Die schöne Tänzerin und der Pionier

Ein Besuch bei der Witwe Erwin Piscators in Manhattan

Wolf Scheller, Jahrgang 1944, ist Redakteur beim WDR/Hörfunk in Köln.

Die 76. Straße im Osten von Manhattan ist eine eher stille Wohngegend. Viele Häuser stammen hier noch aus der Jahrhundertwende, und ihre gepflegten Fassaden lassen vermuten, daß es den heutigen Inhabern nicht gerade schlechtgeht. Das Erwin-Piscator-Haus, wenige Schritte vom Eingang zum Central-Park entfernt, macht da keine Ausnahme. An der Türfront die Plakette mit dem Kopf Erwin Piscators, des „Vaters des epischen Theaters“, wie die Inschrift lautet. Wenn man dann die Stufen zum Eingang erklimmen, das Vestibül erreicht hat, stellt man freilich fest, daß Wände, Treppen und Decke Farbe und Pinsel gut vertragen könnten. „Hier wäre frische Tünche nötig“, könnte man frei nach Brecht sagen, dem das Piscator-Haus in Manhattan zeitweise recht vertraut gewesen ist.

Heute lebt in diesem Haus der „Piscator-Foundation“ die Witwe des großen Regisseurs, die ehemalige Tänzerin und Choreographin Max Reinhardts, Maria Ley. Hochbetagt – sie hat die Neunzig bereits überschritten – hält sie die Erinnerung an die Arbeit ihres Mannes wach, dessen Tod schon fast ein Viertel Jahrhundert (1966 in Starnberg) zurückliegt.

Maria Ley-Piscator, eine zierliche, kleine Person, wach und lebhaft, empfängt den Besucher in einem mit Erinnerungsstücken aus vergangenen Jahrzehnten chaotisch vollgestopften Zimmer auf der zweiten Etage. Auf Tischen und Stühlen stapeln sich Schriften und Bücher, zwischen dem Porzellan stehen die Fotos berühmter Theaterleute. An den Wänden hängen die Plakate verschiedener Piscator-Inszenierungen aus der Weimarer Zeit, in grellen Farben, schreiend-bunt, aufreizend.

Das war die Zeit, als Maria Ley Erwin Piscator kennenlernte. Sie erinnert sich gut an ihre erste Begegnung im Sommer 1936 bei Max Reinhardt auf Schloß Leopoldskron bei Salzburg: „Es war interes-

sant, daß Reinhardt Piscator nicht kannte und Piscator Reinhardt nicht, nachdem sie doch schon 30 Jahre lang im deutschen Theater gearbeitet hatten . . . Da kam er dann, Piscator, und hat sich vorgestellt. Wir waren dann allein, und es war sehr schön. Wir waren allein in der großen Bibliothek von Reinhardt. Ich war damals noch sehr jung und hatte sowohl vor Reinhardt als auch vor Piscator großen Respekt“.

Maria Ley-Piscator erinnert sich lebhaft an diese Jahre. Die verarmte österreichische Aristokratin hatte bereits als Tänzerin Karriere gemacht. Zu ihrem Charme und ihrer Schönheit war ein Millionenvermögen hinzugekommen, das sie von ihrem verstorbenen Mann, Frank Deutsch, dem Sohn des Mitbegründers der AEG, geerbt hatte. Fotos aus dieser Zeit lassen vermuten, daß Erwin Piscator, der bis dahin eher auf recht bescheidenem Fuß gelebt hatte, von beidem angetan gewesen ist.

Man heiratet 1937 in Paris. Brecht ist Trauzeuge. Die Piscators beziehen in der Rue de la Ferme, Neuilly-sur-Seine, ein kleines Haus. Der Arzt und Dramatiker Friedrich Wolf berichtete später: „Piscator? – Der ist heute ein großer Herr, hat eine steinreiche Tänzerin, eine Wienerin, zur Frau. Ich war einmal bei ihm zu Hause, er bewohnt ein Palais mit Zubehör – Portier, Lakaien, Kammerjungfern. Merkwürdig, daß unser Erwin sich in diesem Luxus wohl fühlt“.

Merkwürdig war vor allem, daß Piscator von dieser neuen Umgebung – zumindest äußerlich – ziemlich unberührt blieb. Seine Arbeit, sein ständiges Experimentieren mit neuen Formen ließ Gedanken an anderes offenbar kaum zu. Politik und Kunst – beides gehörte da zusammen. Er versuchte, dies auch auf der Bühne auszudrücken, als seine Programmvorstellung von Theater, indem er die herkömmliche Bühnenkunst zerstörte, auflöste. Die Technik, theaterfremd eingesetzt, drückte das eigentliche Bühnengeschehen wirkungsvoll an die Wand. Film, laufende Bänder, Metallkonstruktionen, Fahrstühle. Projektionen mit Statistiken und Parolen – Erwin Piscator war ein Erneuerer.

Maria Ley, seine Witwe, sieht dies heute so – stärker vielleicht noch als in früheren Jahrzehnten: „Er war die Avantgarde, er war eigentlich der Blick in die Zukunft. Er hatte den Glauben, daß es eine bessere Welt geben könnte. Aber er mußte ein Praktiker sein, gerade später auch hier in Amerika, sonst wäre es nichts mit ihm geworden.“ Sie erinnert sich noch haargenau an Piscators Ankunft in der Neuen Welt 1938 – an seinen ersten Fauxpas, als er in der Halle



Maria Ley-Piscator

Foto: Ullstein-Buhs/Remmler

eines der vornehmsten Hotels mit größter Selbstverständlichkeit einen Farbigen empfing. Als Piscator in die Vereinigten Staaten kam, war er bereits weltberühmt. Nur – in den USA kannte man den von den Nazis ins Exil getriebenen Großmeister des „proletarischen Theaters“ nicht. Dieses Schicksal teilte er mit den meisten anderen Emigranten aus Deutschland.

Für Piscator indes war New York nach Berlin die zweite wichtige Theatermetropole der westlichen Welt. Hier wollte er erneut versuchen, seine Ideen von einem revolutionären politischen Bekenntnistheater umzusetzen. Maria Ley hat in ihrem Buch „The Piscator-Experiment“ berichtet, wie Piscator sich angesichts der amerikanischen Wirklichkeit darum bemühte, den Begriff „Politisches Theater“ in New York nach Möglichkeit zu vermeiden und nicht in die Gewohnheiten des alten Agitations-theaters aus den zwanziger Jahren zurückzufallen.

Gleichwohl gab es auch in New York Ansätze zu einer Proletbühne, aus der zum Beispiel Elia Kazan sein „Theatre of Action“ entwickelt hat. Doch wie schwierig der Weg Piscators in Amerika verlief, weiß seine Witwe heute ebenso zu berichten: „Einer der Autoren, die wir sehr bewunderten, war Clifford Odets. Wir wohnten im Sommer 1938 im Haus von George Grosz in Douglaston auf Long Island. Im benachbarten Smithtown sollte ich an einem Sommerkurs der „Theatre Group“ teilnehmen. Unterwegs unterhielt ich mich mit dem Fahrer über unsere Theatervorhaben, etwa über den Plan Piscators, Clifford Odets zu inszenieren. „Ja, kennen Sie denn seine Stücke?“ fragte mich der junge Mann verblüfft. Sicher, sagte ich. Wir bewundern sie. Piscator hält sie für den Beginn einer neuen Epoche der Theaterliteratur. Odets ist ein bedeutender Schriftsteller. – Darauf schwieg der junge Mann gekränkt, und als wir in Smithtown ankamen, sagte er mir kurz und bündig: „Amerikas Theater wird nicht den Weg Piscators gehen. Ich habe versäumt, mich Ihnen vorzustellen. Mein Name ist Clifford Odets.“

Ein Eroberungsfeld wurde das also nicht. Allerdings faßte Piscator trotz dieser Vorbehalte ziemlich rasch Fuß in New York. Der einfallsreichste und am meisten umkämpfte Theatermacher der Weimarer Jahre verbrachte in dem schmalen, vier Stockwerke hohen Brownstone-Haus in Manhattan die wichtigsten Jahre seines amerikanischen Exils. Hier entstand zwischen 1938 und 1950 sein dramatischer Workshop für die „New School for Social Research“, hier entwarf er seine Inszenierungskonzepte für das „President Theatre“ in New York und die

vielen anderen nordamerikanischen Bühnen. Kein Zweifel: Das Piscator-Haus in Manhattan gehört zur neueren amerikanischen Theatergeschichte, ein Kapitel, das für das europäische Exil der Nazi-Jahre einzigartig war.

Immerhin war Piscator neben Brecht der einzige deutsche Emigrant, der im Theaterleben des Gastlandes deutliche Spuren hinterließ. Zu seinen Schülern gehörten Marlon Brando und Gary Cooper. Harry Belafonte und Tony Curtis. Er arbeitete zusammen mit Autoren wie Arthur Penn, Tennessee Williams und Robert Penn Warren. Alles in allem eine hübsche Liste für einen Flüchtling aus Deutschland, dem seine kommunistische Herkunft in Amerika eines McCarthy's noch zu schaffen machte. Denn schließlich war Piscator schon in den unruhigen Weimarer Jahren an den Bühnen Berlins berühmt und berüchtigt gewesen. Aus dem Theater hatte er eine Arena des Klassenkampfes gemacht, und die Furore, die seine Inszenierungen auslösten, vor allem seine „Rote Revue“, hatte in ersten Wellen auch Theaterleute in den USA erreicht. Deswegen mußte sich Piscator in den Staaten häufig der Frage nach der politischen Ausprägung seiner Theaterarbeit stellen. Etwa im Gespräch mit Avin Johnson, dem Präsidenten der „New School for Social Research“, einer Hochburg der intellektuellen Emigration aus Europa. „Als junger Mann“, so entgegnete Piscator damals, „war ich ein ganz unpolitischer Mensch. Ich träumte davon, ein berühmter Tenor oder wenigstens Schauspieler zu werden, der die großen klassischen Rollen interpretiert. Aber dann wurden die Schützengräben von Ypern ausgehoben. Ich erlebte Berlin, sah den Tod durch die Straßen tanzen, das Gespenst von Hunger und Not. Das zog mich zur Politik wie das Kätzchen zur Milch. Und ich begann zu schreiben. Ich schrie und schrie und schrie. Ich machte mein politisches Theater . . .“ Maria Piscator fügt hinzu: „Als wir das Zimmer von Johnson verließen, war der ‚Dramatic Workshop‘ gegründet . . . Ich hatte ganz vergessen, aus meiner Handtasche die Empfehlungsschreiben von Albert Einstein, Max Reinhardt und Sinclair Lewis hervorzukramen“.

Doch da tauchte neben all den vielen Problemen, sich in der fremden Welt einzurichten und zurechtzufinden, noch ein anderes Problem auf: Bertolt Brecht. Der fünf Jahre jüngere Stückeschreiber war gewissermaßen die kongeniale Entsprechung zu Piscator, gleichzeitig aber auch sein Antipode, sein Widersacher. Die beiden gingen sich aus dem Weg und schienen doch im Exil aufeinander angewiesen. Daß

dem Zyniker Brecht immer wieder auch die wohlgepolsterten Lebensumstände der Piscators anstößig erschienen, läßt das Urteil von Maria Ley-Piscator noch heute reichlich herb ausfallen. „Bertolt Brecht ist eine ganz besondere Angelegenheit“, schmunzelt sie, „und der Anfang hier in Amerika war für ihn ja auch nicht sehr schön oder angenehm. Denn er war immer ‚über‘ der Situation, und das ist gar nicht amerikanisch. Aber nicht nur das. Ich habe Sachen mit Brecht erlebt, die waren einfach unwahrscheinlich. Piscator hatte mich bei Brecht eingeführt. Wir saßen dort bei einem Tee, während seine Frau, Helene Weigel, nebenan in der Küche saß. Das war typisch für Brecht. Er war unwahrscheinlich frech, unwahrscheinlich impertinent.“

Die hochfahrende, kalte und oft schnodderige Art Brechts war freilich nur ein Nebenaspekt in dieser Beziehung. Die Gründe für die über die gemeinsame Erfahrung des Exils hinausreichende Trübung reich-



Maria Ley-Piscator

Foto: Ullstein/Kallmus

ten viel tiefer. Bei Brecht war es wohl vor allem das Empfinden, auf den Theatermann Piscator häufig angewiesen zu sein. Allzu gern hätte sich auch Brecht in New York niedergelassen. Während seines Exils in den USA reiste er immer wieder in diese Stadt. Nach New York zogen ihn einmal Ruth Berlau, die dort arbeitete, zum anderen aber die Kontakte zum Theater. Als Emigrant benötigte er für die Reise eine behördliche Genehmigung, die ihm die Staatsanwaltschaft in Los Angeles erst ausstellte, als er eine Einladung von Piscator vorweisen konnte. Piscator schrieb an Brecht, daß das Studio Theatre seines Dramatic Workshop eine Aufführung des „Guten Menschen von Sezuan“ für Januar 1943 plane. Zu den Proben sei die Anwesenheit des Autors erforderlich.

Brecht kam, wohnte bei Ruth Berlau, kümmerte sich aber nicht im geringsten um die Inszenierung. Damit war Piscator ein weiteres Mal in seinem Bemühen gescheitert, mit Brecht enger zusammenzuarbeiten. Später – in den fünfziger Jahren – wird der Regisseur über den Stückeschreiber mit einiger Bitterkeit sagen: „Manchmal denke ich . . ., er hat sich in den Besitz meines Erbes gesetzt mit nicht ganz fairen Mitteln“. Und seine Witwe spricht heute von dem „ungetreuen Brecht“: „Er hat von allem genommen, was ihm nützte.“

Das Piscator-Haus in Manhattan spiegelt die Erinnerung an diese bewegten Jahre des Exils nur noch in Rudimenten. Maria Ley-Piscator hält hier mit bewundernswerter Zähigkeit ein Stück Theatergeschichte fest. Trotz ihres hohen Alters fliegt sie zu Vorträgen über Piscator nach Chicago und Washington. Die ehemalige Tänzerin Max Reinhardts hat sich inzwischen im Haus ihr eigenes kleines Reich geschaffen. Im Wohnzimmer hängt noch der Duft von schwerem Parfum, die Vorhänge an den Fenstern sind zugezogen, um das grelle New Yorker Sonnenlicht abzuwehren. Aus ihrem Lehnstuhl überblickt sie die letzten Jahrzehnte. Hätte sie ihrem Mann nach Deutschland folgen, in der Bundesrepublik bleiben sollen? „Was wäre dann aus der Theaterwerkstatt in New York geworden?“ fragt sie nachdenklich. Die Zeit hat auch diese Frage beantwortet. Was ihr nach dem Tod Erwin Piscators im Frühjahr 1966 geblieben ist, macht heute ihren Lebensgrund aus.

Zeitschriften-Forum

Die in Baden-Baden erscheinende Kulturzeitschrift *Phöbus* beschäftigt sich in ihrer jüngsten Nummer mit der – tatsächlichen oder vermuteten – Macht der Medien in der Bundesrepublik. Interviewt wurden Leute, die es wissen müssen, so der Intendant des Südwestfunks Willibald Hilf, der Chefredakteur des ZDF Klaus Bresser und der Redaktionsleiter des Fernsehmagazins „Monitor“ Klaus Bednarz. Sind die Medien, insbesondere das Fernsehen, so etwas wie die „vierte Gewalt“ in der heutigen Gesellschaft?

Die Antworten auf diese und andere Fragen fallen bei den Interviewten naturgemäß unterschiedlich aus. Der brave Klaus Bresser, den wir alle wegen seines adretten Äußeren und seiner stets gleichbleibenden Freundlichkeit mögen, fühlt sich als Chefredakteur beim ZDF in einem „Traumjob“ und bricht eine Lanze für die Freiheit und Unabhängigkeit journalistischer Arbeit. Wenn man ihm so zuhört, gewinnt man den Eindruck, die Welt des öffentlich-rechtlichen Fernsehens sei vollkommen in Ordnung, politische Meinungsvielfalt sei jederzeit garantiert, und die Personalpolitik der Sender orientiere sich in erster Linie an Sachkompetenz und nicht am Parteibuch (wie nicht verstummen wollende böse Zungen immer wieder behaupten). Fazit: Herr Bresser hat es gut, das Fernsehen informiert den Bürger über „die inneren Zusammenhänge unseres Gemeinwesens“, und politische Manipulationsversuche von außen kommen eigentlich so gut wie nie vor.

Auch von Herrn Hilf (CDU) war nicht zu erwarten, daß er mehr zum besten gibt als die bekannten Platitüden. Es spricht immerhin für ihn, daß er „im Nachgang zu den Ereignissen in Borken und Gladbeck“ – wir erinnern uns – seine Journalisten und Reporter ins Gebet genommen und sie an ihr „journalistisches Ethos“ erinnert hat. Hoffentlich hat's genützt.

Schließlich Bednarz. Er bestreitet, daß es ihm in dem von ihm moderierten Politmagazin „Monitor“ darauf ankomme, Macht auszuüben und Politik machen zu wollen; „Wenn ich Macht ausüben wollte, dann wäre ich längst in irgendeine der großen Parteien eingetreten oder hätte eine Banklehre bei der Deutschen Bank gemacht . . .“ Da hat er nicht ganz unrecht, der Herr Bednarz.

Im selben Heft von *Phöbus* räsoniert der Marburger Politprofessor Wilfried von Bredow ganz allge-

mein über „Politik & Medien“. Ohne in kulturpessimistisches Lamentieren zu verfallen, konstatiert von Bredow – man ahnte es bereits –, daß der Rundfunk zu den „Absteigern im Medienbereich“ gehört. Anzahl und Intensität von Wortsendungen nehmen in der Tat ständig ab. Das ist nun einmal der Zug der Zeit.

In einem Punkt leistet von Bredows Beitrag wertvolle Arbeit der Entmystifizierung. Entgegen einer verbreiteten Ansicht, die bewegten Bilder des Fernsehens, etwa politischer Nachrichtensendungen, verschleierte das „Eigentliche“ der Politik (das sich hinter den Kulissen, fern vom spähdenden Kameraauge, abspiele), behauptet der Politologe, das „Eigentliche“ liege an der Oberfläche. „und die Medien zeigen es“. Das ist eine klare Absage an Verschwörungstheorien, die Sphäre politischer Machtausübung betreffend. Wahrscheinlich geht es also in der Politik parlamentarischer Demokratien tatsächlich so platt und banal zu, wie es uns die Nachrichtenbilder täglich zeigen.

Manchmal allerdings erkennt man doch nicht auf den allerersten Blick, wie die Logik politischer Machtausübung funktioniert. Der „Fall Jenninger“, der im November 1988 zum abrupten Rauschmiß des Parlamentspräsidenten und zu ungeahnten öffentlichen Erregungen führte, ist ein solcher Fall. Warum wurde Jenninger, ein eher biederer Vertreter der politischen Klasse in Bonn, so sang- und klanglos aus dem zweithöchsten Staatsamt gejagt? Warum wurde er nicht nur von der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken maßlos beschimpft, sondern auch von seinen rechten politischen Freunden wie eine heiße Kartoffel fallengelassen? Der Historiker Lutz Niethammer ist diesem dubiosen Fall in der fünften Nummer von *Babylon*, das zweimal jährlich im Frankfurter Verlag Neue Kritik erscheint, dankenswerterweise nachgegangen.

Der Casus ist deshalb kompliziert, weil der Stein des Anstoßes gar nicht anstößig war – was aufmerksame Beobachter von Anfang an erkannten. Die meisten, vor allem die guten linken Menschen, waren empört über Jenningers mangelndes rhetorisches Fingerspitzengefühl, über die „kalte“ Art seines öffentlichen Vortrags und darüber, daß er sich – entgegen dem herrschenden Gedenkritual – nicht genügend mit den Opfern der Pogromnacht von 1938 beschäftigte, ja daß er sie kaum erwähnte. Trotzdem reicht all das nicht aus, um den Sturz eines Parlamentspräsidenten zu erklären: In Bonn hat es schon viel schlimmere rhetorische Entgleisungen gegeben.

Die Wahrheit ist, daß Jenninger sich nicht, wie Niethammer ganz richtig schreibt, „an jene bewährten Kurzformeln gehalten (hat), die so leer sind, daß jeder sich dabei sein Teil denken kann“. Daß er mit seiner Rede, die in der Sache schärfer und eindeutiger war als die vielgerühmte Rede des Bundespräsidenten zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation, gerade nicht in die allgemeine Versöhnungsrhetorik eingestimmt hat. Und daß er in seltener Eindringlichkeit und, so Niethammers Urteil, in Übereinstimmung mit der historischen Forschung sozusagen aus der Binnenperspektive der Täter die breite Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu Hitlers Diskriminierungs- und Vernichtungspolitik sichtbar gemacht hat.

Was also war, nochmals, das „Anstößige“ der Jenningerschen Rede? Die Reaktion der Linken war offenbar von vornherein programmiert: Sie traute Jenninger ohnehin nicht zu, daß er dem Anlaß der Gedenkrede Angemessenes sagen würde; und sie fand sich selber in der Rede nicht wieder, weil Jenninger fast ausschließlich von den Tätern, kaum von den Opfern sprach, mit denen man sich im nachhinein gern und kostenlos identifiziert.

Schwieriger ist die Reaktion der regierenden Koalition zu erklären. Niethammer bietet eine Erklärung an, die er ausdrücklich als Hypothese verstanden wissen will. Die Koalition, vor allem CDU/CSU, habe die gefährliche Brisanz, die in Jenningers Rede steckte, sogleich erkannt. Gerade weil Jenninger die „Spezifität der Verantwortung“ der Täter rücksichtslos benannt habe, sei er für die Koalition untragbar geworden. Es ist nicht unplausibel, daß Niethammer die Jenninger-Rede und den Tod von Strauß (im Oktober 1988) in Zusammenhang bringt. Denn die nationalistischen Töne, die der Bayer immer wieder anschlug, und seine unbestreitbare Fähigkeit, ein traditionalistisches Illusionspotential auf der Rechten zu binden und die Täterschaft der Deutschen während des Dritten Reiches durch Hinweise auf „deutsche Opfer“ zu relativieren, hielten die Union für rechte Wähler offen. Strauß hinterließ ein Vakuum; statt dieses Vakuum vergessen zu machen, ließ Jenningers Rede es noch schmerzhafter sichtbar werden. Für den rechten Rand der C-Parteien, schreibt Niethammer, drohte die Rede „zum Fanal zu werden, sich nunmehr endgültig von einer Union zu trennen, in der derartig hochgestellten ‚Nestbeschmutzern‘ keine stärkeren Naturen mehr gegenüberstanden. Wer diese Desintegration am rechten Rand vermeiden wollte, mußte den Parlamentspräsidenten stürzen...“. Angesichts der

jüngsten Wahlerfolge der „Republikaner“ konstatiert Niethammer freilich zu Recht, daß dieser Schachzug der Union wenig Nutzen gebracht habe.

Exil erscheint inzwischen im achten Jahrgang, was einem kleinen Wunder gleichkommt, wird die Zeitschrift doch von der Herausgeberin Edita Koch praktisch im Alleingang gemacht. Gäbe es *Exil* nicht, so wären unsere Kenntnisse über die Opfer der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik, über viele unbekannte oder vergessene Personen des deutschen Exils wesentlich geringer. In der letzten Ausgabe der Zeitschrift berichtet Rolf D. Krause über Leseverhalten und Literaturrezeption in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern – ein Kapitel, über das wohl die Allerwenigsten von uns etwas wissen. Bewegend ist die auszugswise Dokumentation einer Familienkorrespondenz im Exil, die Michael Philipp besorgt und kommentiert hat. Der Historiker Jan Foitzik gibt in einem Beitrag detaillierte Informationen über Aufbau und Tätigkeit linker politischer Kleinorganisationen in Widerstand und Exil zwischen 1933 und 1940. Besonders lesenswert ist der Aufsatz von Michael Rohrwasser über den Schriftsteller, KPD-Aktivist und Exilanten Georg Katharina Glaser. Dessen autobiographisch gefärbter Roman *Geheimnis und Gewalt*, für den Walter Dirks 1948 vergeblich versuchte, einen Verlag – so den Verlag der *Frankfurter Hefte* oder die Büchergilde Gutenberg – zu gewinnen, und der 1950 bei Rowohlt von C. W. Ceram und, ausgerechnet, Ernst von Salomon abgelehnt wurde, ehe er 1951 im Vineta-Verlag erscheinen konnte, ist jetzt wieder in ungekürzter Form bei Stroemfeld/Roter Stern aufgelegt worden.

Angesichts der zahlreichen „Nachrufe“ auf den Marxismus, die seit den gesellschaftlichen Umwälzungen in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn in der westdeutschen Presse an der Tagesordnung sind, ist es vielleicht nicht müßig, daran zu erinnern, daß die Reformprozesse in Osteuropa und die Vitalität des Kapitalismus in Westeuropa noch keine logisch zwingenden Gründe für den „Tod des Marxismus“ abgeben. In einem temperamentvoll geschriebenen Beitrag im 176. Heft des *Argument* plädiert der französische Philosoph Georges Labica für die Rehabilitation des marxistischen Revolutionsbegriffs und gegen die Kleinmütigkeit der Intellektuellen, denen er im Sinne Julien Bendas Verrat vorwirft: „Mit wundervollem Eifer haben sie die eigenen Abschwörungen zur Theorie erhoben und sich oft genug in

den Sesseln der Macht installiert. Der Tod des Marxismus ist ein in jedem Sinne lohnendes Unternehmen. Indem er die Verfehlungen in Bannflüche verwandelt, nicht ohne verbalen Terror, sichert er bequem moralische, gesellschaftliche und mediengerechte Positionen, über die Konjunktur zweier Vorsilben: *Neo* – für Neue Philosophie, Neue Geschichte, *Nouvelle Economie* und – *Nouvelle Cui-*

sine, um vom Neoliberalismus zu schweigen, der die Rückfälle bemäntelt; *Post* – wie Post-Kapitalismus, Post-Sozialismus oder Postmoderne.“ Labica ruft Walter Benjamins Passagen-Werk ins Gedächtnis, in dem es heißt, Revolutionen seien „heilsame Unterbrechungen“ und „spektakuläre Haltepunkte“ in einer geschichtlichen Entwicklung, die auf immer globalere Katastrophen zusteuert.

Hans-Martin Lohmann

Kulturpolitische Notizen

Jürgen Habermas, so Ralf Dahrendorf zu dessen 60. Geburtstag, sei kein Praktiker; „seine Praxis bleibt Theorie, wichtige Theorie, vielleicht richtige Theorie, aber eben doch Theorie“. Er liebe komplizierte Formulierungen für das, was er als Ziel ermittelt habe. „Er mag das dunkle Reden von Dialektik, in der das Faszinosum der Negation durch die satte Sehnsucht nach Synthese überwunden wird.“ Nun ist die Forderung des Philosophen und Soziologen nach „herrschaftsfreier Kommunikation“ gerade auch im Rahmen kulturpolitischer Arbeit von zentraler Bedeutung; eine Theorie des kommunikativen Handelns ist zu begrüßen, weil insgesamt zu wenig Kopfarbeit geleistet wird und statt dessen der Bauch das Sagen hat. Zudem kann man nichts vom Kopf auf die Füße stellen, wenn man nichts im Kopf hat. Schließlich läßt sich eine komplexe Gesellschaft nicht durch ein reduziertes und simplifiziertes Begriffssystem erfassen. Zwar würde man sich freuen, wenn Habermas vom schwindelerregenden Gerüst seiner begrifflichen Konstruktionen auch einmal den Blick auf die „ebene Erde“ werfen würde – Parterre wäre dies dennoch nicht; wenn er wenigstens vereinzelt Praxisbeispiele gäbe und damit den Praktiker ermutigte; damit ist aber, obwohl doch „Lebenswelt“ ein Schlüsselbegriff für kommunikatives Handeln ist, nicht zu rechnen.

Das ändert nichts an der Spannung, mit der man die „Zwischenbetrachtungen“ („Im Prozeß der Aufklärung – Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag“), erschienen im Suhrkamp Verlag, aufschlägt. Vorausgeschickt ist ein schöner Brief von Leo Löwenthal an den Jubilar: „Du hast nicht nachgelassen, die Belange der keineswegs liquidierten Aufklärungs-

philosophie im Kampf gegen die Moden zu vertreten, die sich verführerisch an den unbestreitbaren und von der Kritischen Theorie schon immer stigmatisierten Schwächen der klassischen Aufklärung reiben und im Verlauf dieses Diskurses der Beliebigkeit zu einer Unterminierung theoretischer, moralischer und politischer Wertsetzungen, zu einer in der Tat manipulierten ‚Unübersichtlichkeit‘ beitragen.“

Ich will mich am ersten Beitrag von Karl-Otto Apel reiben, da er sich als ein herausragendes Beispiel philosophischer Esoterik erweist, die zwar ständig „lebensweltliche Sittlichkeit“ propagiert, aber nicht einmal mehr die geringsten Anstrengungen macht, einem aufklärungswilligen Leser (und natürlich auch einer aufklärungswilligen Leserin) ein geringes Maß begrifflich entgegenzukommen. Ich reibe mich, indem ich drei exemplarische (!) Stellen zitiere: „Das Selbsteinholungsprinzip ergibt sich aus dem Prinzip des zu vermeidenden performativen Selbstwiderspruchs unter der soeben skizzierten zusätzlichen Voraussetzung, daß das transzendentalpragmatisch nichthintergehbare Diskursprinzip als Bedingung der Möglichkeit der Rekonstruktion der Geschichte auch zugleich ein Faktum und Telos der zu rekonstruierenden Geschichte sein muß.“ Oder: „Die Abweisung der transzendentalpragmatischen Inanspruchnahme des sprechaktbezogenen Reflexionswissens müßte dagegen die post-linguisticturn-Philosophie auf das abstrakte Defizit der semantizistischen bzw. behavioristisch-pragmatischen Phase Morris' und Carnaps zurückwerfen.“ Oder: „Als metaphysikfreie, transzendentalreflexive Vergewisserung der nichthintergehbaren Voraussetzung philosophischer Argumentation enthält die transzendentalpragmatische Letztbegründung des Vernunftstandpunktes m. E. auch die Maßstäbe für die mögliche Entlarvung kryptometaphysischer Theorienbildung: z. B. – wie gezeigt – die Varianten

des zientistischen Reduktionismus.“ Nun klärt mal schön auf!

„Ex und hopp. Das Prinzip Wegwerf“ ist der Titel einer Ausstellung des Deutschen Werkbundes in Frankfurt; sie ist der Kern von mehr als 40 weiteren Aktivitäten, die bis Dezember zu dieser Thematik im Rhein-Neckar-Gebiet geplant sind. „Die Wegwerfmentalität kann sicherlich mit Berechtigung als ‚Zeichen unserer Zeit‘ angesehen werden, dringen doch ihre Metastasen sogar in Bereiche ein, wo wir sie nicht vermuten mögen. Die ‚Ex-und-Hopp‘-Beziehungen oder das Abschieben eines nicht mehr verwendungsfähigen Arbeitslosenheeres mögen als Beispiele für manche andere stehen“ (Ot Hoffmann).

Günther Moewes hat darauf hingewiesen, daß trotz gleichbleibender Bevölkerungszahl, trotz abnehmender Fläche pro Produktivität, trotz gewaltiger Brach- oder Freiflächen innerhalb der Siedlungsgebiete in der Bundesrepublik noch immer täglich 120 ha Landschaft verbraucht werden, jährlich die Fläche des Bodensees. Das Potential steige noch, während Bedarf und Landschaft schwinden. Hauptmotor des Bauens sei nicht mehr der Bedarf, sondern die Beschäftigung („Landschaft + Stadt“ 2/1989).

In seinem Entwurf einer negativen Ökologie (fischer perspektiven) spricht Hans-Martin Schönherr davon, daß ein künstlerischer Umgang mit der Welt notwendig sei, von dem man sich ökologisch, politisch, wissenschaftlich und technisch inspirieren lassen sollte.

„Es geht um ein künstlerisches Naturverständnis, denn Kunst behauptet im Gegensatz zur Wissenschaft nicht irgendeine Wahrheit, sondern eher die Fragwürdigkeit von Wahrheiten. Kunst konstruiert keine Welt, sondern formt sie vorsichtig nach den Bedingungen der jeweiligen Materialien. Kunst gründet auf keinem angeblich wissenschaftlichen Fundament, sondern schwebt in einem Weltlabyrinth von Zeichen, in der es keine objektiven Wahrheiten, keine Entsprechung zwischen Sprache und Natur mehr gibt.“

Unter der Devise „Kunst statt Gemüse“ hat der Industrielle Kurt A. Körber, dessen kommunikatives Handeln darin besteht, daß er – die Sozialbindung des Eigentums ernst nehmend – einen Teil seines Vermögens stiftete und stiftet, die Markthallen am Deichtor in Hamburg von dem Architekten Jo-

sef Paul Kleihues zu Kunst- und Ausstellungshallen umbauen lassen (25 Millionen DM).

Nachfolgerin des Generaldirektors der Museen in Köln und Direktors des Römisch-Germanischen Museums, Hugo Borger, soll die Kölner Stadtkonservatorin Hiltrud Klier werden. Für Linda Reisch als Nachfolgerin Hilmar Hoffmanns hat sich der Frankfurter Oberbürgermeister Volker Hauff ausgesprochen. Für Nürnberg ist Karla Fohrbeck im Gespräch. Die FAZ unterstellte, obwohl es sich doch nicht um Quotenfrauen, sondern hochqualifizierte Personen handelt, Oberflächlichkeit bei der Personaldebatte: „Die Schwierigkeiten der Berliner Kultursenatorin Martiny, auch sie eine Debütantin, sollten Hauff eine Warnung sein. Das Motto ‚Kulturfrauen sind in‘ ist doch eine allzu dürftige Maxime. Wie die Beispiele Berlin, Wiesbaden, Offenbach, Nürnberg und nun eben Frankfurt zeigen, hat sich die SPD gleichwohl in dieses Motto verliebt.“

1988 unternahmen die Bundesdeutschen 137 Millionen Reisen; 44 Milliarden DM gaben sie im Ausland aus. Doch wird die zunehmende Reisetätigkeit der Bundesbürger von einer abnehmenden Zahl von Menschen ausgeübt; die einen reisen immer mehr, die anderen bleiben immer mehr zu Hause. Bemerkenswert ist, „daß Marktkräfte und Profiterwartungen noch nie eine so große Rolle in der Tourismusentwicklung spielten wie heute. Die Paradigmenwechsel und Moden des Reisens der Vergangenheit hängen mit geistesgeschichtlichen Veränderungen zusammen (die ihrerseits natürlich wieder mit gesamtgesellschaftlichen materiellen und ökonomischen Trends zu tun haben): Pilgerfahrten, Italienbegeisterung, die Entdeckung der Alpen und der Exotik – sie alle folgen kulturellen Megatrends, während bei den heutigen Moden des Tourismus massive Eingriffe des Marketings und ein in zentralen Bereichen vom Angebot strukturierter ‚Verkäufermarkt‘ in Einführung an wirtschaftlichen Interessen die Entwicklung prägen“ (Dieter Kramer).

„Spuren“ heißt eine Schriftenreihe, die von der Marbacher Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten in Baden-Württemberg herausgegeben wird; sie widmet sich Orten – wie Häusern, Gräbern, Denkmälern oder literarischen Schauplätzen –, die in Beziehung zum Leben oder dem Werk eines Autors bzw. einer Autorin stehen. „Was spurlos verschwunden ist, läßt sich nicht mehr aufspüren. Nur da, wo Spuren geblieben sind, spüren

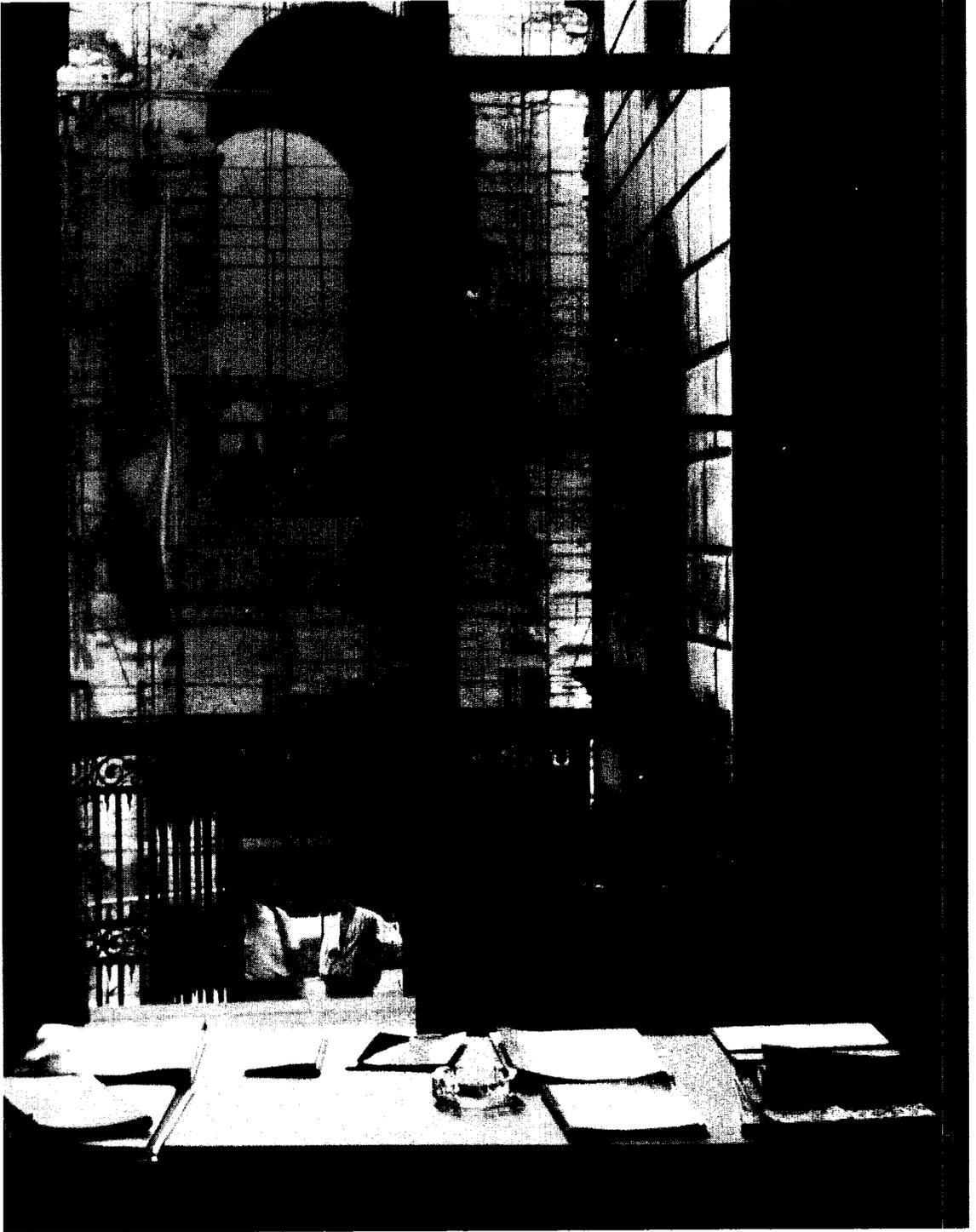


Foto: Meechthild Veil

wir etwas von dem, was einmal war.“ (Thomas Scheuffelen in der ersten Ausgabe.)

Bei der Jahreshauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins meinte Ulrich Schreiber in einem Referat, daß das Stadttheater mit dem Jahr 2000 auf die „organisierte Unverantwortlichkeit“ hinsteuere; die künstlerischen Spuren, die es hinterlasse, würden immer bedeutungsloser. Zwischen Intendanz und Kantine herrsche zwar reges Leben, doch finde Kunst dort nicht mehr statt. „Und das Erstaunlichste: Niemandem im Lande fällt das auf. Das Verschwinden des Theaters wird in der Bedrohlichkeit des Prozesses nur deshalb nicht bemerkt, weil wir uns längst daran gewöhnt haben.“ Wenn der administrative Apparat nicht reduziert werde, drohe das Ende, zumindest der künstlerischen Produktion. „Das deutsche Theater 2000, eine hochsubventionierte luxuriöse Würstchenbude?“

Als zunehmend wichtiger werdenden Faktor bezeichnet die Einladung zu dem internationalen Kongreß „Zukunft Stadt“ – veranstaltet vom Land Niedersachsen und der Konrad-Adenauer-Stiftung – die Stadtkultur. Soziale und wirtschaftliche Erneuerung in einer lebenswerten Umwelt stellten sie vor neue Aufgaben und Chancen. „Denn städtische Kultur ist Anstoß für individuelle Entfaltung und Medium der Verständigung in einer pluralistischen Gesellschaft. Sie steht auch für Identität und Selbstdarstellung der Stadt und ihrer Bürger.“

Anläßlich des Ausscheidens von Dr. Karl Richter als Geschäftsführer des Sekretariats für gemeinsame Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen wurde eine umfassende Bilanz der nun über 15 Jahre dauernden Kooperation der dortigen Großstädte vorgelegt. Die über 500 Projekte hätten keine Verarmung mit sich gebracht; sie konnten vielmehr häufig „Auslöser“ sein. „Man hat das Kultursekretariat ‚Drehscheibe‘, auch gelegentlich ‚Stellenwerk‘ der Kulturszene in Nordrhein-Westfalen genannt. Man wird es auch in

Zukunft danach messen, wie weit es durch neue Initiativen in der Lage ist, den Reichtum der Kulturszene in Nordrhein-Westfalen nicht nur unter der Perspektive der Vielfalt, sondern auch der Geschlossenheit deutlich zu machen.“

Kultur, so Kurt Biedenkopf auf dem Kongreß der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU in Frankfurt am Main, sei eine existentielle Bedingung der Gesellschaft. Kultur erweise sich als Voraussetzung für die Lebensfähigkeit menschlicher Gesellschaft, gleichgültig auf welchem Entwicklungsniveau sie sich befinde. „Sie ist in der Tat nicht Verzierung, wie die Kunst am Bau, sondern sie ist die Seele der Gesellschaft. Daraus ergibt sich ihre zentrale Bedeutung auch für die Sinnfindung. Identifikation des einzelnen; Dinge, die die Politik oder die Kommunen nie für die Menschen leisten können, für deren Voraussetzungen sie aber verantwortlich sind.“

Analphabetismus – heißt es in einer Broschüre der „Stiftung Lesen“, die unter der Leitung von Hilmar Hoffmann wieder an Profil gewinnt – gibt es nicht nur in Entwicklungsländern. Für die USA schätzt man eine Analphabetenzahl von 20 – 30 Millionen; in Großbritannien rechnet man mit ca. 2 Millionen. Für die Bundesrepublik gibt es nur Vermutungen, die zwischen 600 000 und 3 Millionen schwanken. „Leseförderung geht über die Leseerziehung, die Aufgabe der Schule bleiben muß, hinaus. Leseförderung beginnt in der Familie, lange bevor die Kinder die Lesetechnik erlernen. Die Aufgabe der Leseförderung kann nicht von den klassischen Institutionen der Lesekultur – neben der Schule: den Bibliotheken und dem Buchhandel – allein bewältigt werden. Leseförderung muß stärker als bisher in die Erwachsenenbildung, in die Jugend- und Sozialarbeit, in die gewerkschaftliche und betriebliche Bildungsarbeit bis hinein in die Jugendarbeit der Sportverbände und viele andere Bereiche Eingang finden“ (H. Hoffmann).

Hermann Glaser

Fasten seat belts

Turbulenzen auf verschiedenerlei Ebenen des trans-europäischen Politverkehrs zeichnen sich ab – angesichts einer unübersichtlichen Wetterlage, die durch östliche Gewittertätigkeit im Wechsel mit sonnigen Abschnitten vom Baltikum bis zum Balkan (mit Ausläufern über Zentralasien) bestimmt ist; Hochnebel liegt über den Deutschländern. Auf den Kontrolltürmen zwischen Moskau und Washington herrscht angespannte Stimmung vor, in der sich Zuversicht mit Zittern, Zielstrebigkeit mit Zagen vermischen.

Ein bedachtsamer George Bush indessen hat sich in klarer Erkenntnis der diffizilen Umbruchsprozesse in Polen und Ungarn jedes Anscheins von ungemäßer Intervention enthalten; als das Rumoren um deutsche Staatseinheit lauter wurde, ist er sogar von seiner riskanten Mainzer Formulierung abgerückt, in der noch von einem Abriß der Berliner Mauer im Verlauf seiner Präsidentschaft die Rede gewesen war (vgl. Kol. 7/89). In schroffem Gegensatz zu derart sorglicher Beachtung sensibler Stellen im global-europäischen Beziehungsnetz drohte allerdings sein naßforscher Jung-Vize düster mit „Aktionen“, falls Moskau ungestüm nationalistische Absetzbewegungen in den Baltenstaaten behindern würde; der greise US-Botschafter in Bonn verkündete gar übers Radio, er rechne in Bälde schon mit einem Zusammenschluß der „beiden nicht normalen Deutschlands“. Die Europaexpertin der *NEW YORK TIMES*, Flora Lewis, sah darin eine „höchst unbedachte Äußerung“, die Gefahren für jedermann, auch für den Westen heraufbeschwören müßte. Zwar sollte man alle ermutigen, die sich für die Demokratie einsetzen, zugleich aber den mühsamen Änderungsvorgängen im Osten mit Besonnenheit begegnen, und schon gar nicht durch falsche Versprechungen oder wirre Ankündigungen über Deutschland Aufruhr provozieren.

So registrierte selbst Kohl durchaus treffend, daß die deutsche Frage wieder auf dem Tisch des Weltinteresses liege. Bemächtigt sich doch geradezu ein westliches Glasnost dieses Komplexes – im selbstkritischen Rückblick auf jahrzehntelange Deutschland-Heuchelei im trauten Kreise der Allianz. Denn nicht nur die voll auf Paris-Bonn abfahrende Flora macht jetzt transparent, was seit eh und je so in den Köpfen der „Großen Drei“ und anderen Orts vorging, wann immer man augenzwinkernd den ahnungsvollen deutschen Bundeskameraden Lippendienste zum Hausgebrauch leistete. Vor allem in den USA, Britannien und Frankreich stellt man sich unter Politikern, Diplomaten und in den großen Medien die Frage, ob es wirklich eine legitim-läßliche Lüge (wie sie selbst Bush mal wieder im menschenleeren Montana entschlüpfte!) war, wenn man sich in scheinheiligen Formulierungen, um die NATO-Reihen fest geschlossen zu halten, zum Ziel einer Wiedervereinigung bekannte und somit einen Deutschnationalismus mit Lebenslüge versorgte, die sich als Sprengstoff inmitten eines instabilen Europas auswirken könnte. Allzu fahrlässig, so die Londoner *SUNDAY TIMES*, habe man sich „privatim“ gegenseitig versichert, daß die Russen schon „die Hunnen“ in Schach

halten würden. Der *QUOTIDIEN DE PARIS* stellt fest, daß der zweite deutsche Staat „auch ein wesentlicher Teil des strategischen und diplomatischen Spiels auf europäischer Bühne darstelle und für die Sowjetunion zusammen mit Polen der Schlüssel zur eigenen Sicherheit“ sei – schließlich diene seine Existenz allen Ländern Europas als Garantie gegen die Wiedergeburt eines deutschen Imperialismus.

Wohl auch mit einem Seitenblick auf deutsche Vorgänge hat Henry Kissinger, der Metternich-Strategie des Atomzeitalters, soeben wieder verdeutlicht, daß er im Zweifelsfall dem Prinzip eines Mächtegleichgewichts in Europa den Vorzug gegenüber Legitimitätsansprüchen nach Maßgabe uningeschränkter außenpolitischer Selbstbestimmung gibt. (Siehe auch Chevènement, sozialistischer Verteidigungsminister in Frankreich.)

Präzise in diese Richtung weisen Gedankengänge in einem *NYT*-Editorial zum „Virus des Nationalismus“ am Beispiel Baltikum: Auch aus amerikanischer Wertesicht könnte es sich als unmöglich erweisen, für diese Völker volle nationale Selbstbestimmung und gleichzeitig eine reformierte, gemäßigte Sowjetunion zu erhalten. Solche Erkenntnisse führen dahin, daß bei allem zwingend erforderlichen politisch-ökonomischen Substanzwandel in den Oststaaten die gesamtterritorialen Verhältnisse unangetastet bleiben sollten; wozu auch eine grundsätzliche Beibehaltung der Bündnisse, allerdings unter Verzicht auf bestehende Hegemonial- und Besetzungsstrukturen, gehören müßte.

Die Integrität der sowjetischen Vielvölkergemeinschaft läßt sich auf Dauer nur sicherstellen, wenn es Gorbatschow gelingt, sich der Bürde sozialistischer Bruderpflichten außerhalb seiner Unionsgrenzen zu entledigen und innerhalb derselben eine drastische Revision der staatsrechtlichen Republikenordnung durchzusetzen, die mit einer weitgehenden Diversifizierung deren wirtschaftlicher Kompetenzen einhergeht.

Bonn hingegen sei dringend geraten, sich nicht noch stärker dem Verdacht auszusetzen, in eine neue Führungsrolle auf osteuropäischen Ebenen schlüpfen zu wollen. Statt dessen sollte es darauf hinwirken, daß die EFTA nicht auseinanderläuft (siehe Österreich!), sondern gesamteuropäisches Profil gewinnt, indem sie eine Scharnierfunktion zwischen Binnenmarkt Europa und den Ostnachbarn ausübt, die sich ihr später, bei entsprechend marktwirtschaftlichen Voraussetzungen, anschließen könnten. Ein derartiges Modell ließe sich sogar für wirtschaftlich autonome Baltenrepubliken z. B. denken.

Ein gewaltiges Arbeitspensum – nach dem Motto „demokratisieren statt destabilisieren“ – steht den Gipfelpartnern Bush und Gorbatschow voraus, das sie zu einem „agreement in principle“ über Europas Zukunft bringen sollte. Noch verfügen hier beide über Macht und Einfluß genug, um auch die deutsche Frage nach den Aspekten des Grenzproblems (Beispiel: Bayern/Österreich) und beidseitig pluralistischer Regierungssysteme zu lösen – wie kürzlich in *Le MONDE* skizziert. Auch wenn das so gar nicht ins großdeutsche – wie großisraelische – Konzept der *WELT* paßt!

Klaus Bloemer

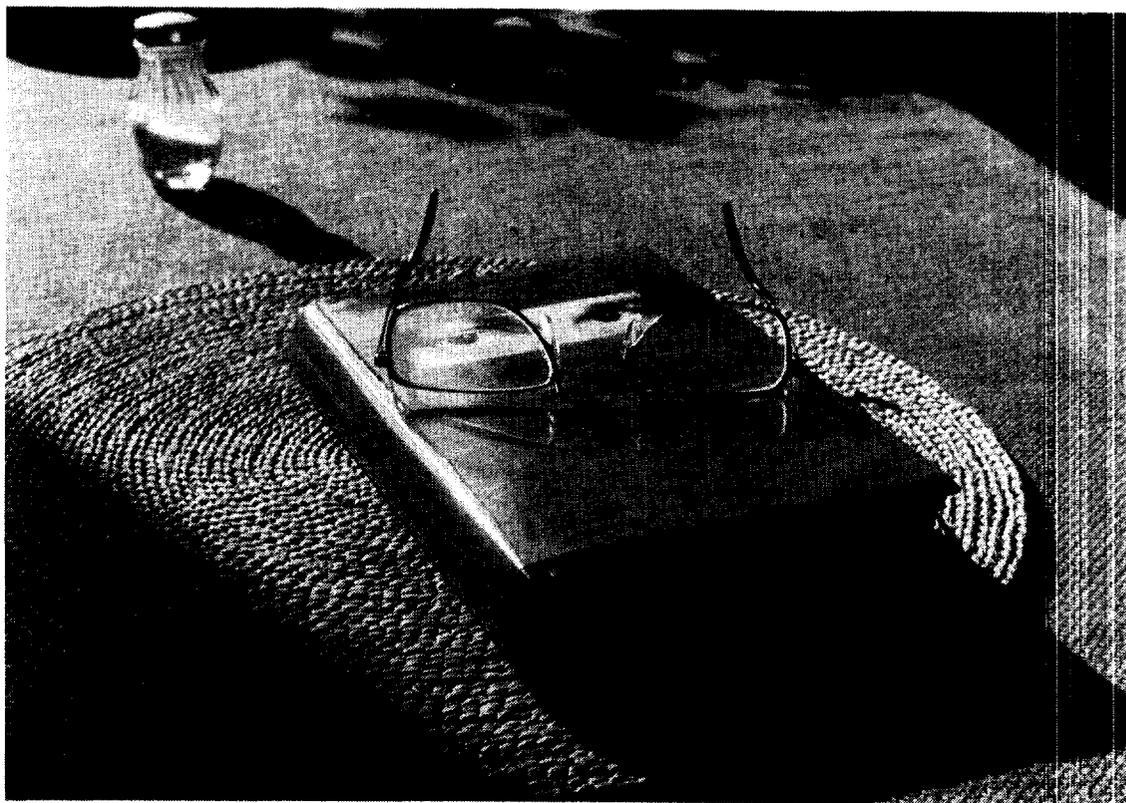


Foto: Mechthild Veil

Kritik

Perestroika wohin?

In der Fülle der Literatur über „Gorbatschow“ zeichnen sich die Beiträge von Haug und Mandel durch ihre ungebrochenen Erwartungen in den Sozialismus aus. Beider Ausgangspunkt und Maßstab ist die marxistische Theorie und der Wunsch, eine Erneuerung des Sozialismus zu erleben; beide verbindet die Begeisterung für geschichtliche Dynamik und die große Hoffnung einer aufsteigenden historischen Entwicklung in Richtung auf das Marxsche Ideal einer egalitären, sich selbst verwaltenden Gesellschaft. Die Beurteilung des in der Sowjetunion

vor sich gehenden Prozesses unter diesem Blickwinkel fällt allerdings unterschiedlich, ja kontrovers aus, Haug ist eher affirmativ, Mandel überwiegend kritisch, sogar ablehnend.

Haug sieht mit der neuen, beweglichen Führung in der SU die „Wiedergewinnung der Politik aus dem Exterminismus“ (49 ff.), den Frühling der Möglichkeiten nach dem nuklearen Winter und der Stagnation unter Breschnew. Der „weltgeschichtliche Horizont des Sozialismus hat sich neu geöffnet“ (23), sein „Schwächeanfall“ wird aus eigener Kraft überwunden (451), „1917 sendet wieder“ (31), die Anziehungskraft des Sozialismus, nicht zuletzt für die Völker der Dritten Welt, regeneriert sich (32); die SU wird erst heute reif für die Marxschen Fragestellungen (41), indem die Interessen

der Menschen selbst sich auf solche Ideale wie Selbstverwaltung zu richten beginnen (27). Um die Vorgänge dort zu verstehen, brauche es Dialektiker, die sich den Erfahrungen aussetzen. „Wo nähmen wir vor aller Erfahrung die fertigen Kriterien her?“, ob die Reformen in ihrem Wesen marxistisch sind, fragt Haug für einen Marxisten erstaunlich unschuldig (24 f.). Er beschränkt seine Aufgabe, um die selbstgestellte Frage ja nicht etwa verneinen zu müssen, darauf, den Zusammenhang der Gedanken der Führung unter Gorbatschow aufzuzeigen, um durch Ordnen und Systematisieren der in zahllosen Reden und Resolutionen angesprochenen Themen der Urgestaltung zu einer „Theorie der Perestroika“ zu gelangen (16, 19 f.). In der übersichtlichen Aufbereitung des um-

fangreichen schriftlichen Materials, das die Reform in der SU begründet und orientiert, liegt denn auch der Gebrauchswert der Arbeit von Haug. Die Grundannahmen und Zielsetzungen der Bewegung, die unter dem Namen Gorbatschows gefaßt wird, lassen sich auf diese Weise in der Tat deutlicher erkennen, als es in der Verfolgung der Tagesereignisse möglich ist. Man erkennt zugleich, wie sehr sich der Umbau immer noch in seiner „verbalen Phase“ befindet (Zdenek Jičinsky) und wie stark der Appellcharakter der Reden und Programme dominiert.

Wolfgang Fritz Haug:
Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken
Argument Verlag, Hamburg 1989,
478 S., DM 34,-

Diese, auf der Ebene der Theorie oder Ideologie verbleibende, Methode hat den Vorteil, daß Haug zur Problematik der Realisierung des Reformprojekts nicht Stellung nehmen muß. Er kann in der Diktion philosophisch bleiben und in Begriffen wie „Zusichkommen der sozialistischen Gesellschaft“, „Rücknahme des Staates in den Staatsbürger“, „ökologische Umkodierung der Politik“ usw. reden, wobei er die Gorbatschow-Zitate oft noch mit den schönsten Formulierungen des frühen Marx (wie der von der völligen Wiedergewinnung des Menschen, der freien Assoziation und vom Kommunismus als realem Humanismus) verlängert, um sie sozusagen eindeutig in die von ihm erstrebte Richtung zu drängen. Die wiedergewonnene Kultur der (relativ freien) Auseinandersetzung um gesellschaftliche Werte und Ziele paßt zudem bruchlos in Haugs eigenes Konzept des „pluralen Marxismus“, der Vielheit in der Einheit. Der harmonisierende Grundton seiner Ausführungen, die jedes Rädchen der Bewegung für die Perestrojka ins andere greifen lassen, und die Hoffnung auf einen durch den Diskurs einer lernenden Bevölkerung immer wieder herstellbaren Konsensus sind nicht zu überhören. Trotz gelegentlicher Zugeständnisse, daß der Erfolg nicht gesichert sei und die Widerstände und

Schwierigkeiten zahlreich, verbreitet sich das beflügelnde Gefühl, das den Autor, nach jahrelangem Ausbleiben eines bestätigenden Erlebnisses hinsichtlich der Wiederentdeckung der Potentiale des Sozialismus, ergriffen hat. Man hat den Eindruck, während der Lektüre um einiges über den Boden der Tatsachen erhoben zu sein.

Wo Haug sich vom Wohlklang der Absichtserklärungen, und mehr noch von deren eigener Interpretation, forttragen läßt, setzt Mandel harte, apodiktische „Analysen“ dagegen: „Mit Gorbatschow reagiert der ‚modernistische‘ Flügel in der herrschenden Bürokratie, primär an der Erhaltung seiner Macht und seiner Privilegien interessiert, auf die Gefahren der Systemkrise und der sich konstituierenden öffentlichen Meinung. Die politische Funktion Gorbatschows und seines Teams liegt darin, diese Veränderungen zu kanalisieren und unter die Kontrolle der Bürokratie zu bringen“ (11). „Nach wie vor herrscht ein Regime bürokratischer Diktatur, dessen Willkür jedoch von nun an Grenzen haben wird“ (260). Während Haug am diskursiven Verlauf einer Revolution von oben gelegen ist, besteht für Mandel nur dann Grund zum Optimismus, wenn die Arbeiterklasse sich aktiviert, wenn die Parole „Alle Macht den Räten“ beim Wort genommen wird sowie „eine neue politische Führung aus dem Proletariat und der radikalen sozialistischen Intelligenzija hervorgeht, mit der die Massen eine wahre politische Revolution durchsetzen können“ (21). Wenn Haug der marxistische Philosoph ist, so Mandel der leninistisch-trotzkistische Polit-Revolutionär, obgleich seinerseits nur in der „verbalen Phase“.

Ernest Mandel:
Das Gorbatschow-Experiment
Ziele und Widersprüche
Athenäum Verlag, Frankfurt/Main,
286 S., DM 38,-

Gegenüber Theorie und Praxis der Perestrojka bleibt Mandel skeptisch bis ablehnend. Auf außenpolitischem Gebiet wirft er Gorbatschow Illusionen über die Möglichkeit vor, die dem Kapitalismus/Imperialismus inne-

wohnenden Widersprüche zu entschärfen. Wo Haug das Bestreben der sowjetischen Führung herausarbeitet, durch eigene Abrüstungsinitiativen den Charakter des Imperialismus zu beeinflussen, z. B. die Dominanz des militärisch-industriellen Komplexes durch Wegnahme des Bedrohungsarguments zu unterminieren (60 ff.), hält es Mandel mit der klassischen Leninischen Auffassung von unwandelnbarem Wesen des Imperialismus und von der Unvermeidlichkeit eines neuen Weltkriegs, solange nicht der Kapitalismus überwunden wird (118). Und wo Haug die äußerst kritische Bilanz der Gorbatschow-Mannschaft aus den Ansätzen zur Errichtung sozialistischer Systeme in der Dritten Welt dokumentiert, wiederholt Mandel nur den Aufruf zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen und fürchtet deren Untergrabung durch friedliche Lösungen (Haug 63 ff., Mandel 124 ff.). Wo schließlich die SU das Konzept der „Einen Welt“ entwickelt und Untereentwicklung und ökologische Zerstörungen in gemeinsamen Anstrengungen mit dem Westen bekämpfen will, bedauert Mandel, daß die „Ideologen der sowjetischen Bürokratie“ in der weltweiten Wirtschaftskrise nicht mehr eine Chance sehen, „die Arbeiter der Welt zum Kampf gegen den Kapitalismus aufzurufen“ (124). Auch Mandel entführt den Leser aus der Welt der schnöden Tatsachen und leitet ihn auch im Abschnitt über die innenpolitische Entwicklung nur bei der Diskussion der Wirtschaftsreform auf festen Boden.

Mandel sieht durch die Perestrojka die unter Breschnew gewachsene Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse von Auflösung bedroht (16); die Lasten der Umgestaltung würden den Arbeitern aufgebürdet (98). Er macht darauf aufmerksam – und hier liegen seine überzeugendsten Argumente –, daß die Bindung der Einkommen an die individuelle Leistung so lange nicht zu Steigerungen der Produktion und Verbesserungen der Qualität führen wird, wie sich die Faktoren nicht ändern, auf die der einzelne Arbeiter keinen Einfluß hat: die Versorgung der Fabriken mit Rohstoffen, die Qualität der Maschinen, Reparatur und War-

tung, Auswahl von Technologien, Organisation der Betriebe (84). Und er versäumt nicht, seine Forderung nach der direkten Demokratie der Produzenten auch diesmal zu erheben. Die Antwort auf Haugs eingangs zitierte Frage nach dem marxistischen Charakter von Elementen wie Markt und Gewinn im Rahmen der Perestroika ist für Mandel eindeutig: „Die Herrschaft des Wertgesetzes läßt sich unmöglich mit Planwirtschaft vereinbaren“ (188). Eine Produktionsweise ist ein kohärentes Ganzes, das nicht Teile einer anderen Produktionsweise integrieren kann, ohne gestört und schließlich aufgehoben zu werden. Die Schwierigkeiten der Umgestaltung in der SU liegen in der Tat darin, den Modus der Vergesellschaftung zu ändern und gleichzeitig das Funktionieren der materiellen Reproduktion nicht zu gefährden.

Es fällt auf, wie wenig von beiden Autoren die Problematik der multiethnischen und multikulturellen Zusammensetzung der SU behandelt wird. Zu diesem – schon bei Abfassung der Texte sicherlich deutlichen – Thema finden sich nur magere Hinweise. Dabei würde gerade eine Analyse der vielfachen und vielschichtigen Nationalitätenkonflikte Anhaltspunkte dafür geben, ob und wie weit die von Mandel wie Haug gleichermaßen gehegte Zuversicht in die Anziehung- und Integrationskraft eines von seinen Entstellungen gereinigten Marxismus/Sozialismus begründet ist. Eine solche Untersuchung, wie überhaupt mehr soziologische und kulturelle Studien der realexistierenden sowjetischen Gesellschaft heute, würden erkennen lassen, welche Wertorientierungen, Bewußtseinsinhalte, Traditionen und so fort in den Republiken dieser Union wirksam und dominierend sind. Weder die Lektüre der Dokumente der politischen Elite noch die Aufstellung klassisch-marxistischer Postulate wird noch viel erklären können, je tiefer die wirklichen Probleme im Land aufbrechen.

Jürgen Baumgarten

Aussichten der Perestroika

Unter den immer zahlreicheren Veröffentlichungen über die Entwicklungen in Mittel-Osteuropa fiel im letzten Jahr eine nachdenkliche Studie auf, in der die Reformprozesse, aber auch gewisse Stagnationserscheinungen in unserer östlichen Nachbarschaft in einer makroskopischen Überschau an den entscheidenden Schnittstellen der Systementwicklung analysiert wurden und zugleich der Versuch unternommen wurde, aus den Erfahrungen der Vergangenheit mögliche Entwicklungstrends abzuleiten.

Christoph Royen, Osteuropa-Experte von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, ist es mit seiner einfühlsamen, im Juni 1988 abgeschlossenen Analyse überzeugend gelungen, das qualitativ Neuartige an den Reformentwicklungen plastisch herauszuarbeiten. Im Vordergrund stehen dabei die entscheidenden politischen Wirkungszusammenhänge, so daß das Buch ungeachtet einiger inzwischen durch die unerwartet dynamischen Entwicklungen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn überholter Passagen unvermindert als eine wichtige analytische Orientierungshilfe gelten kann.

Royen behandelt im ersten Teil seiner konzentriert (166 Seiten) und flüssig geschriebenen Arbeit u. a. grundsätzliche Probleme des Systemwandels für einen Sozialismus, der sich immer stärker der Außenwelt öffnet und sich damit wettbewerbsorientierter als bisher den besonderen Herausforderungen einer immer interdependenten Weltgemeinschaft stellt. Die Kernfrage nach der Reformfähigkeit des Sozialismus als System beantwortet der Autor mit vorsichtiger Aufgeschlossenheit. Im zweiten Teil geht er vergleichend auf zurückliegende, insbesondere seit den sechziger Jahren unternommene Reformversuche in einzelnen sozialistischen Ländern, die jeweils dahinter stehenden Triebkräfte, Entwicklungsrichtungen und Gründe für das Scheitern ein, so daß im Kontrast die Hauptunterschiede zur aktuellen Entwicklung deutlich werden. Im dritten Teil konzentriert sich Royen

auf den politischen und wirtschaftlichen Hauptfaktor des immer breiteren und dynamischeren Wandels in der Region, nämlich darauf, daß die Sowjetunion erstmals als Motor und nicht mehr wie früher als Bremser der Reformen auftritt. Hier scheinen einige vorsichtige Fragen Royens inzwischen durch die Politik Gorbatschows nach innen und gegenüber den Verbündeten der Sowjetunion eher positiv beantwortet. Insbesondere können wir heute feststellen, daß sich der innenpolitische Gestaltungsspielraum der kleineren sozialistischen Staaten präzedenzlos ausgeweitet hat. Doch bleiben weiterhin gewisse Grenzen der „Freiheit der Wahl“ dort sichtbar, wo der sicherheitspolitische Zusammenhalt des Warschauer Pakts insgesamt in Frage gestellt werden könnte. Im vierten Teil fallen einige interessante Prognosen des Autors auf, z. B. zur möglichen zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit reformorientierter sozialistischer Staaten. Royen gibt zwar, wie viele andere Experten, dem RGW in seiner jetzigen Verfassung zu Recht keine großen Zukunftschancen, er weist aber u. a. auf plausible Überlegungen hin, nach denen sich reformierende Nationalökonomien am besten in einem größeren wirtschaftlichen Reformverbund entwickeln können. Falls einige RGW-Länder diesen Weg der Integration einschlagen sollten, was nach derzeitiger Lage der Dinge mit Blick auf die DDR, Rumänien und die Tschechoslowakei einen RGW unterschiedlicher Geschwindigkeit implizieren würde, wäre dies – nach Meinung des Rezensenten – unter Umständen ein Faktor, der auch beim Aufbau einer gesamteuropäischen Architektur unter Beteiligung der größeren europäischen Zusammenschlüsse wie EG, EFTA etc. nicht unbeachtet bleiben sollte.

Christoph Royen:

Osteuropa: Reformen und Wandel.

Erfahrungen und Aussichten vor dem Hintergrund der sowjetischen Perestroika

Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1988, 166 S., DM 25,-

In seinen Schlußfolgerungen empfiehlt Royen zu Recht eine abgeschlossene und den jeweiligen Reformgegebenheiten differenziert angepaßte politische Begleitung und substantielle Unterstützung der Prozesse seitens des Westens – unter klarem Verzicht auf Maßnahmen, die destabilisierend wirken könnten. Dies entspricht heute der aktuellen Beschlußlage im westlichen Bündnis. Im Vordergrund steht nicht mehr die Frage, ob die Reformentwicklungen überhaupt im westlichen Interesse stehen und daher Unterstützung verdienen, sondern seit dem Brüsseler NATO-Gipfel, dem anschließenden Europäischen Rat in Madrid und dem Gipfeltreffen der Sieben in Paris geht es eindeutig nur noch um den besten und wirksamsten Weg zur Unterstützung der Reformprozesse in Mittel-Osteuropa. Daß die EG-Kommission hierbei eine gewisse Koordinierungsfunktion übernommen hat, zeigt, daß die Europäische Gemeinschaft insgesamt – wie auch von Royen angeregt – eine neue ostpolitische Dimension entwickelt.

Eine baldige Fortschreibung dieser Bestandsaufnahme mit gleichem Methoden- und Frageraster bietet sich aufgrund der immer dynamischeren Entwicklungen in Mittel-Osteuropa an. Zweifellos werden neben großen Chancen zunehmend auch Risiken aufkommen, insbesondere im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sowie in der vor allem in der Sowjetunion immer virulenteren Nationalitätenproblematik. Andererseits werden aber auch neue Mechanismen des politischen und gesellschaftlichen Ausgleichs installiert, über welche innenpolitischer Druck zunehmend abgebaut und aufbegehrende sowie reformwillige Kräfte in die Verantwortung eingebunden werden können. Der Trend in einigen Ländern, besonders in Polen und in Ungarn, von der Staatspartei hin zum Parteienstaat bzw. in der Sowjetunion die Machtverschiebung von der Partei hin zu den Sowjets, ist ein historischer Vorgang, der die Innen- und Außenpolitik dieser Länder immer stärker beeinflusst. Mit einem solchen ergänzenden Beitrag zu dem hier besprochenen Buch

könnte Royen der öffentlichen Diskussion über die Entwicklungen in Mittel-Osteuropa aus der Sicht eines langjährigen Beobachters sicherlich weitere wertvolle Orientierungspunkte vermitteln. Gebhardt Weiß

Soziale als nationale Emanzipation in Osteuropa

Es gibt in deutscher Sprache viele Darstellungen der Entwicklung in Osteuropa nach dem 2. Weltkrieg. Zudem solche, die dabei nicht nur den oktroyierten Stalinismus als Ausgangsbedingung nehmen, sondern noch hinter die faschistisch-deutsche Vorherrschaft zurückgehen – vor allem auf den Zusammenhang von 1. Weltkrieg, russischer „Oktober-Revolution“ und Zerfall der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Das tut auch François Fejtö. Etwa so: „... das Versagen der bürgerlichen Demokratie in Ungarn kam nicht von ungefähr, im Gegenteil, es könnte als Musterbeispiel für ein Gesetz der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung dienen, das sich – mutatis mutandis – auf die übrigen Staaten Osteuropa anwenden ließe. Da diese (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) für eine östliche Neuaufgabe der Dritten Republik von Thiers und Gambetta nicht reif waren ... hatten sie nur die Wahl zwischen der Kommune und einer den Umständen angepaßten Art von Bonapartismus, das heißt im Falle Ungarns zwischen Bela Kun und Horthy.“ Und weiter unten: „... denn das Bürgertum brachte niemals die notwendige Einigkeit und Courage auf, Reformen auch bis zum Ende durchzuführen.

Die Bauernparteien hätten an die Stelle des ohnmächtigen Bürgertums treten können. Es fehlten ihnen aber entschlossene Führer. Diese Parteien, die bis 1918 liberal, demokratisch, ja revolutionär waren, erreichten ihren Höhepunkt mit der Verwirklichung mehr oder weniger fragmentarischer Agrarreformen. Dann kam der Niedergang. . . Die autoritären Regimes

haben das wichtigste soziale Problem nicht gelöst: die Übervölkerung. . . Die Lösung hätte nur in einer Gesamtreform liegen können: in der Neuaufteilung von Grund und Boden. . . ; in der Verbesserung der allgemeinen und technischen Bildung; in lang- und kurzfristigen Krediten für die Bauern. . . und schließlich in der gleichzeitigen Entwicklung der Industrie.“

Endlich: „Nachdem die Wirtschaftseinheit der alten Monarchie zerschlagen war, bemühten sich die Nachfolgestaaten, wirtschaftlich ins Gleichgewicht zu kommen, Industrien zu schaffen. . . Um zu diesen Investitionen zu kommen, mußten sie ständig auf internationale Anleihen und ausländisches Kapital zurückgreifen. . . Diese Durchdringung nahm aber . . . halbkoloniale Züge an. Das internationale Kapital interessierte sich in erster Linie für die Ausbeutung der Bodenschätze. . . die großen Gewinn versprach – ohne sich um die Industrien zur Erzeugung von Fertigprodukten zu kümmern.“ (S. S. 30 – 33, Bd. I.)

So ähnlich schrieb das auch schon Seton-Watson in seiner *Geschichte der osteuropäischen Revolution*. Wie gesagt, es gibt viele deutschsprachige Darstellungen. Zumeist aber nur über einzelne Länder, begrenztere Phasen oder begrenzt etwa auf Wirtschaftsgeschichte – insbesondere die von dem (exil)polnischen Wirtschaftswissenschaftler W. Brus in Oxford herausgebrachte. Aber nach meiner Übersicht gibt es keine Gesamtdarstellung der Geschichte Osteuropas nach dem II. Weltkriege, welche an die von Fejtö heranreicht. Daß sie neu aufgelegt und im II. Band in einem 3. Buch bis in das Jahr 1988 fortgeschrieben wurde, ist daher sehr zu begrüßen. Auch wenn ich mir das dritte Buch umfangreicher – etwa als gesonderten III. Band – gewünscht hätte. Nicht formal, nicht kalendarisch, sondern material bestimmt ist der Ansatz dieses 3. Buches „Von Breschnew bis Gorbatschow“, auch wenn an die erste deutsche Ausgabe von 1972 anzuschließen war. Damals endete der Band II mit der „Analyse der Situation“ nach dem abgetöteten Prager Frühling von 1968 und dem – neuen – polnischen „Sturm an der

Ostsee“ von 1970, der einmal mehr erkennen ließ, daß die permanente Emanzipationsbewegung in Osteuropa auch einen ihrer Akteure (von 1956) hinwegschieben werde, damals Gomulka, wenn dieser sich zum „Konservativen“ mauserte. Daß die ökonomische Entwicklung nicht das „marxistisch-leninistisch“ prognostizierte „Einholen und Überholen“ der kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas, der USA und Japans realisierte, sondern immer weiter hinterherhinkte und sogar in Stagnation überging, ist der Hintergrund für die Kapitel im 3. Buch: „Die Entwicklung der Volksdemokratien und ihrer kommunistischen Parteien nach 1971“, „Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von Helsinki“, „1980 – Titos Tod“, „Die Länder Osteuropas im Zeichen der wirtschaftlichen Krise“, „Die Lehren von Warschau“, „Gorbatschow und die sozialistischen Länder Osteuropas“, schließlich „Und sie bewegt sich doch: Polen – Ungarn – Jugoslawien“ sowie „Perspektiven und Tendenzen“.

Dieses letzte Kapitel beginnt mit zwei Feststellungen: (1) Die osteuropäischen Regime zeigen sich außerstande, der Spannungen Herr zu werden, welche die Dynamik der Demographie und Industrialisierung geschaffen haben. Und: (2) Die notwendigen wesentlichen Veränderungen bleiben solange blockiert, wie in der UdSSR konservative „Führer die Zügel in der Hand behalten“. Es endet mit dem Gedanken, daß das, was 1956 und 1968 eine Chimäre zu sein schien, die Finnlandisierung, heute eine realisierbare Alternative ist, vermittelt mit einem zweiten Marshall-Plan für die Länder Osteuropas. Dies wäre auch eine „Normalisierung (im wesentlichen Sinn) der internationalen Ordnung“, ohne daß darin weiterhin die „Sowjetunion eine Gefährdung ihrer Lebensinteressen sähe“ (S. 90 f., a. a. O.).

Hierin sah Fejtö auch schon früh den Schlüssel für das Verständnis der sowjetischen Außenpolitik seit Stalin: erkennbar erstmals in den Dokumenten, welche den Inhalt der Gespräche zwischen Molotow und Hitler 1940 (in

Berlin) wiedergeben. Molotows weitergreifende Forderungen waren damals: Rückzug der deutschen Truppen aus Finnland. Als Ausgleich für die deutsche Bindung Rumäniens wird Bulgarien der sowjetischen Sicherheitszone zugeschlagen und der SU ein Land- und Flottenstützpunkt an den Dardanellen zugestanden! Ferner müsse das politische Interesse der SU „an Rumänien, Ungarn und – bemerkenswerterweise weniger stark – an Jugoslawien und Griechenland“ als legitim anerkannt werden; ebenso wie das an der Neutralität Schwedens und an gesicherten Ausfahrtrechten aus der Ostsee. Und die Donau-Schifffahrt müsse rechtlich geregelt werden (s. S. 42, Bd. I, 1. Buch). Realisiert wurde diese Politik Stalins seit 1939 imperialistisch, als Großmacht-Politik.

François Fejtö: Die Geschichte der Volksdemokratien Band I und II; erweiterte Neuauflage des zweibändigen Werkes in deutscher Sprache von 1972 (jetzt 3 Bücher in 2 Bänden), hg. v. Henning-Paetzke, französisch fortgesetzt bis 1988, deutsch übersetzt von Ingrid Haffner bzw. Gerd Koenen u. Eva Moldenhauer, Styria Verlag, Graz; für die deutsche Ausgabe Eichborn-Verlag, Frankfurt 1988, Bd. I, 483 S., Bd. II 617 + 111 S., DM 148,-.

Zwecks und mittels dieser stalinistischen Großmacht-Politik wurden in den osteuropäischen Ländern ab 1944/45 Entwicklungen angestoßen, welche einerseits das nachholten, was die vorhergehenden autoritären Regime nicht realisieren konnten und wollten. Andererseits war insbesondere diesem Großmacht-Interesse jenes politische System und jene Sozialstruktur mit einer neuen Machtelite (oft „Neue Klasse“ genannt) geschuldet, welche nicht nur die allgemeine Emanzipation der Individuen unterdrückte, sondern in der die „Produktionsverhältnisse“ auch immer mehr zu Fesseln, statt zu Bedingungen der „Produktivkräfte“ wurden. Die Darstellung der antagonistischen Entwicklungslinien dieses Prozesses ist der übergreifende Zweck des Werkes von Fejtö.

Zwar versäumt Fejtö an einigen Punkten, die historische Dialektik dieses Prozesses genügend explizit zu entwickeln, die ja auch darin besteht, daß die nationale Emanzipation von der SU Ziel auch aller Machteliten in den osteuropäischen Staaten wird, andererseits die soziale bzw. politische Emanzipation in einzelnen dieser Staaten auf die Opposition und die unterdrückenden Rankünen der Machteliten anderer osteuropäischer Staaten trifft. Auch hätte ich mir an einigen Stellen eine intensivere Diskussion der vom Stalinismus erzwungenen Wandlungen ursprünglicher Transformationsstrategien und Konzepte erwünscht, welche die meisten nationalen Stalin-Kopien (vielleicht sogar Rakosi und Ulbricht) offensichtlich noch 1944–45 verfolgten – bis zur „Wende“ von 1947/48. Sehen wir von den besonderen Schlächter-Motiven des albanischen „Führers“ Hoxha ab, so hat selbst der 1952 so exzellente stalinistische Mörder Gottwald in der CSSR bis zu dieser „Wende“ jenes alternative sozialistische Programm verfolgt, aufgrund dessen die Angeklagten im großen Slansky-Prozess dann (z. T. stellvertretend) ausgesucht und abgestraft worden sind. Ausgesucht besonders wohl von Stalins (und/oder Berias Abgesandten („sowjetische Berater“!) in Prag nach Ausbruch des „kalten Krieges“ und dem Widerstand Titos gegen Stalins despotische Gelüste und Großmacht-Politik (s. dazu S. 295 im II. Band). In dem Referierten selbst werden die – notwendigen? – Konversionen der Stalin-Satrapen ab 1947/48 aber plausibel, auch und gerade, wie sehr diese Wandlungen mit denen des „Ost-West“-Verhältnisses vermittelt sind, also mit der Entwicklung des „kalten Krieges“.

Die Gesamtdarstellung Fejtös ist dadurch strukturiert, daß der Prager Terror-Prozess Ende 1952 zum Höhe- und Scheitelpunkt der stalinistischen Despotie gegenüber der nationalen und sozialen Emanzipation in Osteuropa wird. Stalin starb im März 1953. Aber: „Was auch immer die Umstände von Stalins Tod gewesen sind... der Tyrann war Anfang 1953 zum Anachronismus geworden. Der letzte Eindruck, den er den Oststaaten

hinterließ, war eine mittelalterliche Prognostik-Atmosphäre“ (S. 36 in Band II). Vorher schreibt Fejtő: „Erst später hat man klar erkannt, daß die doppelte Bewegung von Repression und Integration Anfang 1953 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Sie weiter voranzutreiben, hätte das Risiko heftiger Explosionen bedeutet. Denn schon kehrte sich die Unterdrückung gegen ihre eigenen Urheber. Keine einzige antikommunistische Regierung der Vor- und Nachkriegszeit hat so viele Kommunisten verhaften und hinrichten lassen wie das Stalin-Regime zwischen 1949 und 1953. Keine von ihnen hat so viel Haß gegen die Sowjetunion entfacht wie deren eigenes Regime. . . . Sogar in unmittelbarer Umgebung Stalins fanden sich Männer, die feststellten, daß man ‚zu weit gegangen‘ sei in den willkürlichen Maßnahmen. . . .“ Für die Stalin-Nachfolger im Kreml lag das Problem „nun in der Kontrolle dieses Rückzugs, dieser Gesundung der Völker, denen der Stalinismus so große moralische und physische Wunden geschlagen hatte. . . . Die Geschichte der Volksdemokratien nach Stalin ist die Geschichte der Therapie, die man – zuerst auf Veranlassung des Kremels, dann aus eigenem Antrieb – anwandte, um die von jener Krankheit Befallenen wenn schon nicht zu heilen, so doch zu behandeln“ (a. a. O., S. 35 f.).

Die besondere Kompetenz des Autors erklärt sich wohl aus zwei Faktoren: Erstens: In seiner Jugend bewegte er sich geistig in jenem halblegalen kritischen (stark westlich-marxistisch geprägten) Milieu von Intellektuellen in Ungarn. Er selbst entstammt einer Budapester Buchhändler-Familie. Auch zu Lukács (in Berlin bzw. Wien) bestanden vor 1933 Kontakte. Die Wendung einiger seiner Freunde zur illegalen KP Ungarns machte er aber schon nicht mehr mit – anders als Rajk z. B. . . . Schon vor A. Köstler und M. Sperber hatte er den Stalinismus durchschaut. Beide wurden dann seit den dreißiger Jahren in Paris seine Freunde. Auch der bekannte exilungarische Wirtschaftswissenschaftler und Ethnologe Karolyi gehörte zu diesem Kreis. Zweitens: Nach Frankreich schon in den dreißiger Jahren emi-

griert, konnte er nach dem II. Weltkrieg besonders seine Tätigkeit in der großen französischen Presseagentur Agence France Press – 1944 bis 1974 – auch darauf ausrichten, die Fülle des Materials für sein Buch zu sichten, zu sammeln und zu nutzen. Zusammen mit seiner ungestillten – leidenden – Liebe zu Ungarn und dem Balkan erwachsen daraus wohl Leidenschaft und Auftrag, dieses Werk zu schreiben, obwohl seine Familienangehörigen dem ungarischen Faschismus bzw. den SS-Vernichtungsaktionen in Budapest zum Opfer gefallen sind.

Heinz Brakemeier

Feminismus als Kritik

Einen Überblick über die US-amerikanische Diskussion zum Verhältnis von Feminismus und Kritik zu geben, ist der Zweck des unlängst von Elisabeth List und Herlinde Studer herausgegebenen Sammelbandes. In ihrem einführenden Essay formuliert List die leitende Fragestellung dahingehend, „welche theoretischen Modelle und Konzepte geeignet wären, die Erfahrungen des weiblichen Lebenszusammenhangs und der feministischen Praxis auf den Begriff zu bringen“. In diesem Buch sind Themen der „neuen Frauenbewegung“, wie das Recht der Frauen auf reproduktive Selbstbestimmung, Identitätsbildung, lesbische Existenz, Sexualität, Pornographie und Gewalt ebenso vertreten wie die Theorieentwicklung im philosophischen Bereich: Rationalitäts- und Wissenschafts(theorie)kritik, politische Theorie und Ethik. So belegen die 17 Beiträge die Vielseitigkeit und Spannweite der feministischen Theoriebildung in den Vereinigten Staaten. Doch den Bezugspunkt sämtlicher Beiträge – und hier findet die Vielseitigkeit ihre Grenzen – bildet der Lebenszusammenhang weißer Mittelstandsfrauen: Beispielsweise ist die Debatte zwischen schwarzen und weißen Feministinnen im vorliegenden Band nicht dokumentiert.

Elisabeth List, Herlinde Studer (Hrsg.): *Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik.*

Edition Suhrkamp, Frankfurt/M. 1989
587 S., DM 26,-

Die eben skizzierten Themenschwerpunkte spiegeln zwei Richtungen der US-amerikanischen Frauenbewegung seit Ende der sechziger Jahre. Die *National Organization of Women* (NOW), eine bürgerliche Frauenrechtsbewegung, deren Mitglieder sich in erster Linie in den herkömmlichen Parteien und gesellschaftlichen Institutionen für die rechtliche Gleichstellung der Frau engagierten, und *Women's Liberation Movement* (Women's Lib), die aus der amerikanischen Protestbewegung der sechziger Jahre hervorgegangen ist. Als fruchtbarer Kern und Multiplikator von *Women's Lib* erwiesen sich *consciousness-raising groups*, in denen persönliche Erfahrung und politische Perspektive miteinander verbunden werden sollten.

Für *Catherine MacKinnon* bildet das *consciousness-raising* den Ausgangspunkt einer „feministischen Methode“: „Die Selbsterfahrung ist die wesentliche Analysetechnik, Organisationsstruktur, praktische Methode und auch Theorie sozialer Veränderung der Frauenbewegung.“ Die Verknüpfung von weiblicher Erfahrung und theoretischer Reflexion, der Rückbezug der Theorie auf die Praxis, begründet die Offenheit dieses Ansatzes. *Carol Gould* vertritt demgegenüber eine Position, die der Frauenrechtsbewegung zuzuordnen ist: „Im Gegensatz zur Behauptung, daß das Persönliche politisch ist, sollte in gewissem Sinn die Trennlinie zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre schärfer gezogen werden, als dies gegenwärtig der Fall ist.“ In der öffentlichen Sphäre – so meint *Carol Gould* – soll sich eine „partizipatorische Demokratie“ herausbilden, und diese „würde zu einem radikalen Wandel im Status der Frauen beitragen“.

Die beiden Positionen markieren die Pole feministischer Theoriebildung, wie sie dieser Band präsentiert. Trotz erheblicher Divergenzen und

Heterogenität ist in vielen Ansätzen Simone de Beauvoirs Buch „Das andere Geschlecht“ ein gemeinsamer Bezugspunkt. Ebenfalls zentral ist die Weiterentwicklung der Psychoanalyse bei Dorothy Dinnerstein und Nancy Chodorow.

Diesem Ansatz zufolge bilden sich die männliche und die weibliche Geschlechtsidentität deshalb unterschiedlich aus, weil traditionellerweise beinahe ausschließlich die Mutter für die Erziehung der Kinder zuständig ist. Da die Jungen die Mutter als von sich selbst verschieden wahrnehmen, vollziehen sie, so die These, eine Trennung von ihr, während die Mädchen die Mutter als ihnen ähnlich ansehen, sich mit ihr identifizieren und auf diese Weise die Bindung verstärken. Die Identitätsbildung – und damit auch die Perspektive auf die Welt – ist demnach bei Jungen in erster Linie mit der Erfahrung von Trennung und Autonomie verknüpft, die der Mädchen mit Verbundenheit. Würden sich beide Eltern gleichermaßen an der Erziehung beteiligen – und das ist die politische und zugleich utopische Herausforderung dieses Ansatzes –, so könnten Mädchen und Jungen *beide* Aspekte menschlichen Daseins in sich vereinigen, Trennung und Bindung, Autonomie und Gemeinschaft.

Jessica Benjamin entwirft beispielsweise von der „Objektbeziehungstheorie“ her in Auseinandersetzung mit Hegel ein Anerkennungsmodell, das geeignet ist, die Entstehungsbedingungen sadomasochistischer sexueller Gewalt zu erklären. „Wenn das Gefühl der Abgrenztheit auf äußerer, physischer Getrenntheit beruht, wird sexuelle physische Gewalt (und sei es in der Phantasie) als eine Möglichkeit erlebt, diese Grenze zu durchbrechen.“ Das gegensätzliche Streben nach Abgrenzung und Anerkennung wird hier nicht zu einem ganzheitlichen Selbst entwickelt, sondern aufgespalten. Auf diese Weise kommt es zu einer einseitigen Abgrenzung, die scheinbar (nur) über Gewalt aufgehoben werden kann. Doch so plausibel Benjamins Analyse ist, so fragwürdig bleibt doch ihre abschließende Unterscheidung zwischen „wirklicher“ und „falscher“ Abgrenzung und gegenseitiger Anerkennung.

Seyla Benhabib kritisiert das „Ideal der moralischen Autonomie“, da es zu einem Ausschluß von Frauen aus der Moraltheorie führe. Dabei bezieht sie sich auf Carol Gilligans Thesen zu einer „weiblichen“ Moral, die diese auf der Grundlage der Objektbeziehungstheorie entwickelt hat. Leider bleiben auch Benhabibs Schlußfolgerungen hinter ihrer aufschlußreichen Analyse der androzentrischen Prämissen traditioneller Politik- und Moraltheorie zurück, wenn sie sich damit begnügt, „daß nicht nur Rechte, sondern auch Bedürfnisse (...) in eine antizipatorisch-utopische Perspektive gerückt werden können“.

Kritik an einem „männlichen“ *Rationalitätskonzept* ist in vielerlei Hinsicht geübt worden. Neu ist die Kritik „männlicher“ *Irrationalität*, wie sie sich beispielsweise dann entfaltet, wenn Wissenschaftler sich – allen Vorurteilen, Verdrängungen, Disqualifizierungen zum Trotz – mit feministischer Theorie konfrontiert sehen. Ein interessantes und zugleich amüsantes Beispiel dafür liefert Sheila Ruths scharfsinnige Analyse „einer Reihe von Unsinnigkeiten“. Louise Marcil-Lacoste setzt sich ebenfalls mit einem gegen Feministinnen vorgetragenen Einwand auseinander, wonach „feministische Schriften in gewisser Weise nur eine Wiederholung männlicher Arbeiten darstellen“. Zwar konstituiert sich feministische Theorie, wie Marcil-Lacoste unter anderem an de Beauvoir und Millet zeigt, in der Tat in Auseinandersetzung mit traditioneller Theorie, doch ist ihrzufolge der Wiederholungseinwand systematisch irreführend. Jene Bereiche, um die Wissenschaftlerinnen traditionelle Theorie erweitern und in diesem Sinne fortentwickeln, können mit dem Argument, sie seien nicht geschlechtsneutral, für ungültig erklärt werden. Dabei werden aber, so Marcil-Lacoste, genau jene Aspekte eliminiert, die für feministische Theorie zentral sind. Die Forderung, feministische Theorie solle sowohl „geschlechtsneutral“ sein, als auch zugleich „neues“, „weibliches“ Denken praktizieren, ist insofern paradox.

Obgleich der Sammelband die verschiedensten Ansätze präsentiert,

kommen m. E. jene Autorinnen zu kurz, die Elisabeth List in ihrer Einleitung als „radikalfeministisch“ bezeichnet, wie Catherine A. MacKinnon und Adrienne Rich; einen breiten Raum nehmen „liberale“ Positionen ein. Im übrigen ist die Einteilung der Beiträge in „Positionen“ und „Probleme“ wenig hilfreich, sich in dem komplexen Theoriezusammenhang zu orientieren. Auch wären Angaben zu den einzelnen Autorinnen, gerade weil es sich um amerikanische Feministinnen handelt, wünschenswert gewesen. Dem vorliegenden Band ist anzumerken, daß die hier vertretenen Positionen auf eine über zwanzigjährige Tradition von „Women's Studies“ zurückgreifen können. Beispielsweise könnte hierzulande kaum eine Auseinandersetzung mit den Reaktionen männlicher Wissenschaftler auf feministische Theorie stattfinden, da diese weitgehend ausbleiben. Die von den Autorinnen in diesem Punkt entwickelten Ansätze sind nicht zuletzt ein Grund, warum das Buch lesenswert ist.

Elisabeth Conradi

Für eine Politik des Unterschieds

Das Bedürfnis, Rückschau zu halten auf 20 Jahre Politik seit der Studentenbewegung von 1968, scheint derzeit unter den Beteiligten und Beeinflussten dieser Bewegung sehr verbreitet. Anlaß auch für die Frauenbewegung, sich ihrer Ursprünge zu erinnern: Die zunächst männlich dominierte Protestbewegung brachte bald den ihr – wie der verhassten bürgerlichen Gesellschaft – immanenten Widerspruch zutage: die Genossinnen; schmerzhaft mußten diese begreifen, daß die Reduktion auf einen „Nebenwiderspruch“ der Geschichte sie bis zur erhofften Revolution (und vermutlich darüber hinaus) an so „typisch“ weibliche Aufgaben wie die Hausarbeit binden würde, wenn sie nicht in eigener Sache kämpften. Diesen Kampf in eigener Sache, vor rund 20 Jahren begonnen, bilanziert in kritischer und vor allem weiterdenkender Absicht das Autorinnenkollektiv von 38 Frauen des Mailänder Frauenbuch-

ladens „Libreria della donna di Milano“ in dem Buch „Non credere di avere dei diritti“; in der (sehr einfühlsamen und sachkundigen) deutschen Übersetzung von Traudel Sattler (die dem Kollektiv angehört) lautet der Ti-

*Libreria delle donne di Milano (Hrsg.)
Wie weibliche Freiheit entsteht
Eine neue politische Praxis
Orlanda Frauenverlag, Berlin 1988.
188 S., DM 29,-*

tel und enthält eine bemerkenswerte Abweichung vom italienischen Originaltitel, der einen Ausspruch der französischen Philosophin und Frauenrechtlerin Simone Weil übernimmt: „Nicht glauben, Rechte zu haben“. In diesem Zitat artikuliert sich bereits eine zentrale These der Überlegungen der Mailänderinnen. In der durch männliche Symbole geprägten Gesellschaft kann es für Frauen keine „natürlichen Rechte“ geben; sie müssen ihre Rechte selbst definieren und erkämpfen.

Es gibt keine selbstverständliche Gerechtigkeit, Gerechtigkeit ist etwas, „was sie selbst herstellen können und herstellen müssen, indem sie von sich selbst und von ihren Beziehungen untereinander ausgehen“ (S. 162). Dieses Neudenken, Neudefinieren in einer Welt, die für weibliche Menschen kein symbolisches Bezugssystem geschaffen hat – eine Grunderfahrung jeder Frau –, beginnt bei der Notwendigkeit, „der Beziehung einer Frau zu einer anderen Frau Sinn und Wert zu verleihen, sie in Worten und Bildern darzustellen“ (S. 17).

Die Mailänderinnen, die erfreulicherweise diesen Versuch lebten, indem sie sich in der Kollektivarbeit an diesem Buch „Sinn und Wert“ verliehen haben, formulieren einleitend den Anspruch, ein „Theoriebuch, aber vermischt mit Erzählungen“ zu erarbeiten: „Normalerweise beziehen sich theoretische Reflexionen auf Dinge, die schon einen Namen haben, hier aber geht es zum Teil um Dinge, die noch keinen hatten“ (S. 17). Das Namenlose, der „dunkle Kontinent“, ist noch immer das Weibliche und seine Äußerungsformen, mit der fatalen Folge, daß Frauen keine soziale Exi-

stenz haben. Dieser Leidenszustand der Nicht-Existenz läßt sich nur überwinden, wenn es Frauen gelingt, eine eigene Geschichte zu erwerben „und sich in der Öffentlichkeit auf die Frauen vor ihnen, auf ihre weibliche Herkunft berufen“ zu können. Dazu gehört ganz wesentlich die Suche nach Begriffen. Als beispielhaft für eine solche lebensnotwendige Beziehung des *affidamento* (wörtlich: Anvertrauen; *affidarsi*: sich anvertrauen), ein zentraler Begriff dieses Theorieversuchs, wird an die Beziehung zwischen Naëmi und Ruth, wie sie im Buch Ruth des Alten Testaments erzählt wird, erinnert. „Ich werde dich nicht verlassen“, ist der entscheidende Satz Ruths an die Schwiegermutter, an deren Seite sie alle Nöte der Rückkehr nach Bethlechem meistert. Anschaulich illustriert diese Geschichte den Begriff des *affidamento*, der nicht zu verwechseln ist mit dem Schwesternhabitus, der hierzulande längst etablierte Konkurrenzverhältnisse kaschierte (und kaschiert).

Die Darstellung der Entwicklung der italienischen Frauenbewegung, „dargestellt an den Ideen, Theorien und Aktivitäten einiger Frauengruppen in Mailand“, von den ersten Gruppen zur Selbsterfahrungspolitik über die Abtreibungs- und Vergewaltigungsdiskussion und Projektopolitik zur „Perspektive der sexuellen Differenz“ (ein weiterer zentraler Begriff), erlaubt durchaus Vergleiche mit hiesigen Entwicklungen und Erfahrungen. Doch in puncto Radikalität gibt es entscheidende Unterschiede; dazu gehört die Ablehnung jeglicher Gleichstellungspolitik, die von den Mailänderinnen als Angleichung an männliche Prinzipien scharf kritisiert wird: „Kein Gesetz kann also . . . der Frau und ihrer Sexualität einen Wert zuschreiben, der von der Gesellschaft nicht anerkannt ist“ (S. 73). Da die Frau „das andere in bezug auf den Mann“ ist, kann sie in „seinem“ Gesetzesapparat keinen Schutz und keine Anerkennung finden. Dieses radikale Plädoyer für eine Politik des Unterschieds, mit der konsequenten Ablehnung der Förderungs- und Gleichstellungspolitik, dürfte hierzulande, wo die Grünen-Frauen (und nicht nur sie) längst die-

sen Weg eingeschlagen haben, auf heftige Kritik stoßen. Eine logische Konsequenz in den Augen der Mailänderinnen: Frauenpolitik und „Emanzipationspolitik“ müssen in Widerspruch geraten. Eine sehr grundsätzliche und problematische Frage wird hier diskutiert. Zweifellos sind die Gefahren der Institutionalisierung von Frauenprojekten unverkennbar, dennoch ist die Gleichstellung vor dem Gesetz ein erster unabdingbarer Schritt. Willkürakte der Diskriminierung zu verhindern.

In diesem Punkt scheint mir das Plädoyer der Mailänderinnen zwar bedenkenswert und zum konstruktiven Streit anregend, dennoch ist diese Praxis der Realität der allermeisten längst doppelt belasteten, überforderten Frauen nicht angemessen. Durchgehend betonen sie die Notwendigkeit einer „Politik der Differenz“; auch und gerade unter Frauen müssen Differenz und Vielfalt einen neuen Wert bekommen, um den allzu monotonen Chor der Opfer zu übertönen. Frauen, die einander Macht und Autorität zugestehen, enttarnen falsche Solidarität, die sich im Leid arrangiert. „Das Fehlen von weiblicher Autorität in der Welt ist die Folge einer unglücklichen Spiegelung zwischen Frauen. Die anderen Frauen sind mein Spiegel, und was ich in keiner von ihnen sehen kann, ist mir versagt“ (S. 151). Eine Frau ist in dieser Gesellschaft nur anderen Frauen etwas schuldig; in diesem Zusammenhang sprechen die Mailänderinnen von der „symbolischen Schuld der Mutter gegenüber“. Das ist für hiesige Debatten gewiß ein überaus problematischer Begriff, spuken doch die Mütter-Gespenster noch allzu hartnäckig in der malträtierten Psyche der Töchter. Doch bedenkenswert ist allemal auch diese Position, die, denkt man/frau konsequent weiter, welche Funktion und welche historischen Wurzeln der Mutterhaß in dieser Gesellschaft eigentlich hat, dazu beitragen kann, erstarrte Verhältnisse in Bewegung zu bringen. Dieser letztgenannte Punkt mag ein Beleg dafür sein, wie sehr dieses spannende Buch zum konstruktiven Streit anregt: Schwesternstreit!

Ruth Jung